

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie



Werftarbeiter bäumen sich auf

AG „Weser“- und HDW-Reportagen

*Gespräche mit
Stahl-Betriebsräten
und Rudolf Bahro*

*Dritte Welt-
Positionen:
Kritik an Bahro*

Carmen-Diskussion

Landtagswahlen

*Friedensbewegung:
Russisch-deutsche
Fragen*

*Frauenpolitik:
Interview mit
Waltraud Schoppe*

Angebote für neue

Abonnentinnen und Abonnenten haben wir bei Abschluß eines Jahresabos ab Heft 11/1983: Jede(r) Abonnent(in) erhält drei frühere *Kommune*-Hefte (in freier Auswahl) als Geschenk.

und alte

Leser/innen und Abonnentinnen und Abonnenten erhalten folgende Möglichkeit: nämlich drei alte Ausgaben der *Kommune* für den Preis von 10 DM (incl. Versand). Damit können bisher nicht vorhandene Ausgaben preiswert bezogen werden.

Ich möchte ab Nr. 11/1983 die *Kommune* für ein Jahr (60 DM) abonnieren und erhalte damit auch folgende drei Ausgaben umsonst

Ich möchte ab Nr. 11/1983 die *Kommune* für ein Jahr im Förderabonnement (100 DM) und erhalte damit auch folgende drei Ausgaben umsonst

Das Jahresabonnement Ausland kostet 70 DM

Ich möchte drei Ausgaben der *Kommune* zum vergünstigten Preis von 10 DM (incl. Versand),

Ich möchte ab Nr. 1/1983 nur ein Halbjahresabo für die *Kommune* (30 DM)

Vorname / Name

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Garantie: Diesen Abonnementsauftrag kann ich innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen.

Datum / Unterschrift

- Scheck / Bargeld liegt bei
- Einzugsermächtigung liegt bei
- Überweisung auf das Postscheckkonto Buchvertrieb Hager Kto.-Nr. 187 490-607 Ffm.

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Ort

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung. Kündigungsfrist: Spätestens 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements muß die Kündigung schriftlich beim BUCHVERTRIEB HAGER (gleiche Adresse) eintreffen.

Datum / Unterschrift

Einsenden an:

Buchvertrieb Hager

Postfach 111162

6000 Frankfurt am Main 1

1 *Willfried Maier*: Mehr-Produkt kostet Lebenssteigerung. Thesen zur Kritik der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung *Joscha Schmierer*: Genossenschaften — politische Ökonomie der Arbeit gegen politische Ökonomie des Kapitals. *Zbigniew Bujak*: Die Bilanz eines Jahres Kriegsrrecht in Polen. *Fritz Güde*: Noch immer deutsche Schuld? Nicht Bewältigung der Vergangenheit, aber Aneignung und Verarbeitung. *Thomas Frank*: Zimbabwe fast drei Jahre unabhängig — Jubel, Ernüchterung, Enttäuschung?

2 Dritte Welt in der Krise — Schwerpunkt. *Theo Mehlen*: Entwicklungsstrategien der Dritten Welt, der Industrieländer und ihre Krise. *Joscha Schmierer*: Abkoppelung? — Auseinandersetzung mit Ansätzen grüner Dritte-Welt-Politik. *Helmut Forster-Latsch*: Chinas Aufbauverfahren. Immer noch von China lernen? *Interview von Rossana Rossanda mit Samir Amin*: Ist der Krieg unvermeidlich? Und wer bedroht am meisten den Frieden? Grüne Politik: *Jan Kuhnert*: Die Grünen im Hessischen Landtag. Weder Blütenträume noch Katzenjammer. Gespräch mit den *Grünen im Römer*. Ansätze für Alternativen.

3 *Gerd Heinemann*: Vom Umgang mit den Neuen Medien. Kommunikation statt Distribution. ALSO: Statistik ja, aber kein Zugriff der Exekutive auf Individualdaten. *Pierre Kende*: Die Normalisierung Ungarns nach 1956. *Solidarność Heute*: Programm der Provisorischen Koordinierungskommission von Solidarność vom 22. Januar 1983. Linke Mehrheit aus der Traum? acht aus vierundfünfzig: Vorstellungen der grünen Bundestagsfraktion. Zu Wählerbeschimpfung kein Anlaß.

4 *Samir Amin*: Der Marxismus in Asien und Afrika. Perspektiven der Dritten Welt, Rolle des Marxismus, Übergang zum Sozialismus und klassenlose Gesellschaft. Funktion des Wertgesetzes in der Ökonomie und die Frage von Selbstverwaltung und Staat, von Markt und Plan. *Friedemann Bleicher*: Zum Programm der christlich-liberalen Regierungskoalition. Ein Wind von rechts für unser Land. *Cornelia Falter*: Frankreich — Wer befreit das »sozialistische Projekt« aus dem Krisensumpf? *Michael Ackermann*: SF-Film — Von der Bedrohung zur Befreiung?

5 *Adelheid Biesecker*: Verstaatlichung, Entstaatlichung — oder was? Plädoyer für die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft. *Rudolf Bahro*: Bedingungen einer sozialistischen Perspektive am Ende des 20. Jahrhunderts. Probleme der Friedensbewegung. *Günther Kruse*: In Wien und Genf — Abrüstung ohne Erfolgsaussichten. *Willi Preßmar*: Gibt es Alternativen zur Nato-Strategie? *Georg Duffner*: Selbstverwaltungsexperiment in Schwierigkeiten: Aspekte der jugoslawischen Krise. *Gabi Böhmer*: Gewalt gegen Frauen — Frauen gegen Männergewalt.

6 Naturwissenschaft + Zukunft der Arbeit. *Jens Scheer*: Kommunismus-Naturalismus-Humanismus. *Franz Dick*: Neue Ergebnisse der Naturwissenschaft und Zukunft der Arbeit. *R. Fisser, W. Heuler, F. Riemann, J. Scheer*: Entfesselung der Produktivkräfte oder Entfesselung des Menschen und der Natur. *Willfried Maier*: Wende, alternativ. Fritjof Capras Buch »Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild« *D. Arasch und W. Endler*: Was aus der islamischen Revolution geworden ist. Reisebeobachtungen und Ansatzpunkte für eine Analyse der iranischen Gesellschaft.

IN DIESEM **Kommune** HEFT...

Editorial

Nach den Wahlen: In Hessen neue Variante bei den Grünen

Krisenwahlen in Bremen: Lehrstück oder Episode?

Droht die grüne Selbstaufgabe?

Zahlen mit Qualität. Grüne Abgeordnete in der Bonner Haushaltsschlacht

„Feministische Politik – das heißt Dinge an die Öffentlichkeit holen und damit politisch machen.“

Gespräch mit der Grünen Abgeordneten im Bundestag, Waltraud Schoppe

Wirtschaft & Politik

AG „Weser“ Bremen: Im Kampf, aber in die Ecke gedrängt

„Stell dir vor, die Werften gehören uns“, Buchbesprechung

HDW Hamburg: Aufbäumen gegen langvorbereitete Schließung

Diskussion um Vergesellschaftung führt in die Irre

Stahlforum der Grünen: Vergesellschaftung als Alternative. Gespräche mit Betriebsratsmitgliedern aus vier Stahlregionen

Japan: Amerikanischer Posten im Fernen Osten

Internationales

„Wir brauchen jetzt verdammt viel freien Raum im Kopf und in den Gefühlen“ Gespräch mit R. Bahro

Diskussion: Mit Benedictus vom Wachstumskarussell springen oder den Auszug aus Ägypten wagen. Kritik an Rudolf Bahro

Schwerpunkt: Deutsche Fragen: Frieden mit Rußland? – Versuch einer Annäherung

Die Liebe als rebellischer Vogel und unkritischer, unchristlicher Materialist. Zu Sauras Carmen-Film

Diskussion: Zur Behandlung der „Neuen Medien“. Bitte keine Angst, linker Oberlehrer zu sein

was uns auffiel / Termine

Titel- und Rückseite: Ein Ausschnitt aus dem Wandbild über die Geschichte in Bremen. Gröpelingen, alter Bunker. Fotograf: Thomas Grizwa / document, Bremen.

Wahlen und Parlamentsarbeit



Nach den Wahlen in Hessen und Bremen machen sich *Joscha Schmierer* und *Ralf Fücks* in zwei Artikeln Gedanken über die jeweiligen Ergebnisse. Nach der stimmungswaltigen Abfuhr für die „Fundamentalisten“ auf der Landesversammlung der hessischen Grünen hielten wir es schon aus Fairness für angebracht, *Jutta Dittfurth* und *Jan Kuhnert* Gelegenheit zu geben, ihre Auffassung in einem Kommentar darzulegen. *Hubert Kleinert*, in Hessen einer der Sprecher des realpolitischen Flügels und grüner Haushaltsmensch in Bonn, schreibt über die Haushaltsdebatte im Bundestag. In einem Gespräch mit *Waltraud Schoppe*, Mitglied der grünen Bundestagsgruppe geht es u.a. darum, ob und wie sich in Bonn Frauenpolitik machen läßt.

Seite 5—19

Werft- und Stahlarbeiter mit dem Rücken zur Wand

In der Werft- und Stahlkrise hat es der traditionelle Kern der Arbeiterbewegung mit existenzbedrohenden Problemen zu tun. In Reportagen von den Besetzungen der Bremer AG „Weser“ und der Hamburger HDW versuchen *Peter Dobberkau* und *Ekkehard Negenborn* herauszufinden, wie die Werftarbeiter diese Krise und ihren bisher erfolglosen Kampf verarbeiten. Außerdem kommentiert *Peter Dobberkau* das Buch „Stell dir vor, die Werften gehören uns“ Mit der Werften- und Stahlkrise und dem Widerstand der Arbeiterbewegung gegen die Stilllegungen stehen die Grünen vor dem Dilemma, Industrie- und Gesellschaftspolitik mit ökologischen Perspektiven zu verbinden. Ist ihnen schon was Neues eingefallen? *Jo Müller*, Mitglied der Bundestagsgruppe und Teilnehmer am grünen Stahlforum, äußert seine Zweifel. *Kajo Breuer* hat Betriebsräte aus den vier Stahlregionen interviewt.

Seite 22—36



Nochmal Bahro und Kritik an Bahro

Weil wir einige Anfragen hatten und den zweiten Teil des Gesprächs mit *Bahro* den Lesern sowieso nicht vorenthalten wollten, folgt nach dem Teil über aktuelle politische Fragen (*Kommune 7/83*) jetzt der Abdruck des Teils, in dem sich *Bahro* über die Gründe und Aussichten seines kommunitären Weges äußert. *Marianne Braig* und *Klaus Voy* nehmen sich den Artikel Bahros „Bedingungen einer sozialistischen Perspektive am Ende des 20. Jahrhunderts“ (*Kommune 5/83*) vor und unterziehen seine Auffassungen zur Dritten Welt einer Kritik. In einem Essay hier unter anderem auch durch *Bahro* positiv angeregt, behandelt *Gerd Koenen* deutsch-deutsche Berührungspunkte in der Friedensbewegung und deren Verhältnis zur Sowjetunion.

Seite 41—52

Um zu beweisen, daß die Startbahn West nichts mit militärischen Absichten der Amerikaner zu tun hätte, machte Holger Börner einmal in einem Spiegel-Interview das Eingeständnis, „Wenn die Amerikaner für die Nato einen Flugplatz brauchen, können sie ihn heute an jeder Ecke in Deutschland bauen, ohne in irgendeiner Form eine deutsche Regierung fragen zu müssen.“ Im Bundestag will Kohl am 21. November eine Regierungserklärung zur Stationierung der Pershing II abgeben. Eine Debatte des Bundestags soll folgen. Bis dahin, so die Bundesregierung, sollen „weder Teile der Pershing II, noch die Raketen selbst auf deutschem Boden“ gelagert werden.

Entweder ists blanker Schwindel oder es gilt in Abwandlung von Börners Spruch, wenn die Amerikaner Mittelstrecken zu stationieren beginnen wollen, können sie sie jederzeit an jeder Ecke in Deutschland zusammenbauen, ohne in irgendeiner Form eine deutsche Regierung fragen zu müssen. Nach den Enthüllungen und dokumentarischen Hinweisen der Grünen im Römer und weiteren Enthüllungen des Hessischen Rundfunks kann eigentlich kein Zweifel mehr bestehen, daß im US-Depot Frankfurt-Hausen bereits Teile der Pershing II gelagert werden. Zusätzlich zu dem Beweismaterial der Römergrünen führte der Hessische Rundfunk einen ehemaligen Mitarbeiter des Depots als Zeugen an und erwähnte eine telefonische Auskunft der Firma Martin Marietta, die die Pershing II herstellt, daß „selbstverständlich Teile der Pershing II in Europa gelagert werden“. Selbstverständlich. Genscher

dagegen meinte, auf die neuen Beweise angesprochen, er könne sich „so etwas nicht vorstellen“ (taz vom 15.10.)

Von „Freunden und Partner“ hat Carstens gegenüber Reagan zu Beginn seines US-Besuches mal wieder gesprochen. Entweder sind diese Regierungsleute und Volksrepräsentanten Partner und Freunde der US-Regierung bei der gemeinsamen Ausschaltung der Volkssouveränität oder sie haben die Mentalität von Speichelleckern, die sich für jeden Fußtritt auch noch bedanken. An beidem wird was dran sein. Raketenrepubliken haben jedenfalls wenig Grund, sich über „Bananenrepubliken“ in der Dritten Welt das Maul zu zerreißen.

Wie's mit Demokratie und Volkssouveränität so steht, zeigt die Ablösung von Franz Alt als Moderator von Report. Wenn irgendwelche Filme nicht gefördert werden sollen oder neuerdings auch wieder staatsanwaltlich verfolgt werden, wird allerlei gesundes Volksempfinden und die Volksmeinung als Zeuge angerufen. Bei den Raketen zählt die Volksmeinung nichts, obwohl sie bekannt ist. Daß im Herbst nicht stationiert werden soll, ist nach allem was man weiß, Meinung einer großen Mehrheit der Bundesbürger. Aber nicht der Regierung. Wenn die es also schon schwer genug hat, dann sollen die Sprecher einer querköpfigen Volksmeinung wenigstens nicht auch den Bildschirm zur Verfügung haben. Für den 21. November, wenn der Bundestag über die Raketenstationierung beraten soll, ist also alles gerichtet. Die Raketen sind schon da und wer sie nicht hier haben will, darf das im Interesse der Ausgewogenheit im Fernsehen nicht vertreten. Das Gegenteil natürlich schon, denn die Volksmeinung driftet ja ohnehin schon auf die falsche Seite ab: Ausgewogenheit verlangt also dringlicher denn je Einseitigkeit.

Je weniger sich existierende Massenströmungen in Öffentlichkeit und Regierung repräsentiert sehen, desto eher werden oppositionelle Bewegungen „östliche“, d.h. explosionsartige Formen an-

nehmen. Was lange schwelt, wird endlich gut. Das kann noch ziemlich heiter werden mit der Wende.

In diesem Heft fehlt ausnahmsweise die Rubrik Gewerkschaften, weil wir die Reportagen und Interviews aus der Werft- und Stahlindustrie nicht wesentlich kürzen wollten.

Zu den hessischen Landtagswahlen und der „realpolitischen“ Volte bei den Grünen, wollten wir eigentlich auch den Kommentar eines Vertreters des realpolitischen Flügels veröffentlichen. Die Kommentatoren, die wir wollten, konnten aber nicht. Das ist um so bedauerlicher als sich in Hessen seit dem letzten Jahr und in den kommenden Monaten ein wichtiges Lehrstück grüner Politik abspielt, an dessen Ende sich wahrscheinlich die Unfruchtbarkeit des Gegensatzes von „Fundamentalisten“ und „Realpolitikern“ erwiesen haben wird. Wir werden da also dran bleiben und uns um vielfältige Gesichtspunkte bemühen.

Am 10. September hat das erste Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitertreffen der Kommune stattgefunden. Rund 50 Leute aus allen Richtungen, die bisher in der Kommune ein Forum der Auseinandersetzung gefunden haben, waren mehr oder weniger zahlreich vertreten. Erstes Ergebnis: solche Treffen sollen öfters stattfinden, Sie sollen praktisch die Herausgeberfunktion übernehmen. Wenn sich das ganze ein bißchen gefestigt hat, soll aus diesem Kreis heraus ein neues Herausgeberkollektiv gebildet werden. Das nächste Treffen findet am 3./4. Dezember statt. Wer Interesse hat, soll sich bitte an uns wenden.

Im letzten Editorial hatten wir eine Diskussionsveranstaltung über Grüne Perspektiven von Kommune, links und MOZ mit Bahro, Ebermann und Fischer angekündigt. Nach den Bremer und hessischen Wahlen ist sie erst recht aktuell. Sie wird jetzt am 15. Oktober in Frankfurt im Haus Dornbusch, 19.30 Uhr stattfinden. (s. Ankündigung S. 6) js

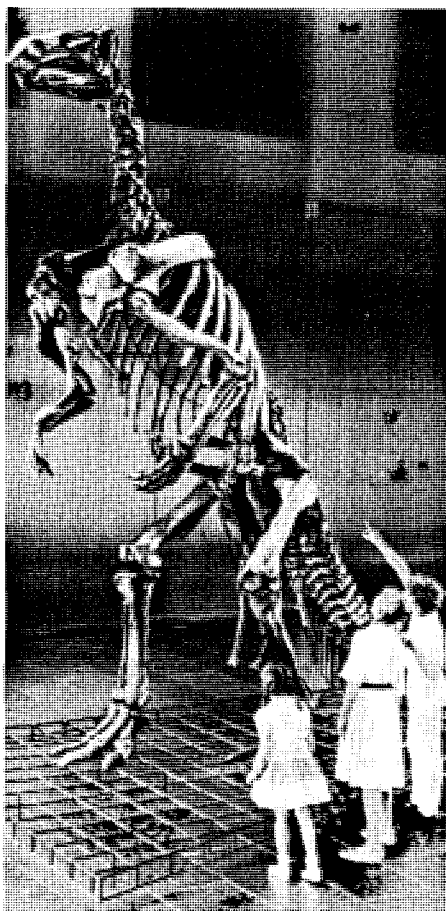
Impressum

Kommune. Forum für Politik und Ökonomie. Monatszeitschrift. Herausgeber: M. Ackermann, H. Biesecker, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, V. Lehmann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner, H. Simon, H. Sörje, B. Wagner, J. Walla. Redaktion: M. Ackermann (ma), F. Bleicher (fb), C. Falter (cf), G. Heinemann (gh), Th. Mehlen (tm), J. Schmierer (js). Verantwortlich im Sinne des Presserechts: J. Schmierer. Gestaltung: M. Ackermann. Beiträge, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Adresse der Redaktion: Kommune-Redaktion, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611 / 73 02 36, Telex: 41 30 80 kuehl d. Verlag und Anzeigenverwaltung: Kühl Verwaltungen GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11. Es gilt Anzeigenpreisliste 1/1983. Satz und Druck: CARO Druck GmbH, Frankfurt. Vertrieb, Bestellungen und Abonnements: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611 / 73 02 34. Postscheckkonto PschA Ffm, Kto.-Nr. 18 74 90-607 (BLZ 500.100.60). Bezugsbedingungen: Einzelheft 5 DM, Jahresabonnement 60 DM, Halbjahresabonnement 30 DM, Förderabonnement 100 DM. Abonnements, die per Einzugsverfahren gezahlt worden sind, verlängern sich nach Ablauf des Abonnements automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wurde. Abonnenten, die per Scheck, Überweisung oder bar bezahlt haben, erhalten spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eine erneute Zahlungsaufforderung. Mit Rücksicht auf die Umsatzsteuererhöhung zum 1.7.1983 werden die Abonnements, die vor dem 1.7.1983 begonnen haben und nach dem 30.6.1983 enden, in zwei Abrechnungszeiträume mit entsprechenden Teilleistungen aufgeteilt. Der erste Abrechnungszeitraum endet am 30.6.1983, der zweite beginnt am 1.7.1983. In dem auf die Zeit bis zum 30.6.1983 entfallenden zeitanteiligen Betrag des Bezugsgeldes ist die Umsatzsteuer in Höhe von 6,5 v.H. des Entgelts (6,1 v.H. des anteiligen Bezugsgeldes) enthalten, in dem zeitanteiligen Bezugsgeld für die Zeit nach dem 30.6.1983 in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. des anteiligen Bezugsgeldes). Beginn ein Abonnement am 1.7.1983 oder später, so enthält das Bezugsgeld insgesamt die Umsatzsteuer in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. Bezugsgeldes). Spendenkonto: „Kommune“ Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27 16 91 (BLZ 501 900 00). Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe-Nahme“ ist keine Aushängung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushängung zurückzusenden. ISSN 0723-7669

Die Wahlergebnisse in Hessen und Bremen sind eindeutig und in den Hauptpunkten gleichartig. Vergrößerung der absoluten Mehrheit der SPD in Bremen, hohe Gewinne der SPD in Hessen; so daß sie wie zum letztenmal in den Wahlen von 1966 wieder stärkste Partei geworden ist; die CDU bleibt ohne Regierungsmehrheit, während SPD und Grüne zusammen rechnerisch eine deutliche Mehrheit bilden; die FDP bleibt in ihrer Stammwählerschaft unter 5% (Bremen), es sei denn sie agiert als Bundesministerpartei in den Ländern parallel zu den Bonner Verhältnissen und kann dadurch vagabundierende Wähler stimmen ihres Bonner Koalitionspartners auffangen (Hessen). Die Grünen haben als linke, reformerische, alternative Kraft ein Wählerpotential von mehr als fünf Prozent.

Vergleicht man die Wahlen mit den Bundestagswahlen und sieht von den regionalen Besonderheiten einmal weitgehend ab, dann scheint sich eine Akzentverschiebung bei den Wählern bemerkbar zu machen. Wurde bei den Bundestagswahlen der Hauptakzent bei der Krisenverarbeitung auf wirtschaftlich-ordnungspolitische Fragen gelegt und mehrheitlich nach der Devise verfahren, „nur wenn es den Kapitalisten gut geht, geht es allen einigermaßen gut, weshalb man den Kapitalisten politisch mehr Platz schaffen muß durch Wahl der CDU-FDP-Koalition“ so hatte bei den Landtagswahlen jetzt der sozialpolitische Aspekt den Vorrang. Das ist der *aktuelle Inhalt* der regelmäßigen Erscheinung, daß eben noch siegreiche Bundeskoalitionen in den folgenden Länderwahlen verlieren. Die Sozialdemokratie gewann deshalb Wähler von der CDU zurück und konnte ihr Potential weitgehend mobilisieren, während die CDU nicht nur an die SPD Stimmen abgeben mußte, sondern auch ihr Potential nicht mobilisieren konnte.

Neben einer Tendenz zu Stabilisierung ihrer Wählerschaft enthalten die Wahlergebnisse für die Grünen auch ein ernstes Warnsignal, zumal in Hessen. Die Grünen können nicht damit rechnen, daß sich massenhafte „Einpunktbewegungen“ gegen konkrete Umweltzerstörungen spontan in grüne Wählerbewegung umwandeln. Sobald die Wahl der Grünen nicht mehr als Protest Bestandteil des aktuellen Kampfes bildet, nähern sich ihre Stimmen wieder den jeweils durchschnittlichen Verhältnissen an (Großgerau und Waldeck-Frankenberg II). Das zeigt, daß selbst entwickelte Kämpfe wie der gegen die Startbahn West nicht ohne weiteres dauerhaft umwälzend wirken, wie es auch zeigt, daß die Grünen noch keineswegs in der Lage sind, die *vielfältigen* Motivationen der in Bewegung geratenen Menschen anzusprechen und perspektivisch *neu zu bündeln*. Die Warnung



Landtagsgruppe untersucht
„unbekannte Größe“
(Joschka Fischer)

Wahlen: In Hessen neue Variante bei den Grünen

Von Joscha Schmierer

an die Grünen besteht darin, daß sie nicht darauf hoffen können, irgendwelche Massenbewegungen parteipolitisch zu beerben, sondern als Partei ein eigenes politisches Gesicht entwickelt müssen, daß auch in einer einigermaßen umfassenden Programmatik und Praxis seinen Ausdruck findet. Eine noch ernstere Warnung an die Grünen und auch an die Linke insgesamt ist darin zu sehen, daß die Grünen die besonderen und weitüberproportionalen Sympathien bei den Jungwählern und damit bei der Jugend überhaupt in Hessen weitgehend eingebüßt haben. Bisher hatten die Grünen

vor allem zwei Hauptwählergruppen: die Kräfte aus der 68er Bewegung und aus ihren zahlreichen Ausläufern in die Breite und einen beträchtlichen Teil der Jugend. Diese Kräfte bilden ja auch zusammen den Kern dessen, was man die „neuen sozialen Bewegungen“ nennt.

Die Stärke der Grünen bestand bisher gerade darin, diese beiden Kräfte im Gegensatz zu allen anderen linken Gruppierungen massenhaft unter einen Hut gebracht zu haben. Diese Qualität drohen sie zu verlieren. Das hat sicher mit Änderungen von kulturellen und politischen Einstellungen in der Jugend zu tun, die mit dem wachsenden Vorrang der Probleme von Ausbildung und Arbeitslosigkeit zu tun haben. Auf einer Pressekonferenz der Frankfurter Grünen im Römer drückte Manfred Zieran das so aus:

Früher, auf Basis einer immer noch weitgehend intakten Wohlstandsgesellschaft, gab es eine spontane Übereinstimmung zwischen den Grünen und der Aufstiegsmentalität in großen Teilen der Jugend. Heute wären viele Jugendliche froh, wenn sie überhaupt irgendwo die Möglichkeit zum Einstieg finden könnten. Auf diese Änderung hätten sich die Grünen überhaupt noch nicht eingestellt und sich auch noch keine Gedanken darüber gemacht. Das ist das eine.

Das andere ist, daß die Grünen als parlamentarische Partei allein auf die Dauer hier auch keine angemessene Antwort finden können. Dazu braucht es eine soziale, politisch-kulturelle Bewegung, mit der sich die Jugend in der alltäglichen Praxis verbinden kann. Das dürfte eine der Erklärungen dafür sein, daß die Grünen in Frankfurt insgesamt und in der Jugend speziell weniger Stimmen verloren und in den dortigen Hochburgen gegenüber den Bundestagswahlen sogar wieder deutlich zugenommen haben.

In Hessen haben die Wahlen trotz aller Beschwörung der Weiterexistenz von „hessischen Verhältnissen“ die Situation qualitativ verändert. Börner hat durch die Wahlen gerade als *geschäftsführender* Ministerpräsident eine demokratische Legitimation erhalten. Obwohl die Sozialdemokratie keine absolute Mehrheit errungen hat, war unter diesem Gesichtspunkt Börners Taktik, geradezu tollkühn das Ziel einer Alleinregierung ins Zentrum des Wahlkampfes zu stellen, hundertprozentig erfolgreich. Mit der ordnungsgemäßen Wahl zum Ministerpräsidenten kann sich Börner Zeit lassen, denn die CDU, also jene Partei, die am heftigsten den bloß geschäftsführenden Charakter der Regierung und Börners Regierungsfähigkeit ins Zentrum ihrer Kritik gestellt hatte, erlebte in den Wahlen ein Cannae und wird darauf nicht mehr herumreiten können. Börner kann, jetzt aber mit Ruhe und breiter Rückendeckung, die Taktik fortsetzen, die er bereits im vorigen

Landtag eingeschlagen hatte: Gerade er wird den Vorrang der parlamentarischen Sachfragen betonen gegenüber *Personal- und Koalitionsfragen*, d.h. er wird die Verabschiedung des Haushalts 1983 und die Beratung des Haushalts 1984 gegenüber der Wahl des Ministerpräsidenten ins Zentrum stellen.

Damit erwischt er sämtliche anderen Landtagsparteien auf dem falschen Fuß. Die CDU hatte den Haushalt in erster Lesung ohne jede inhaltliche Auseinandersetzung bloß abgelehnt, um Neuwahlen zu erzwingen. Die hat sie jetzt gehabt. Inhaltlich wird sie gegen den Haushalt keine zugkräftige Opposition auf die Beine bringen. In der Sache geht es der FDP ähnlich, sie muß aber aufpassen, daß sie ihren Treueschwur an die CDU nicht fragwürdig erscheinen läßt und erneut in den Ruch des machtgierigen Umfallers gerät. Inhaltliches und Formelles drohen ihr also in Widerspruch zu geraten, was Börner nicht versäumen wird auszukosten wie auch auszuschlachten. Die Grünen hatten sich seinerzeit ebenfalls auf keine inhaltliche Auseinandersetzung um den Haushalt eingelassen und seine Behandlung abgelehnt, weil sie sich von der Sozialdemokratie düpiert fühlten, nachdem diese unmittelbar nach den Bundestagswahlen die bereits avisierte Gesprächsbereitschaft sang- und klanglos aufgekündigt hatte.

Die Grünen stehen heute ohne eigene Haushaltskonzeption und d.h. ohne politische Konzeption da. Als Handicap für alle Parteien außer der SPD und als Vorteil für den geschäftsführenden Ministerpräsidenten wirkt, daß die Haushaltspolitik 1983 im wesentlichen sowieso schon gelaufen ist, so daß eine Auseinandersetzung um diesen Haushalt leicht als Streit um Kaisers Bart erscheinen kann.

Wie reagieren nun die hessischen Grünen auf diese *neue* Situation? Sie reagieren so, wie die „Realpolitiker“, d.h. das diffuse Spektrum von Ex-MLern, die sich ihre Hörner abgestoßen haben, von SBlern, die endlich mal handfeste Politik machen wollen, von grün geläuterten Sozialdemokraten, von Leuten, die sowieso und immer schon aller Radikalität mißtrauisch gegenüberstanden und von Frankfurter Altspontis, die mit ihrem großstädtischen Charme und Flair für Kitt und Attraktionskraft sorgen, sie reagieren also so wie die „Realpolitiker“ schon auf die *alte* Situation, die sogenannten hessischen Verhältnisse reagieren wollten, streben also eine sozialdemokratische Regierung an, die sich die Tolerierung durch die Grünen einiges kosten läßt. Eine Woche nach der Wahl ist dieser Kurs auf einer grünen Mitgliederversammlung in der Nähe von Fulda mit übergroßer Mehrheit (8 2 oder gar 9 1) beschlossen worden. Er wird nun auch nahe zu geschlossen von der alten und neuen Landtagsgruppe verfolgt. Der bisherige

Kurs, der mit den „Fundamentalisten“ und den Römergrünen identifiziert wird und in der Praxis der Landtagsgruppe auf Passivität oder hilfloses Schwanken zwischen hoffnungsvoller Hinneigung zur SPD und brüskem Liebesentzug hinauslief, hat damit eine gehörige und in diesen Zahlenverhältnissen ziemlich unerwartete Abfuhr erteilt bekommen.

Das könnte man ja einfach begrüßen in einer Zeitschrift, die in allen Beiträgen von Redaktionsmitgliedern die „hessischen Verhältnisse“ und das, was die Grünen daraus gemacht haben, noch nie glücklich fand. Ich jedenfalls hielt und halte es immer noch für einen fundamentalen Fehler und nicht für fundamentale Politik, daß die hessischen Grünen mit ihrer Antwort auf die hessischen Verhältnisse völlig quer zu der vorhandenen Massenströmung agierte, die Wende nicht nur mit passiver Mehrheit blockieren zu wollen, sondern über ein Bündnis von Grünen und Sozialdemokratie positiv zu konterkarieren und eine linke Wende statt der reaktionären anzustreben. Aber die andere Variante grüner Taktik lag leider nicht weniger quer, denn die „Tolerierungstaktik“ mit „Minimalbedingungen“ trug in Hamburg ja genauso zur Verfaulung der zugespitzten Situation bei wie die Fundamentalistentaktik in Hessen.

So marschierten die Grünen einheitlich wie die Sozialdemokratie mit dem erklärten Ziel in die Bundestagswahlen, auf keinen Fall praktisch das zustande bringen zu wollen, was die Mehrheit ihrer Wähler von ihnen wollte, nämlich eine handlungsfähige Regierungskoalition. Die eindeutige Quittung war eine deutliche Mehrheit für die reaktionären Wendepolitiker, die wenigstens glaubhaft behaupteten, was tun zu wollen. Ob einem das gefällt oder nicht, seit den Bundestagswahlen ist die Chance vorläufig verspielt. Im Bund sowieso, in Hamburg, in Bremen, doch auch in Hessen. Überall haben sich die Leute nach der *ordnungspolitischen* Entscheidung gegen ihre erklärten Interessen im Bund damit begnügt zu retten, was zu retten ist und den Spatzen in der Hand, eine gestärkte SPD, der Taube auf dem Dach, einem neuen und neuartigen Bündnis zwischen SPD und Grünen, vorgezogen. Sonst hätte sich nämlich das Kräfteverhältnis zwischen Sozialdemokratie und Grünen zugunsten der Grünen verschieben müssen. Was hätte ein solche Stärkung der Grünen aber noch bringen können?

In diesen friedfertigen Zeiten mal in militärischen Begriffen gesprochen: Die Situation einer nicht ganz hoffnungslosen Gegenoffensive gegen die Wende nach den ersten Hamburger und hessischen Wahlen hat sich mit der Bundestagswahl unter großer Mitverantwortung der Grünen beider Richtungen in eine Situation der Defensive gewandelt, in der die Grünen die Initiative gegenüber der Sozialdemokratie nicht nur subjektiv, sondern jetzt auch objektiv ver-

loren haben und sich am linken Rand gerade noch knapp über 5 Prozent stabilisieren konnten. Bahro hat sich eben, wie es anderen auch schon passierte, gründlich getäuscht, als er in Hannover behauptete: „Die Stafette ist bereits auf uns übergegangen.“

In dieser Situation einfach von der Fundamentalistentaktik auf die Tolerierungstaktik umzuschwenken, grundsätzlich aber im bisherigen Rahmen verkürzter bis verfehlter taktischer Alternativen zu verbleiben, kann den Verschleiß der Grünen als „Hoffnungsträger“ leicht einfach fortsetzen, wenn jetzt auch andersrum.

Börner kann ja über die voll Enthusiasmus plötzlich hinter ihm herchehlenden Grünen nur schmunzeln, nachdem sie ihn in der früheren Situation relativer Stärke erst mal in die Initiative hatten kommen lassen. Anzunehmen ist, daß Börner sich noch eine ganze Weile als geschäftsführender Ministerpräsident wohl sein läßt, in „Sachfragen“ auf der Hauptachse SPD-CDU die Mehrheit sucht und mit der Nebenachse SPD-Grüne höchstens droht, um vielleicht die eine oder andere grünrote, kostenlose Proklamation an die Bundesregierung vom Stapel zu lassen. Jedenfalls muß man nach dem fundamentalen halben Desaster in Hessen mit der zweiten Hälfte des Desasters, dem „realpolitischen“, rechnen. Ich jedenfalls hätte den Vorschlag der Römergrünen nicht unvernünftig gefunden, das Heil jetzt nicht im alten Streit um Tolerierung ja oder nein zu suchen, sondern möglichst schnell sozialdemokratisches Wahlversprechen als selbständige parlamentarische Initiativen zu formulieren *und* in der Haushaltsfrage eine eigene Gesamtkonzeption in Kritik des laufenden Haushalts zu entwickeln. Nicht mehr, aber auch nicht weniger wird nämlich im Moment noch drin sein. Wenn die Realpolitiker erst aufgelaufen sind und die Römergrünen in ihrer Niederlage realistisch und innerparteilich bündnisfähig werden, können die Grünen in Hessen vielleicht doch zu einer gewissen Einheit und Handlungsfähigkeit finden. Es kann auch sein, daß die Auseinandersetzung eskaliert (s. Kommentar Dittfurth / Kuhnert in diesem Heft). Beide Seiten haben ja irgendwie recht: es gibt die Gefahr der programmatischen Selbstaufgabe aber auch die Gefahr prinzipialistischer Selbstlähmung. Ziele und Strategie, Kompromisse und Taktik fallen augenblicklich nicht nur inhaltlich, sondern auch personell auseinander. Das alte Problem Rosa Luxemburgs von Reform *und* Revolution haben auch die Grünen noch nicht *neu* gelöst, sondern erst mal bloß anders, nämlich unlösbar formuliert: Realpolitik *oder* Fundamentalopposition. Immer noch aber sind die Grünen die einzige parlamentarische Chance. So oder so werden die Wahlergebnisse in Bremen und Hessen dazu beitragen, daß ein reaktionärer Durchmarsch, seis bei der Stationierungsfrage, in der Sozialpolitik oder Rechtspolitik, riskant bleibt. □



Foto: Kai von Appen

Krisenwahlen in Bremen:

Lehrstück oder Episode?

Von Ralf Fücks*

Die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft (Landtag) brachten drei bemerkenswerte Ergebnisse: den Ausbau der absoluten Mehrheit der SPD, das parlamentarische Aus für die FDP und eine Bereinigung der Verhältnisse in der grün-alternativen Politlandschaft – BGL (Bremer Grüne Liste) und BAL (Betrieblich-Alternatives Bündnis) blieben auf der Strecke, die Grünen bilden die dritte Fraktion im Parlament.

Zur Erinnerung noch einmal die Zahlen:

	Bürger- schaftswahl 1983	1979	Bundes- tagswahl 1983*
SPD	51,35	49,43	48,71
CDU	33,31	31,94	34,22
FDP	4,59	10,75	6,53
BGL	2,36	5,14	–
BAL	1,37	–	–
Die Grünen	5,43	–	9,74

* Zweitstimmen

Wahlen und Werften

Als am 25.9 gegen 18.30 Uhr die erste Hochrechnung zum Bremer Wahlergebnis über die Mattscheibe flimmerte, gab es an zwei entgegengesetzten Punkten der Stadt auch zwei entgegengesetzte Reaktionen:

Im Bürgerschaftsgebäude brach unter den versammelten Sozialdemokraten Jubel aus angesichts der überraschenden absolu-

ten Mehrheit ihrer Partei – draußen im Bremer Westen, auf der besetzten AG „Weser“, verbreitete sich kopfschüttelnde Resignation. Der Wahlsieg der SPD kam einer Niederlage der Gröpelinger Werftarbeiter gleich.

Noch zwei Tage vor der Wahl, als Bürgermeister Koschnick auf einer dramatischen Betriebsversammlung bekräftigte, daß der Senat bereit ist, die „Akschen“ fallenzulassen, hatte die Belegschaft alles auf eine Karte gesetzt. Doch ihr Aufruf, keine Partei zu wählen, die nicht klipp und klar für die Erhaltung aller Werften in Bremen eintritt, fand kein Echo – nicht einmal in Gröpelingen selbst, wo die SPD ihre Vormachtstellung noch ausbauen konnte. Jetzt können Vorstände und SPD die Werftfusion durchziehen und die AG „Weser“ opfern – und Hans Koschnick kann sich dabei noch auf den Wählerauftrag vom 25.9 berufen. Schließlich hat er schon vorher angekündigt, daß die Schließung der AG „Weser“ der Preis für die „Rettung“ der übrigen Werften sei.

Die SPD konnte also eine Solidarisierung zwischen der AG „Weser“ und der großen Mehrheit der Bevölkerung – auch der Ar-

**Ralf Fücks ist um 350 Stimmen am Abgeordnetenmandat der Grünen in der Bremer Bürgerschaft vorbeigeschrammt, arbeitet nun aber in der Bürgerschaftsfraktion der Grünen als wissenschaftlicher Mitarbeiter*

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

links

MODERNE ZEITEN

Sozialistische Monatszeitschrift

Diskussions- forum

GRÜNE

PERSPEKTIVEN

mit

Rudolf Bahro

Thomas Ebermann

Joschka Fischer

sowie

Joscha Schmierer
(Kommune)

Michael Stamm
(MOZ)

Horst-Dieter Zahn
(links)

Samstag, 15. 10. 83, 19. 30 Uhr
Frankfurt, Haus Dornbusch
Eschersheimer Landstr. 248

Droht grüne Selbstaufgabe?

Kommentar zur Landesversammlung der Grünen Hessen
am 1./2. Oktober 1983 in Petersberg-Marbach

Die Landtagswahlen 1983 hatten die Grünen als eigenständige politische Kraft bestätigt. Ohne jegliche Fixierung auf eine der etablierten Parteien oder gar Koalitionsausgabe kamen die Grünen auf 5,9%. Trotz geschwächter sozialer Bewegungen (Startbahn West, WAA usw.), trotz zunehmender Verspießerung von Teilen der Grünen und dem Fehlen eines für junge Leute interessanten kulturellen und sozialen Milieus. Die Machtkonstellationen nach der Wahl ergaben keine hessischen Verhältnisse. Zwischen den drei etablierten Parteien gibt es genug Möglichkeiten der Koalition. Für die Grünen wäre Zeit gewesen, aus einer Diskussion über hessische Landespolitik die Landtagspolitik und das Verhältnis zu anderen Parteien abzuleiten. Statt dessen gab es die Preisgabe grüner Kultur und grüner Inhalte auf der Landesversammlung in Petersberg-Marbach und die Anbiederung an die SPD.

Ein Antrag wurde verabschiedet, der eine soziale und kulturelle Wende bei den Grünen Hessen repräsentiert.

Zum erstenmal wird die Landtagsgruppe ermächtigt, *ohne Öffentlichkeit* mit der SPD zu verhandeln und den Haushalten 1983/1984 *ohne jegliche Rückkoppelung* zuzustimmen. Mit diesem Antrag wurden Basiskontrolle durch die Grünen und Basisinitiativen ausgeschaltet: keine Mitgliederversammlung, kein Landeshauptauschuß, nicht einmal der Landesvorstand und schon gar keine Basis(initiativen)mitglieder haben bei den Verhandlungen etwas zu suchen oder gar mitzuentcheiden. Ausschließlich

eventuelle Verhandlungsergebnisse in bezug auf die *Ministerpräsidentenwahl* müssen einer Mitgliederversammlung vorgelegt werden, aber dann ist die Abstimmung über den Landeshaushalt längst passé.

Die Landtagsgruppe beabsichtigt dem Haushalt 1983 jetzt zuzustimmen. Einem Haushalt, der neben vielen anderen menschlichen und ökologischen Katastrophen-Finanzierungen z.B. folgendes in sich birgt: das Gefängnisbauprogramm, die Streichung der Drogentherapien, die indirekte Finanzierung der Startbahn West, die Zerstörung des Kinzigtales durch mörderische Betonierung und Zerstörung der ökologischen und sozio-kulturellen Zusammenhänge, die Finanzierung der Infrastruktur für das waffengespickte Osthessen, Autobahnen und Schnellstraßen, Gelder für das Atomkraftwerk Biblis und die Mitfinanzierung des Waldtodes, des Verfassungsschutzes, der Polizei u.v.a.m. Mit der ebenso dämlichen wie entlarvenden Begründung, das Geld sei „ja sowieso schon ausgegeben“, soll die Politik der Zerstörung der ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen zum erstenmal *mitverantwortet* werden. Grüne Politik im Landtag hieße dann, gegen sich selbst Politik zu machen. Es handelt sich um glatten Wählerbetrug. Man erinnere sich nur an die ausführliche begründete Ablehnung desselben (!) Haushaltes 1983 durch die Grünen vor wenigen Monaten und die darauffolgenden Neuwahlen.

In der hier geforderten Kürze sei von uns nur nebenbei erwähnt, daß mit dem verab-

beiterschaft – verhindern. Dabei war nicht nur der „Mitleids-Effekt“ mit Koschnick wirksam, der auf der Betriebsversammlung mit dem Rücken zur Wand stand und medienwirksam erschüttert wirkte. Auch der scheinbare Realismus des Senats hat den allermeisten Wählern eingeleuchtet: eine Belegschaft opfern, um die anderen zu retten. Für den „gesunden Menschenverstand“, dessen Horizont durch die herrschenden Verhältnisse begrenzt wird, klingt das vernünftig angesichts der weltweiten Überfüllung des Schiffbaumarkts und enormer Kostenvorteile außereuropäischer Werften.

Diese kapitalistische Krisen-Logik konnte weder von den Werftarbeitern noch von den Parteien erschüttert werden, die unter sozialistischen und/oder ökologischen Vorzeichen gegen SPD/CDU/FDP kandidier-

ten. Am wenigsten übrigens von der BAL, die nirgendwo eine Massenbasis fand und gerade in den Arbeitervierteln noch unter ihrem Durchschnitt blieb.

Im Widerstand der AG-Weser-Belegschaft gegen die Stilllegung der Werft klaffte eine deutliche Lücke zwischen der radikalen *Form* (Besetzung) und dem hilflos-defensiven *Inhalt* ihres Kampfes: dem Appell an den Senat, die Werft zu „retten“. Noch in der erbarmungslos-emotionalen Abrechnung mit Koschnick („Verräter“ / „Vulkanese“) drückte sich die enttäuschte Erwartung aus, daß der Senat stellvertretend für die Belegschaft ihre Interessen wahren und die Krise auffangen sollte. Erst in der Besetzungswoche selbst entwickelten sich Ansätze, die über das Pochen auf die Pflichten des Sozialstaats hinausgingen und

schiedeten Antrag von Karl Kerschgens zum erstenmal eine Koalition und eine Regierungsbeteiligung nicht mehr ausgeschlossen wird und daß – peinlich, peinlich – dem Zielkatalog erst später die Punkte „Frauen“ und „Soziales“ hinzugefügt wurden. Ganz zu schweigen vom Abrücken von der Position der sofortigen Stilllegung der Atomanlagen.

Ein erster entscheidender Schritt für eine Wende bei den Grünen ist getan. Es ist zutiefst deprimierend mit anzusehen, wie sich die neue Mischung aus Phantasielosigkeit, Utopieverlust, Berufszynismus und Inkompetenz in Sachfragen den versoffenen Mechanismen der Institutionen und Apparate dieser kapitalistischen Gesellschaft anzupassen beginnt. Statt Sand im Getriebe ein neues, noch besseres Schmieröl. Oder sagen wir es anders: plötzlich steht alles zur Disposition. Grundsätze, Werte und sachlich begründete Inhalte sind bis zur Unkenntlichkeit verhandelbar. Taktik wird zum Inhalt der Politik, bleibt nicht mehr nur (gelegentliche) Methode. Am Ende dieser Politik – auf deren Weg der persönliche Ehrgeiz keine unwesentliche Rolle spielt – steht der Posten, das Mandat, von dem aus man behauptet, die Gesellschaft von oben nach unten verändern zu wollen. Aber *mit wem* soll denn dann noch diese Gesellschaft verändert werden, wenn man vorher die Grünen zur vierten staatstragenden Partei macht, die die Menschen hin auf die bestehenden Strukturen orientiert? Seht Euch endlich mal (wieder) die Geschichte der SPD an! Eine Geschichte der Verapparatur, der Verstaatlichung und Repression und der Aufgabe gesellschaftlicher Utopien.

Der Kulturverlust bei den Grünen scheint grenzenlos. Petersberg-Marbach: Frenetischer Beifall an rhetorisch gesetzten Rede- Stellen nach hohlen Versatzstücken korrespondierten mit einem außergewöhnlichen Alkoholkonsum bei einigen. Die Redeliste zum Haupttagesordnungspunkt wurde eilig bei halbvollem Saal am Ende der Mittags-

pause geschlossen, Änderungsanträge zum erstenmal bei einer Grünen Versammlung grundsätzlich nicht mehr zugelassen. Diffamierungen ersetzen sachliche Auseinandersetzungen. Der Vortrag der osthessischen Friedensinitiativen interessierte nicht mehr, gelangweilter Beifall drückt den Kulturwandel treffend aus. Streit über Inhalte gibt es fast nicht mehr. Die in riechbare Nähe gerückte Teilhabe an der Macht des Staates war das einzige Elixier, daß noch Emotionen auslöst.

Die Abstimmung über diesen Antrag bedeutete mehr als nur eine punktuelle Entscheidung. Die gewachsene Identität der Grünen wurde zerbrochen. Für die Perspektive einer eigenständigen Gegenkultur zum etablierten, bankrotten Parteiensystem sind die Grünen Hessen so keine Hoffnungsträger mehr. Eine Gegenkultur mit dem Ziel einer humanen und ökologischen Gesellschaft, in der die Entscheidungen nach den Bedürfnissen der Menschen orientiert von unten nach oben durchgesetzt werden, ist von den Trägern der staatstragenden Wende nicht zu erwarten. Von den sie tragenden Bewegungen hat sich die Mehrheit der Grünen Landesversammlung zugunsten des sich Einbindens in den *staatstragenden korruptiven Grundkonsens* abgenabelt und ist – wie seit einem Jahr von den Medien inclusive *taz* und *Pflasterstrand* stürmisch gefordert – im sozialdemokratischen Sinne politikfähig geworden.

Typisch ist, daß in dem substanzlosen Zielkatalog des Kerschgen-Antrags nicht einmal mehr das Thema Startbahn West auftaucht, wenige Tage vor der Rodung der RWE-Trasse, wenige Tage vor weiteren Demonstrationen. Werden wir bei der Verabschiedung des Haushaltes 1983 wieder Startbahn-Verhältnisse im Landtag haben? 100 Prozent stimmen zu?

Träger der Wende der Grünen hin zur staatstragenden Partei ist ein Zusammenschluß der neuen Rechten bei den Grünen, denen antiemanzipatorische Inhalte und antiemanzipatorische Verkehrsformen ge-

meinsam sind. Daß an diesem Wochenende erstmals nur drei oder vier Frauen redeten (und die noch sehr wenig) gehört zu diesem Klima ebenso wie die pauschale Diskriminierung junger Grüner („Zu jung“, „Besetzt doch erstmal Häuser“, „Du mußt noch viel lernen“ usw.). Gefunden haben sich hier – und vielleicht stoßen manchen die inneren Widersprüche doch noch eines Tages auf – hoffnungslose, zynisch gewordene Alt-Spontis, sozialdemokratische Grüne, rechtskonservative Grüne (bei Programmdiskussionen noch mit ausländerfeindlichen Überzeugungen aufgefallen), und solche, die die Grünen stets nur als Reparaturreinrichtung für die Sozialdemokratie begriffen haben (Überschneidungen sind möglich).

In diesem Zusammenhang ist die Mehrheit der Landtagsgruppe mehr hineingezogen worden als daß sie bewußt mit an diesem pragmatischen rechten Zusammenhang gebastelt hätte. Ein Jahr voller Fehler hat nicht zur Verarbeitung, sondern zur Suche nach Bestätigung und zur Anpassung geführt. Die notwendige Kraft, sich von den bequemen Einflüsterungen sozialdemokratischer Stammtische fernzuhalten, fehlt.

Wie geht es weiter? Die Frage ist für uns noch nicht endgültig zu beantworten. Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß einige Mitglieder wenigstens im nachhinein merken, was für einer Politik sie aufgesessen sind. Wir stehen kurz vor dem ersten geheimen (!) Treff der Grünen im Landtag mit der SPD und Börner und wenige Wochen vor der Entscheidung über den Landshaushalt. Von diesen Entscheidungen hängt ab, welchen Weg die Grünen weitergehen werden und welchen Weg diejenigen für sich wählen, die zwischen „Opposition“ und „Verweigerung“ und „Kompromiß“ und „Selbstaufgabe“ noch unterscheiden können.

Jutta Dittfurth

(Die Grünen im Römer)

Jan Kuhnert

(Die Grünen im Landtag)

die Aneignung der Werft durch die Arbeiter und Angestellten selbst aufwarfen. Arbeitsgruppen für alternative Produktion wurden gebildet, eine Ausstellung über die Erfahrungen von Lucas Aerospace aufs Werftgelände geholt. Aber auch diese Initiativen blieben minoritär und konnten die Demoralisierung nicht ausgleichen, die das Wahlergebnis hervorrief.

Gegen die „Wende“, für Stabilität

„Keine Experimente“ könnte das Motto für das Wählervotum in Bremen gewesen sein. Immerhin: rund 11% der Stimmen entfielen nicht auf die drei „etablierten“ Parteien; Die Grünen, BGL und BAL zusammen kamen auf 9,2%. 1979 waren es 5,2% für die BGL und 1,4% für die damalige Alter-

native Liste. Dennoch konnten SPD und CDU ihre Position gegenüber 1979 noch *ausbauen*: Sie waren die Haupterben des Verfalls der FDP, die in Bremen nach zwei Seiten ausblutete – die sozialliberalen Wähler nahmen ihr die „Wende“ übel, die „Wende“-Anhänger wiederum die Absicht, mit der SPD zu koalieren. Innerhalb des herrschenden Parteienkartells findet also eine Konzentration der Stimmen auf die beiden Hauptparteien statt. Der Aufstieg der Grünen hat (noch) nicht die Dimension eines Einbruchs in die politische Basis der SPD (von der CDU ganz zu schweigen) erreicht.

Gegenwärtig schlägt sich die wachsende *Instabilität* der Ökonomie, der sozialen Existenz und der internationalen Verhältnisse politisch eher als Wunsch nach *Stabi-*

lisierung des Altbekanntes nieder denn als Suche nach neuen Zielen und Wegen.

Der Erfolg der SPD in Bremen und Hessen hat so zwei Gesichter. Er signalisiert zum einen ein klares Votum gegen die Bonner „Wende“ Speziell in Bremen, wo die SPD seit 35 Jahren ununterbrochen regiert und dem öffentlichen Leben ihren Stempel aufdrückt, wird sie als Garant sozialer Erregenschaften und politisch-kultureller Freiräume wahrgenommen – und zwar von der Mehrheit der Arbeiter wie der akademischen Mittelklasse, die den weitgefächerten öffentlichen Dienst bevölkert und das aufgeklärt-liberale „Klima“ Bremens schätzt. Je wilder sich Zimmermann, Wörner, Lambsdorff und Geißler in Bonn gebärden, um so anziehender scheint die SPD als Anwalt „sozialer Gerechtigkeit“, demo-

kratischer Rechte und internationaler Entspannung zu werden – egal was sie als Regierungspartei im Bund verbrochen hat und in den Ländern noch immer verbricht. Auch in allen hessischen Großstädten ist die Sozialdemokratie wieder stärkste Partei. Der vermeintlich schrottreife Tanker SPD gewinnt zusehends wieder Fahrt; das systemstabilisierende Wechselspiel von Regierung und Opposition funktioniert – trotz der Grünen.

Darin liegt die Kehrseite des SPD-Erfolgs dieser Landtagswahlen: Es ist immer noch die Sozialdemokratie, die von der großen Bevölkerungsmehrheit als realpolitische Alternative zur CDU/FDP wahrgenommen wird (und umgekehrt). Der Anspruch der Grünen, „die Alternative“ zu beiden Parteiengruppen zu sein, trifft bundesweit nur bei einem schmalen Wählersegment nahe am parlamentarischen Existenzminimum auf Widerhall.

Die Grünen zwischen Fundamentalopposition und Pragmatismus

Zugegeben, dieser Anspruch wird auch durch die Realität „grüner“ Politik nicht gedeckt. Zwischen den alarmistischen Krisen-Prognosen und radikal-ökologischen Zielen einerseits, realpolitischer Kompetenz andererseits klappt eine Lücke, die auch durch Papierberge von „alternativen Konzepten“ und „Sofortprogrammen“ nicht zu verdecken ist.

Was die Grünen etwa wirtschaftspolitisch an „konkreten Vorschlägen“ anbie-

ten, ist in der Regel nur angegrünter Staatsinterventionismus: ökologisch frisierte staatliche Subventionsprogramme zur Arbeitsplatzsicherung, die weder mit dem sozialdemokratisch-keynesianischen Strickmuster brechen noch in ihren Wirkungen und Kosten zuendgedacht sind – weder radikal noch konkret. So verwandelt sich auch die Zielperspektive „Vergesellschaftung“ (als betriebliche und kommunale Selbstverwaltung) in konkreten Krisensituationen allzusehnlich in die vertraute Forderung nach Verstaatlichung, schamhaft drapiert mit dem Zusatz „bei erweiterter Mitbestimmung“. Daß schließlich die Forderung nach der 35-Stunden-Woche und die Zauberformel „alternative Produktion“ schon hinreichende Antworten auf die Strukturkrise sein sollen, die eine Branche nach der anderen erfaßt, nimmt uns zu Recht kaum jemand ab.

Der programmatischen Lücke zwischen Utopie und Pragmatismus entspricht die Verwirrung auf der Ebene der Durchsetzung grüner Politik. Bei den Bremer Grünen findet sich hier anstelle einer Strategie ein großes Fragezeichen. Wir haben es fertiggebracht, uns in diesem Wahlkampf zwischen alle Stühle zu setzen: Eine „Bewegungskandidatur“, basierend auf dem Zusammenschluß der außerparlamentarischen (einschließlich der betrieblichen) Initiativen gegen die herrschende Politik, wurde mit der Absage an eine gemeinsame Kandidatur mit der BAL verworfen. Umgekehrt wurde mit der „Koalitionsfrage“ auch jede näher

bestimmte Politik der parlamentarischen Zusammenarbeit mit der SPD per MV-Beschluß vom Tisch gewischt, so daß die Grünen vollends darauf verzichteten, auch nur versuchsweise auf die Frage zu antworten, wie und mit wem sie denn ihr Programm durchsetzen wollten.

Folgerichtig hatten die Grünen in diesen Wahlen einen schweren Stand. Die Verweigerung gegenüber den Bündnisofferten der BAL isolierte uns von einem Großteil der Betriebslinken; das zäh haftende Bahro-Image des Landesverbands verwob sich mit dem Mißtrauen gegen „grüne Machtpolitik“, beides zusammen veranlaßte die meisten links-alternativen Aktivisten, die Wahl und speziell die Grünen aus reservierter Distanz zu betrachten.

Gleichzeitig wurde das „wertkonservative“, bürgerliche Wählerpotential der Grünen durch die Konkurrenz kandidatur der BGL verunsichert, die alle Register antikommunistischer Demagogie gegen den Landesverband zog. So entstand die paradoxe Situation, daß die Grünen von der BAL als „rechts“, von der BGL als „Tarnorganisation kommunistischer Kader“ angegriffen wurde – eine Position, die fast wieder zur Identifikation reizte.

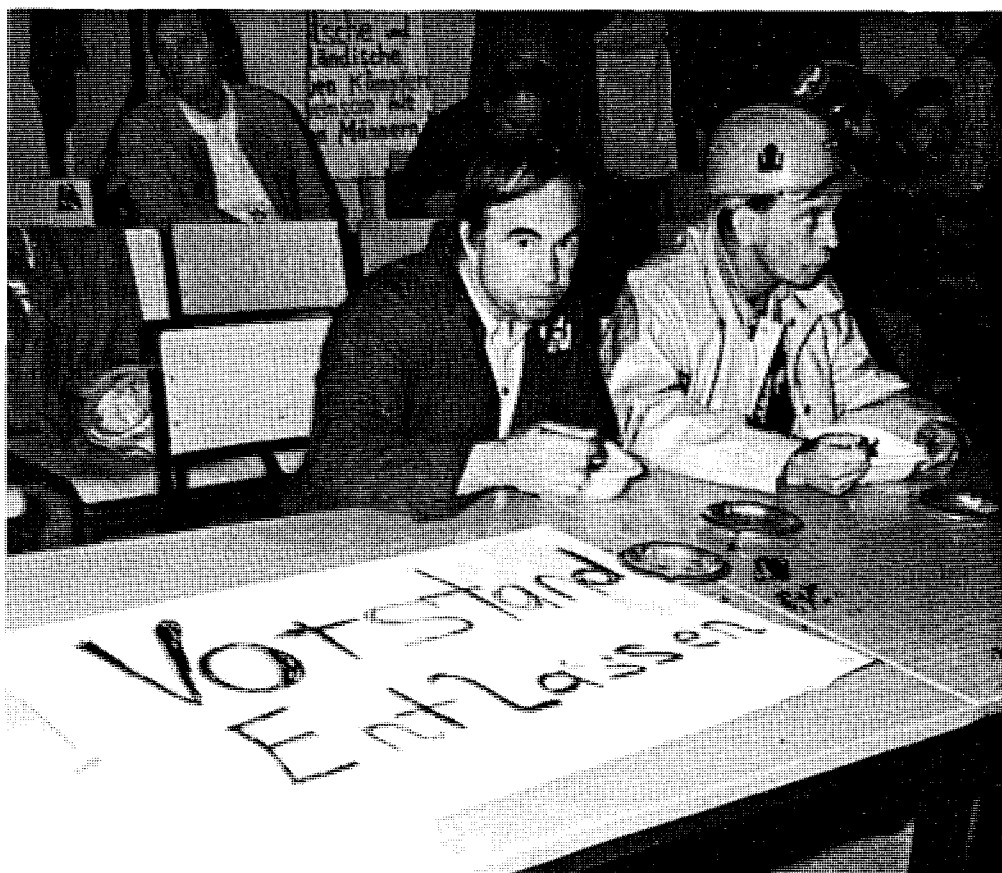
Im Endeffekt hat sich der Mut zum Risiko ausgezahlt – die politische Landschaft Bremens wurde am 25.9. flurbereinigt; im Parlament sitzen sich jetzt die tatsächlichen politischen Alternativen gegenüber. Es war allerdings eher ein Pyrrhus-Sieg als ein Triumph, eine Zerreißprobe, der jetzt eine Phase der Konsolidierung nach innen und der Öffnung nach außen folgen muß.

Die Verlegenheit, sich zur parlamentarischen Mehrheitsbildung verhalten zu müssen und die „grün-rote“ Stimmenmehrheit auch in eine politische Mehrheit umzusetzen, hat seine Majestät der Wähler den Bremer Grünen erspart. Dafür müssen die Hessen jetzt beweisen, daß sie aus Schaden klug werden können.

Der folgende Vergleich zwischen den Stimmbezirken Ostertor und Ohlenhof (AG-„Weser“ Stadtteil) zeigt drastisch, daß die Grünen schwach sind, wo die SPD stark ist (nämlich in den traditionellen Arbeiterhochburgen) und umgekehrt ihre „Massenbasis“ dort haben, wo sich in den letzten Jahren sozial, politisch und kulturell eine „alternative Infrastruktur“ herausgebildet hat:

Partei	Ostertor	Ohlenhof
SPD	35,7	67,8
CDU	30,1	21,0
FDP	4,9	2,3
Die Grünen	19,2	3,4
BGL	3,1	2,6
BAL	4,7	1,6

In Prozent der Wählerstimmen



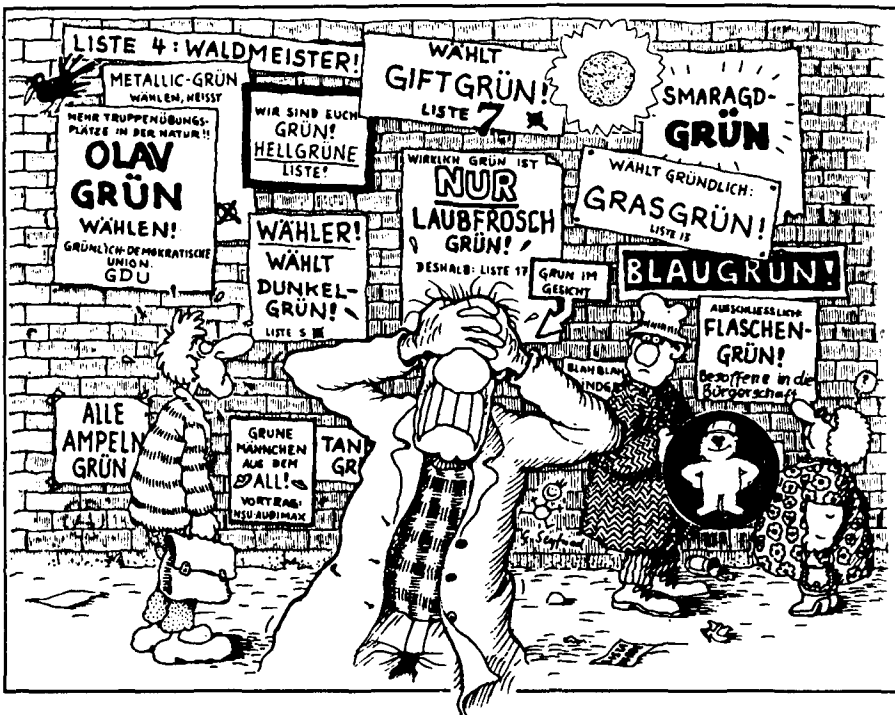
Nachruf auf BAL und BGL

Mit BGL und BAL sind zwei politische Varianten gescheitert, die gleichermaßen in Gegensatz zu „grünen“ Grundpositionen stehen. Die BGL führte einen ganz medienorientierten, gegen die SPD und die Grünen gerichteten Wahlkampf. Im Gegensatz zum eher trocken-aufklärerischen Rationalismus der Grünen zielte sie auf die Emotionen des „gesunden Volksempfindens“. Sie attackierte staatlichen „Dirigismus“, „Filz“ und „Verschwendung“, forderte gleichzeitig „mehr Markt“ und eine „Nationale Schiffbaupolitik“, machte mit der CDU Front für die „Verteidigung des Gymnasiums“, polemisierte gegen „Firlefanz“ wie die Frauen-Gleichberechtigungsstelle und „Schwulenprogramme“, beschuldigte die SPD, sie fördere „Kapitalisten und Chaoten“, während der anständige Arbeiter geschöpft und in der Not alleingelassen werde. Als Gipfel auf dem Weg nach rechts präsentierte sie schließlich eine „neue Familienpolitik als Weg aus der Arbeitslosigkeit“; durch staatliche Geburtenprämien sollten die Gebärfreude der deutschen Frauen erhöht und Arbeitsplätze für die Männer freigemacht werden.

Während die Grünen mit dem Gestus ihres Wahlkampfes eher den Typ des politisch interessierten und informierten (Mittelklasse-)Menschen ansprachen, versuchte die BGL, mit ihrer rechts-populistischen Agitation Proteststimmen aus den „besseren Ständen“ wie aus der Arbeiterschaft zu mo-

bilisieren. Zum Glück ist dieses Kalkül nicht aufgegangen. Damit dürfte das Kapitel BGL in Bremen erledigt sein. Traurig ist bloß, daß sich ein Mann wie Fritz Bettelhäuser, Betriebsratsvorsitzender des Bremer Vulkan, als Kandidat der BGL in deren politischen Konkurs verstrickt hat.

Ihr Waterloo erlebte am 25.9 auch die BAL, die sich im Wahlkampf als „Betroffenenbündnis“ darstellte („Kollegen in die Bürgerschaft“), faktisch aber von einem Bündnis DKP-Arbeiterpolitik-KB getragen wurde (zusätzlich „KPD“ und Resten der „Demokratischen Sozialisten“). Ihr Stimmanteil blieb noch unter dem Ergebnis von AL und DKP 1979; ihre Mini-Hochburg hatte sie (wie die Grünen) im Szene-Quartier Ostertor/Steintor, während sie in den Arbeiterbezirken durchweg noch unter dem Ergebnis der BGL lag. Geradezu niederschmetternd für die BAL sind die Zahlen aus dem Bremer Westen (AG „Weser“): zwischen 0,8 und 1,6% – obwohl die BAL ihren Wahlkampf in der Endphase vollständig auf die „Solidarität mit der AG Weser“ konzentriert hatte. Gemessen am oft schwerfälligen, amateurhaften Wahlkampf der Grünen glänzte die BAL durch optische Präsenz, gutgetimte Aktionen und einen eingespielten Apparat. Das beherrschende Wahlkampfthema (Werftkrise) kam ihr entgegen – schließlich reklamierte sie Betriebe und Gewerkschaften als ihr eigenes Terrain. BAL/DKP-Anhänger schlugen die Werbetrömmel in den Jugend-



Entnommen aus der Grünen Zeitung in Bremen „Krokodil“, noch vor den Wahlen in Bremen.

HEFT 5/1983

1000 Berlin 36

Umweltmagazin

Umweltmagazin Verlag Paul-Lincke-Ufer 44a

MIT FREAK UND FRACK ZUM FRIEDEN

Perspektiven der Friedensbewegung

20 SEITEN ZUSÄTZLICH!

Alternativen zum Sparbuch:

KREDITE FÜR KOLLEKTIVE

3 praktische Beispiele zum Einsteigen

COUPON HEFT 5/1983

Umweltmagazin ist die Zeitschrift des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) – erscheint alle 2 Monate und ist in guten Buchläden zu erhalten.

Ich bestelle das aktuelle Heft für DM 4,- plus ,70 DM Versandkosten (in Briefmarken oder V-Scheck)

Ich abonniere Umweltmagazin ab Heft Nr. ___ für DM 24,- pro Jahr (6 Hefte) frei Haus in der BRD.

Name _____

Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

verbänden, unter Lehrern und Sozialarbeitern, der KB buhlte um Sympathie in der alternativen Szene und unter den „Autonomen“ Alles umsonst: die aufgeklärte Linke sah den DKP-Pferdefuß unter dem Mantel der „Betroffenheit“ und die Arbeiterbevölkerung erwies sich ein weiteres Mal als immun gegen markige Klassenkampfparolen im Stil der 20er Jahre. Mit der BAL ist ein Konzept gescheitert, das die gesellschaftlichen Probleme und Widersprüche auf die Ökonomie reduziert (die Arbeiter also ausschließlich in ihrer Eigenschaft als Lohnarbeiter anspricht) und versucht, aus der Krise politisches Kapital zu schlagen, ohne konkrete Alternativen zu entwickeln. Zugleich hat die Strategie der DKP und des KB, die Grünen bundesweit durch die Bildung alternativer Listen unter Druck zu setzen, einen empfindlichen Dämpfer erhalten.

Junge und Alte, Männer und Frauen

Zum Schluß noch ein wahlstatistisches Schlaglicht, das die Grünen zu politischen Konsequenzen veranlassen sollte. Nicht nur, daß sie (in Bremen jedenfalls) von Männern häufiger gewählt wurden als von Angehörigen des schönen Geschlechts (an der Zusammensetzung der Liste kann's nicht gelegen haben!). Sie könnten aus dem altersspezifischen Wahlverhalten auch den Schluß ziehen: trau keinem über 35. Je älter die Menschen sind, desto geringer ihre Sympathien für die Grünen. Umgekehrt findet die SPD unter den alten Damen ihre treuesten Wähler(innen), wie die Statistik zeigt:

	SPD	CDU	Die Grünen
Männer	49,3	34,6	5,6
Frauen	52,5	33,6	5,0
18 - 21 Jahre	47,3	21,3	14,3
60 J. u. älter	49,7	41,2	1,2

Einschließlich BAL und BGL lag der Anteil der grün-alternativ-Wähler unter 21 Jahren bei 25,6%, also deutlich über dem CDU-Anteil. Der Knick im Stimmpotential der Grünen erfolgt jenseits der 35. in der Altersgruppe der 35- bis 45jährigen sinkt ihr Stimmenanteil von 14,3% auf 4,8%. Und die Bevölkerung der BRD wird im demographischen Durchschnitt immer älter. Es wird den Grünen schon aus wahlopportunistischen Gründen nichts anderes übrig bleiben, als sich um die Nöte und Interessen der Alten in dieser Gesellschaft zu kümmern. Das muß Konsequenzen bis hin zu den Kandidatenlisten haben. Die BAL wird das bestätigen können. Sie wurde in Bremerhaven mit 1% klar von der ASD („Rentnerpartei“) überrundet, die nach einem Nullwahlkampf 1 7% der Stimmen erhielt.

Grüne Abgeordnete in der Bonner Haushaltsschlacht

Zahlen



mit Qualität

Von Hubert Kleinert *

Der Bundeshaushalt war ein Thema, das noch vor wenigen Monaten bei vielen Grünen nur Achselzucken hervorrief, bis in die Bundestagsfraktion hinein. Schließlich liegen nach verbreiteter Auffassung gerade hier zentrale Schwächen grüner Problematik und grüner Politik.

Haushaltspolitik, das erscheint vielen als eine Art Geheimwissenschaft, durchsetzt mit zahlreichen unverständlichen Begriffen aus dem Jargon einer volkswirtschaftlichen und finanzwissenschaftlichen Geheimsprache, die basisverbundenen Grünen erst einmal ziemlich fremd sein müsse. Dennoch, bzw. auch gerade deshalb war und ist es unsere erklärte Absicht, die Debatte um den Bundeshaushalt 1984 zu einem Schwerpunktthema grüner Politik in Bonn zu machen. Dabei wollten wir mit unserem Auftreten während der ersten Debattenrunde Anfang September vor allem zwei Ziele verbinden: Einmal sollte es um eine Dechiffrierung dieses scheinbar undurchdringlichen Zahlenwerks und des zugehörigen geheimnisvollen Jargons gehen, die es ermöglicht, diesen Haushaltsentwurf der Bundesregierung auf seine wirklichen Grundtatbestände zu reduzieren und so erkennbar werden zu lassen, welche Ausformung von Politik sich hinter den Tausenden von Zahlen sowie den gespreizten Kontroversen über Erhöhung der Nettokreditaufnahme, Crowding-out-Effekt, Deckungslücke und

mittelfristige Finanzplanung eigentlich verbirgt. Darüberhinaus sollte auch sichtbar gemacht werden, in welche Richtung grüne Alternativen zu dieser Politik zielen.

Zentrale Bedeutung mußte für uns zunächst die *Fundamentalkritik des Regierungsentwurfs* unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten besitzen. Wir wollten deutlich machen, daß diese Haushaltspolitik die Finanzierung unwirtschaftlicher Maßnahmen mit hohen Folgekosten für künftige Generationen verbindet mit der Unterlassung von Ausgaben, die zur Vermeidung unermesslicher ökologischer Schäden notwendig wären, und von politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, ohne die absehbar weitere hohe soziale Kosten auf weitere Bundeshaushalte zukommen werden. Die Kritik am Verschwendungscharakter dieses Haushaltsentwurfs sollte dabei in einen Zusammenhang gebracht werden mit der Kritik an der sozialen Demontagepolitik, die einschneidende Leistungskürzungen im Sozialbereich mit einer Gesellschaftspolitik der Umverteilung von unten nach oben verbindet. Schließlich sollte herausgearbeitet werden, daß der Entwurf nicht einmal die von der Bundesregierung selbst gesetzten Zielvorgaben erreichen kann, d.h. selbst im Rahmen der etablierten haushalts- und finanzpolitischen Logik derartige konzeptionelle Ungereimtheiten aufweist, daß die

*Hubert Kleinert ist Mitglied der Bundestagsgruppe der Grünen und grüner Obmann im Finanzausschuß

von der Regierungskoalition angegebene Zielvorstellung, Haushaltskonsolidierung durch radikalen Sozialabbau führe zu einer „wirtschaftlichen Belebung“, schon von einer ganz immanenten Logik her gedacht, in dieser Form nicht erreichbar sein werde.

Neben dieser Fundamentalkritik aber hielten wir auch das Aufzeigen grüner Alternativen für unbedingt notwendig. Alternativen, die deutlich machen sollten, in welche Richtung grüne Haushalts- und Wirtschaftspolitik zielt. Deshalb haben wir zur Haushaltsdebatte ein soziales und ökologisches Sofortprogramm (SÖS) vorgelegt, das notwendige Sofortmaßnahmen zum Schutz von Natur und Umwelt verbindet mit der Forderung nach einem Investitionsprogramm zur Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel und zur finanziellen Unterstützung von Alternativprojekten im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie zur Umstrukturierung der Wirtschaft. So haben wir u.a. einen Ausbau der biologischen Trinkwasseraufbereitung, die Einführung der chemischen Klärstufe bei Kläranlagen, den Einbau von Entschwefelungsanlagen und Wirbelschichtfeuerungen bei Kraftwerken, die Herstellung von Kfz-Abgaskatalysatoren sowie eine stärkere Förderung von Recyclingbetrieben gefordert. Gleichzeitig sollten u.E. staatliche Mittel zur Umstrukturierung der Produktion in der Stahl- und Werftenbranche zur Verfügung gestellt werden.

Das Gesamtvolumen der von uns geforderten „Sofortmaßnahmen“ beläuft sich auf ca. 28 Mrd. DM. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen haben wir ebenfalls konkrete Vorschläge vorgelegt:

1. Steuerpolitische Maßnahmen, die die staatlichen Einnahmen erhöhen würden. Hierzu haben wir u.a. die Ersetzung des Ehegatten-Splittings durch gezielte steuerliche Entlastung von Eltern mit Kindern sowie die Zurücknahme des Steuerentlastungsgesetzes, das durch Senkung der Vermögensteuer den besitzenden Schichten eine steuerliche Entlastung in Höhe von ca. 3,5 Mio. DM bescheren würde, gefordert. Allein die Ersetzung des Ehegatten-Splittings und die Zurücknahme des Steuerentlastungsgesetzes könnte schließlich Mehreinnahmen in Höhe von ca. 18,5 Mrd. DM bedeuten.

2. Umstrukturierung, Einsparungen und finanzielle Umschichtungen in Einzelhaushalten (z.B. bei der Förderung der Atomenergie, in der Verkehrspolitik, in der Forschungsförderung usw.).

3. Eine drastische Kürzung des Verteidigungsetats. Hier haben wir einen detaillierten Kürzungsvorschlag mit einer Größenordnung von ca. 9 Mrd. DM vorgelegt, der u.a. ein Einfrieren neuer militärischer Be-

schaffungsmaßnahmen der Waffensysteme, den Verzicht auf den Bau zusätzlicher militärischer Anlagen, einen Personalstopp bei der Bundeswehr, eine Aktivitätseinschränkung der Bundeswehr, eine drastische Kürzung der Wehrforschung und eine Senkung des Beitrags der Bundeswehr zum Nato-Haushalt vorsieht.

Gleichzeitig haben wir deutlich zu machen versucht, daß diese Investitionsmaßnahmen nur dann auch in sozialer Hinsicht wirksam werden können, wenn parallel dazu eine durchgreifende Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt werden kann. Eine durchgreifende Arbeitszeitverkürzung – darunter verstehen wir in erster Linie die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommensbezieher Gerade dieser zweite Argumentationsschwerpunkt war in der Fraktion selber nicht unumstritten. Manchem Fraktionsmitglied leuchtete es durchaus nicht so einfach ein, wieso es überhaupt Aufgabe der Grünen im Bundestag sein sollte, über eine Pauschal-kritik der Politik der etablierten Parteien und damit über eine Grundsatzkritik des Bezugsrahmens für Haushaltspolitik überhaupt hinauszugehen. Schlagworte wie „Linkskynesianismus“ spielten hier durchaus eine gewisse Rolle.

Damit ist freilich ein objektives Problem grüner Politik angesprochen, das über den engeren Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik weit hinausgeht: Grüne Politik steht neben der unbestrittenen Aufgabe, die Notwendigkeit eines grundsätzlichen politischen Wandels anhand der tiefgrei-

fenden Struktur-mängel des herrschenden Systems überzeugend herauszustellen, gleichzeitig auch immer vor der Notwendigkeit, Schritte aufzuzeigen, die selbst angesichts nicht einfach wegzudiskutierender, bestehender Handlungsspielräume unter ökologischen wie sozialen Gesichtspunkten „machbare“ politische Optionen enthalten. Dies mag in mancherlei Hinsicht mitunter „defensiv“ wirken. Allein: Es gibt hierzu keine Alternative – außer dem bloßen Propagieren der großen Vision einer ökologischen, friedlichen und sozialgerechten Gesellschaft. Und das Propagieren allein wird uns diese Gesellschaft auch nicht näher bringen.

Die Resonanz auf unseren Beitrag zur Haushaltsdebatte in den „bürgerlichen“ Medien ist bislang eher bescheiden ausgefallen, Kritik und Alternativen der Grünen wurden in der Regel zwar nicht unterschlagen, aber doch eher unter „ferner liefen“ vermerkt.

Ansonsten ist die Resonanz eher positiv ausgefallen – bis in gewerkschaftliche Kreise hinein. Ganz offensichtlich ist eben auch eine radikale Kritik an der sozialen Demontagepolitik der Bundesregierung nicht bloß eine Aufgabe, die man ohne weiteres den Sozialdemokraten überlassen könnte. Die liefern sie ja gerade nicht, sondern haben – jedenfalls durch ihre Haupt-sprecher – eher im Gegenteil deutlich gemacht, daß sie die Grundlinien der Stoltenbergschen „Haushaltskonsolidierung“ durchaus akzeptieren, wenngleich die „mangelnde soziale Ausgewogenheit“ von ihnen scharf kritisiert wird. □

KOPFSCHMERZEN MADE IN JALTA

György Kenréd
Die Spaltung Europas bedeutet den Kriegszustand (Über Jalta und die Folgen)

Rudolf Bahro
Notizen für eine Vorlesung über 'Dimensionen des Exterminismus und die Idee der allgemeinen Emanzipation'

Rudolf Bahro
Kommune wagen — 10 Thesen über die Richtigkeit der sozialen Alternative

K-82 (Warschau)
Ich, der Zensor (Interview eines polnischen Zensors mit einer Solidarnosc-Zeitung)

Maria Hirszowicz
Das Handbuch des polnischen Zensors (Über das offizielle Zensur-Handbuch)

Brief tschechischer Frauen
Unser Friede ist stabiler Totalitarismus (offener Brief an den Weltkongreß der Frauen in Prag)

Shahram Chubin
Der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak (ein blockfreier Krieg)

BEFREIUNG

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND WISSENSCHAFT
NUMMER 27 8 DM

In früheren Hefen seit 1988 erschienen:
Nr. 18/20 Edward P. Thompson, 'Exterminismus' als letztes Stadium der Zivilisation

Nr. 21 Rudolf Bahro, Zu einem Neuanfang der Friedensbewegung in Deutschland

Herbert Ammen/Peter Brandt, Wege zur Lösung der 'Deutschen Frage'


Nr. 22/23 Alva Myrdal, Atomare Abrüstung in Europa

All Scharif, Kulturelle Quellen des Islam

Nr. 24/25 Rudolf G. Wagner, Ästhetische Fragen des Nuklearkrieges aus der Sicht der UdSSR

Nr. 26 Ferenc Kézai, Die Entstehung der neuen Friedensbewegung in Ungarn

Jochim Wernicke, Das neue Kriegsvölkerrecht und die Atomwaffen in der Bundesrepublik



BEFREIUNG, Zeitschrift für Politik und Wissenschaft, erscheint ca. 3x/Jahr, Einzelheft 8.-DM, Abonnement 25.-DM (4 Hefte). Bestellungen an: Karin Hossfeld, Fritschestr. 25, 1000 Berlin 10, oder über den Buchhandel. PSchK 7614-109

Sagst Du erstmal was zu Deiner Biographie?

W Schoppe: Ich hab ganz früh mal geheiratet und bis zur Geburt meiner zwei Kinder im Büro gearbeitet. Acht Jahre bin ich zu Hause gewesen, dann ist mir die Decke auf den Kopf gefallen – da war die Kleine sechs, der Große acht – und ich hab eine Ausbildung angefangen zur Erzieherin. Als ich die beendet hatte, merkte ich, ich komm in den Beruf nicht rein, weil die Sozialpädagogen dort hineindrängten. Dann hab ich an der Universität in Bremen die sogenannte NAP, die Nicht-Abiturienten-Prüfung, gemacht und danach Deutsch und Geschichte studiert. In Bremen arbeitete ich politisch bei den Basisgruppen. Nach dem ersten Staatsexamen zog ich von Bremen weg aufs Land. Für's Referendariat hab ich mich nicht sofort beworben, weil ich ganz stark das Bedürfnis hatte, wieder mit meinen Kindern zusammenzusein, weil die inzwischen sehr groß geworden waren und ich das Gefühl hatte, die gehen demnächst aus dem Hause. 1979 stand zwei Wochen, nachdem ich aus Bremen weggezogen war, ein kleinerer Artikel in der Zeitung: Es soll ein grüner Kreisverband gegründet werden. Da haben wir uns mit den Leuten in Verbindung gesetzt – vorher schon hatten wir uns mit Positionen auseinandergesetzt, die der Vorläufer der grünen Partei in Niedersachsen, die Grüne Liste Umweltschutz, vertrat. So haben wir also den Kreisverband im Landkreis Diepholz gegründet, wo ich von Anfang an mitgearbeitet habe.

Was mir während der politischen Arbeit an der Universität aufgefallen war: Ich hatte das Gefühl, ich mach politisch zu wenig. Die Uni-Politik, bezogen auf BAföG, Projektstudium usw., war mir zu wenig. Ich wollte eine Politik machen, die umfassender ist, und ich wollte auch mit anderen Leuten zusammenarbeiten, nicht nur mit Universitätsleuten. Während der Uni-Zeit hatten wir in den Basisgruppen auch eine Frauengruppe, und wir hatten es sehr schwer, Frauenpositionen innerhalb der Basisgruppen, die ja einen anderen Anspruch haben als ihn beispielsweise die K-Gruppen hatten, zu vertreten.

Auf dem Lande, innerhalb der grünen Partei, hatte ich das Gefühl, es kommt so viel auf uns zu, wir müssen so viele Probleme anpacken, daß ich diese Frauenposition vergessen hab, zunächst mal. Doch nun trat das gleiche ein wie an der Uni. Auch im Kreisverband, so stellten wir fest, hatten die Männer alles an sich gerissen, stellten

den Vorstand, schrieben die Flugblätter, bestritten die Veranstaltungen. Also sprachen wir Frauen uns im Kreisverband ab, setzten uns mit Hannover in Verbindung und fragten, ob dort Frauengruppen existieren. Und es gab Ansätze zu einer landesweiten Frauengruppe in Niedersachsen.

Kamst Du zu dem Bewußtsein, als Frau Dich für Frauen einzusetzen, ursprünglich mehr über die Ehe oder über die Politik?

W Schoppe: Ich glaube, daß bei mir beides eine Rolle gespielt hat, weil beides miteinander zusammenhing. Als Kind hatte ich ganz stark das Gefühl, mich abgrenzen zu wollen von Männern, und später habe ich immer das Gespräch mit Frauen gesucht. Und das Studium selber hatte natürlich auch damit zu tun. Dort haben wir es häufig so gemacht, daß aus einer Veranstaltung heraus Frauen sich zusammengesetzt, Referate verfaßt und diskutiert haben über das, was im Studium ablief, aber auch darüber, welche Vorstellungen wir als Frauen von der Organisation unseres Lebens haben.

In der Frauengruppe in Niedersachsen



Gespräch
mit der
Grünen Abgeordneten
im Bundestag,
Waltraud Schoppe

*Das Gespräch führten für die Kommune-Frauenredaktion Cornelia Falter und Birgit Laubach

war es sehr schwer, politisch etwas umzusetzen. Die Frauen waren unzufrieden mit ihrem Leben, und viele Sitzungen dienten dazu, den Ballast abzuladen. Vor der Bundestagswahl haben wir dann mit ein paar Frauen versucht, das zu forcieren, haben unsere Forderungen zusammengestellt, und dazu gehört auch, daß wenn wir Frauen Politik umsetzen wollen, Frauen von uns da sein müssen.

Gab's darüber auf der Landesversammlung noch Auseinandersetzungen?

W Schoppe: Vor Aufstellung der Liste hatten die Frauen gefordert, daß sie paritätisch besetzt wird. Darüber wurde positiv abgestimmt. Aber als es drum ging, die Frauen zu wählen, da konntest Du doch sehen, daß den Männern das sehr schwer fiel. Doch die Parität war da, und da mußten sie immer eine Frau reinschieben.

Wie ist es bei Dir zum Sprung von Spontis zu grün gekommen, oder siehst Du da keinen Graben?

W Schoppe: Nein, eigentlich überhaupt nicht. Denn die Grünen haben ja von Anfang an gesagt – und so seh ich das immer noch – wir wollen zwar als Partei im Parlament arbeiten, aber wir haben harte Kritik an Parteistrukturen. Ich glaube, daß innerhalb einer Partei, wo die Strukturen vorgegeben sind, vieles von dem, was Spontaneität in der Politik ist, verlorengeht. Deshalb bin ich immer dafür, daß nicht nur traditionelle Parteipolitik gemacht wird, mit Versammlungen und Veranstaltungen, sondern daß gleichzeitig immer versucht wird, an die Bevölkerung ranzugehen, durch aufsehenerregende Aktionen zum Beispiel, auch durch Provokationen.

Da liegst Du aber wohl ein bißchen quer? In letzter Zeit klingt doch eher die vertraute Devise durch: die Partei aufbauen!

W Schoppe: Schon, damit lieg ich quer, aber nicht bei uns im Kreisverband. Vielen Leuten, die aufs Land gezogen sind, aber auch der Landbevölkerung, ist diese Art von Politik, wo es nicht nur um theoretische Diskussion geht, sondern auch immer um Aktion, sehr nahe. Die Leute arbeiten praktisch und haben Spaß an solchen Aktionen. Wir haben zum Beispiel immer die Manöver gestört, die bei uns im Kreis stattfanden; oder in den letzten Hochmooren stießen wir den gestochenen Torf in die Gräben zurück. Im Herbst werden wir ein Atomwaffenlager blockieren, und wir sind erstaunt darüber, wie groß der Kreis derer ist, die sich daran beteiligen. 20 Bezugsgruppen haben sich schon gebildet mit acht bis fünfzehn Mitgliedern. In einem so bevölkerungsarmen Landkreis ist das ziemlich viel.

Doch die Vorstellung, gegen so feste Strukturen zu sein, liegt zum Beispiel auch quer zu dieser Arbeit hier in Bonn, weil hier ganz viele sind, die sich sehr stark einordnen in den Bonner Konsens, d.h. die eigentlich durch schöne, intellektuelle Beiträge auffällig werden wollen, aber die es verabscheuen und die geradezu Angst davor haben, auffällig zu werden durch Aktionen, die über den Rahmen dessen hinausgehen. Die Angst läuft glaube ich so: Wir haben's jetzt geschafft, jetzt sind wir im Parlament, jetzt verhalten wir uns möglichst unauffällig und sehr anständig, damit die Leute uns nichts nachsagen können. Und wir machen Politik, wie's üblich ist, nur so ein bißchen besser. Das aber ist wohl schwer nach au-

ßen zu vermitteln, was an unserer Politik besser ist, weil oftmals nicht so sehr unsere Inhalte rüberkommen, sondern einfach unser Verhalten.

Ich meine, wir müssen gerade Anträge stellen, die die Leute so völlig abwegig finden, weil das nicht reinpaßt ins politische Bild, die aber inhaltlich richtig sind. An der Haushaltsdebatte ist das ganz deutlich gewesen. Eine Position war: Die Anträge, die wir stellen, müssen, wenn man uns nachrechnet, wo das Geld herkommt, ganz einfach aufgehen. Das denke ich nicht. Dazu haben wir nicht den Apparat. Und wir müssen davon ausgehen, daß unsere Anträge gar nicht durchkommen. Also müssen wir Anträge bringen, die die Leute darauf aufmerksam machen, daß in bestimmten Bereichen etwas ganz schief läuft. Unser Antrag muß einfach provokativ sein, und es interessiert uns nicht im Moment, wo das Geld herkommt.

Womit ihr euch natürlich die Reaktion einhandelt: Das ist ja schön und gut, aber unrealistisch.

W Schoppe: Dieser Vorwurf kommt bei jedem Antrag, den die Grünen hier stellen. Dies sei unrealistisch, jenes falsch, denn die gehen ja von einer ganz anderen Gesellschaftsanalyse aus. Ich glaube, daß wir uns diesen großzügigen Umgang erlauben können.

Stichwort: kostendeckendes Kindergeld.

W Schoppe: Die gesamten Familienverbände haben gesagt, eigentlich brauchen wir ein bedarfsdeckendes Kindergeld.

Das ist teuer

W Schoppe: Nun ist ja gar nicht klar definiert, was bedarfsdeckend ist. Bei Leuten mit unterschiedlichem Einkommen heißt das ja was Unterschiedliches. Wir haben das diskutiert und gesagt: So 300 Mark für jedes Kind, das wäre auf jeden Fall schon mal sehr viel mehr als was die Leute jetzt bekommen und würde sehr vielen Familien helfen. Wenn Du ausrechnest, was dann an Kindergeld gezahlt werden müßte, ist das natürlich ein ungeheurer Brocken. Das müßte für höhere Einkommen über Steuern wieder abgeschöpft werden. Doch das ist eine Forderung, die wir jetzt in der Haushaltsdebatte innerhalb der Fraktion gar nicht durchkriegen. Da wird halt gesagt, bei solch immensen Beträgen sagen die anderen sofort, das ist völlig unreal, wo soll das herkommen. In der Haushaltsdebatte wird das also nicht auftauchen.

Wortüber wir noch diskutieren, weil wir wenigstens das in die Debatte einbringen wollen, ist der Elternurlaub von drei Jahren, eineinhalb Jahre kann den die Frau und eineinhalb Jahre der Mann nehmen, weil man an dem Punkt sehr gut aufzeigen kann: In die Erziehungsarbeit soll der Mann mit eingebunden werden. Und wenn der Mann davon keinen Gebrauch macht, dann verfällt das. Hier wird deutlich, wo-

**„Feministische Politik
— das heißt, Dinge
an die Öffentlichkeit
holen und damit
politisch machen“**

WIE MAN FRAUEN ANFASST.

rum es uns geht, denn die anderen Parteien reden immer davon, die Frau müsse Familie und Berufsleben in Einklang bringen können, und keiner redet davon, daß der Mann das auch in Einklang bringen muß, weil es auch sein Kind ist. Es geht einfach nicht an, daß er sich beruflich qualifiziert, auch ein anderes Selbstbewußtsein kriegt, und die Frau muß zu Hause bleiben.

Da wird das Geschrei, das sei Zwang, wahrscheinlich groß sein.

W Schoppe: Das bezieht sich dann natürlich auf die Männer, denn die Frauen können ja gar nicht entscheiden.

wobei sich die Argumentation immer auf die Frauen beruft, die sagen: Wir wollen nicht, daß unser Mann die Kinder erzieht, oder Wir wollen Hausfrau sein.

W Schoppe: Ja, auf einer Veranstaltung in Groß-Gerau meinte z.B. eine Frau: Um Gottes Willen, das will ich überhaupt nicht haben, ich würde meinem Mann nie die Kinder überlassen.

Ähnlich wird ja auch über anderes, etwa über Sinn oder Unsinn von Quotierungsregelungen, diskutiert. Wir hören dann oft: Ja klar sollen Frauen da mitmachen. Aber wo sind sie denn? Schafft sie doch mal bei!

W Schoppe: Das stimmt ja auch. Da haben wir in Niedersachsen die Parität durchgesetzt, und wenn jetzt irgendwelche Gremien besetzt werden sollen, dann sind halt immer viel zu wenig Frauen da, die diese Arbeit übernehmen können. Trotzdem find ich diese Regelung gut, weil das eine Sensibilität weckt für die Probleme, die existieren. Und bei den gesetzlichen Regelungen ist das genauso.

Wo meinst Du, sollte man anfangen?

W Schoppe: Wir haben z.B. überlegt, daß wir diesen Antrag, der jetzt aus Hamburg und Bremen kommt, Vergewaltigung in der Ehe zu bestrafen, unterstützen werden. Als zum erstenmal hier im Bundestag gesagt wurde, daß es Vergewaltigung in der Ehe gibt, ging so ein Geheul los, daß man die Gaby Potthast gar nicht mehr verstehen konnte. Denn die meisten Männer sind Ehemänner, und die halten das nicht für möglich, obwohl ich denke, daß von den Ehemännern genausoviele dabei sind wie sonst in der Bundesrepublik.

Meinst Du, die Strafbarkeit würde da was nützen?

W Schoppe: Es gibt verschiedene Verhaltensweisen, die Frauen praktizieren. Es gibt Frauen, die sich in der Ehe ihren Männern eine Zeitlang oder ganz verweigern. Dann

Wieder mal ein Beispiel aus der alltäglichen Werbung

gibt's Frauen, die geschlagen werden und sich nicht muckschen möchten, und es gibt Frauen, die in die Frauenhäuser gehen, weil sie's nicht mehr aushalten. Ich kann mir vorstellen, daß durch eine gesetzliche Regelung die Frauen, die darunter leiden, mehr Sicherheit verspüren, weil sie gerade die Möglichkeit haben, damit an die Öffentlichkeit zu gehen und auch das Gefühl haben: Wenn ich damit an die Öffentlichkeit gehe, dann passiert was, da stehen welche auf meiner Seite, und es gibt eine gesetzliche Regelung, die gibt mir Recht. Das wird auch in der Ehe, selbst wenn es nicht zur Anzeige kommt, die Position der Frau dem Mann gegenüber stärken. Jede Frau, die nicht verheiratet ist, genießt einen gewissen Schutz. Sowie sie in die Ehe reingeht, ist dieser Schutz weg.

Doch was für die Frauen, glaube ich, das Problem ist: Viele Frauen leiden sehr unter ihrer Ehe und bleiben trotzdem drin, weil sie finanziell abhängig sind. Wirkliche Schritte könnten da erst eingeleitet werden, wenn es für Frauen die Möglichkeit gibt, ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Deshalb kann man solche Gesetze nicht so einzeln für sich sehen, sondern nur im Kontext zur Politik, die man überhaupt macht.

Hier existiert auch ein Zusammenhang zur Sexualität, die ja als was ganz Privates behandelt wird. Du weißt doch vielleicht gar nicht, ist das Vergewaltigung oder ist das normal; da gibt's ja auch Stufen, ob Du sagst, du hast keine Lust, und er steigt trotzdem über Dich her und Du läßt es halt mehr oder weniger zähneknirschend über Dich ergehen, oder ob er Dich regelrecht vertrimmt. Das ist ja nicht in einer offenen gesellschaftlichen Debatte, hier kannst Du Dich auch an keine Stellen wenden, sondern nur bei Auswüchsen eben an die Frauenhäuser

W Schoppe: Das verstehe ich zum Beispiel unter feministischer Politik – „Frauenpolitik“ machen ja alle, jede Partei sagt das –

daß man diese Dinge, die immer in der Intimität waren, an die Öffentlichkeit holt und somit politisch macht. Wir wissen doch aus Gesprächen, daß es sehr viele Frauen gibt, die über lange Zeit hinweg mit einem Mann zusammen ohne Orgasmus leben, weil sich das Liebesleben da so abspielt, daß nichts passiert, was für die Frauen so ist, wie sie's haben wollen. Das muß man an die Öffentlichkeit bringen und diskutieren. Das ist es gerade, was die Leute hier im Bundestag schockiert, die sagen, das gehört nicht dazu. Ganz merkwürdig war Nach meiner Rede, die ich im Bundestag gehalten habe, sind Schulkinder zu meinem jüngsten Sohn gekommen, der ist 16, und haben ganz empört zu ihm gesagt: Deine Mutter hat im Bundestag über Sex gesprochen. Das macht man nicht. Das haben die natürlich von zu Hause mitgebracht, von den Eltern. Die Leute sträuben sich dagegen, daß alles, was ihre Intimsphäre ist, an die Öffentlichkeit gerät, weil sie natürlich Angst haben, es wird ihnen etwas weggenommen, was ihnen lieb ist. Auch wenn's schrecklich ist, kann's Dir lieb sein, weil Du das Gefühl hast, das ist wenigstens noch was für uns beide alleine. Aber da müßte gerade feministische Politik reinstechen, indem das thematisiert wird.

Die Abneigung dagegen, daß Sexualität zum Gegenstand öffentlicher Debatte wird, kann aber auch mit der Furcht vor sagen wir mal, grüner oder staatlicher Reglementierung der Intimsphäre zusammenhängen.

W Schoppe: Aber Sexualität ist ja schon an die Öffentlichkeit gezerrt. Zum Beispiel glaube ich, daß in diesen Sex-Kinos, die überall, auch in kleineren Orten aufgemacht werden, viele Männer sich das angucken, und die Frau muß das zu Hause nachturnen. Das ist schrecklich. Und das müßte dann wieder an die Öffentlichkeit zurück. Du hast ja immer die Möglichkeit, Sexualität wieder in Deine Intimsphäre zurückzuholen, weil Du das einfach nur mit einer Partnerin oder mit einem Partner oder auch mit mehreren, wenn's Dir lieb ist, in der Intimität erlebst.

Diese Diskussionen sind ja eigentlich nicht neu, Frauen haben die schon sehr lange geführt. Und ich denke, daß man den Kreis derjenigen, die darüber nachdenken und diskutieren, vergrößern kann. Denn es nützt nichts, wenn das nur in bestimmten Frauengruppen oder in bestimmten Männergruppen diskutiert wird.

Besonders schwierig ist es nun, dies gerade in Bonn aus diesem Kreis herausbringen zu wollen. Denn es gibt eine bestimmte Bonner Moral. Ganz am Anfang meiner Zeit hier bin ich mal ein Bier mit einem SPDler trinken gegangen. Ich war ziemlich schockiert über das Verhalten der Männer bei der Rede von Gaby Potthast und hab mit ihm darüber gesprochen und gesagt, daß nach meinen Beobachtungen und meinem Eindruck hier jeder Mann seine Freun-

din hat und zu Hause seine Frau. Ja, sagt er, die Grenze liege so bei zwei Jahren, so lange halte man das aus mit der Frau zu Hause. Aber dann ist man – Mann – so weit, daß man hier eine Freundin haben muß, sonst schafft man das einfach nicht. Da fühlen sich die, die das so praktizieren, natürlich besonders von uns angegriffen.

Zu einem anderen Punkt zurück. Was hältst Du von den im Rahmen eines Antidiskriminierungsgesetzes geforderten Quotenregelungen? Meinst Du, man kann sie überall unmittelbar einführen?

W Schoppe: Ich war sehr erstaunt, weil ich gedacht hatte, daß die Frauen aus der Gewerkschaftsbewegung viel stärker dahinter stehen würden. Doch auf den Diskussionsveranstaltungen, die ich jetzt erlebt habe, waren die sehr ablehnend. Doch wenn man die Gewerkschaftsfrauen nicht auf der Seite hat, dann wird das schwer durchzubringen sein. Eine SPD-Frau sagte mir, sie finde das eigentlich richtig mit der Quotenregelung, in der Partei hielte sie es aber nicht für durchsetzbar. Gerade bei der Einstellung von Lehrlingen wäre das aber so wichtig, denn zwei Drittel der arbeitslosen Jugendlichen sind Frauen.

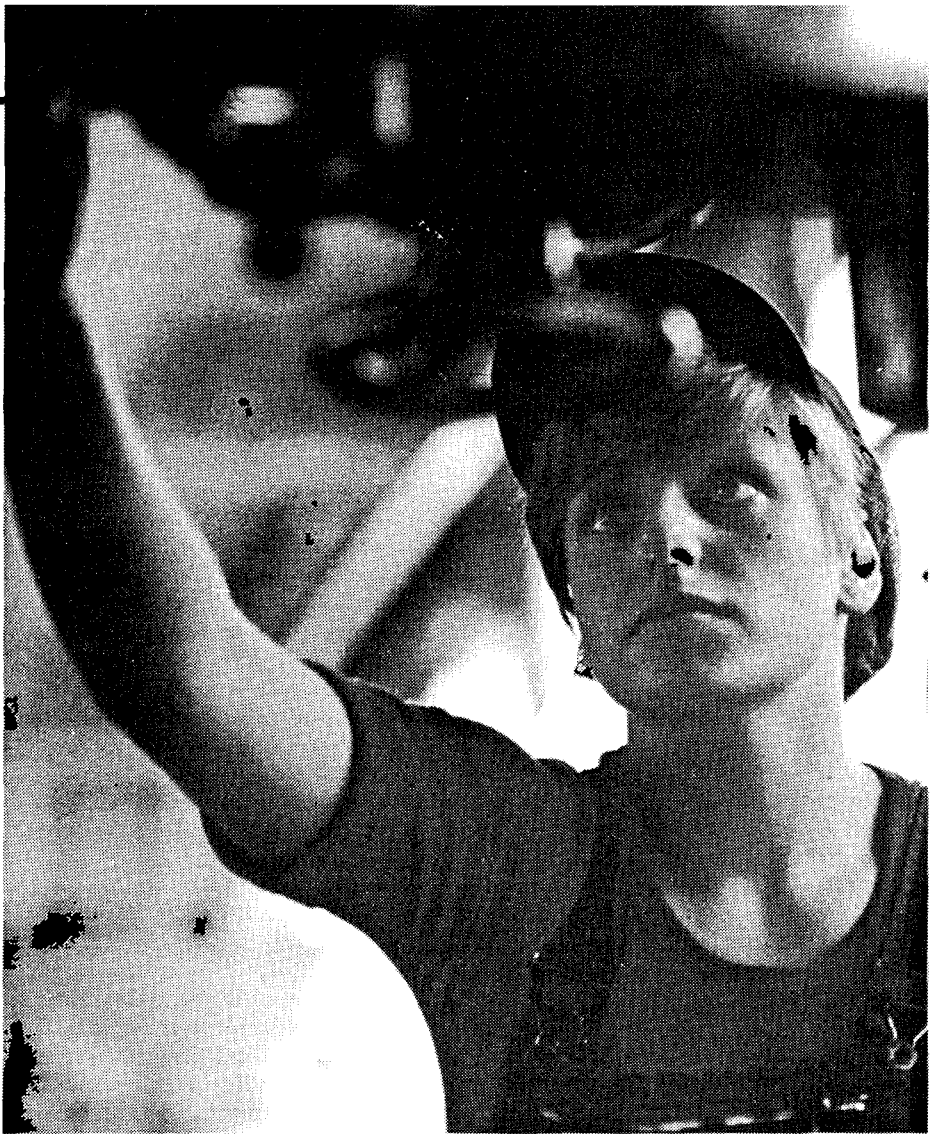
Man müßte differenzieren zwischen den Bereichen Ausbildung, öffentlicher Dienst und Privatwirtschaft oder Industrie. Meiner Meinung nach könnte man Quoten in der Ausbildung und im öffentlichen Dienst sofort einführen, während das in der Industrie schwieriger wäre. Dort gibt es Vorstellungen über Frauenförderungspläne, und umgekehrt über Entzug von Geldern und Abgaben, wenn diese Pläne nicht eingehalten werden.

W Schoppe: Zu einer abschließenden Einschätzung sind wir noch nicht gekommen. Mein Standpunkt ist, daß man Quoten in allen drei Bereichen einführen sollte, denn wenn Du die Industrie aussparst, dann verziehtest Du auf den Anstoß, daß dort was passiert oder wenigstens diskutiert wird.

Hältst Du das in diesem Bereich für durchsetzbar?

W Schoppe: Für durchsetzbar halt ich's kaum. Das sieht man ja schon an der Behindertenregelung. Die Abgabe, die ja klein und zu verkraften ist, wird doch gern bezahlt, anstatt die Quote von Behinderten einzustellen.

Die Arbeitgeber haben in der Anhörung zum Antidiskriminierungsgesetz es bereits als das Ende ihrer Freiheit angesehen, wenn sie quotieren müßten. Von daher sehe ich hier auch große Probleme. Richtig wären aber Anträge auf kommunaler oder auch auf Landesebene, die dahin gehen, im öffentlichen Dienst zu quotieren. Hier kann man Politiker/innen auch schlichtweg an ihrem Anspruch packen, und in der Einstellungs politik sind Länder und Kommunen relativ autonom.



In der Krise werden die Frauen, mehr noch als die Männer, ökonomisch und in ihren emanzipatorischen Möglichkeiten eingeschränkt. Leichte Verbesserungen, die im Bildungswesen oder Ausbildungswesen in der Mitte der 70er Jahre eingetreten sind, werden heute via Haushalt und gesetzlicher Veränderung wieder zurückgenommen.

W Schoppe: Aber auch da siehst Du das Problem. Es gibt verschiedene Länder, die z.B. überhaupt keine Lehrer mehr einstellen. Da zeigt sich, daß die Tendenz dahin geht, daß immer weniger Frauen die Möglichkeit haben, erwerbstätig zu sein, was ich für sehr verhängnisvoll halte. Alles, was in der Industrie, in der Wissenschaft passiert, was da an Forschungsergebnissen rauskommt, sind Zukunftsentwürfe, und das bedeutet, daß die Entwürfe für unsere Zukunft weiterhin in den Händen von Männern liegen. Und dagegen hab ich was. Die ganze Rüstung, die Waffentechnologie haben Männer gemacht. Sie haben das durchgesetzt. Deswegen find ich wichtig, daß wir Frauen überall ins Erwerbsleben reinkriegen.

Wenn eine Frau sich entschieden hat, erwerbstätig sein zu wollen, dann müssen wir alles daran setzen, daß das gelingt. Hier sind auch solche Projekte wichtig wie das, wofür wir uns im Zuge unserer Haushaltsdebatte entschieden haben, daß wir einen sogenannten Initiativfonds aus dem Bundeshaushalt fordern wollen von einer halben Milliarde, aus dem bestehende alternative Projekte im Sozial- und im Gesund-

heitsbereich unterstützt werden. Da geht es auch um Arbeitsplätze für Frauen, für Männer natürlich ebenfalls.

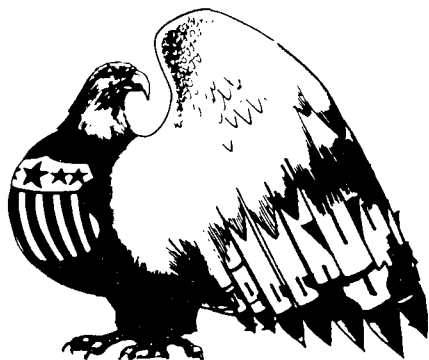
Es bleiben aber Probleme der Qualifikation.

W Schoppe: Sicher, wenn die derzeitige Förderungspolitik, z.B. beim BAföG, so weiter bestehen bleibt – und das wird sie – dann werden Familien mit einem Jungen und einem Mädchen sich viel leichter entscheiden, den Jungen weiter zur Schule gehen zu lassen, weil sich das für den mehr „lohnt“

Wie sehen eure Erfahrungen mit den anderen Parteien da aus, vor allem mit der SPD, die ja, wie wir wissen, durch ihre Haushaltsoperationen den Weg zum aktuellen Streichkonzert geebnet hat?

W Schoppe: Das Ärgerliche ist, daß die SPD sich in der Debatte immer so darstellt, als sei unter ihrer Regierung alles völlig in Ordnung gewesen, und so geschichtslos argumentiert. Auch hier stehen wir dann vor der Frage: Was ist realistisch, was ist möglich? Am realistischsten wäre immer dann, wenn die CDU eine weitere Kürzung vor

links lesen



**Regine Wolfart,
Joschka Fischer:
Tod von Kemal Altun**

**Michael Klare:
Beinahe-Atomwaffen**

**Karsten D. Voigt:
Entnuklearisierung**

**Konrad Ege:
US-Friedensbewegung**

**Ernesto Richter:
Nicaragua, Er kämpfte
Subjektivität**

**Bernd Schleich:
20 Jahre Deutscher
Entwicklungsdienst**

**Peter Kern:
Kritik des Naturgefühls**

Einzel exemplar DM 3 Jahresabonne-
ment DM 35 Bezug über Verlag 2000,
Postfach 591 6050 Offenbach 4 und im
linken Buchhandel.

schlägt, mit der SPD in die Kerbe zu hauen und zu sagen, wir wollen den alten Stand erhalten, wie er in der letzten Legislaturperiode unter der SPD war. Aber der entspricht unseren Vorstellungen ja auch nicht.

Wir können sicher nicht generell sagen, wir bringen immer was Neues in die Debatte, und wir können nicht sagen, wir schließen uns immer der SPD an. Das ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Manchmal haben

wir eine Sache auch an die betroffene Gruppe weitergegeben, so etwa die Verschärfungen im Behindertenrecht, mit denen wir sehr schlecht umgehen konnten. Hier wollen wir das Votum einer Behindertengruppe hören. Und nicht mal mit der SPD zusammen kriegst Du ja eine Mehrheit. Also überlegen wir, machen wir was mit der SPD zusammen, und das wird trotzdem abgelehnt, oder gehst Du drüber hinaus und versuchst, ein Stück weit einen anderen Gesellschaftsentwurf in die Diskussion zu bringen.

Wo wir sagen können, das ist realistisch und auch mit Zahlen abgesichert, das sind die Kürzungen beim Verteidigungshaushalt, der Initiativfonds von einer halben Milliarde und das soziale und ökologische Sofortprogramm, kurz SÖS genannt, das gerade von einem Arbeitskreis erarbeitet wird. Alles andere, was wir da an Forderungen haben – bedarfsdeckendes Kindergeld wird sowieso nicht mehr kommen – z.B. dieser Elternurlaub von drei Jahren, das geht über das von uns errechnete Maß der Finanzierungsquellen hinaus.

Habt ihr euch eine Meinung zum Ehegattensplitting und zu den CDU-Plänen eines Familiensplitting gebildet?

W Schoppe: Wir haben uns damit befaßt und gesagt, das Familiensplitting ist eigentlich nicht besser als das Ehegattensplitting, weil eben für die höheren Einkommen immer mehr herauskommt und die in den unteren nicht mehr Geld bekommen, wie sie's eigentlich verdient hätten. Doch der ganze Bereich von Familienpolitik ist von linken und grünen Gruppen bisher wenig diskutiert worden. Die haben von ihrem Selbstverständnis her nicht soviel damit zu tun. Die versuchen, andere Lebensformen zu praktizieren; Leute mit Kindern versuchen, nicht zur traditionellen Kleinfamilie zu werden. Da spielen diese Probleme eine geringe Rolle. Doch gelöst sind sie damit überhaupt nicht, wenn Du dich real damit auseinandersetzen muß.

Brutal wird auch die Umsetzung des Punktes der Koalitionsvereinbarung, wonach die Verschuldenselemente wieder ins Ehescheidungsrecht aufgenommen werden sollen. Es gibt ja schon Urteile, die besagen, daß es dem Mann, dessen Frau „fremdgegangen“ ist, nicht zuzumuten sei, ihr den Unterhalt zu zahlen. Und das in Fällen, wo die Frau 20 Jahre den Haushalt geführt und sechs Kinder großgezogen hat und dann an die öffentliche Fürsorge verwiesen wird, weil dem Mann die Demütigung der Zahlung nicht zugemutet werden könne. Mittlerweile sagt der Bundesgerichtshof, daß eine Frau, die aus einer durchschnittlich verlaufenen Ehe – das ist die Definition – ausbricht, trotz Kinderbetreuung keinen Anspruch auf Unterhalt hat.

W Schoppe: Ja, in allen diesen Punkten, in denen die Frau sowieso benachteiligt ist,

soll sie noch weiter abgedrängt werden. Deshalb war mir auf dem grünen Frauentreffen so wichtig zu sagen, daß wir uns nicht dadurch dagegen wehren können, daß wir hier tolle Frauenprogramme rausbringen, die wir mit unserer kleinen Fraktion doch nicht durchsetzen können, sondern daß – wenn Druck gemacht werden soll – der Druck nur von der Basis, d.h. von vielen Frauen gemacht werden kann. Ich glaube, es existiert im Moment nichts, was man mit Frauenbewegung bezeichnen könnte. Es gibt verschiedene Frauengruppen, die an verschiedenen Orten arbeiten, aber es gibt nicht die Frauenbewegung, wo man schnell Frauen mobilisieren kann, die dann auch massenhaft auf die Straße gehen. Drin sein müßte, daß man wenigstens den Versuch macht, über politische Differenzen hinweg, über Partei- und Gruppendifferenzen hinweg Frauen zu packen und ihnen deutlich zu machen, daß es ihnen noch mehr an die Haut geht und daß die Möglichkeiten, ihr Leben selbstbestimmt zu organisieren, massiv unterdrückt werden sollen.

Das war meine Frage, welche Initiativen nötig sind. Beim §218 scheint sich z.B. ganz wenig zur Abwehr der Verschärfung zu rühren.

W Schoppe: Und Du wirst sehen, was beim Bundesverfassungsgericht herauskommt. Es wird heißen, daß es den Krankenkassenmitgliedern, die damit moralische Bedenken haben, nicht zuzumuten sei, daß die Kasse für die Kosten der Abtreibung aufkommt, die sie quasi mitfinanzieren. Das Elend wird wieder an die Frauen zurückgegeben, sie werden auf den Küchentisch geschoben oder nach Holland geschickt. Die soziale Indikation wegzunehmen, das wird nur die Einleitung sein. Es gibt verschiedene Leute hier, CSU-Politiker, die sagen, wir wollen das ungeborene Leben schützen, und Abtreibung darf überhaupt nicht stattfinden. Das sind gerade diese Leute, die eine Politik betreiben, wo Massenvernichtungsmittel selbstverständlich dazugehören. Den Frauen aber wollen sie das Selbstbestimmungsrecht über den Körper, wofür sich die Frauenbewegung eingesetzt hat, nehmen. Deshalb wollen wir bei den Grünen auf dem nächsten Parteitag die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des §218 ins Bundesprogramm reinbringen, damit wir hier eine klare Position haben, von der aus wir argumentieren können.

Gibt es in der Fraktion eine Haltung, die sagt, andere Dinge, die nicht nur oder im besonderen Frauen betreffen, seien wichtiger? Wir denken da an die Kategorien von Haupt- und Nebenwiderspruch und die Lösung aller Probleme im Sozialismus. Gibt's ähnliche Verweise auf das ökologische Paradies?

W Schoppe: In der Partei ist das wohl sehr

DIE MORALISTEN DER NATION SAGEN AN DER INDIKATION FRAUEN WEHRT EUCH!



Ein Plakat aus dem Jahr 1979, als das Bundesverfassungsgericht die beschlossene Fristenregelung ablehnte. Die Abschaffung des §218 steht heute allerdings noch genauso dringlich auf der Tagesordnung.

unterschiedlich. Im Kreisverband gibt es schon Leute, die sagen, die Fragen von Ökologie und Aufrüstung sind dermaßen drängend, das machen wir jetzt mal zuerst und stellen Frauenfragen hintenan. Das gibt's wohl auch anderswo in der Partei. In der Fraktion hier ist es anders, weil wie ich glaube, die Frauen, die an diesen Fragen arbeiten, haben deutlich machen können, daß feministische Politik nicht einfach „Frauenpolitik“ ist, sondern bedeutet, sich in alle Bereiche, die traditionell zur Politik gehören, und darüberhinausgehend in Bereiche, die bisher nicht als Politik gewertet worden sind, einzumischen. Das haben die schon ganz gut verstanden. Und die haben auch verstanden, daß die Frauen gesagt haben: Wir werden hier unterdrückt. Das ist denen auch wohl klar, es gehört auch zu ihrer Gesellschaftsanalyse, daß diese Unterdrückung in diesem System nicht aufzuheben ist und deshalb Frauen sehr stark an seiner Überwindung arbeiten. Darauf können sie sich einlassen hier in der Fraktion.

Ist hier unter den Frauen in Bonn über die Fraktion hinaus etwas in Bewegung gekommen durch eure Politik oder dadurch, wie ihr euch zu Klaus Hecker verhalten habt?

W Schoppe: Ich glaube, viele haben hier sehr wichtige Erfahrungen gemacht. Denn als das zum ersten Mal in der Fraktion diskutiert wurde, hatten viele Männer doch noch das Gefühl, wir Frauen bei den Grünen sind eben besonders radikale Feministinnen und deshalb reagieren wir so radikal auf diesen Vorfall, während sie dann, als sie nach draußen zu Veranstaltungen und in die Kreisverbände gegangen sind, festgestellt haben, daß das Thema positiv aufgenommen worden ist, weil viele Leute gesagt haben: Das stimmt. Das ist nicht nur im Bundestag üblich, das passiert an ganz vielen Orten. Die Frauen leiden darunter. Das ist ein Thema, das diskutiert werden muß. Viele Männer gehen sensibler um mit uns Frauen. Sprüche werden nicht mehr so leichtweg gemacht

vorsichtiger oder sensibler?

W Schoppe: Jetzt bin ich mal vorsichtiger und sag: Sie gehn vorsichtiger mit uns um. Wie sich das im Lauf der Zeit entwickeln wird, das wird auch damit zusammenhängen, was wir mit der Frage machen. Wir arbeiten ja an dieser Dokumentation über Sexismus am Arbeitsplatz. Wenn die gut wird und es uns gelingt, viele Fälle aufzuzeigen und gut zu kommentieren, dann haben wir eine wichtige Arbeit geleistet, und das teilt sich auch den Männern mit.

Bist Du optimistisch, daß sich das ändert?

W Schoppe: Das ist eine sehr kritische Diskussion, trotzdem glaube ich, müssen wir sie mit Frauen führen: Gestern haben wir über Waffentechnologie, die ja wohl eine männliche Technologie ist, und Aufrüstung diskutiert und sind darauf gekommen, und dahinter steh' ich auch, daß Frauen, indem

sie nichts gemacht oder indem sie die Männer immer in ihrem Alltagsleben unterstützt haben, auch sowas – vielleicht sollte man sagen – Mittäterschaft tragen. Ich glaube, daß jede einzelne Frau in ihrem Bereich, wo sie arbeitet, wo sie lebt, die Courage haben muß, sich zu wehren, auch gegen ihren Liebhaber, den sie fürchterlich lieb hat.

Friedfertigkeit, der die Frauen sich hier unterworfen haben, hat sie ja dazu geführt, daß die Frauen in ihrer Friedfertigkeit still geworden, passiv geworden sind und sich zurückgezogen haben. Da stört mich manches ganz fürchterlich. Ich finde es haarsträubend – und das ist 'ne Kleinigkeit – wenn Frauen sich hinstellen und schweigen für den Frieden. Damit kann ich überhaupt nicht umgehen. Frauen, die schon immer geschwiegen haben, können doch angesichts dieser Gefahr, in der wir uns befinden, nicht auch noch schweigen.

Probleme hab ich auch damit, was man gewaltfreies Training nennt, wo es Frauen gibt, die sagen: Wir sind ja gewaltfrei. Es kommt jetzt einfach nur noch darauf an, daß die Männer sich diese Gewaltfreiheit auch noch angewöhnen, und dann werdet ihr sehen, es wird nichts passieren. Die Polizei wird überwältigt sein von dieser geballten Friedfertigkeit. Das wird sie nicht. Für die Frauen ist das verhängnisvoll. Viele, die sich bei Aktionen für den Frieden jetzt zum ersten Mal einmischen, werden sich resigniert zurückziehen, ratlos sein, wenn dieses Konzept nicht aufgeht. Du mußt nicht friedfertig sein, Du mußt couragiert sein und aufmüßig. Du kannst gewaltfrei in eine solche Aktion hineingehen, Du brauchst nicht mit Stöcken oder Steinen auf Polizisten losgehen. Natürlich sollst Du das nicht, denn das sind auch Menschen, und denen willst Du nichts tun, aber Du mußt

sehen, daß die auf der anderen Seite stehen. Da mußt Du Deine Friedfertigkeit ablegen und Dich in Auseinandersetzungen mit denen einlassen, die Deine Aggressivität auch zeigen. Sonst verschwinden Deine Positionen dabei.

So was darf man ja heute kaum noch sagen

W Schoppe: Es heißt ja oft, Frauen sind hysterisch. Na gut, sollen sie es sein. Wenn das eine Ausdrucksform ist, die sie dazu befähigt, ihre Standpunkte klar zu machen. Frauen müssen ablegen, wovon sie zuviel haben. Sie haben immer Respekt vor allem vor den Männern und vor allem, was um sie herum aufgebaut worden ist. Sie müssen lernen, respektlos zu sein und in ihrer Respektlosigkeit die herrschenden Verhältnisse anzugreifen und klarzumachen, was sich hier abspielt.

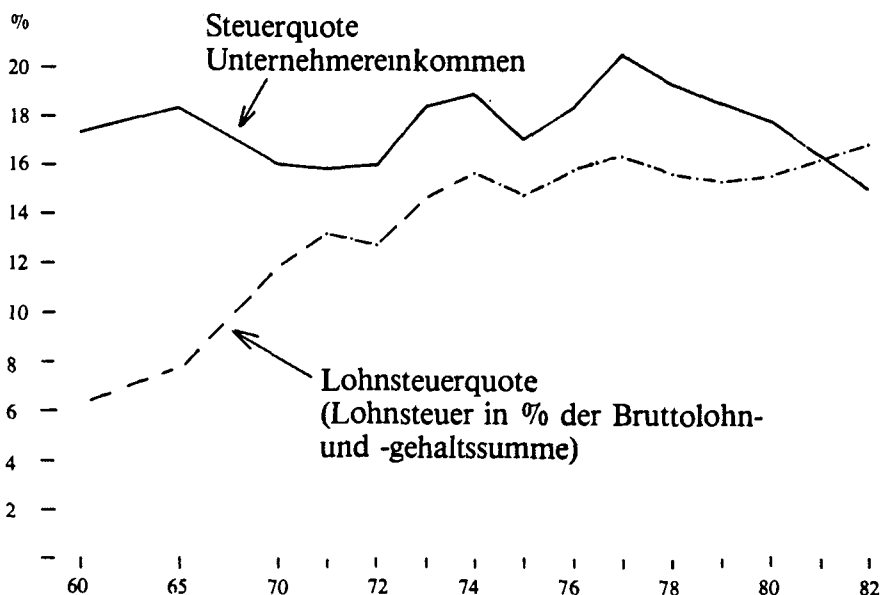
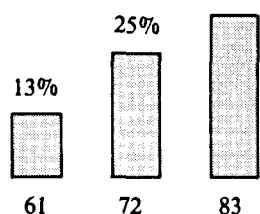
Das ist das eine Problem. Das andere ist, Daß Teile der Frauenbewegung sich zurückziehen.

W Schoppe: Ja, diese Auseinandersetzung hab ich hier in der Bundestagsgruppe auch mit bestimmten Frauen geführt. Manche greifen in der Fraktionssitzung oft die Männer an: Du hast zu lange gesprochen, Du zu laut, Du zu aggressiv. Das ist es gar nicht. Wir müssen als Frauen die Inhalte kritisieren. Ein Stück Großzügigkeit mußt Du da auch mitbringen. Vielleicht ist es bei mir nicht Großzügigkeit, vielleicht hab ich auch schon ein Stück aufgegeben. Es stört mich nicht mehr so doll, wenn ein Mann laut redet oder aggressiv oder so lang. Wenn einer inhaltlich was Gutes sagt, kann er ruhig ein bißchen länger reden. Aber wenn ich mit den Inhalten nicht einverstanden bin, kann einer das mit einer liebevollen Stimme vortragen, und er kann auch sehr liebevoll auf Fraueneinwürfe eingehen, wenn's inhaltlich verkehrt ist, dann steh ich Kopf, das kann ich einfach nicht haben. Und das machen manche Frauen nicht und lassen sich einfach einwickeln, aber diese Möchtegern-Softies, die kennen wir doch, die machen genauso ihre Männerpolitik weiter, sie haben sich nur ein Stück weit den geforderten Frauenformen angepaßt.

Die Männer müssen auch andere Erfahrungen machen. Die Veranstaltung gestern in Bremen zum Beispiel muß für den Mann, mit dem ich zusammenlebe, ein ganz merkwürdiges Erlebnis gewesen sein. Das war die erste Veranstaltung, wo er sich nicht eingemischt hat, weil er das Gefühl hatte, er kann jetzt nichts dazu sagen, was diese Diskussion weiterbringt. Er kann eigentlich nur sitzen und zuhören, weil da vieles diskutiert wird, was für ihn sehr neu ist. Das find ich ganz gut, wenn es uns gelingt, aus sogenannten Frauenveranstaltungen das hinauszutragen in die gemischten Veranstaltungen, dann machen die auch Lernprozesse und sehen, was wir mit feministischer Politik meinen. □

Dauernde Gesetzesänderungen haben die Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit direkten Steuern seit 1976 unaufhaltsam gesenkt. Dagegen haben die Lohnsteuerabzüge von Löhnen und Gehältern nach der gewaltigen Ausweitung bis Mitte der 70er Jahre selbst bei sinkenden Reallöhnen in letzter Zeit wieder zugenommen.

Lohnsteuer in % aller Steuereinnahmen



Frauen im Gemeinderat: 13%

Ganze 13% der Ratsitze in den Gemeinden mit 30000 und mehr Einwohnern werden von Frauen eingenommen, hat der Städtetag jetzt ermittelt. Vor zehn Jahren waren es erst 9%, so daß sich leicht abschätzen läßt, daß in rund 50 Jahren womöglich die Hälfte der Mandatsträger auf kommunaler Ebene weiblich sein könnte – wenn das bisherige Umwälzungstempo anhalten sollte. Den höchsten Frauenanteil verzeichnen die Kommunalparlamente der Großstädte mit durchschnittlich 16%, bei den Mittelstädten sind es 14%, bei den Kleinstädten 12%. Bei den grünen und alternativen Ratsfraktionen ist immerhin ein Viertel weiblich; bei der SPD sind es 15%, bei der FDP 14% und bei den Christdemokraten 12%. □

Neues aus Harrisburg

Wie aus Presseberichten hervorgeht, haben neue Ultraschalluntersuchungen im Harrisburg-Reaktor ergeben, daß der Reaktorkern bei dem Unfall 1979 weit stärker beschädigt worden ist, als bisher angenommen wurde. Es sieht jetzt so aus, als seien im gesamten Kern keine unbeschädigten Strukturen mehr vorhanden. Als sicher gilt jetzt auch, daß die Temperaturen damals weit höher als nach bisherigen Vermutungen waren. Unter-

dessen sind die mit der Reinigung des Unglücksreaktors beauftragten Firmen in offiziellen Verruf gekommen. Auf Vorwürfe von vier Ingenieuren der Firma hin hat die amerikanische Kernenergiekommission eine Untersuchung vorgenommen und jetzt bestätigt, daß die Firmen Verfahren verwendeten, die zumindest von fragwürdiger Sicherheit seien. Tauglichkeitsprüfungen für eingesetztes technisches Gerät wurden mangelhaft durchgeführt und einige Arbeiten wurden als „weniger sicherheitsrelevant“ eingestuft, um Auflagen zu umgehen. Das mit der Überwachung der Arbeiten beauftragte Personal der Kernenergiekommission hat die Auseinandersetzungen um diese Punkte zwar mitbekommen, war aber von sich aus nicht eingeschritten. □

Die Gewinne hat der Aufschwung schon erfaßt

Aus weniger Beschäftigten haben die Großunternehmen der Metallindustrie wieder deutlich mehr Gewinne herausgeholt. Dies geht aus einer Bilanzanalyse hervor, die die IG Metall für 83 Metall-Unternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten durchgeführt hat. Diese Unternehmen repräsentieren 47% des Umsatzes der gesamten Branche. Der Umsatz der untersuchten Unternehmen stieg 1982 im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich acht Prozent, womit die Großun-

ternehmen deutlich über dem Durchschnitt lagen. Die in den Bilanzen ausgewiesenen Unternehmensgewinne sind nach den Angaben im „Gewerkschafter“ im gleichen Zeitraum von 1,9 auf drei Milliarden Mark gestiegen; das ist eine Steigerung um 58 Prozent. Für diesen Erfolg haben drei Viertel der Unternehmen ihre Beschäftigtenzahl verringert. Der Lohnanteil am Umsatz hat sich von 26,6% im Jahr 1980 auf 24,7% im Jahr 1982 verringert. Insgesamt haben die betreffenden Firmen ihre Belegschaften im vorigen Jahr um knapp drei Prozent verringert, überdurchschnittlich in der Elektrotechnik und im Schiffbau. □

22% Fernpendler

Aufsteigende Tendenzen bei den Berufspendlern registriert eine Studie, die der hessische Finanzminister anhand der steuerlichen Unterlagen für die Kilometerpauschalen hat anfertigen lassen. Hauptergebnis ist, daß die steuerliche Kilometerpauschale in den entfernten Randzonen des Rhein-Main-Gebiets und im Einzugsbereich von Kassel in Nordhessen stärker in Anspruch genommen wird, als auf dem eigentlich flachen Land. So haben einige Gegenden, die ganz auf die Kernzonen ausgerichtet, aber mehr als 25 km von diesen entfernt sind, Fernpendleranteile von um die 40%. Dabei wird als Fernpendler betrachtet, wer mehr als 25 km einfache Wegstrecke täg-

lich zurückzulegen hat. In Hessen sind das im Durchschnitt 22 von 100 Berufspendlern. Die durchschnittliche Wegstrecke für alle Pendler betrug 1980 knapp 18 Kilometer. □

Rückläufige Deckung der Wegekosten

Welche Kosten welche Verkehrsträger verursachen, ist nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Subventionen undurchsichtig. Seitens des Verkehrsministeriums ist jetzt eine neue Wegekostenrechnung vorgelegt worden, die die rein wirtschaftlichen Kosten zu erfassen versucht. Nicht berücksichtigt sind in solchen Rechnungen regelmäßige Folgekosten volkswirtschaftlicher Art wie wirtschaftlich erfassbare Schäden durch Luftverunreinigung bestimmter Verkehrsträger oder Unfallkosten. Weitere Gesichtspunkte, die als wirtschaftliche Kosten gar nicht zu erfassen sind, wie Landschaftszerstörung, Unfallopfer Lärmbelästigung, überhaupt die Rückwirkung eines bestimmten Verkehrssystems auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Organisation, fehlen in solchen Rechnungen. Wegekosten sind also bloß ein Hilfsmittel, während die herrschende Ökonomie stets dazu tendiert, sie zum alleinigen Kriterium – modifiziert durch öffentliche Subventionen usw. – zu machen. Die neue Wegekostenrechnung rechnet als Einnahmen



Unterschätzung der Gefährdung durch Blei

Die in der BRD entstandene Debatte über Reduzierung der Belastung durch Blei gibt Anlaß zu der Bemerkung, daß die gemeinhin als tolerierbar angesehene Belastung in Wahrheit schon viel zu hoch ist. Diesem verbreiteten Irrtum liegt eine geradezu makabre wissenschaftliche Situation zugrunde, die zudem ein gutes Beispiel für die Verfestigung falscher Lehrmeinungen bildet, wie es aus dem analogen Problem der Belastung durch ionisierende Strahlen schon seit längerem deutlich wurde.

Üblicherweise bezieht man sich bei der Festlegung von tolerierbaren Belastungen auf die bereits vor industriellen Aktivitäten aufgetretene natürliche Belastung, mit der die Menschheit offenbar gelernt hat zu leben, und argumentiert dann, eine zusätzliche Belastung in etwa der gleichen Größenordnung sei wohl zuzulassen.

Nun hat eine Wissenschaftlergruppe um Professor Patterson am California Institute for Technology in Pasadena festgestellt, daß praktisch alle früheren Untersuchungen an vorindustriellen Substanzen (Gletschereis, alte Gegenstände, Fossilien) an unzureichenden Laborbedingungen litten. Erst

die extrem sorgfältigen Untersuchungen der Gruppe in Pasadena haben nämlich gezeigt, daß die tatsächliche Belastung durch Blei an solchen vorindustriellen Substanzen wesentlich geringer sind als bisher geglaubt, und daß die hohen Bleimengen, die man früher in solchen Substanzen vorzufinden glaubte, in Wahrheit durch unsaubere Laborbedingungen hineingekommen sind (!). Laut Patterson gibt es auf der Erde nur 8 Labors, die den erforderlichen Reinheitsstandards genügen – in der BRD ist keines davon.

Die Konsequenzen sind in der Tat dramatisch: was als „natürliche“ Belastung aufgefaßt wurde, ist in der Tat etwa 1000mal mehr als die tatsächliche natürliche Belastung; und was man für eine verdoppelte Belastung hielt, ist in Wahrheit das Zweitausendfache. Patterson und Mitarbeiter folgern daraus, daß die moderne Menschheit seit langer Zeit an einer schleichenden Bleivergiftung leidet. Da gänzlich ausgeschlossen scheint, daß die Belastung infolge der Verwendung von Blei unter die tatsächliche natürliche Belastung oder auch nur in ihre Nähe gesenkt wird, muß verlangt werden, daß die

Verwendung von Blei als industrieller Substanz überhaupt abgeschafft wird.

Zu diesem zunächst unreal scheinenden Ziel geben sie zudem mögliche Schritte an, indem für alle vorkommenden Verwendungsarten von Blei in der heutigen Technik alternative Substanzen angeboten werden.

Interessant ist, daß der Mediziner Stöfen in seinem Buch „Blei als Umweltgift“ zu ähnlichen Schlüssen kommt, daß nämlich die Menschen schon heute an verbreiteter „larvirter Bleivergiftung“ leiden, die in zahllosen Krankheitserscheinungen ihre Auswirkungen hat. Obwohl die hierzulande üblichen Nachweismethoden noch keine klinische Wirkung des Bleis festzustellen in der Lage sind, Stöfen stellt dabei ausführlich dar, daß in der Sowjetunion seit ihrer Gründung systematisch Früherkennungsmethoden für Bleibelastung entwickelt wurden, die sich auf neurophysiologische Untersuchungen beziehen. Allerdings bemerkt er zur gegenwärtigen Lage skeptisch: „Es bestehen Gründe für die Annahme, daß die heutige Regierung in Moskau den Gesundheitsfragen nicht mit der gleichen Aufge-

schlossenheit gegenübersteht wie etwa Lenin, dessen Aktivitäten auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes die sowjetischen Hygieniker nicht müde werden zu feiern“.

Stöfen kommt am Ende seines ausgezeichneten und gründlichen Werks dann allerdings zu einem makabren Schluß: Da er bezweifelt, daß es möglich sein wird, die Bleiproduktion abzuschaffen, sieht er einen Ausweg in der Genmanipulation, nämlich Menschen zu züchten, die gegenüber der Bleibelastung weniger empfindlich sind als wir. Demgegenüber bin ich schon der Meinung, daß die Menschen, wenn sie nur die Gefahr erkannt haben, auch einer solchen gefährlichen Technologie Einhalt gebieten werden, wenns auch nicht ohne harte Kämpfe ausgehen wird.

Jens Scheer

Literatur:

- C.C. Patterson, D.M. Settle: US National Bureau of Standards Publication 422 (1976)
- C.C. Patterson: Lead Pollution in the Environment, National Academy of Science, Washington DC (1979)
- D. Stöfen, Blei als Umweltgift, Eschwege 1974.

die Tarifeinnahmen, Steuern und Abgaben, während auf der Kostenseite Kapitalverzinsung, laufende Kosten wie Unterhaltung, die Kosten für Betrieb, Verkehrspolizei und die Verwaltung der Wege steht. In dieser Sichtweise schneidet der Luftverkehr mit einem Kostendeckungsgrad von 81,4% am besten ab, die Binnenwasserstraßen mit 5,7% am schlechtesten. Außer im Luftverkehr sind die Deckungsgrade bei allen Verkehrsträgern gegenüber 1978 durchweg gesunken. Die Bundesbahn kommt in der Rechnung auf 51,4 Punkte (1978: 56,6), der Straßenverkehr noch auf 62,4% gegenüber 92,7% im Jahr 1978. Im gesamten Straßenverkehr haben sich die Wegekosten von 1966 bis 1981 um fast 300% er-

höht, die Einnahmen dagegen nur um 170%. Ursache hierfür sei der unverändert geltende Steuersatz bei der Kraftfahrzeugsteuer, schreiben die Kostenrechner Speziell für die Autobahnen geben sie einen Deckungsgrad von 99,2% an, wobei er aber für die Nutzfahrzeuge des Güterverkehrs hier nur 62% beträgt. □

Bleierner Poker

Zimmermann führt einen Affentanz zur Rettung des Bleigehalts in unserer Luft auf, die SPD will ihn mittels eigenem Gesetzentwurf unter Druck setzen – seit dem 14. Juni liegt dem Bundestag der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Benzinbleigesetzes der Grünen

als Drucksache 10/147 vor. Er sieht den Beschluß folgenden Satzes vor: „Ab 1. Juli 1984 ist der Zusatz von Bleiverbindungen in Ottokraftstoffen unzulässig.“

Aus der Begründung: „Die Schadstoffbelastung der Umwelt, die teilweise durch Autoabgase hervorgerufen wird, hat zu Milliarden Schäden für unsere Volkswirtschaft geführt. Das Waldsterben, die Zerstörung von alten historischen Gebäuden, die Gesundheitsgefährdung der Menschen und die Bodenbelastung haben ein durch nichts mehr zu rechtfertigendes Maß erreicht. Um dieser Belastung ein Ende zu bereiten, müssen sofort Maßnahmen eingeleitet werden. Ein erster Schritt ist die Umstellung der Kraftfahrzeuge auf bleifreies Benzin. Dadurch wird

die Möglichkeit eröffnet, durch Abgaskatalysatoren den SO₂-NO_x und CO-Gehalt im Autoabgas zu reduzieren. Die Mineralölwirtschaft sowie die Autoindustrie haben bestätigt, daß sie ab sofort in der Lage sind, bleifreies Benzin und mit Katalysatoren ausgerüstete Kraftfahrzeuge anzubieten. Dem Einsatz von bleifreiem Benzin steht zur Zeit die EG-Richtlinie 78/611/EWG entgegen, die einen Mindestanteil von 0,15 mg Blei je Liter Benzin festlegt. Die Vergiftung von Mensch und Natur ist in dieser Richtlinie festgeschrieben. Richtlinien und Gesetze, die die Gesundheit der Bevölkerung unseres Landes bedrohen, können wir nicht gelten lassen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist dieser Richtlinie übergeordnet.“

AG »Weser« Bremen: Im Kampf, aber in die Ecke gedrängt

Die Besetzung ist erst einmal ausgesetzt. Das beschränkte Ziel der einwöchigen Besetzung, Gewinnung des Bremer Senats für den Erhalt aller Bremer Wertstandorte, wurde nicht erreicht. Ob der scharfen Kritik der Belegschaft konnte Koschnik gar noch Wahlgänger und -stimmen für sich mobilisieren. Aber ausgesetzt ist nicht beendet. Und nutzlos war die Besetzung sowieso nicht. Aber schon erwischt es die nächste Werft: 650 Leute sollen bei TNSW Emden entlassen, der Rest in ausgedehnte Kurzarbeit geschickt werden. Immer zwingender wird für Erfolge der einzelnen Werftbelegschaften die vereinheitlichende Tätigkeit und die Kraft der IG Metall im norddeutschen Raum. Aber da sieht es mau aus.

Von Peter Dobberkau

Gleich mit den Unterschieden HDW, AG „Weser“ Bremen angefangen, wie ich sie sehe. Die AG „Weser“-Belegschaft ist ausnahmslos von Entlassung bedroht in einer Stadt mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit, einer großen Finanzkrise der „öffentlichen Hand“ und sehr geringen Chancen, erneut unterzukommen. Zum zweiten ist die AG „Weser“-Belegschaft weniger politisch gespalten als es etwa die Vulkanesen und auch – wie ich vermute – die HDW-Belegschaft Hamburg sind. Hier hat sich ein stramm sozialdemokratischer Funktionskörper relativ einheitlich und Stück um Stück von Sozialpartnerschaftsillusionen abgenabelt. Solch scharfe Widersprüche wie sie meines Erachtens etwa auf dem Vulkan zwischen der Echolot-Gruppe und der SPD-Betriebsgruppe und zwischen der Gruppe um Horst Mahler und der alten SPD-Betriebsfürstentruppe bei HDW-Hamburg bestehen, existieren auf der AG „Weser“ nicht. Fazit: Günstigere innere Bedingungen, schwierigere objektive Bedingungen.

„Da sind die Fakten schwarz auf weiß, da gibt es nichts zu deuteln“

Der Endkampf auf der AG „Weser“ wurde Mitte September mit einem „Tag der offenen Tür“ eingeleitet. Die Arbeitsstätten,

vor allem die neu installierte Maschinerie, wurde über 25000 Besuchern vorgestellt. Motto: Wir sind die modernste Großwerft an der Weser, uns darf man nicht schließen. Dazu Verweise auf die Fähigkeit, auch anderes als Schiffe zu bauen. Demonstrationen, Streiks und Belegschaftsversammlungen jagten sich in der Woche vor der Bekanntgabe des endgültigen Schließungsbeschlusses der vier Werftgroßbeigener Thyssen-Bornemiza, Bremer Senat (Bremer Vulkan), Krupp (AG „Weser“, Bremen und Seebeck, Bremerhaven) sowie Hapag Lloyds (HL Werft Bremerhaven).

Eine Veranstaltung der Jusos in Gröpelingen wenige Tage vor der Besetzung; die endgültige Schließung ist raus. Die Kontrahenten: Hans Ziegenfuß, Betriebsratsvorsitzender der AG „Weser“, Schiffbauer, der durch die Eigerverhandlungen wie die Meinungsfindung des SPD-Senats ausgezeichnet durchblickt. Auf der anderen Seite Günter Czichon, Senator für Bundesangelegenheiten, Ingenieur schmalschultriger Technokrat, vor seiner Senatstätigkeit Gesundheitschirurgie-Manager der Krupp-eigenen Atlas-Werke Bremen. Es geht los. Ziegenfuß, ruhig und etwas bitter, beschuldigt den Senat, dabei bezieht er sich in exaktem Nachweis auf Protokolle, Verhandlungen und Absprachen, daß dieser seine Möglichkeiten als Großaktionär beim Vulkan

(über 30%) nicht nutzt, um eine Fusion zu erreichen, die alle Wertstandorte im Land erhält, statt dessen – ohne Not sondern aus Überzeugung – die betriebswirtschaftliche Kapitalargumentation übernimmt und / oder selbst entwickelt, nach der die AG „Weser“ zu opfern sei. Czichon sucht „dem lieben Hans“ den schwarzen Peter zuzuschreiben: Die Betriebsräte hätten bei ihrem Treffen mit Kohl in Bonn sich für ein detailliertes Betriebsstättenkonzept als Fusionsbedingung ausgesprochen, damit und seitdem hätte der Senat keine Chance mehr gehabt, sich gegenüber den Eignern und Bonn der ökonomischen Fusion – und diese beinhaltet die Schließung der AG „Weser“ – zugunsten einer regionalpolitischen Alternative zu entziehen.

Empörung kommt auf. Ziegenfuß reagiert. Es wird heftiger. Von Anfang an und seit langem gebe es eine zielstrebige Schließungspolitik des Senats gegenüber der AG „Weser“. Er verweist auf SPD-interne Studien, mit den Alternativen Schließung der AG „Weser“ oder 2000 Entlassungen auf dem Vulkan, in denen die möglichen Auswirkungen beider Alternativen auf Wahlverhalten wie auf Bildung konzentrierter Unruheherde in den Stadtgebieten untersucht werde. Beide zu Ungunsten der AG „Weser“. Beim Vulkan sind mehr Wähler beschäftigt als auf der AG „Weser“, ebenso

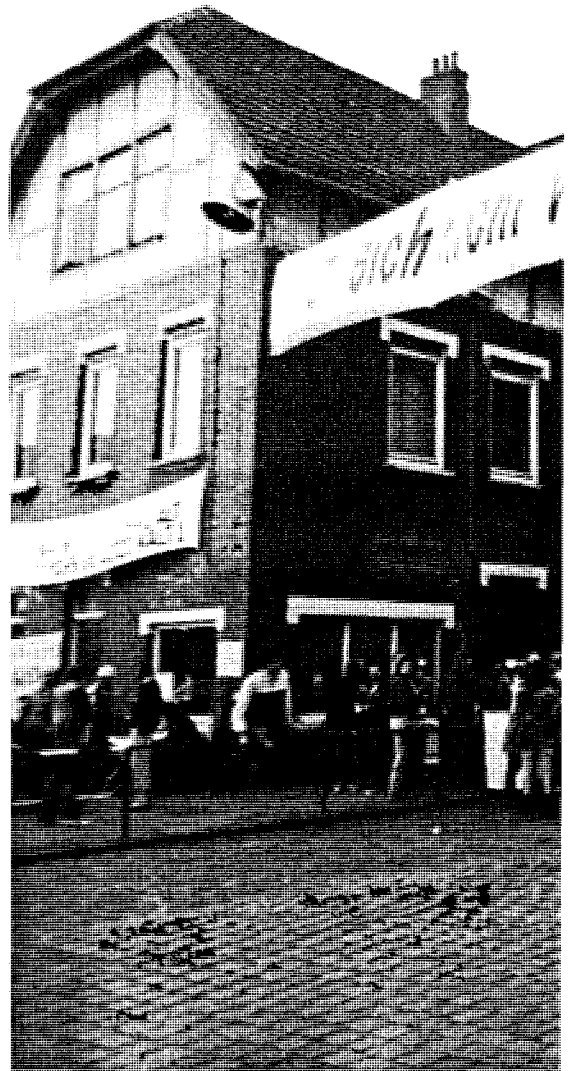




Foto: Kai von Appen

ist hier die Konzentration der Wohnungen der Werftarbeiter rund um die Werft außer ordentlich dicht, während die AG „Weser“ Arbeiter als Folge der Bombardierung von Werft und Hafen im Krieg relativ verstreut übers Stadtgebiet wohnen. Und Koschnick sei es gewesen, der die Schließung der AG „Weser“ (genau wie „sein“ Vulkan-Vorstandsvorsitzender Henke seit Monaten) propagiert hat, obgleich noch überhaupt keine Einigung aller Eigner auf ein solches Konzept vorlag. „Das sind Fakten schwarz auf weiß, da gibt es nichts zu deuten, lieber Günter.“ Und wenn die Fusion insgesamt erstmal bereits 180 Mio. DM Finanzspritze verlange, das „unökonomischere“ Modell des Erhalts aller Werften aber nur zusätzlich jährlich 10 Mio. DM erfordere, das aber vom Senat als unbezahlbar, nicht machbar vom Tisch gewischt wird, zeige sich, daß der Senat auf Gedeih und Verderb sich auf die Kapitalseite geschlagen habe, wieder aller Vernunft.

Czichon, nun ohne Drehs und Wendungen: 10 Mio. DM zusätzlich sind unmöglich, überhaupt böte, solange die Marktwirtschaft bestand, eh nur das wirtschaftlichste Konzept die Chance für die Überlebensfähigkeit der bremischen Werften in den nächsten zwei, drei Jahren. Und die Brutalität dieser Logik für die zu entlassenden AG „Weser“-Arbeiter hätte nicht der

Senat zu vertreten sondern die Konzerne, ihre Mißmanager sowie die Schwarzen in Bonn. Ja, umgekehrt, so Czichon, allein der SPD und vor allem Koschnick sei es zu danken, wenn überhaupt die anderen Werftarbeitsplätze erhalten blieben. Ab dato ist der Teufel im Kleinen los, denn es ist schon schwierig, in einer Veranstaltung von nur 40 Teilnehmern, noch dazu fast alle ausnahmslos bisherige SPD-Wähler, ja in der Mehrheit noch deren Mitglieder, den Bär loszumachen. Ganze sechs verbitterte AG „Weser“-Arbeiter im Alter von 36 bis 55, denen man allesamt die Werftarbeit ansieht, klopfen auf Czichon herum. Er hat keine Chance, weil er nichts begreift. Die Arbeiter verlangen nach Jahrzehnten der Unterstützung der SPD jetzt die Unterstützung ihres Kampfes durch die SPD. Wie soll sich das Opfer auch mit der Logik einer SPD-Rolle am Krankenbett des Kapitalismus abfinden. Nicht einfach die Verantwortung für die Entlassungen und die Betriebsschließung wird ihr angelastet, nein, aber daß sie eine Rechtfertigung dafür findet und propagiert, die für fast alle AG „Weser“-Arbeiter das berufliche Aus bedeutet mit nur erahnbaren sozialen Konsequenzen, das ist für sie unvorstellbar, nicht hinzunehmen.

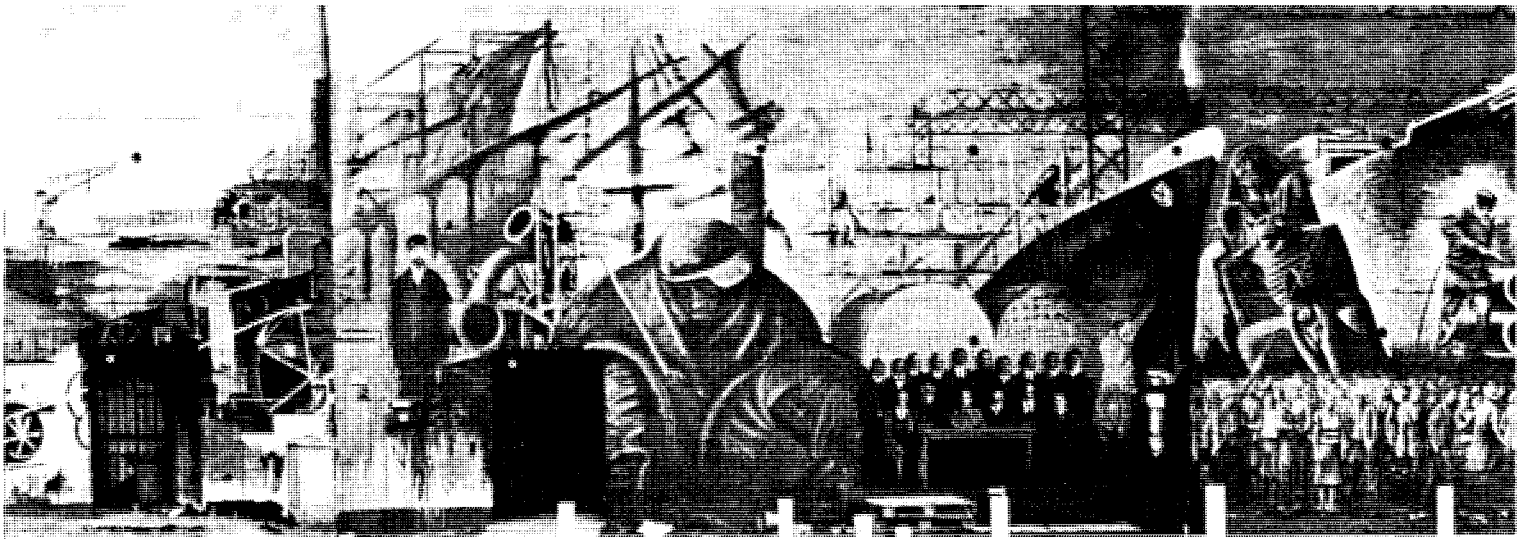
Ziegenfuß liest die Solidaritätsresolution der SPD-Landesorganisation an die AG „Weser“-Belegschaft vor, die nach etlichen

Telefonaten, Interventionen und Gedränge seinerseits dann doch endlich verfaßt worden war. „Wir stehen zu euch, wie wir zu jeder anderen Belegschaft stehen in ihrem Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze.“ Man merkt trotz allem „lieber Günter“ und so, hier ist persönlich Erhebliches kaputtgegangen. Zu Recht, denn die Überheblichkeit und direkte Unsolidarität, die aus diesem Schreiben der SPD spricht, ist so meilenweit fern von ihnen bei technokratischen Sachverwaltern und Machterhaltern angesiedelt; da ist keine Brücke mehr zu schlagen. Landeschef Konrad Kunick hat die Erklärung unterzeichnet.

„Wir sind nur Reparatuer der Wirtschaft, nicht deren Lenker“

Die Betriebsversammlung am Freitag vor der Wahl, nach einer Woche der Besetzung der Werft, ist dann nur eine logische Fortsetzung der Auseinandersetzung; im größeren Rahmen, unnachgiebig und verzweifelt. Zweck der Besetzung der Werft eine Woche vor dem Wahltag ist es, die angespannte und sensible politische Lage vor der Wahl zu nutzen, um mit der Besetzung den Druck auf SPD und Senat derart zu erhöhen, daß sie sich unzweideutig für einen Erhalt aller Werftstandorte aussprechen, um so mit ihnen gemeinsam in eine Front gegen die anderen Kapitaleigner und Bonn zu gelangen.

Lambsdorff und Brandt kamen auf Betriebsversammlungen während der Woche relativ glimpflich davon – die Belegschaft wollte den Senat und Koschnick an ihre Seite zwingen und dann weiter marschieren. Als Koschnick dann die stereotype Argumentation, wenn auch verbunden mit persönlicher Offenheit, Engagement und Verve vertrat – wir sind nur Reparatuer der Wirtschaft, nicht deren Lenker, wir kämpfen wirklich um den Erhalt der maximalen Anzahl von Werftarbeitsplätzen und deshalb seid ihr reif –, da starb in dieser in den letzten zwanzig Jahren wirklich stramm sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen anhängenden Belegschaft etwas: Der letzte Funke Hoffnung. Dies war das endgültige Aus, gesprochen und vollzogen von dem Mann, den sie als den fähigsten Politiker für ihre Sache ansahen. Die Gesichter der älteren Arbeiter, die das Regionalfernsehen in die Bremer Stuben brachte, waren von Trauer und Schmerz gezeichnet, wo Wind und Wetter ihre Spuren hinterlassen hatten, rannen Tränen. Die Jüngeren tobten: „Arbeiterverräter, Werftkiller, Bote des Kapitalismus“, so war Koschnick bereits am Tor empfangen worden. Kaum ein Satz auf der Versammlung, den er ohne Unterbrechung zu Ende führen konnte. Einstimmig verfaßt die Versammlung nach Koschnicks Ausführungen eine Resolution, die die Bre-



AG „Weser“ / Gröpelingen. Ein Wandbild über die jüngste Geschichte über drei Seiten des Bunkers am Pastorenweg. Gemalt von J. Waller, HfG Bremen, mit zehn Studenten in zweieinhalb Monaten Sommer 1978. Der Stil erinnert an Dix, Magritte und vor allem Diego Rivera. Die Stationen des Bildes: Die vorindustrielle, ländliche

Idylle; die Industrialisierung – Dynamos, Transmissionsriemen, Kräne, Gerüste, Hallen, Arbeit am Kanonenboot; der Soldat als Sinnbild des I. Weltkrieges; der Arbeiter und Soldatenrat Bremens (zum größten Teil AG „Weser“-Arbeiter); der Bau des Passagierdampfers „Bremen“ – Sinnbild der Bourgeoisie als Blau-

mer aufruft, bei der Landtagswahl keine Partei zu wählen, die sich nicht ohne Wenn und Aber für den Erhalt aller Wertstandorte ausspricht, und das tun nur die Grünen, die BGL und BAL. Der Schlußpunkt: öffentlich gibt der Betriebsratsvorsitzende an Koschnick sein SPD-Parteibuch zurück, andere tun es ihm gleich.

Wohl alle haben das Gefühl, eine andere, befreite Werft zu betreten

„Macht Hans Koschnick nicht kaputt“, mit diesem Aufschrei (die Presse tritt eine kleine Sympathiekundgebung vor dem Rathaus und eine Telegrammflut an Hänchen breit) hat die SPD in Reaktion auf die Versammlung ihre Wahlstimmen hochgeputscht – aber ihr Verlust wirkt viel schwerer. Sicher, die AG „Weser“-Belegschaft hat sich damit in eine Ecke, in eine Isolation stärker als vorher (wahrscheinlich auch gerade innerhalb der IG Metall) hineinmanövrieren lassen. Im Kern hatte sie keine andere Chance, ja handelt nicht nur völlig im Recht, sondern auch mit politischer Perspektive. Aber der politische Druck – einerseits Koschnick-Killer, andererseits wie jetzt weiter –, er wirkt ersteinmal weit schwerer als es die Drohung der Werfteigner mit dem Verlust eines Sozialplans, das Arbeitsamt mit einer Sperrung des Bezugs von Kurzarbeitergeld tun, wirkt schwerer als eine Woche ohne Lohn und Monate mit zum Teil 80- bis 100-prozentiger Kurzarbeit. Wie weit die neue Belegschaft, die sich während der einen Woche Besatzung herausgebildet hat, standhält und sich weiterentwickeln kann, wird sich zeigen. Beim Besuch der AG „Weser“ am Morgen des Wahltags zeigte sich diese Widersprüchlichkeit bereits. Wohl alle haben beim Passieren des Tores das Gefühl, eine andere, befreite Werft zu betreten.

Ein Gottesdienst (neben der polnischen Fahne mit Solidarność-Schriftzug und den

Blumen vorne am Tor ein weiteres Danziger Symbol) findet in der Kantine statt. Zwischen 500 und 1000 haben sich versammelt. Gläubige aus dem Stadtteil mit einigen Nonnen an der Spitze, der Betriebsrätekreis auch anderer Werften und viele Arbeiter mit Familie. „zum Aufstand gegen die Herren“ wird untereinander gemeinsam intoniert. Danach Solidaritätsresolutionen, überall Diskussionsgruppen. Einer agitiert uns, daß die AG „Weser“ schon immer die Fahne hoch gehalten hat: daß 1919 hier die Räterepublik entstand und nicht auf dem Vulkan, daß Noske das damals niedergeschlagen hat und daß er das auf der Versammlung am Freitag hat sagen wollen; damals Noske, heute Koschnick. Man hätte ihn dann von diesem Redebeitrag abgehalten. Naja, wegen den leitenden Angestellten, die jetzt so fein dabei wären, echt mithelfen, andere Produkte vorschlagen, die man statt Schiffen bauen könne und inzwischen nicht mehr auf den Versammlungen mit dem Vorstand an einem Tisch saßen, zwar nicht mit abstimmen, aber das könne man verstehen. Aber wenn es weitergeht, treten sie einen natürlich wieder aber trotzdem, jetzt muß man halt die Einheit fördern. Ja, er wär' diese Woche auch aus der SPD ausgetreten, und bei der Wahlabgabe hätten seine Parteigenossen als Wahlhelfer gesessen und ihn und seine Familie mit ihrem AG „Weser“-erhalten-Buttons nicht mit dem Arsch angeschaut.

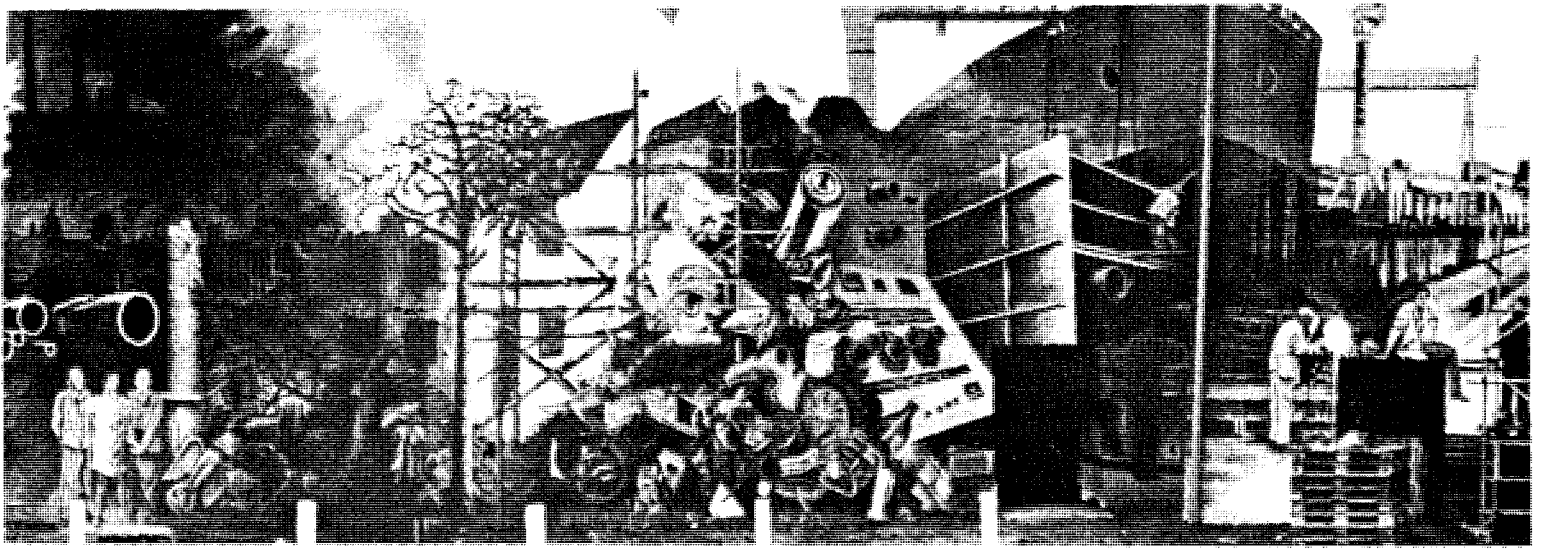
Die Besetzer sind auf einen Schlag andere Leute, ihre Antworten, ihre Aufnahme ist anders – es muß schon gestreikt oder besetzt werden, bis die mal einer für die revolutionäre Tradition der Arbeiterbewegung agitiert. Genau wie einige Tage zuvor auf einem Solidaritätskonzert in der Schiffbauhalle. 5000 Leute, vorwiegend jüngere, linke und vor allem aber die Jugend des Stadtteils, waren gekommen. Saßen auf dem Betonboden gemeinsam mit den älteren Arbeitern, die hier ansonsten malochen, und

gemeinsam hörte man Kabarett, Liedermacher, Punk und Funk, von Kittner bis ideal-Konkurrenz. Augen leuchten, und es gilt absolutes Alkoholverbot.

Dennoch, die Isolierung und Spaltung nagt. Am Dienstag hatte die IG Metall eine Streikaktion von einer Stunde auf allen Werften zu organisieren versucht. Soweit ich weiß, kamen nicht einmal von allen Werften Vertreter der Gewerkschaften. Die Flensburger FSG-Leute etwa soll es nicht jucken, sie hätten genug Aufträge. Dann wurde ein einstündiger Streik auf acht Werften vereinbart. Sieben streikten dann, aber auch nicht jeweils die ganze Belegschaft. Die achte, Seebeck-Bremerhaven und zur AG „Weser“ gehörig, streikte nicht. Der Betriebsrat informierte die Belegschaft erst gar nicht, diese erfuhr vom Streik der anderen Werften aus den Regionalnachrichten. Hier gibt die langjährige Benachteiligung der Seebeck Werft im AG „Weser“ Verbund gegenüber der Bremer Werft wie insgesamt die Benachteiligung Bremerhavens durch die Bremer Landesregierung eine Grundlage ab, auf der die dortigen Sozi-Betriebsräte dem weiteren Argument „der Kelch geht an uns vorbei“ die Belegschaft befrieden können – nicht alle, aber doch die Mehrheit.

Auf der AG „Weser“ treffen wir Fritz Bettelhäuser, Betriebsratsvorsitzender des Bremer Vulkans. „Was meinst du, wie ich von den Sozis unter Beschuß bin, da ich fast jeden Tag auf der AG „Weser“ bin! Und wo die rummachen, ist nicht mitgestreikt worden. Unterstützung der AG Weser heißt noch mehr Entlassungen auf dem Vulkan, so ihr Reden. Die Schweinerei etwa, die kannst du fast ganz abschreiben (grummel, grummel). Dabei ist der Vulkan in einem oder zwei Jahren ganz genauso dran wie heute die AG „Weser“, wenn sie das hier so durchziehen.“ Ein Argument, das man oft auf der Werft hört. Über die

Fortsetzung übernächste Seite



Band-Siegerin für deutsche Größe – , Arbeitslosenheere, Faschismus, ein Nazi reißt das Denkmal zu Ehren der Gefallenen der Bremer Räterepublik nieder; der Nieter, Kanonenrohre = Rüstungsarbeit; Carl v Ossietzky und zwei Gröpelinger KZ-Häftlinge für den antifaschistischen Widerstand; Feuer, Schutt und Asche, zer

störte Nazi-Siegessäule mit enthauptetem Reichsadler; der Baum; Wiederaufbau, Trümmerfrauen, der Drachen für Hoffnung; ein Coca-Cola-Müll-Haufen = das Wirtschaftswunder; Computeranlage und Großtankerbau heute, einer schweiß, die anderen stem-peln, hinter letzteren als Schatten eine geballte Faust – open end.

Am meisten wird beim Lesen des Buches enttäuscht sein, wer den Titel für bare Münze nimmt. Das wird leider nicht behandelt.

Aber das Buch ist lesenswert. Ein Komplex ist von Arbeitern, darunter den drei Betriebsratsvorsitzenden, Bettelhäuser, Mahler, Ziegenfuß (Vulkan, HDW Hamburg, AG „Weser“) verfaßt.

Man erfährt was über die Werftarbeit. Über den politischen Werdegang, so von der mehr oder weniger schmerzhaften Überwindung von Sozialpartnerschaftsillusionen aufgrund eigener Erfahrungen. Das ist gut nachvollziehbar; dann die mit der Krise auf die Belegschaften zugekommenen neuen Probleme. Die Frage, wie weiter, wird allerdings nur recht allgemein behandelt, obgleich Konkretes in den Köpfen der Dreien ist.

Der zweite Komplex, vor allem gestaltet von den Herausgebern Heseler (Uni Bremen, Kooperationsstelle Uni/Arbeiterkammer) sowie Kröger (Arbeiterkammer Bremen) befaßt sich dann mit der Analyse der Werftenkrise. Für meinen Geschmack, bei allem Sinn für Agitation, zu einseitig. Mißmanagement und falsche Subventionspolitik der Regierungen, heißt es da, seien verantwortlich. Mißmanagement und staatliche Subventionspolitik haben aber über mehr als ein halbes Jahrzehnt zu Werftdividenden von bis zu 45% jährlich geführt. Mehr als das Grundkapital haben die Werften in kurzer Zeit an die Eigner als Profit abgeschmissen. Mißmanagement?

Jedenfalls die Ursachen der Werftenkrise – veränderte internationale Arbeitsteilung und Krise der Weltwirtschaft (und damit des seegehenden Handels, damit des Schiffbaus) – kommen mir zu kurz. Statt dessen zieht sich – nie ausgesprochen, aber immer präsent – die Hoffnung auf einen neuen Auftragsboom 1985/86 durch das ganze Buch.

Der dritte Komplex schließlich befaßt sich mit Alternativen zur Kahlschlagspolitik. Die Bremer Autoren favorisieren dabei die Idee einer Übergangsphase, nach der man dann zu alternativen Produktionen übergehen will. Ih-

»Stell dir vor, die Werften gehören uns . . . «

Ein neues Buch über die Situation in der Werftindustrie

re Übergangsüberlegungen: 180 bis 350 Mio. DM werden jährlich an direkten Subventionen gezahlt, die Einigung der Küsterländer auf 9000 Entlassungen führt zu Folgekosten von weiteren 720 Mio. Insgesamt 1,1 Mrd. DM Kosten jährlich, die so oder so gezahlt werden müssen, und wo es besser sei, sie zur Subventionierung der Arbeit zu zahlen als zur Subventionierung der Arbeitslosigkeit. Ein anderer Weg wird im Schlußartikel des Buches von Schumann u.a. vom SOFi, Göttingen vorgestellt. Sie gehen von der Notwendigkeit alternativer Produktion aus und einer Überbrückungszeit bis zum Anlauf, die durch Umschulung und Weiterbildungsmaßnahmen auf den Werften gestaltet werden soll. Wo hier emanzipatorische Interessen enthalten sind, bleibt bei den Bremern nur die Subventionierung der Lohnkosten in der Höhe von einem Drittel, um sich ins Weltmarkt-Stechen und -Hauen einzumischen. Schumann entwickelt auch am detailliertesten die alternative Produktion, die ihm vorschwebt.

Allerdings auf seine Art. Er kommt mit richtiger Kritik daher: „Typisch ist die Fixierung auf die sozialen Komponenten der sozialen Nützlichkeit und den Gebrauchswert neuer Produkte, während der ökonomische Aspekt kaum aufgearbeitet wird.“ Und, „daß bereits entwickelte Alternativ-Produkte gegenwärtig zum Teil nicht hergestellt werden, ist eben kein Zufall, sondern hat die gesellschaftliche Ursache, daß der entsprechende Bedarf keine Kaufkraft verkörpert“. „Man muß eben diese Nachfrage sichern“, . . . und zwar „die Gesellschaft, vermittelt über den Staat“.

Dann kommen zwei Felder der alternativen Produktion bei ihm heraus: a) die Ausdehnung des öffentlichen Sektors (Wohnen, Verkehr, Energie, Umwelt, Freizeit), bei, wie es heißt, „Mitsprache der Konsumenten“ und b) die Erschließung zukünftig expandierender Märkte, die zur Zeit noch brachliegen, konkret wird der Meeresbergbau genannt, allerdings ohne die Probleme (lange Bindung von Kapital, ökologische und seerechtliche Unwägbarkeiten) zu negieren.

Meine These ist dagegen, daß man die Nachfrage (wie die Finanzmittel, die zum Teil nötig sind) über die Lohnabhängigen selber, im wesentlichen über ihre gewerkschaftliche Organisation zu realisieren versuchen sollte. Direkt in Anlehnung an die Erfahrungen mit den Kredit-, Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften der Arbeiterbewegung bis zum Faschismus. Warum soll denn nicht die „Neue Heimat“ zum Nachfrager für Hausmüllverschmelungsanlagen, günstigere Energieprojekte etc. werden und die BfG billige Kredite vergeben – ist doch besser als Bauherrenprojekte und leichter als Parlamente umzukrempeln. Darüber könnte eine alternative Entwicklungslogik vielleicht in einem solchen Umfang real werden, daß ihre Wirkung auf die ganze Gesellschaft denkbar, eine andere politische Kräftekonstellation herstellbar würde.

Das versprochene Werft-Utopia steht jedenfalls noch aus. *Peter Dobberkau*

Heseler, Kröger (Hrsg.): *Stell dir vor, die Werften gehören uns . . .*, Hamburg (VSA), 235 Seiten, 16,80 DM



Da sah Hans Koschnik noch ziemlich alt aus: Hans Ziegenfuß (Betriebsratsvorsitzender der AG „Weser“) wirft sein SPD-Mitgliedsbuch vor Koschnik auf den Tisch. Kollegen klatschen Beifall. Nach den Wahlen ging es Koschnik schon wieder etwas besser – Foto: Document

nativer Produkte, die hier hergestellt werden könnten und für die es auch Abnehmer gäbe. Rauchgasanlagen, für die Eigenheimer-Kollegen wie für die Neue Heimat zum Beispiel. Mit den leitenden Angestellten, die in den letzten Jahren bereits verschiedene Projekte durchgerechnet und projiziert hätten, sowie einigen Ökonomen der Universität hätte man dies zusammengestellt. Arbeitsgruppen zur alternativen Produktion würden jetzt eingerichtet werden. Wir wenden ein, daß im Konkreten dies doch nicht einfach sei, auf jedenfall Zeit erfordere. Sicher, man sei auch kein Spinner und denke zur Überbrückung bis zur Realisation dieser Projekte an Umschulungsaktionen auf den Werften anstelle von Entlassungen. Perspektivisch das ganze. Minimalprogramm sei aber auf jeden Fall, selbst wenn Entlassungen kräftemäßig unvermeidlich seien, der Erhalt aller Produktionsanlagen als Bedingung für die Wieder aufforstung mittels alternativer Produktion. Schutz der älteren Arbeiter vor Entlassungen wie der Lehrlinge, die jetzt gerade angefangen haben und in der Probezeit ohne Begründung gefeuert werden könnten, heißt es weiter

Wir haben nach den Gesprächen den Eindruck, daß am Montag Schluß mit der Besetzung ist. Außer es gelänge, die IG Metall zur Übernahme von Steik / Besetzung zu bringen, aber daran glauben wir nicht. Das heißt, der arbeitende Mensch wird wieder für längere oder kürzere Zeit in Lohnarbeit oder Arbeitslosigkeit zurücksinken. Aber das Wühlen und Bohren nach einem anderen Weg wird unterirdisch bleiben. Eher für kürzere Zeit, denn nach der AG „Weser“ ist im Bremen Klöckner dran und hernach erneut die übrig gebliebenen Werften. Die Zeit wird die Wunde also nur weiter aufreißen. Und die eine Woche Besetzung, Befreiung, Leben ist ein gutes „Kapital“ Immer wieder erstaunlich, was im Verlauf nur einer Woche mit und in Leuten passieren kann. Aber Hut ab gerade vor jenen, die seit Jahren als Betriebsräte, Vertrauensleute oder einfache Proleten neben der Knüppelei sich um Auswege und Perspektiven quälen und ohne die es eine solche Lage nicht gäbe.

Nachtrag: Am Montag, 26.9 1983, hat die Belegschaft ihre Besetzung ausgesetzt. Hans Ziegenfuß: Die Wahlen sind ein Beweis für die Sympathie mit der Person Koschnicks, nicht ein Beweis für die vom Senat verfolgte Werftenpolitik. Der Kampf gegen die Schließung der Werft ist nicht beendet. (26.9.1983)

Solidaritätskonto der Belegschaft und des Betriebsrates der AG „Weser“ Gröpelingen, Werftstraße, 2800 Bremen. Solidaritätskonto „Use Akschen“ Sparkasse in Bremen (BLZ 29050101) Kto Nr 1108844



Von Ekkehard Negenborn

Für neun Tage haben sich die HDW-Arbeiter und -Arbeiterinnen die Verfügungsgewalt über ihre Produktionsmittel genommen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik hat eine Belegschaft eines Großbetriebes ihren Betrieb besetzt. Sie hat an die Kernfrage der kapitalistischen Produktionsweise gerührt, weil sie nicht mehr viel zu verlieren hat:

Der Schiffs-Neubau der Howaldswerke-Deutsche Werft in Hamburg soll eingestellt werden. 1354 von den rund 4000 Hamburger HDW-Beschäftigten haben mittlerweile ihre „Blauen Briefe“ mit den Kündigungsschreiben erhalten, weitere 700 bis 800 werden in Kürze folgen. Der Rest muß nach dem derzeitigen Stand der Dinge damit rechnen, in zwei Jahren auch auf der Straße zu liegen.

Daß die Belegschaft die Besetzung nach neun Tagen beendet hat, liegt nicht daran, daß sie die Produktionsmittel noch nicht einmal geschenkt nehmen konnte. Die Macht, zu deren Entfaltung sie in der Lage war, schien ihr nicht hinzureichen, um die Besetzung weiter aufrecht zu erhalten und

Lage des Schiffbaus blickt man durch. Während die Konkurrenz unter den Werftbelegschaften wirkt, ist die Solidarität der Belegschaften anderer Branchen doch groß, wenn vielleicht auch nicht so innig. Die Spendenliste, an der Kantinenwand angebracht, zeigt es.

Minimalprogramm bleibt der Erhalt aller Produktionsanlagen

Wie es denn nun weiter geht, fragen wir Fritz und AG „Weser“-Betriebsräte. Die AG „Weser“-Leute sind unsicher, sie wissen nicht, wie weit das „ihr macht Koschnik kaputt“ auf die Belegschaft gewirkt hat (und jetzt noch das Wahlergebnis). Vielleicht weiter besetzen, vielleicht Abbruch oder die Aussetzung der Besetzung. Das Ziel, wenn man jetzt weiter besetzt? Ja, das ist schwierig, gegen Bonn kommen wir alleine nicht an. Einen Absicherungsvertragsentwurf hätte man jetzt entwickelt. Man wolle die IG Metall gewinnen, offiziell die Besetzung zu übernehmen, das würde der Spaltung innerhalb der Werftbranche entgegenwirken und eine starke Unterstützung sein, man könne dann Streikgelder zahlen und insgesamt wäre die ganze Gewerkschaftsbewegung dann hineinverwickelt. Wenn das hier verpufft, heißt es, dann hat sich dies Mittel als untauglich erwiesen. Deshalb auch der Vertragsentwurf. Er beinhaltet die Aufrechterhaltung aller Werftstandorte, konkrete Verhandlungen mit den Werfteignern über die zukünftige Betriebsstruktur und Belegschaftsstärke, abgesichert für drei Jahre sowie im Anhang, und das sei entscheidend, eine Zusammenfassung konkret machbarer alter



Aufbäumen gegen langvorbereitete Schließung

Foto: Kai von Appen

die Arbeitsplätze damit zu verteidigen. Dies war auch nach der Besetzung der AG „Weser“ in Bremen noch so, und trotz der großen Solidarität, die die Belegschaft aus anderen Betrieben und von der Hamburger Bevölkerung erfahren hat.

Die Anteilseigner, der Bund und das Land Schleswig-Holstein, waren zum Gegenangriff angetreten, sie drohten mit Abmahnungen und sofort folgenden fristlosen Entlassungen. Die Belegschaft hat eine Niederlage erlitten. Sie hat so etwas wie einen geordneten Rückzug angetreten, um die Niederlage nicht noch größer zu machen. Wenn auch nicht viel, so hatte die Belegschaft doch noch etwas zu verlieren:

- ein Teil der Belegschaft, nämlich der Teil, der jetzt noch nicht entlassen werden soll, hat seinen Arbeitsplatz schon jetzt zu verlieren;

- der andere Teil hat das zu verlieren, was bei dem Sozialplan herauskommt, so empörend wenig es auch sei, außerdem droht ihm gleich zu Beginn der Arbeitslosigkeit, sich eine Sperrfrist einzuhandeln, da ja die Arbeitslosigkeit durch die fristlose Kündigung „selbst verschuldet“ gewesen wäre.

Um das alles wegzustreichen, hätte es noch ganz anderer Machtentfaltung bedurft als das, womit die meisten Belegschaftsmitglieder in der derzeitigen Lage zu

rechnen können glaubten. Es hätte vor allem eines anderen Zustandes der IG Metall bedurft!

Wie das Ende vorbereitet wurde

Die Howaldswerke-Deutsche Werft AG entstand 1966 aus der Fusion der Howaldswerke Kiel und Hamburg mit der Deutschen Werft AG. Die Howaldswerke befanden sich in Bundesbesitz, die Deutsche Werft in Privatbesitz. Die Aktien der letzteren wurden zum 1,6fachen Nennwert vom Bund gekauft. Die Zahl der Beschäftigten betrug nach der Fusion 22454.

1972 läßt die sozialdemokratische Bundesregierung ein Werften-Gutachten anfertigen. Es sieht die Einstellung des Schiffsneubaus bei HDW in Hamburg vor. Dieses Gutachten scheint seitdem die politische Leitlinie der Verantwortlichen in Bund und in Hamburg in bezug auf die Werften zu sein. Die Hamburger DGB-Führung und IG Metall-Führung war dabei wohl von Anfang an mit eingebunden.

In Hamburg wurde zur Modernisierung des Schiffbaus nichts Wesentliches investiert. 1975/76 versuchte der Vorstand, durch eine „10%-Aktion“ die Kosten im Gemeinkosten- und Angestellten-Bereich zu senken.

Im Juli '77 gab der Vorstand das „Unternehmenskonzept '79“ in Auftrag. Dem damaligen Betriebsratsvorsitzenden und stellvertretenden Aufsichtsrats-Vorsitzenden Otto Kock wurden diese Pläne bereits im August 1977 bekannt. Offenbar um zu verhindern, daß diese Pläne den Belegschaften, Vertrauensleute-Körpern und Betriebsräten vorzeitig bekannt wurden, kam die Bildung eines Wirtschaftsausschusses auf Gesamt-Betriebsratsebene zwei Jahre lang nicht zustande, angeblich wegen Uneinigkeiten zwischen dem Hamburger und Kieler Betriebsrat.

Mitte 1978 waren die Vorbereitungen der Unternehmenseite offenbar abgeschlossen. Die Arbeitnehmer Vertreter des Aufsichtsrates wurden unter Verweis auf ihre Schweigepflicht vom Arbeitsdirektor unterrichtet. Auf der darauffolgenden Aufsichtsrats-Sitzung vollzog sich dann das reinste Theater-Spiel. Die Arbeitnehmer Seite verlangt unverzüglich ein Unternehmenskonzept zur Zukunftssicherung. Dieser Antrag wird der Belegschaft bekanntgegeben.

Bei der nächsten Aufsichtsrats-Sitzung im September 78 folgt der zweite Akt. Der Vorstand hat seinen Auftrag erfüllt und legt das schon lange fertige Konzept auf den Tisch. Es sieht mit Varianten die Stilllegung des Schiffsneubaus in Hamburg, die Schließung der Werke Hamburg-Reiherstieg und Kiel-Dieterichshof vor.

IG Metall und Belegschaft protestieren mit Kundgebungen und 1-Stunden-Streiks. Der „Interessenausgleich“ hat im März 79 das Ergebnis:

- statt 1550 nur 770 Entlassungen
- Reduzierung des Schiffsneubaus um 1/3
- Schließung der Werke Reiherstieg und Dieterichsdorf
- Investitionen von 170 Mio. DM (wesentlich bedingt durch die Werksschließungen)
- spätere Einführung des Programmlohn-Systems in Hamburg
- Diversifizierung der Produktion
- Verbesserung der Infrastruktur für 38,5 Mio. DM durch den Hamburger Senat (Kaimauern u.a.)
- Bau des Hamburger Passagierschiffes „Astor“ bei HDW

Erneut wird der Hamburger Senat von der IG Metall aufgefordert, sich an HDW zu beteiligen.

In der Folgezeit werden Aufträge z.T. unter Selbstkostenpreis hereingeholt. Die neue Produkten-Palette wird alsbald wieder aufgegeben, weil auch sie angeblich nur Verluste verursacht.

Das Programmlohn-System wird dagegen nach heftigen Auseinandersetzungen im IG-Metall-Vertrauensleute-Körper gegen den Willen von Otto Kock und anderen freigestellten Betriebsratsmitgliedern im Februar 1980 abgelehnt und schließlich verhindert.

Im Oktober 80 wird bekannt, daß ein neues Unternehmenskonzept erarbeitet

werde, welches Tausende von Entlassungen vorsehe.

Mit der Betriebsratswahl im April 81 wollten große Teile des Vertrauensleute-Körpers die Voraussetzungen für eine Betriebsratspolitik schaffen, die von den Interessen der Beschäftigten ausging und nicht von Sozialpartnerschafts-Vorstellungen. Mit einer Vorwahl wollten sie die IG-Metall-Mitglieder über die Plazierung der Kandidaten auf der IG-Metall-Liste entscheiden lassen. Der entsprechende Antrag von 123 Vertrauensleuten wurde von der IG-Metall-Ortsverwaltung direkt vor der Abstimmung für satzungswidrig erklärt, auch redaktionelle Änderungen wollte sie nicht akzeptieren.

Aus Protest dagegen entstand eine eigene Betriebsrats-Liste „Aktive Metaller“, die von langjährigen und engagierten IG-Metall-Mitgliedern gebildet wurde. Die IG Metall lehnte die Zulassung dieser Liste als zweite IGM-Liste ab.

Die Liste „Aktive Metaller“ gewann bei der Betriebsratswahl 14 von 27 Betriebsrats-Sitzen. Die 11 Betriebsrats-Mitglieder der IGM-Liste schlugen das Angebot der „Aktiven Metaller“ auf einige freigestellte Betriebsräte aus und lehnten die Zusammenarbeit mit ihnen ab. Die acht ehemals freigestellten Betriebsratsmitglieder erhielten alle gute Posten im Unternehmen, die IGM-Fraktion im Betriebsrat erhielt ein eigenes Büro mit Sitzungszimmer. Die zwei Betriebsrats-Sekretärinnen und der Fachvertreter wurden versetzt. Die IG Metall gewährte dem Betriebsrat keinen Rechtsschutz mehr. Am 24.12.81 wurden sechs der „Aktiven Metaller“ aus der IG Metall ausgeschlossen, 31 erhielten Funktionsverbot bis Ende 83. Bemerkenswert in diesem

Immer neue Anschläge, Wandzeitungen und Fotoreportagen informieren die Belegschaft über die Solidarität, die Aktivitäten ihrer Vertreter und den Stand des Kampfes.
– Foto: Ekkehard Negenborn



Zusammenhang ist auch noch, daß das für die Werften verantwortliche Mitglied des Hamburger IG-Metall-Vorstandes strikt gegen diesen Kurs war. Ihm passierte aber, daß er während dieser Auseinandersetzungen im Knast verschwand. Es ist Hermann Gasmann, der aufgrund von fadenscheinigsten Indizien wegen Spionage für die DDR angeklagt worden ist.

Im Oktober 83 wurde dem Betriebsrat deutlich, daß der Vorstand keine Anschlußaufträge mehr für den Hamburger Schiffsneubau hereinnahm. Ein neues Unternehmenskonzept schien vorhanden zu sein, welches den Schiffsneubau in Hamburg endgültig liquidieren sollte. Der Vorstand weigerte sich jedoch beharrlich, die Unterlagen auf den Tisch zu legen. Dies tat er erst am 14.3.83, eine Woche nach der Bundestagswahl und einen Tag nach der Schleswig-Holstein-Wahl, und zwar durch die *Bild*-Zeitung und den Norddeutschen Rundfunk. Der Hamburger Betriebsrat mußte erst eine einstweilige Verfügung erwirken, bis der Vorstand das Papier herausrückte. Es sieht u.a. folgendes vor:

- Entlassung von etwa 2400 Beschäftigten in Hamburg und etwa 1750 in Kiel
- Einstellung des Schiffsneubaus in Hamburg
- Schließung des Kieler Werkes Süd
- Verkleinerung des Hamburger Werftgeländes um 100000 m²
- Verringerung der Ausbildungskapazitäten in Hamburg von 157 auf 40 bis 50 pro Jahr
- Aufkündigung aller „freiwilligen Sozialleistungen“ und des Fahrgeld-Zuschusses und der werkseigenen Buslinien ins Umland (manche HDWler haben Fahrtkosten bis zu 365 DM im Monat, die sie in Zukunft selber tragen sollen)
- Produktionssteigerungen von 6 bis 18%
- Verpachtung von Küchen und Kantinen
- Anrechnungen von übertariflichen Leistungen auf die Tarifierhöhungen
- Verkürzung der Vorgabe-Zeiten

Die Hamburger Belegschaft beantwortet dieses Konzept mit einem fünftägigen Streik.

Auf der noch im März stattfindenden Aufsichtsrats-Sitzung soll über das „Unternehmenskonzept '83“ entschieden werden. Die Hoffnung der Belegschaft und des Betriebsrates richtet sich auf diese Sitzung. Man erwartet die Ablehnung des Konzeptes mit den Stimmen der Arbeitnehmer-Vertreter und der Stimme des von den Anteilseignern in den Aufsichtsrat geschickten Vertreters Hamburgs.

Die Enttäuschung ist riesengroß, als das Konzept doch angenommen wird – obwohl der Vertreter Hamburgs dagegenstimmte. Der Vertreter der leitenden Angestellten hatte nämlich dafür gestimmt. Dies hatte die IG Metall allerdings schon vorher gewußt und vermutlich auch der Hamburg-Vertreter.

Nach der Aufsichtsrats-Sitzung wurde die IG Metall ungeheuer kämpferisch. Sie



ergriff die Initiative zu einem „Bürgerprotest“, der dann vom DGB und anderen Einzelgewerkschaften mitorganisiert wurde.

Die Hauptreden hielten dann vor eigentlich blamablen 3000 Leuten Heidi Kabel (Hamburger Ohnesorg-Theater), Klaus von Dohnanyi (1. Bürgermeister) und Hans Janßen (IG Metall-Vorstand). Der HDW Betriebsratsvorsitzende Holger Mahler hingegen wurde durch die IG Metall am Reden gehindert, indem man ihm einfach den Saft abdrehte, als er sich das Mikrophon genommen hatte.

Eine Woche später fand eine „Werftenkonferenz“ der norddeutschen Küstenländer statt. Ihr Ergebnis, vom Hamburger Senat mitgetragen; um 9000 müsse die Zahl der in der Werftindustrie Beschäftigten noch reduziert werden! Nach wie vor bewegt sich der Hamburger Senat auf der Linie des Werften-Gutachtens von 1972.

Neuer Widerstand regt sich

Im Frühjahr hatte sich ein Kreis von Frauen einiger Arbeiter der HDW und des benachbarten MAN-Werkes gebildet, wo ebenfalls 600 Entlassungen vorgenommen werden. Sie nahmen als „HDW- und MAN-Frauen“ an zahlreichen Aktionen der Belegschaften teil und führten verschiedene eigene Aktionen durch. Bei einer dieser Aktionen protestierten sie in einer Sitzung der Hamburger Bürgerschaft mit einem Transparent und Flugblättern gegen die Tatenlosigkeit des Senats, bis sie von „Ordnungskräften“ aus dem Saal geschmissen wurden.

Die HDW und MAN-Frauen faßten im August den Plan, im September einen Hun-



Foto: Kai von Appen, Hamburg

gerstreik gegen die Entlassungen bei HDW und MAN durchzuführen. Sie begannen mit diesem Hungerstreik am 7.9. Einen Tag vorher trat auch zum ersten Mal die auf Antrag des HDW Vorstandes zum Arbeitsgericht eingesetzte „Einigungsstelle“ unter Vorsitz eines Arbeitsrichters zusammen. Die Belegschaft streikte zwei Stunden lang aus Protest gegen das aufgezwungene Einigungsverfahren, da der Vorstand vorher zu ernsthaften Verhandlungen nicht bereit war. Abgesehen von dieser Aktion war das Interesse der Belegschaft an diesen Verhandlungen wohl nicht sehr groß, man erwartete nichts von ihnen, vor allem nicht, daß dabei schnell etwas herauskommen würde. Dem Hungerstreik der 8 HDW und MAN-Frauen wurde mit Respekt entgegengekommen, allgemein war die Belegschaft aber skeptisch, ob er was bringen würde.

Das Interesse und auch das öffentliche Interesse änderte sich noch am Tage vor dem Hungerstreik schlagartig, als bekannt wurde, daß der Vorstand während der Sitzung der Einigungsstelle die Listen mit den 1354 ersten Entlassungen in Hamburg überreichte.

Von morgens um halb Sechs an hielten sich die hungerstreikenden Frauen an den Landungsbrücken auf, dort, wo die meisten Werftarbeiter und Hafentarbeiter mit Fähren zu ihren Arbeitsplätzen fahren. Sie hatten ihr „HDW und MAN-Frauen“ Transparent aufgespannt und verteilten Flugblätter. Vom Nachmittag des ersten Tages an trafen laufend Solidaritätsresolutionen ein, Delegationen überbrachten sie zusammen mit Blumensträußen und guten Wünschen. Blumensträuße brachten ihnen

auf dem Rückweg von der Arbeit auch viele HDW und MAN-Belegschaftsmitglieder

Das Ganze steigerte sich noch am zweiten und dritten Tag. Die Solidaritätserklärungen bedeckten viele Stellwände, die meiste Zeit waren die Frauen umgeben von großen Trauben von Menschen. Neben Delegationen von Frauen-Organisationen schickten auch viele Belegschaften großer und kleiner Betriebe, Vertrauensleutekörper, Betriebsräte, Gewerkschaftsvorstände, usw. Delegationen, zahllose Leute lasen davon in der Zeitung oder hörten davon im Radio und gingen mal hin, um ihre Unterstützung auszudrücken.

Am zweiten Tag des Hungerstreiks, Donnerstag, dem 8.9., fand eine ganztägige Betriebsversammlung statt. Sie wurde zum Feierabend unterbrochen und ihre Fortsetzung für Montag, den 12.9., beschlossen.

Am Freitag ist die zweite Sitzung der „Einigungsstelle“. Bis zum nächsten Donnerstag soll der Betriebsrat ein schriftliches Konzept vorlegen, mit dem er glaubt, die Entlassungen vermeiden zu können. Daß dieses Konzept von vornherein Makulatur sei, daran läßt ein Brief des Aufsichtsratsvorsitzenden keinen Zweifel: Wenn das vom Aufsichtsrat beschlossene Konzept nicht durchgeführt werde, stellten die Anteilseigner ihre Zahlungen ein, die HDW wäre pleite.

Am Montag wird die Betriebsversammlung fortgesetzt. Zugleich ruft die IG Metall zum Streik gegen das Vorstandskonzept ab 10 Uhr und zur Teilnahme an einer Demonstration und Kundgebung in der Hamburger Innenstadt auf. Die Forderungen der IG Metall und der Belegschaft:

- Erhalt des Schiffsneubaus in Hamburg
- eines von drei für die VR China in Kiel zu bauenden Containerschiffen soll in Hamburg gebaut werden
- Auftragshilfen von Bund und Hamburger Senat auch für alternative Fertigung
- HDW soll Aufträge nicht mehr ablehnen
- Rücknahme der Entlassungslisten.

Tosender Beifall, als die „HDW und MAN-Frauen“ auftraten. Rührung macht sich breit. Eine der Frauen fordert am Ende ihres Redebeitrages die Belegschaft auf, von den Stühlen aufzustehen. Zögernd machen es alle. Sie fordert sie auf, einen Schritt vorzutreten, sich einzuhaken und die Fäuste zu ballen. Sie haken sich ein mit geballten Fäusten. Es ist vollständig ruhig im Saal. Sie fragt die vielen Männer und paar Frauen der Belegschaft, ob sie nicht die Kraft spüren, die von ihnen ausgeht und fordert sie auf: „Wir müssen kämpfen für unsere Arbeitsplätze, für diese Werft, für unsere Familien.“

Fast geschlossen setzen die etwa 4000 HDWler, Arbeiter und Angestellte, mit Fähren über die Elbe.

Das Werk wird besetzt

Nach der Demonstration kehrten die HDWler auf die Werft zurück und setzten ihre Betriebsversammlung in der Kantine fort. Nach einiger Zeit wurde sie in eine „Belegschaftsversammlung“ umgewandelt, um die Frage der Besetzung zu diskutieren und zu entscheiden. „Wir müssen einen Schritt machen, der in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingehen wird“, so der derzeitige Vertrauensleute-Sprecher Otto Kock. Sollte die Belegschaft die Besetzung des Betriebes beschließen, habe die IG Metall alle Vorbereitungen getroffen, dies organisatorisch zu unterstützen. Selbst der DAG-Vertreter meinte, daß „in der jetzigen Situation den Arbeitnehmern keine andere Möglichkeit bleibt. Sie haben nichts zu verlieren“. Lediglich der Vertreter des Christlichen Gewerkschaftsbundes lehnt die Besetzung als illegal ab. Pfiffe, Pfui-Rufe und die vielfache Aufforderung, aus der Versammlung zu verschwinden, sind die Antwort.

Schließlich verliert Otto Kock den Antrag: „Wer ist dafür, daß die HDW ab heute 15.30 Uhr von der Belegschaft besetzt wird?“ Fast alle Arme gehen hoch, dann tosender Beifall, das Transparent „HDW ist besetzt“ wird entrollt. Bei der Gegenprobe nur wenige Arme. Eine Aktionsleitung wird gewählt sowie eine Delegation, die sofort nach Bonn geschickt werden soll, um Stoltenberg zu Verhandlungen auf die Werft einzuladen. Danach werden die Tore geschlossen, die Streikposten beziehen ihre Stellungen.

Rund 250 bis 350 Besetzer bleiben allnächtlich auf der Werft und schlafen in der Kantine auf Luftmatratzen und Leichtme-



Das besetzte Tor bei HDW in Hamburg: Die Beschriftung ist sozusagen „international“, das „Solidarność“ Transparent taucht des öfteren auf dem Werftgelände auf. Das Transparent der Frauen steht ganz wesentlich für die besondere Kraft der Werftfrauen im Kampf um die Arbeitsplätze. – Fotos: Bernhard Mehnke, Hamburg

tall-Liegen, wenn sie nicht gerade Streikposten stehen.

Jeden Morgen um 7.30 Uhr ist Belegschaftsversammlung, an der 1500 bis 2500 Leute teilnehmen. Falls nicht vorher ausdrücklich anders beschlossen, wird jeden Tag erneut über die Fortsetzung der Besetzung abgestimmt. Die Angestellten halten sich weitgehend raus, unternehmen aber nichts gegen die Besetzer und sammeln schließlich unter sich auch Geld.

Gegebenenfalls ist auch mittags und abends noch eine Belegschaftsversammlung.

Bis auf die wenigen Male gegen Ende der Besetzung, wo die Belegschaft bei ihren Versammlungen unter sich bleiben will, wird zwischen 11 und 23 Uhr jeder reingelassen, der will, wenn er sich vorher einen Passierschein der Belegschaft bei den Posten am Tor ausstellen läßt. Autos werden nur in begründeten Ausnahmen und nur in Begleitung eines Postens auf das Gelände gelassen, auch der Vorstandsvorsitzende Ahlers muß seinen Mercedes vor dem Tor parken, sich durch die Streikposten quetschen, die das Tor einen Spalt für ihn aufmachen, und zu Fuß die paar hundert Meter zu seinem Büro gehen.

Am zweiten Tag der Besetzung läßt der Vorstand die Telefone sperren und untersagt die Ausgabe warmer Mahlzeiten in der Kantine. Die Belegschaft berät darüber auf ihrer Versammlung. Die Verhandlungen mit dem Vorstand führen schließlich zu der Einigung, daß man einer Fremdfirma Zutritt zum Gelände gestattet und sie einen Zweitanstrich eines Schiffes vornehmen läßt, der notwendig ist, damit der Erst-Anstrich nicht umsonst aufgebracht wurde. Außerdem gestattet man, daß eine Kiste mit Teilen, die dringend ins Ausland geschickt werden soll, vom Gelände geschafft

wird. Für diese Zugeständnisse der Belegschaft werden die Telefonanschlüsse wieder freigegeben und die Kantine darf weiterhin warmes Essen ausgeben.

Otto Kock bekommt im Laufe des zweiten Tages einen Schwäche-Anfall und muß ins Krankenhaus, nachdem ihn einige leitende Angestellte mal beiseite genommen und gefragt hatten, ob er denn genug Geld auf dem Konto habe, um die ganzen Regreß-Ansprüche des Betriebes zu erfüllen, da er ja doch einer der Sprecher des Aktionskomitees sei.

Vom zweiten Abend an treten jeden Abend Musiker oder Schriftsteller in der Kantine auf, einige dieser Abende werden zu ausgelassenen Festen, an dem der eine oder andere alte HDW-Arbeiter auch mal zu Rockmusik das Tanzbein schwingt.

Die Solidaritätsbeweise von anderen Betrieben und aus der Hamburger Bevölkerung häufen sich. Thea Bock kommt zu einer Belegschaftsversammlung, um die erste „große Spende“, 20000 DM, abzuliefern. Sie hat sich die Taschen ihrer Jacke vollgestopft mit Scheinen, die sie nun überall her auszieht und lachend in Bündeln hochhält und vorzeigt. Überwältigender Beifall, wie der erheben sich alle in der Kantine von ihren Sitzen. Mit einer Rührträne im Auge stellt sie unter fortgesetztem tosendem Beifall fest, daß sie jetzt alle gemeinsam auf einer Stufe mit Hausbesetzern stehen. In den folgenden Tagen wird Thea zu so etwas wie der Mutter der Werftbesetzer. Sie kommen immer wieder zu ihr, begrüßen sie und stellen ihr ihre Familie oder ihre Kinder oder Frau vor und sprechen mit ihr über alle möglichen Probleme, von der drohenden Arbeitslosigkeit bis zu den Schulproblemen ihrer Kinder.

Auch die Bundesgrünen überbringen eine Spende von 25000 DM, die SPD-Frak-

tion der Hamburger Bürgerschaft sammelt unter ihren Mitgliedern über 23000 DM, offenbar unter dem Eindruck der GAL Spende. Die Liste mit den Spendeneingängen wird draußen vor der Kantine aufgehängt, täglich bedeckt sie ein Stück Wand mehr. Am Ende der Besetzung sind es über 350000 DM. Angesichts des Lohnausfalls von durchschnittlich 140 DM pro Person und Streiktag kommt für jeden Streikenden natürlich nur ein bescheidener Unterstützungsbetrag zustande.

Die Solidarität der Hamburger nimmt aber auch andere materielle Gestalt an: Jede Menge Kuchen, Schokolade, Äpfel aus dem Alten Land werden bei den Besetzern abgeliefert, daneben immer wieder Blumen und Solidaritätserklärungen über Solidaritätserklärungen, sachliche, pathetische, nüchterne, kunstvolle, einfache, naive, gestreiche. Alle möglichen Delegationen kommen mit einem Transparent, welches sie dann am Tor oder in der Kantine aufhängen.

Am vierten Tag gibt es einen Zwischenfall. Die Torwache hat beobachtet, wie Ingenieure und Meister mit Hilfe eines Krans Material an Bord eines Dampfers bringen. Anschließend wurden die Versorgungsleitungen gekappt. In der Kantine wurde Alarm gegeben. Sofort gingen mehrere Hundert Werftarbeiter an den Kai. Drei Schlepper versuchten, das Schiff vom Kai zu ziehen. Die Schlepperbesetzungen wollten nicht mit sich reden lassen. Eine Abordnung des Aktionskomitees geht an Bord. Auf Veranlassung des Hafenslotsen wurde an Bord begonnen, einige der Trossen, mit denen das Schiff noch immer festgemacht war, zu kappen. Schließlich rissen die Tauen unter der Spannung der Schlepper und schnellten in Richtung Kai. Ein Arbeiter wurde getroffen und mußte mit Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Empört versammelt sich die Belegschaft in

Auf dem Bild ist das große Kabel zu sehen, welches beim gewaltsamen Absprengen durch ein abfahrendes Schiff (siehe Artikel) mehrere Arbeiter verletzte. – Foto: Ekkehard Negenborn



der Kantine. Kein Wagen wird mehr auf das Gelände gelassen, stündlich werden Kontroll-Rundgänge gemacht, mehr Kollegen wollen über Nacht dableiben.

An diesem Tag sind Holger Mahler und die IG-Metall-Funktionäre Otto vom Steek und Frank Teichmüller nach Bonn zu Stoltenberg gefahren. Außer Ausdruck seiner persönlichen Anteilnahme erreichten sie nichts. Auch Vorstandschef Ahlers verhandelt mit Stoltenberg. Der NDR chartert ein Flugzeug, um alle vier rechtzeitig zum Regionalprogramm wieder nach Hamburg zu bringen. Da Ahlers aber jegliche Dreherlaubnis auf dem Werftgelände verbietet, wird er vom NDR wieder eingeladen. Abgespannt und mit bitteren Worten berichtet Holger Mahler dann in der Fernsehsendung von der Erfolglosigkeit ihres Besuches in Bonn und von der Eiskälte des Herrn Stoltenberg. Die Torwache bei HDW und die Besetzer in der Kantine schauen sich die Sendung mit finsternen Gesichtern an. Eine Telefonistin, die gerade noch am Tor von jemandem einen Blumenstrauß bekommen hatte, bricht in Tränen aus, sie hat irgendwie erfahren, daß sie auf der Entlassungsliste steht und hatte an diesen Bonn-Besuch einige Hoffnungen geknüpft.

Wenig später kommt ein blauer Mercedes vor dem Werkstor an, Holger Mahler und die beiden IG-Metall-Führer kommen aus dem Studio, um der Belegschaft zu berichten. Sie fahren aufs Gelände, und in der Kantine erzählen sie noch einmal ausführlicher das, was sie auch schon im Fernsehen gesagt haben.

Der Bürgermeister hat sie auch noch ins Rathaus gebeten, und so fahren sie nach einiger Zeit dort hin. Dohnanyi läßt sich aus Bonn berichten und bietet dem Vorstand an, daß Hamburg auf eine Forderung von 5 Mio. gegen die HDW verzichten wolle, wenn der Schiffsneubau in Hamburg erhalten bleibe.

Ahlers verwies lediglich auf die für den 19.9 angesetzte Aufsichtsratssitzung, die darüber entscheiden könne.

Am fünften Tag, Freitag, den 16.9., kommt es erneut zu einem Zusammenstoß mit dem Vorstand. Wieder werden Telefone abgeschaltet und wird die Kantinenverpflegung gesperrt, weil angeblich die Fremdfirmen-Arbeiter nicht auf das Gelände gelassen wurden. Der Vorstand läßt Flugblätter verteilen, auf denen schlimme Konsequenzen angedroht werden für den Fall, daß die Besetzung nicht beendet wird. Meister wieseln herum und versuchen, Arbeitswillige zu organisieren. Erstmals erklärt der Vorstand, daß er gegebenenfalls die Besetzer mit Abmahnungen belangen will.

Innen Senator Pawelczyk hat ein Rechtsgutachten über einen Polizeieinsatz anfertigen lassen. Die Einigungsstelle tagt erneut, ihr Vorsitzender schlägt vor, die Entlassungen aufzuschieben, damit der Senat weitere Unterstützungsmöglichkeiten prüfen kann.

Das benachbarte MAN-Werk führt einen 15minütigen Solidaritätsstreik durch. Die Belegschaft beschließt, die Besetzung auf jeden Fall bis Dienstag fortzusetzen, den Tag nach der Aufsichtsratssitzung.

Für Sonntag wird zu einem großen Solidaritätsfest vor den Toren der Werft aufgerufen. IG-Metall und SPD unterstützen die Durchführung des Festes. Während des Wochenendes will man keine Besucher auf die Werft lassen, um sicherzugehen, daß der Vorstand nicht Streikbrecher und Provokateure einschleusen kann.

Zu dem Fest kommen etwa 10000 Menschen, neben vielen anderen Künstlern, neben Clowns und Kabarettisten spielt unter anderem ein Sinfonieorchester. Am Nachmittag läßt der Vorstand erneut Telefone und Strom und das Wasser für die Klawagen des Festes zeitweilig abstellen.

Der Druck wird zu stark

Am achten Tag, Montag, den 19., beginnt in Bremen bei der AG „Weser“ eine Betriebsversammlung, von der erwartet wird, daß sie ebenfalls die Besetzung beschließt.

In Salzgitter ist die Aufsichtsratssitzung, auf der über alle Vorschläge zur Änderung, Abmilderung oder Ersetzung des Kahlschlag-Konzeptes entschieden werden soll, seien sie nun vom Betriebsrat, vom Hamburger Senat oder vom Vorsitzenden der Einigungsstelle.

Holger Mahler, Otto Kock und zwei weitere Kollegen aus Hamburg fahren nach Salzgitter. Rund 150 Betriebsräte und Vertrauensleute aus den umliegenden Städten kommen am Verhandlungsort zusammen und bereiten den Hamburger Kollegen einen begeisterten Empfang.

Um so ernüchternder ist dann der Verlauf der Sitzung. Alle Alternativen zu dem bereits beschlossenen Konzept werden verworfen. 12 Mitglieder des Aktionskomitees sollen regreßpflichtig gemacht werden als „Rädelsführer“, die Besetzer sollen Abmahnungen erhalten und anschließend fristlose Entlassungen, wenn die Besetzung nicht unverzüglich beendet wird.

Bis spät in die Nacht hinein berät das Aktionskomitee noch und am frühen Morgen vor der Belegschaftsversammlung. Es be-

schließt, trotz aller persönlicher Bedrohung seiner Mitglieder der Belegschaft die Fortsetzung der Besetzung vorzuschlagen.

Der Vorstand hat seinerseits alle leitenden, alle sonstigen Angestellten, alle Meister usw. angewiesen, an der Belegschaftsversammlung teilzunehmen. Von den Gegnern der Besetzung äußert sich in der langen und zermürbenden Versammlung fast niemand. Aus ihren Reihen wird jedoch schließlich geheime Abstimmung beantragt. Die Versammlung stimmt zu, es werden provisorische Wahlkabinen beschafft, alle verlassen den Raum, und die, die gerade abstimmen, betreten ihn und kreuzen in den Wahlkabinen ihren Stimmzettel an. Als die lange Prozedur schließlich vorbei ist und auch die Stimmzettel ausgezählt sind, verkündet Otto Kock mit gequälter Stimme, daß eine Mehrheit von knapp $\frac{2}{3}$ für Beendigung der Besetzung gestimmt habe. Die Empörung der Minderheit macht sich in vielen zornigen und lauten Äußerungen Luft.

Es dauert noch eine ganze Weile, bis man wieder einigermaßen sachlich über die nun eingetretene Lage reden kann und auf diese Weise erreicht wird, daß die Belegschaft aus der Besetzung nicht total zerstritten herauskam.

Es wurde noch beschlossen, die Besetzung erst nachmittags um 16 Uhr aufzuheben und am nächsten Morgen wieder mit der Arbeit zu beginnen.

Trotz des bedrückenden Ausgangs der Belegschaftsversammlung brachten die Kollegen genug Disziplin auf, um das Tor wirklich bis zur letzten Minute wie vorher zu bewachen.

Und trotz des für ihn besonders enttäuschenden Ausgangs nahm Holger Mahler am Abend noch an einer gemeinsamen Veranstaltung mit den Vorsitzenden der Betriebsräte der AG „Weser“ und des Bremer Vulkan, Hans Ziegenfuß und Fritz Bettelhäuser, teil, auf der ein kleines Stück Aufarbeitung der Besetzung geleistet wurde. □

HDW-Solidaritätskonto Arbeiterwohlfahrt
Kto.-Nr 1293031100 (BLZ 20010111)
Bank für Gemeinwirtschaft



Wenn man die Stahlkrise in der öffentlichen Debatte verfolgt, so nimmt man im wesentlichen nur die großen konzeptionellen Vorschläge wahr. Dabei läuft man Gefahr selber in Kategorien wie dem Moderatorenkonzept und dergleichen zu denken. Wo alle Welt globale Lösungsstrategien diskutiert, wollten wohl auch die Grünen nicht abseits stehen, und sie taten einen Griff in die Kiste strategischer Perspektiven: „Vergesellschaftung der Stahlindustrie – eine Alternative zur Stahlkrise?“

Ziel des Forums sollte es wohl sein, das Fragezeichen in ein Ausrufezeichen zu verwandeln, allerdings warum das eine Alternative zu einer Krise sein soll, ist mir persönlich nicht klar geworden.

Vergesellschaftung mag eine wünschenswerte Alternative zu bestehenden Eigentumsformen sein, aber als Alternative zur Strukturkrise – das ist wirklich was Neues. Dies muß auch anderen aufgefallen sein, denn man verständigte sich sehr schnell darauf, vorsichtshalber die Krise zu leugnen. Es gibt keine Überkapazitäten, wurde behauptet, und die politische Gefahr, die von den Überkapazitäten und von solchen Konzernen wie Krupp/Thyssen ausgeht, damit verdrängt. Leicht irritiert über diesen Mangel an historischen und analytischen Kenntnissen meinte eine Kollege zu den Ausführungen von Jörg Huffschmidt: „Bald sind die soweit und fordern: Keine Raketen, mehr Schlachtschiffe – Stahlwerke jetzt!“

Es macht andererseits durchaus einen Sinn, die Überkapazitäten zu leugnen. Man

Stahlforum der Grünen

Diskussion um die Vergesellschaftung

Am Wochenende vom 17./18. September waren Mitglieder der grünen Bundestagsgruppe und einzelne Vertreter von Belegschaften der Stahlunternehmen zu einem Meinungsaustausch zusammengekommen. Jo Müller, eines der anwesenden Mitglieder der Bundestagsgruppe, schrieb uns dazu einen Artikel. Kajo Breuer sprach namens der *Kommune* mit Betriebsratsmitgliedern aus vier Stahlregionen.

stelle sich eine verstaatlichte Stahlindustrie einmal vor; was würde dort denn anderes laufen, als eine von den Fesseln der Konkurrenz befreite Rationalisierung, so wie es in England nach der Verstaatlichung geschehen ist? Vielmehr lohnt es sich nicht, von der Vergesellschaftungsdebatte zu berichten, interessanter scheinen mir die in den Arbeitsgruppen diskutierten Fragen zu sein, was *innerhalb der Stahlindustrie* mit der Arbeit und der Technik passiert.

Unter dem Druck der Krise findet eine „schleichende Rationalisierung“ statt, die kaum an die Öffentlichkeit dringt. Nur dort, wo Produktionsstrukturen im ganzen nicht mehr effizient sind, wird das Risiko

der großen Umstellung eingegangen. Die schleichende Rationalisierung führt für die Arbeiter zu einer Leistungsverdichtung, die nicht honoriert wird. Dabei ist festzuhalten, daß selbst die Rechte, die vorhanden wären, um gegen diesen Prozeß zu intervenieren, nicht genutzt werden. Die Rationalisierung – so wurde von Volker Gebhardt berichtet – erfolgt dabei auf Kosten der Randbelegschaften. Viele Arbeiten, die früher von Leiharbeitern durchgeführt worden sind, werden jetzt von den Kernbelegschaften zusätzlich ausgeführt. Dies erfolgt weitgehend mit Zustimmung der Betriebsräte. Weiterhin findet mit dieser Rationalisierung eine Nivellierung der Qualifikations-



anforderungen statt. Die Arbeitskraft soll ganzheitlich genutzt werden und die betriebsnotwendige Flexibilität soll durch das kollektive Wissen garantiert werden; dies gilt allerdings nur solange, bis „die Computer schlaue gemacht worden sind“

Die Nivellierung erfolgt also von zwei Seiten her. Auf der einen Seite werden weniger qualifizierte und leistungsfähige Arbeitskräfte aussortiert, auf der anderen werden die qualifizierten Arbeiter durch moderne computergestützte Systeme ersetzt.

Die Bedrohung für die Arbeit ist also: Einerseits besteht die Gefahr, in die Randbelegschaft abgedrängt zu werden, andererseits droht eine Enteignung des Arbeitsvermögens durch die Modernisierung der Maschinerie. Beides sind nicht nur Bedrohungen existenzieller Art dergestalt, daß das Einkommen verringert wird, es ist auch eine Bedrohung, *ersetzt* werden zu können, sei es durch die real existierenden Arbeitslosen, sei es durch die Maschinerie.

Ich glaube, in dieser Bedrohung liegt auch die Erklärung für die Apathie und Resignation in den Belegschaften, von der die Betriebsvertreter zu Beginn des Stahlforums berichtet haben. Die Antwort des Managements auf die Strukturkrise ist eben nicht die große Krisenbereinigung, sondern eine durch verschärfte Konkurrenz erzwungene Rationalisierung.

Dieser wird von seiten der Gewerkschaften und der Betriebsräte kaum etwas entgegengesetzt. Angesichts dieser Bedrohung scheint es mir entweder zynisch zu sein, eine Vergesellschaftungsdebatte in den Vordergrund zu stellen, oder – was wahrscheinlicher ist – es ist ein Ausdruck der Hilflosigkeit gegenüber den ablaufenden Prozessen. Trotz aller Debatten um die Strukturkrise der Stahlindustrie findet deren Lösung bereits statt.

Diese Lösung wird eine technische sein. Die Stahlproduktion ist auf großer Stufenleiter weiter automatisierbar. Die vier wesentlichen Produktionsabschnitte Hochofen, Stahlwerk, Warmwalze, Kaltwalze lassen sich weiter integrieren, ohne daß es zu einem Verlust an Flexibilität kommt. Diese Integration ist finanziell nur von sehr großen, staatlich subventionierten Konzernen durchführbar. Der schleichenden Rationalisierung wird die große folgen. Die Fusionen der kommenden Zeit werden Bedingung für diese große Rationalisierung sein. Jens Büning hat auf dem Plenum zu Recht darauf hingewiesen, daß neben dem Kapazitätsabbau auch eine Erweiterung der Kapazitäten stattfindet. Wie dieser Prozeß bezüglich der Quantität der Arbeitsplätze ausgehen wird, ist schwer einzuschätzen. Wenn man von der 35-Stunden-Woche ausgeht, und ungefähr kalkuliert, wie die schleichende Rationalisierung gewirkt hat, dann ist mittelfristig mit einer Halbierung der Zahl der Stahlarbeiter zu rechnen.

Damit erhebt sich die Frage, worin liegt eine positive Perspektive für die von dieser Umstrukturierung Betroffenen. Selbstverständlich ist es richtig, aus existenziellen Gründen einen Kampf um die Arbeitsplätze zu führen, doch frag ich mich, ob es eigentlich politisch zu verantworten ist, mit der Parole „Kampf um jeden Arbeitsplatz“ eine Niederlage nach der anderen zu kassieren. Meine Erfahrungen aus der Besetzung der AG „Weser“ lassen eher befürchten, daß sich die Konzepte des Kapitals gerade aufgrund der eben beschriebenen doppelten Bedrohung *und* der Niederlagen so leicht durchsetzen lassen. Weder die Gewerkschaften noch die Betriebsräte sind für die Kollegen Hoffnungsträger und eine Arbeiterbewegung gibt es offensichtlich nur durch deren Repräsentanten. Deswegen scheint es mir notwendig, erst einmal das Ziel einer „Vergesellschaftung von unten“ zu definieren. In dem Modernisierungsprozeß sind für die Arbeiter dann Chancen einer Vergesellschaftung enthalten, wenn sich aus dem Kampf gegen die Enteignung des Arbeitsvermögens gesellschaftlich kollektives Handeln ergibt. Ob der gesellschaftliche Ort dieses Handelns noch in der Produktion liegt, wie es die traditionelle Linke von der Arbeiterbewegung immer forderte, mag ich nur dann annehmen, wenn – unterstützt von den Gewerkschaften – der Kampf um die Gestaltung der Arbeit, d.h. die Auseinandersetzung um die schleichende Rationalisierung aufgenommen wird. Sonst wird der gesellschaftliche

Ort der Gegenwehr außerhalb der Fabriken sein, in den Familien, dem Stadtteil, dem Freundeskreis, der Heimwerkerwerkstatt, der Kneipe usw. Also überall dort, wo „freiere“ Möglichkeiten der Kommunikation und Gestaltung von Lebenszusammenhängen bestehen.

Vergesellschaftung von unten wäre also nichts anderes als die Auseinandersetzung um die Gestaltungsspielräume in der konkreten Arbeit. Nur wenn es dort Erfolge gibt, also eine Wiederaneignung von Arbeit wirklich stattfindet und zwar gegen die herrschende Technik, wird es sich lohnen, über die formelle Vergesellschaftung zu diskutieren. Damit stellt sich für mich Vergesellschaftung im wesentlichen nicht mehr als Enteignung, sondern als Wiederaneignung und damit als kollektiver Lernprozeß dar.

Im Bremer Wahlkampf gab es eine Gruppe, die sah ihre Hoffnung angesichts der Arbeitslosigkeit in der Parole „Verstaatlichung“. Nach dem Stahlforum wurden die Plakate mit einem Papierstreifen „gesellschaftung“ überklebt. Abgesehen von dieser Peinlichkeit erreichte die Betriebliche Alternative Liste einen Prozentsatz von 1,3 trotz hervorragend geführtem Wahlkampf, mit glaubwürdigen Betriebsräten aus Stahlwerken und anderen Unternehmen auf der Liste. In den Arbeitervierteln Bremens bekam diese Liste noch weniger Stimmen als früher die DKP. Es fragt sich warum?

Jo Müller

„Die Forderung der Vergesellschaftung ist ein Schritt zur Überwindung der Zersplitterung“

Interview mit Dieter Reinken, Betriebsrat der Klöckner Hütte Bremen

Du bist – ebenso wie andere Betriebsräte von Klöckner Bremen – in der Betriebliche Alternativen Liste (BAL) aktiv, die Ende September bei der Bremer Bürgerschaftswahl in Konkurrenz zu den Grünen antritt. Gleichwohl habt Ihr die Einladung der Fraktion der Grünen im Bundestag zum „Stahl-Forum“ in Bonn angenommen. Was waren Eure Gründe?

Reinken: Wir in der Betriebliche Alternativen Liste glauben nicht, daß unsere Probleme dadurch gelöst werden, daß Parteien im Parlament irgendwelche Konzepte zur Diskussion stellen, sondern daß wir selber Positionen entwickeln müssen. Das Problem mit den Grünen haben wir als BAL mehr in Bremen, wo es nicht möglich war, mit den Bremer Grünen auf solch einer Ebene zu diskutieren wie mit den Grünen im Bundestag, insbesondere mit Eckard Stratmann und Dieter Burgmann. Bei Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten der Grünen ha-

ben wir festgestellt, daß wir konkrete betriebliche Probleme und das, was von den Kollegen selber kommt an Vorstellungen, mit diesen beiden oder überhaupt mit dieser Strömung innerhalb der Grünen (soweit man das so nennen kann) besser diskutieren können als mit den Bremer Grünen, weil in Bremen die Diskussion ideologieüberfrachtet war, ideologieüberfrachtet im Sinne einer Haltung, zu den heute anstehenden Problemen und Aussagen, die die Kollegen dazu machen, so etwas wie Patentrezepte in der Tasche zu haben. Die Bundesgrünen haben die Anregungen, die von den Kollegen aus den Betrieben kamen, aufgegriffen und versucht, sich solidarisch in die Diskussion einzuklinken, während die Bremer Grünen diesen Diskussionen, wie sie aus den Betrieben gekommen sind, eher etwas schulmeisterlich ablehnend gegenüberstanden haben. Wir als BAL sind daran interessiert, daß die positiven Aspekte und Vorschläge, die aus den Betrieben herauskommen, auch in der grünen und alternati-

ven Bewegung mitdiskutiert werden und dort an Einfluß gewinnen. Dazu gehört auch, daß ein Problem richtig dargestellt werden kann in der Art und Weise, wie es sich im Betrieb stellt, und nicht in der Art und Weise, wie es jemand von außen her interpretiert. Deswegen beteiligen wir uns an solchen Veranstaltungen wie dem „Stahl-Forum“ Wir haben da keine Mauern aufgebaut. Unsere Arbeit geht auch nach der Wahl am 25. September weiter

Worin siehst Du die Bedeutung der Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie in der gegenwärtigen Situation?

Reinken: Die Bedeutung der Forderung nach Vergesellschaftung liegt nach meiner Ansicht darin, daß von den Kollegen, die diese Forderung stellen – und das ist ja eine ganze Reihe von Vertrauenskörpern – der alte Weg verlassen wird, der darin besteht zu sagen: Mein Unternehmer ist mir heilig; ich versuche, zu meinem Unternehmer ein sozialpartnerschaftliches Verhältnis aufrechtzuerhalten, das mir zumindest meine Interessen sichert; mein Unternehmer steht in Konkurrenz zu anderen Unternehmen und dabei ist mir zunächst mal mein Verhältnis zu den Kollegen in anderen Unternehmen wurscht. Diese Position konnte zu Zeiten der Hochkonjunktur aufrechterhalten werden. Die Stahlkrise hat dann dazu geführt, daß nicht nur Beschäftigte entlassen wurden – wenn auch in der Regel über Sozialpläne mit Frühverrentung – daß nicht nur Arbeitsplätze abgebaut wurden, daß nicht nur Standorte stillgelegt wurden, sondern eben auch dazu, daß die Belegschaften der einzelnen Standorte in den einzelnen Unternehmen gegeneinander

ausgespielt wurden. In dieser Situation bedeutet die Aufstellung der Forderung nach Vergesellschaftung zunächst einmal einen Schritt – einen gedanklichen Schritt muß man wohl ehrlicherweise sagen – zur Überwindung dieser Zersplitterung und des Gegeneinander-Ausspielen-Lassens.

Welche Rolle spielt die Forderung nach Vergesellschaftung in den betrieblichen Auseinandersetzungen bei Klöckner?

Reinken: Ich würde lügen, wenn ich sagen würde, daß sämtliche betrieblichen Auseinandersetzungen bei Klöckner zwischen Vorstand einerseits und Belegschaft, Betriebsrat und Vertrauenskörper andererseits vor dem unmittelbaren Hintergrund der Diskussion um die Frage der Vergesellschaftung stattfänden. Es ist vielmehr so, daß

die Forderung nach Vergesellschaftung in den Köpfen der Kollegen als etwas existiert, was ihre Gegnerschaft zum Unternehmer ausdrückt. Das äußert sich in der Weise, daß die Kollegen sagen: mit welchem Recht kassieren die Unternehmer eigentlich Subventionen, mit welchem Recht schließen die eigentlich Standorte. Die Kräfte, die notwendig wären, um massenhaft für Vergesellschaftung zu kämpfen, sind jedoch heute weder bei Klöckner als einzelner Betrieb noch in der Stahlindustrie insgesamt herangereift, und auch von seiten der gewerkschaftlichen Organisation ist die Beschlusslage und die Mehrheitsmeinung im Moment so, daß zur Organisation einer politischen Auseinandersetzung für die Vergesellschaftung nicht die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind. □



„Ich habe auch mit der nationalstaatlichen Lösung Bauchschmerzen“

Interview mit Michael Zumball, Betriebsrat bei Peine + Salzgitter Werk Peine

Wie hat sich bei Euch in der Belegschaft die Diskussion um die Forderung nach Vergesellschaftung entwickelt?

Zumball: Sie hat sich so entwickelt, daß die etwas fortschrittlicheren Kolleginnen und Kollegen das aufgegriffen haben, was in Dortmund zur Vergesellschaftung beschlossen worden war, zuerst bei uns auf VK-Leitungsebene. Dann wurde das in die Vollversammlungen der Vertrauensleute und die Vollversammlungen getragen, wo beide Male Entschlüsse dazu verabschiedet wurden ziemlich einstimmig, ich glaub' da gab's einmal eine Enthaltung.

Wie haben sich die IGM-Verwaltungsstellen zu Euren Anregungen verhalten?

Zumball: Sowohl in Salzgitter als auch in Peine war das mehr oder weniger schwierig. Die Initiativen wurden im großen und ganzen stillschweigend geduldet.

Habt Ihr auch eine Initiative unternommen in Form eines Antrages an den IGM-Gewerkschaftstag im Oktober?

Zumball: Dem Gewerkschaftstag in München liegen mehrere Anträge vor darunter aus Peine und Salzgitter die die Vergesellschaftung der Stahlindustrie verlangen.

Spielt die Forderung nach Vergesellschaftung bei Euch in den aktuellen betrieblichen Auseinandersetzungen eine Rolle, z.B. gegen die drohende Schließung von Peine?

Zumball: Das würde ich so nicht sagen. Da muß man ehrlich sein, daß da die Vergesellschaftung sicher nicht im Vordergrund steht. Im Vordergrund steht da immer der konkrete Anlaß, also z.B. die drohende Schließung eines Werkes oder einer Abteilung, die Androhung, daß Löhne gekürzt werden oder die Kurzarbeit ausgebaut wird. Und deswegen meine ich auch, daß inhaltlich noch einiges zu tun ist, dahin zu kommen, daß Leute für solch eine Forderung eintreten. Allerdings bin ich der Ansicht, daß die Arbeitnehmer immer mehr begriffen haben, wie mit ihnen umgesprungen wird. Über diesen Prozeß der Erfahrung und des Nachdenkens darüber, wie mit ihnen umgesprungen wird, wird schließlich die Marktwirtschaft in Frage gestellt. Und das, meine ich, ist schon die Einleitung dazu zu sagen, die Marktwirtschaft, diese Sozialpartnerschaft bzw auch die paritätische Mitbestimmung, die wir all die Jahre mitgemacht haben, die hat uns nicht geholfen. Über solch einen Hebel, denke ich, kommen wir dahin, daß sich die Leute fragen, was sie denn jetzt machen sollen. Und dann muß, ich will nicht sagen, ein fertiges Konzept da sein, aber dann müssen

Leute da sein, die sich mit der Materie schon näher beschäftigt haben, und es muß auch bereits im Vorfeld versucht worden sein, inhaltlich in die Belegschaft reinzuwirken.

Die meisten Kolleginnen und Kollegen kleiden ihr Interesse an der Vergesellschaftung in ein paar einfache Worte: Marktwirtschaft, das bringt es nicht, und gesucht werden muß nach einer volkswirtschaftlich sinnvollen, dem Gemeinwohl dienenden Wirtschaftsweise. Für mich ergibt sich daraus ganz klar, daß zuerst mal die Machtfrage geklärt werden muß, d.h. du mußt ja, wenn du sowas wie Vergesellschaftung verwirklichen willst, mitentscheiden oder -bestimmen können. Wenn die Machtstrukturen weiter so erhalten bleiben wie jetzt, wirst du sowas nicht durchsetzen, das ist doch eine klare Geschichte, ich mache mir da nichts vor. Es gab ja schon öfter Versuche, über irgendwelche anderen Hebel oder Nebengleise an bestimmte Machtstrukturen heranzukommen. Wir können uns ja mal fragen, ob das mit der Montanmitbestimmung etwas gebracht hat. Absolut nichts! Wir sind nach wie vor in derselben Abhängigkeit, wie wir es vor 30 Jahren auch waren.

Du hast eben die Frage eines fertigen Konzepts angesprochen. Es gibt ja verschiedene Versuche, ein theoretisches Raster oder Modell für eine Vergesellschaftung der Stahlindustrie zu erarbeiten. Was hältst Du davon?

Zimball: Ich mache das den Kolleginnen und Kollegen lieber an konkreten Punkten klar als ihnen ein Raster vorzugeben, was mir hinterher keinerlei Garantie bietet, daß das so wird und funktioniert. Deswegen habe ich mit solchen fertigen Konzepten Bauchschmerzen. Das könnte statt eines Einstiegs genau das Gegenteil werden, ähnlich wie bei Montanmitbestimmung. Ich habe dem Vorschlag für eine solche Lösung aber trotzdem zugestimmt, weil ich erstmal für notwendig halte, daß überhaupt so etwas in Gang kommt. Von meinem Verständnis her können wir nicht als große Gurus auftreten und ein fertiges Konzept hinlegen, das wollen die Arbeitnehmer auch gar nicht. Wenn es soweit ist, dann wollen die selber entwickeln, wie das ablaufen und wie das aussehen soll. Vom Prinzip her schiele ich schon ein bißchen zum Planwirtschaftssystem wie in den meisten Ostblockstaaten, aber mit dem großen Unterschied, daß in einem solchen System nicht Funktionärinnen und Funktionäre, die nicht abzuwählen sind, sondern wirklich die Arbeitnehmer darüber bestimmen, was, wo und wieviel produziert wird. Niemandem dürfte Grund und Boden gehören. Produktionsmittel wären gesamtgesellschaftliches Eigentum. Das heißt, wenn Arbeitnehmer eines Landes nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden würden, so glaube ich kaum, daß sie gegen sich handeln. □

„Über Vergesellschaftung müßte gesprochen werden bei Betrieben, die gesund sind, dort müßte man anfangen“

Interview mit Günter Preßer Betriebsrat bei ARBED Saarstahl, Werk Neunkirchen

Wird bei Euch in der IG Metall, im Betriebsrat und in der Belegschaft derzeit über die Forderung nach Vergesellschaftung diskutiert? Sind die Entschließungen der Vertrauensleutkörper von Hoesch, Peine + Salzgitter usw. bei ARBED Saarstahl bekanntgeworden und wie sind sie aufgenommen worden?

Preßer: Die Entschließungen sind bekanntgeworden über Veröffentlichungen in der „metall“, die darüber Berichte gebracht hat. Bei uns dreht sich die Diskussion um Verstaatlichung, nicht um Vergesellschaftung. Da haben die Kollegen das Beispiel Saarbergwerke vor Augen, die verstaatlicht worden waren und wo man mit 50 Jahren

mehr wird da an und für sich nicht diskutiert.

Wie wird denn über die Verstaatlichung diskutiert? Die SPD Saar fordert die Umwandlung der öffentlichen Subventionen in Staatsbeteiligungen am Unternehmen. Wird darüber unter den Kollegen gesprochen? Wird eine solche Staatsbeteiligung als Übergang zur Verstaatlichung angesehen?

Preßer: Ich weiß gar nicht, ob das die Leute so interessiert, wie solche konkreten Formen aussehen könnten. Als Lafontaine mal gesagt hatte: 25% Staatsbeteiligung, da haben die Kollegen gesagt, das wäre gut, das oder eben ganz verstaatlichen. Bei den fast 3 Milliarden Mark, die ARBED Saarstahl



über Sozialplan ausscheiden kann, das soll dann auch bei uns gelten. Insofern ist das Thema schon aktuell. Fast alle sagen: Verstaatlichung, Lafontaine hat damals Recht gehabt und so. Die Leute sind für Verstaatlichung, aber nicht für Vergesellschaftung.

Die Unterschiede sind nicht klar und die näheren Zusammenhänge werden in der Belegschaft überhaupt nicht diskutiert oder nur sehr wenig. Es geht den Kollegen nur darum, die Arbeitsplätze, die sie haben, über Sozialplan abzusichern, und das, meinen sie, geht bei staatlichen Betrieben besser als bei privatwirtschaftlichen. Aber

an Zuschüssen und Bürgschaften erhalten hat, gehört das Werk ja praktisch dem Staat. Und das ist, worüber die Leute diskutieren, also nicht über konkrete Formen, ob nun 25 oder 50% dem Staat gehören sollen.

Die Frage der Vergesellschaftung ist also für die Belegschaft zunächst mal etwas ganz Abstraktes, was sie gar nicht unmittelbar berührt?

Preßer: Ja, zumindest was die Vergesellschaftung betrifft. Verstaatlichung und Vergesellschaftung ist für die Mehrzahl der Kollegen ein und dasselbe.

Während der Stahlkrise 1977/78 an der Saar ist doch in den Belegschaften und Vertrauensleutkörpern der Werke, die heute zu ARBED Saarstahl gehören, über die Forderung nach Vergesellschaftung diskutiert worden. Warum ist diese Diskussion nicht weitergeführt worden?

Preßer: Das weiß ich auch nicht genau. Wahrscheinlich hat man gemeint – aber das ist nur eine Vermutung von mir – daß mit dem Einstieg der ARBED an der Saar und dem Vertrag zwischen ARBED und IG Metall alle Schwierigkeiten behoben seien. Der Vertrag ist uns ja immer angepriesen worden als Jahrhundertvertrag, als Non plus Ultra und als Modell Saar: 5 Jahre Lohngarantie bei Umsetzungen, keine Entlassungen, insgesamt eine weitgehende Sozialplanregelung, die seinerzeit so gut war, daß sie vom Staat kaum hätte besser gemacht werden können. Für uns, für die Belegschaft, war eine Absicherung erreicht, von daher hat es sich scheinbar überhaupt nicht mehr gelohnt, weiter über Verstaatlichung zu reden. Aber heute ist die Lage so, daß die Kollegen sagen, die Kapitalisten halten einen solchen Vertrag nicht ein, aber der Staat hätte ihn eingehalten. Aus dem Grunde ist die Verstaatlichung heute wieder im Gespräch.

Was hältst Du persönlich von der Forderung nach Vergesellschaftung? Wäre das eine richtige Zielsetzung, und welche Rolle könnte die Forderung gegenwärtig spielen? Oder anders, könnte sie momentan überhaupt eine Rolle spielen?

Preßer: In der Gesellschaftsform, die wir haben, Vergesellschaftung durchzuführen, halte ich für sehr schwierig. Du mußt das ja unter marktwirtschaftlichen Gegebenheiten sehen. ARBED Saarstahl ist ein kranker Konzern, und ich finde es schlecht, daß immer nur über Vergesellschaftung gesprochen wird, wenn einem Unternehmen das Wasser bis zum Hals steht. Hinsichtlich der Banken redet kein Mensch über Vergesellschaftung. Darüber müßte gesprochen werden bei Betrieben, die gesund sind, dort müßte man anfangen. Ob das überhaupt in diesem System machbar ist, das weiß ich nicht. Zuerst müßte man das System ändern und dann vergesellschaften. Von Verstaatlichung halte ich nichts. Da werden nur die Geldgeber ausgetauscht, ob da nun ein Beamter hockt, Staatssekretär, oder der Wolf von Amerongen, im Grundprinzip bleibt es dasselbe. Vielleicht ist es, wenn der Staat als Anteilseigner die Hand drüber hat, ein klein bißchen in sozialer Hinsicht besser. Aber bei Salzgitter, den Howaldtswerken usw., da sieht man ja, daß es genauso schlecht ist, wenn der Staat beteiligt ist. Wenn es den Bach runtergeht, ist es so oder so aus. Aber grundsätzlich wäre die Vergesellschaftung ein Ziel, das überall an-

gestrebt werden müßte. Unter Vergesellschaftung im Unterschied zur Verstaatlichung verstehe ich, daß die Arbeitnehmer im Betrieb die größte Mitsprache haben. Damit kein Betriebsegoismus herrscht, müßten auch aus anderen Bereichen Vertreter rein, z.B. aus der Kommune, in der das Werk steht, aber die Arbeitnehmer müßten meiner Ansicht nach das größte Mitspracherecht haben, sagen wir mal 50%. Verge-

sellschaftung hieße für mich auch: Demokratisierung innerhalb des Betriebs. Außer dem müßten außerhalb der Betriebe Sozialräte existieren, regional und bundesweit, und Einrichtungen, die für Investitionslenkung verantwortlich wären. Schließlich kann ich mir Vergesellschaftung ohne Urwahl, das heißt grundsätzlich direkte Wahl aller Gremien von unten nach oben, nicht vorstellen. □

„Viele Illusionen über die Lösung der Probleme durch Verstaatlichung“

Interview mit Hartmut Siemon, Betriebsrat bei Hoesch, Dortmund

Von Vertrauensleutkörper und Betriebsrat bei Hoesch ist die aktuelle Diskussion über die Vergesellschaftung der Stahlindustrie ausgegangen. Wie hat diese Debatte bei Euch begonnen?

Siemon: Ausgangspunkt war die Verschärfung der Lage bei den Hoesch Hüttenwerken. Seit 1979 sind bei uns über 9000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Auch ein im Mai 1981 verabschiedetes Konzept, das u.a. als Kernpunkt den Bau eines neuen Stahlwerks vorsah, wurde nicht eingehalten – zumindest was den sogenannten investiven Teil anging – während die Stilllegungen und Personalreduzierungen in vollem Umfang vorgenommen wurden. Aus den daraus folgenden Diskussionen, insbesondere über die Rolle der Banken in diesem ganzen Stahlpoker, entwickelten sich erste Ansätze zu der Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie. Vorangetrieben wurde diese Debatte durch die Pläne der Moderatoren bzw. – genauer gesagt – schon durch die Einsetzung eines Ausschusses des Finanzkapitals. Deutlich wurde allen, daß eine private Lösung nur an den Kapitalinteressen orientiert sein würde, Massenentlassungen und Verödung ganzer Standorte, unter anderem Dortmunds, zur Folge haben würde. Dagegen und gegen das Ausspielen der Belegschaften wurde ein Alternativkonzept gesucht. Dieses wurde dann auf der Sitzung der Vertreterversammlung im Dezember 1982 verabschiedet und im Januar 1983 auch von der Vertrauensleute-Vollversammlung aller drei Hüttenwerke in Dortmund.

Wie ist die derzeitige Lage in dieser Frage bei Hoesch? Ihr habt eine Unterschriften-sammlung unter die Forderung nach Vergesellschaftung durchgeführt. Wie schätzt Du das Ergebnis der Unterschriftensammlung ein?

Siemon: Das Ergebnis – mehrere tausend Unterschriften – entspricht, glaube ich, nicht ganz den Erwartungen, die insbesondere die Vertrauensleute-Leitungen in diese Geschichte gesetzt hatten. Hinzu kommt, daß die Unterschriftensammlung in den

einzelnen Bereichen mit unterschiedlicher Aktivität getätigt wurde. Diskutiert wurde insbesondere die Frage der Erfahrungen mit verstaatlichten Unternehmen in Großbritannien, Frankreich usw. Ich denke, es kommt hinzu, daß es unter den Vertrauensleuten auch viele Illusionen gab und gibt, daß es praktisch automatisch zu einer Lösung aller Probleme käme, wenn die Stahlindustrie verstaatlicht wäre – jedenfalls unter dem aktiven Teil der Vertrauensleute, die das Papier auch miterarbeiteten. Dagegen wurde zu wenig deutlich, daß die Perspektive der Verstaatlichung unbedingt beinhalten muß, daß dieses einen entschiedenen Kampf bedeutet, und zwar sowohl vor Ort, unter der Losung der Erhaltung aller Arbeitsplätze, als auch zur Durchsetzung dieser Forderung mit Hilfe von Betriebsbesetzungen, Streiks o.ä., um sich gegen die Banken durchsetzen zu können.

Wie soll es Deiner Ansicht nach jetzt weitergehen?

Siemon: Genau in die schon angesprochene Richtung: 1. Es muß klar werden, daß es zwischen den Plänen der Unternehmer und unseren Interessen keinen Mittelweg gibt – entweder sie setzen sich durch oder wir. 2. Es muß klar werden, daß die Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie nichts anderes – aber insofern sehr wertvoll – ist als eine Hilfsforderung zum Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung. 3. Es muß vor Ort Widerstand geleistet werden gegen die Kahlschlagspläne; insbesondere darf es dazu keine einvernehmlichen Beschlüsse in den Aufsichtsratsgremien geben – wie in der Vergangenheit. 4. Es muß – im Hinblick auf die Tarifrunde '84 – Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt, aber auch zur weiteren gegenseitigen Unterstützung der Kollegen in den Stahlbetrieben, von unten eine breite Front gegen die sozialpartnerschaftliche Politik des IGM-Vorstandes erreicht werden, der ja bisher die Forderung nach Verstaatlichung immer wieder abgezügelt hat, jedenfalls soweit als eine konkrete politische Perspektive gemeint war. □

Ein Prozeß, der – obgleich vom Wiedererstarren eines japanischen Militarismus noch entfernt – auf eine aktivere Rolle Japans im Rahmen amerikanischer Pazifik-Politik verweist, Reagans bevorstehender Swing durch Ost- und Südostasien, eine für die kommenden fünf Jahre angepeilte Aufstockung des jährlichen Verteidigungsbudgets um mindestens 8% bei gleichzeitig zehnpromutigem Kappen anderer Haushaltsposten – all das bietet Anlaß genug, der Fährte von „Roß und Reiter“ nachzuspüren. Dieses Bild hatte in den 60er Jahren der in Tokio akkreditierte US-Botschafter Edwin O Reischauer bemüht, um die gemeinsame Strategie beider Länder zu unterstreichen. Mit dem Reiter war natürlich Washington gemeint, das dem japanischen Roß Sporen und Richtung gibt.

Pazifisches Power-Play

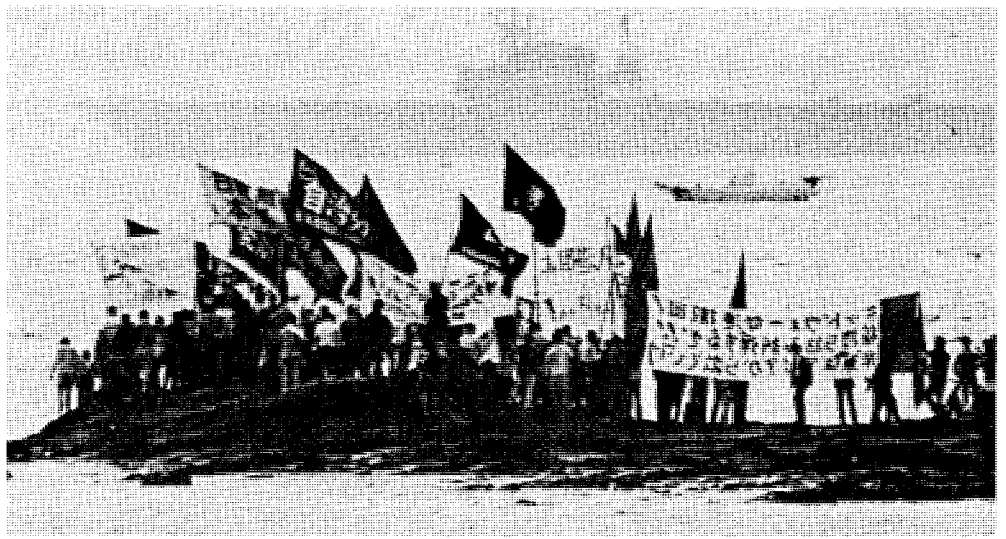
Durch den Friedensvertrag von San Francisco (1951) erhielt Washington das Recht, auf japanischem Boden militärische Stützpunkte zu installieren und zu unterhalten. Im Gegenzug garantierte es die „Sicherheit“ Japans. 1960 wurde dieser Vertrag durch den sogenannten „Pakt für gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit“ abgelöst, welcher 1970 automatisch um weitere 10 Jahre verlängert wurde. Zumindest implizit richteten sich diese Abkommen gegen die Anrainerstaaten (VR China, KVDR) und sicherten die US-Aggression gegen Vietnam, Kampuchea und Laos ab.

Erst vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Niederlage der USA in Indochina und dem ökonomischen Erstarken Japans ließ sich das Sato-Nixon-Kommuniqué (November 1969) als Ausdruck der „neuen Asienpolitik“ Washingtons begreifen. Damals ward vom Ende der „Nachkriegsära“ gesprochen, und die „pazifische Region als ganze“ habe eine „neue Ära“ betreten. Japan wurden Aufgaben delegiert, die vordem von den USA selbst erfüllt worden waren. Premier Eisaku Sato wies sodann auf die Notwendigkeit hin, durch Sicherheit und Stabilität in Taiwan und Südkorea die eigenen Sicherheitsbelange zu regeln.

Nixon hatte die angekratzte Vormachtstellung der USA als Weltmacht in seinem Bericht an den amerikanischen Kongreß am 18. Februar 1970¹ selbst ausgesprochen und die straffere Kollaboration mit Japan gefordert. In Asien, so Nixon, werde Japan „eine einzigartige und notwendige Rolle zu spielen“ haben, und die „Partnerschaft mit Japan“ werde „der Schlüssel zum Erfolg der (1969 auf Guam verkündeten – d. Verf.) Nixon-Doktrin in Asien“ sein.

Wiederbewaffnungsverbot?

Daß hier gleichsam ein Bruch (insbesondere



Demonstration anläßlich der Einfahrt des amerikanischen Flugzeugträgers *Midway* in die Bucht von Tokio

Amerikanischer Posten im fernen Osten

Mit dem Abschluß der südkoreanischen Verkehrsmaschine wurde dem europäischen Zuschauer ein Ausschnitt der Weltkarte ins Bewußtsein gerückt, den die eurozentrische Weltkarte verbirgt: Die beiden Supermächte haben im Nordpazifik gemeinsame Grenzen, die sowjetische Ostküste wird noch von Japan berührt, nördlichstes Verbindungsglied nach Südostasien. Noch beherrschen die USA Südostasien; Japan ist hierfür unerlässlich. Der Autor geht den militärischen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern nach.

des Artikels 9) der japanischen Verfassung bzw die zügige Wiederbewaffnung impliziert wurde, ist von amerikanischer Seite niemals bestritten worden. Eugene Black, ehemaliger Weltbankpräsident, schrieb 1969: „Ich halte es für sicher daß Japan in nicht allzu ferner Zukunft ein großer Waffenproduzent wird. Dieses Vorhaben wird in Japan sicherlich als eine wirtschaftliche Notwendigkeit ausgegeben werden. Ich schließe nicht aus, daß eine solche Entwicklung den amerikanischen Interessen keineswegs zuwiderläuft.“² Edwin O Reischauer, Ex-Botschafter und als einer der einflußreichsten Asienexperten im State Department angesehen, offerierte als aktiver Protagonist der engen US-japanischen Allianz eine simple Erklärung – gemeinsamer Interessenausgleich.³

Bereits damals zeigte dieser sehr deutliche Konturen. Im ersten japanischen „Weißbuch für nationale Verteidigung“ aus dem Jahre 1970 sind die in ihm zum Ausdruck gebrachten „drei Grundpfeiler“ der japanischen Verteidigungspolitik wie

folgt zusammengefaßt: 1. „Marine und Luftwaffe müssen die Vorherrschaft in der Umgebung“ ein nicht näher eingegrenzter Begriff – als „Lebensnerv Japans sichern.“ Ohne Umschweife wurden hier expansionistische Ambitionen gegenüber angrenzenden Ländern ausgesprochen. Nicht zuletzt bekräftigte man diese Absicht durch die Einverleibung der chinesischen Insel Tiao-yu im Rahmen der Rückgabe der Ryukyu-Inseln an Japan. Hinzu kam, daß die Malakka-Straße nunmehr als Lebensnerv eingestuft wird! 2. Ferner hieß es im Weißbuch: „Die Aggression soll im Anfang ausgeschaltet werden.“ Nicht nur blieb die Frage offen, wann sich eine Aggression „im Anfang“ befindet; in bezug auf den Vietnamkrieg lieferte eine solche Erklärung die Grundlage der Rechtfertigung eventueller japanischer Aggressionen. 3. Als weiterer Punkt ward ein „Entgegenreten der indirekten Aggression“ hervorgehoben. Dieser „Grundpfeiler“ – so das Weißbuch – ergänzt die unter Punkt 2 angeführte Erklärung.

Cordon Sanitaire

Japans Stärke im militärischen Dreierallianzsystem (USA, Japan und Südkorea), welches sowohl auf dem bilateralen, aus dem Jahre 1960 datierenden „Japanisch-amerikanischen Kooperations- und Sicherheitsvertrag“ wie auf dem „ROK-US-Vertrag über gegenseitige Verteidigung“ (1.10.1953)⁴ basiert, hat zugenommen. Mitte der 60er Jahre, als Japan dem Seouler Regime mit ersten umfangreichen Finanzhilfen unter die Arme griff, tauchte in Tokio nicht zufällig der sogenannten „Three Arrows“ („Drei Pfeile“)-Plan auf, der ausschließlich strategischen Charakter trug. Er ging – um im Jargon des Weißbuchs zu bleiben – von der Bedrohung des „Lebensnervs“ der nächsten „Umgebung“ aus und beinhaltete drei Etappen: a) Südkorea zu okkupieren; b) in Nordkorea einzumarschieren und c) jeglichen Widerstand in Japan selbst niederzuschlagen. „Der Plan wurde 1964 in Form der Operation ‚Flying Dragon‘ und anschließend in der Operation ‚Bull Run‘ weiterentwickelt. Im März 1969 entsprach das Szenario noch ganz einer Neuauflage des Korea-Krieges, und in der Übung ‚Focus Retina‘ wurde die gesamte 82. US-Luftlandedivision aus den USA via Okinawa nach Südkorea verlegt, um dort mit südkoreanischen Truppenverbänden Kriegsspiele zu proben, die nach den Worten des Korrespondenten der ‚Asahi Shimbun‘⁵ von einem simulierten Angriff gegen Stellungen am 38. Breitengrad ausgingen.“⁶

Manöver ähnlicher Art sind zu späteren Zeitpunkten wiederholt worden. Dabei wurde jeweils auch die Schlagkraft der japanischen Truppen getestet (auf Okinawa, Honshu und Hokkaido), obgleich Washington wie Tokio peinlich darauf bedacht waren, derartige Übungen einzig als dokumentierte Waffenbrüderschaft für die südkoreanischen Armeeeinheiten im Falle einer „Invasion Nordkoreas“ auszugeben, von vornherein also einer Kritik am Erstarken des japanischen Militarismus den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Bereits 1967 entsandte Tokio als seinen neuen Militärattaché Tsukamoto Shoichi nach Seoul, der einst zusammen mit Park Chung-hee die Schulbank in der Japanisch-Kaiserlichen Militärakademie gedrückt hatte. William Bundy damals stellvertretender US-Außenminister, ließ an der künftigen Rolle Japans keinen Zweifel, als er in Anspielung auf das Entstehen eines neuerlichen Brandherdes in Korea anmerkte, daß „dann die japanische Armee gehen muß.“ Chong Il-kwon, einst südkoreanischer Premierminister, verschanzte sich hinter die UNO, um Japans Rolle im Eventualfall herauszustreichen. „Ich glaube“, so führte er aus, „daß Japan als ein Mitglied der UN unter dem Befehl des US-Hauptquartiers in Korea unverzüglich zum Eingreifen aufgerufen ist, wenn dort erneut eine kommunistische Aggression droht.“⁷ Noch vor weni-



Die imperialistische Geschichte Japans ist in Ostasien in schlechter Erinnerung

gen Monaten wurden am Berg Fuji amerikanisch-japanische Großmanöver abgehalten, in denen über ein Testen der japanischen Schlagkraft hinaus ein derartiges Kalkül in das Szenario miteinbezogen wurde.⁸

„Okinawaisierung“ Japans

An dem vom Allianzsystem um und auf Taiwan und Südkorea organisierten militärischen Operationen beteiligten sich zunehmend japanische Truppen. Im März 1971 hatte der damalige Außenminister Kiichi Aichi im Parlament erklärt: „Taiwan hat seit langem zu Japan gehört. Die Frage des Eigentumsrechts ist noch nicht entschieden worden.“⁹ Die japanische Marine hat Taiwan mehrmals einen Besuch abgestattet und gemeinsam mit Kriegsschiffen Taipehs Manöver abgehalten.

Die Mitte Mai 1972 erfolgte Rückgabe Okinawas an Japan stellte eine – gemäß dem Rückgabeabkommen vom 17. Juni 1971 – administrative Übernahme und Verantwortung Tokios über die Inseln dar, war folglich nichts anderes als eine Entlastung der USA von ihren „internationalen Verpflichtungen“ im Sinne der Nixon-Doktrin („Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen“).¹⁰

I. Auch nach der formalen Rückgabe an Tokio bleibt Okinawa mit den Philippinen der größte US-Stützpunkt außerhalb Amerikas und fest in dessen Asienstrategie integriert. II. Washington behält 88 seiner 134 militärischen Anlagen auf den Ryukyus. Sämtliche anderen US-Basen verbleiben in amerikanischem Besitz. III. Ohne Kontrolle der japanischen Regierung dürfen die USA ihre auf Okinawa stationierten Truppen trainieren. IV. Die von hier aus betriebenen Spionageaktivitäten („Aufklärungsflüge“) werden nicht eingestellt. V. Der Sturm-und-Donner-Sender „Voice of America“ strahlt weiterhin seine Programme aus. VI. Ferner enthielt der Rückgabevertrag keinerlei Klausel, welche den Amerikanern den Abtransport der auf Okinawa la-

gernden Atomwaffen (sowie B- und C Waffen) zur Auflage machte. VII. Okinawa bleibt eine vorgeschobene Kriegsbasis der US-Strategie in Ostasien/Nordpazifik. VIII. Trotz des Untersuchungsberichts des japanischen Nationalrats vom 23. Juni 1971 und der Recherchen des sozialistischen Abgeordneten Kosuke Uehara im Oktober 1971, aus denen hervorging, daß auf Okinawa über 1000 Atomwaffen lagerten¹¹ widersetzte sich die Sato-Regierung dem vom Parlament geforderten Abzug dieser Waffen. Nakasone legte sich damals mit dem Argument ins Zeug, Atomwaffen würden von Japan nicht erworben, solange die Amerikaner den über die Inseln gespannten „Atomschirm“ glaubwürdig geöffnet ließen. Anders ausgedrückt: Japan wird Atomwaffen produzieren, wenn es aus strategischen Erwägungen geboten scheint. IX. Die exterritorialen Rechte der USA – auf Okinawa kontrollieren sie allein 13% der Gesamtfläche; zudem verfügen sie auf der Hauptinsel Honshu über weiträumige Basen in Iwakuni und Yokosuka – blieben unangetastet. Und schließlich wurde die Zahl der nach Okinawa abkommandierten japanischen Soldaten von Jahr zu Jahr aufgestockt.

Kurz nach der Rückgabe befanden sich dort 3000 Soldaten. 1977 protestierte die Bevölkerung Okinawas gegen die Verlängerung des Gesetzes aus dem Jahre 1972 um weitere fünf Jahre, das es Washington erlaubt, in Japan fortgesetzt Militärstützpunkte zu unterhalten und neue zu errichten. Tokio ist es im Rahmen dieses Gesetzes jederzeit gestattet, Bauern zu enteignen, um das Land für militärische Zwecke verfügbar zu machen. Den Hintergrund des Okinawa-Abkommens bildeten der Sicherheitsvertrag und die japanisch-amerikanische gemeinsame Erklärung. Der Übergabevertrag band Japan fest an die USA, verwandelte er doch den Sicherheitsvertrag in ein Militärbündnis¹² was im Einklang mit der japanischen Stoßtruppfunktion im Rahmen der US-Strategie steht.¹³

Im Juli 1976 wurde die Gründung eines gemeinsamen Verteidigungsausschusses beschlossen, der praktisch die Aufgaben eines integrierten Generalstabs der US-Armee und der japanischen Truppen wahrnimmt. Gleich seinem Vorgänger Gerald Ford, der in seiner Ostasien- und Pazifik-Deklaration die Rolle Japans hervorhob, maß Präsident Carter Japan in Fernost eine „besondere Rolle“ zu und wertete den Sicherheitsvertrag als „fest und unerschütterlich“

„Alles was im eigentlichen Japan existiert“, so Kishi damals, „kann auch weiterhin auf Okinawa existieren.“¹⁴ Im Klar text: Mit der „Okinawaisierung“ Japans konnte begonnen werden. Diese Äußerung war vor dem Hintergrund des „US-Japan-Geheimpakts“ vom 25. April 1971 bedeutungsvoll, erlaubt er doch die „Lagerung von Nuklearwaffen und Landung nuklearer Patrouillenboote der USA in Japan.“ Vor Vertragsschluß wurde ein Teil der auf Okinawa befindlichen Atomwaffen nach Japan transportiert, die heute auf Okinawa ebenso wie im eigentlichen Japan gelagert werden dürfen, da Tokio ja den Bedingungen des Sicherheitsvertrages unterliegt. In ihm unterstützen die USA den japanischen Verzicht auf Atomwaffen. Der Okinawa-Vertrag gestattet Washington zwar nur, Atomwaffen auf Okinawa zu lagern, wenn die japanische Regierung dies erlaubt. Zur Genehmigung ist Tokio indes verpflichtet, wenn die „Sicherheit“ in Ostasien bedroht ist – ein im übrigen leicht eruiertbarer Fall!¹⁵ Inspizieren darf es die Atomwaffen – noch – nicht. Obgleich Japan den USA für die Übernahme von 46 militärischen Anlagen und den partiellen Abtransport von Atomwaffen 320 Mio. US-Dollar zahlte, hatte Verteidigungsminister Melvin Laird die Japaner brüsk beschieden, wenn sie nun schon den atomaren Schutz der USA wünschten, sollten sie sich gefälligst aller Fragen über deren Lagerung in Japan enthalten.¹⁶

Südostasien im Schnittpunkt japanischer Interessen

Die direkten Militärausgaben (also exklusive Forschungsprojekte etc.) des 4. Aufrüstungsprogramms (1972–76) übertrafen mit mehr als 6 Billionen Yen (ca. 60 Mrd. DM) das Volumen sämtlicher drei vorheriger Programme zusammen. Heute verschlingen die sog. Selbstverteidigungstreitkräfte jährlich 12 Mrd. US-Dollar. Diese Summe liegt mit 0,98% des Bruttosozialprodukts noch knapp unter der von japanischen Politikern lange Zeit als unantastbar geltenden Ein-Prozent-Marke. Doch seit Ende 1981 wird laut über die Möglichkeit nachgedacht, das Land – wie Nakasone es anlässlich seines Washington-Besuchs im Januar dieses Jahres ankündigte – in einen „großen Flugzeugträger“ zu verwandeln.¹⁷

Gegenwärtig beträgt die Ist-Stärke der japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte ca. 250000 Mann.¹⁸ Damit ist nahezu der

sogenannte Hattori-Plan des gleichnamigen Oberst Takushiro Hattori realisiert, der zu Beginn der 50er Jahre die seinerzeit als kühn eingestufte Aufstellung eines 300000 Mann starken Heeres, einer Kriegsflotte von 300000 Tonnen sowie die Verfügbarkeit von 3000 Kampfflugzeugen erträumte. Entscheidend ist freilich, daß aufgrund des technologischen Know how eine in allen Belangen durchgreifende Schlagkraft der japanischen Streitkräfte quasi aus dem Stand verwirklicht werden kann.

Der Aufbau der Rüstungsindustrie sowie die Aufstockung der Militärausgaben verfolgen eindeutig den Zweck, über die Dämpfung der in den letzten Jahren gewachsenen Krise hinaus die Absicherung der seit Beginn der 70er Jahre sprunghaft in die Höhe gekletterten Kapitalinvestitionen in Ost- und Südostasien vorzunehmen. 1971 hatte das Gesamtvolumen japanischer Auslandsinvestitionen 3,596 Mrd. US-Dollar betragen. Heute sind knapp 10 Mrd. Dollar allein in Südostasien als direkte Kapitalinvestitionen eingesetzt. Anfang der 70er Jahre ging das MITI in seinen Prognosen von einer Steigerung dieser Summe auf weltweit 26 Mrd. Dollar bis zu Beginn dieses Jahrzehnts aus, was denn auch tatsächlich eingetreten ist.

Auf militärischem Gebiet würden im Falle regionaler Auseinandersetzungen die USA für nukleare und strategische Operationen verantwortlich sein, während Japan Operationen mit konventionellen Waffen zufielen. Das engmaschige Kommunikationsnetz auf Japan und Okinawa, die 5. US-Luftstreitkraft und 7 US-Kriegsflotte und schließlich die sich herunter nach Australien (z.B. Cockburn Sound bei Perth) über die Philippinen (Subic und Clark) und Guam (Mikronesien) erstreckende Stützpunktkette bleibt ein für die USA unverzichtbares Fundament ihrer Asien- und Pazifikpolitik.

1971 wurde angesichts der sich abzeichnenden Niederlage in Indochina auf der ASEAN-Konferenz in Kuala Lumpur das Projekt der „Neutralität und Blockfreiheit“ aus der Taufe gehoben. Dieses Projekt, unterbreitet von offen reaktionären Regimen, die der Kontrolle Washingtons unterstehen, zielt(e) eindeutig auf die Aufschüttung eines konterrevolutionären Damms gegen die Befreiungsbewegungen in der Region ab. Was die innenpolitische Lage in der ASEAN betrifft, so sind die Repressionsmaßnahmen in den jeweiligen Ländern verschärft worden. Vor allem trifft dies auf die Philippinen zu, wo US-Geheimdienststellen – nicht einmal zu Unrecht – die Stärke der Nationalen Demokratischen Front (NDF) als „bedrohlich“ einstufen und Vorkehrungen treffen, um ihren asiatischen „Hinterhof“ sauber zu halten. Die Unterstützung der ostasiatischen Befreiungsbewegungen ist also bedeutungsvoll. □

- 1 Er trug den Titel: United States Foreign Policy for the 1970's – A New Strategy for Peace
- 2 Zit. nach: The Business Viewpoint, University of the Philip Quezon City 1970, College of Business Administration, S. 29
- 3 Ebenda
- 4 ROK = Republic of Korea (Südkorea)
- 5 Zit. nach: AMPO: Japan-Asia Quarterly Review, Tokyo, 7/8:36.
- 6 Jon Halliday/Gavan Mc Cormack: Japanese Imperialism Today: „Co-Prosperity in Greater East Asia“ Harmondsworth (Penguin Books Ltd.) 1973, S. 97 f.
- 7 Zit. nach: Obata Misao in: Japan Quarterly, Tokyo 9,2, 1968: 254
- 8 Siehe TIME vom 1. August 1983, S. 29
- 9 Beijing Rundschau, v. 27. April 1971, S. 20
- 10 R. Werning in: links 28/1971 und 35/1972, Offenbach/M.
- 11 Entgegen Beteuerungen Washingtons und Tokios haben US-Kriegsschiffe beim Anlaufen japanischer Häfen wiederholt Atomwaffen an Bord geführt, was unter der Bevölkerung Proteststürme hervorrief vgl. u.a. A. Axelbank, a.a.O., S. 50
- 12 Im Art. 4 des Sicherheitsvertrages wird der Einsatz japanischer Truppen vorgesehen, wenn Friede und Sicherheit im Fernen Osten bedroht sind.
- 13 Z.B. bilden Japan und Südkorea eine strategische Einheit mit einem der Kontrolle Washingtons unterstellten gemeinsamen Luftraumwarnsystem. Tokio hat zudem seine „Air Defense Identification Zone“ auf die Taioyu-Inseln (von ihm Senkaku genannt) ausgedehnt, die rechtlich der VR China gehören.
- 14 Zit. nach Beijing Rundschau 19/1971
- 15 R. Werning: Hintergründe, a.a.O., S. 81 ff.
- 16 Der Spiegel 48/1971, S. 126
- 17 Siehe TIME vom 1. August 1983, S. 28
- 18 Massive boost for Japan's forces in: The Observer, London, vom 12. September 1982

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika (ila)

Die ila ist ein gemeinnütziger Verein, der sich finanziell aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanziert und von keiner Partei und Organisation abhängig ist. Neben der Herausgabe des ila- info unterhalten wir einen kleinen Versand mit Literatur über Lateinamerika und über die Dritte Welt. Problematik allgemein, u.a. mit wenig bekannten Büchern aus den einzelnen Ländern. Fordert die kostenlose Materialliste an! Werdet Mitglied im Förderkreis der ila und unterstützt unsere Arbeit!



Die ila bietet 10 Ausgaben im Jahr mit den inhaltlichen Schwerpunkten:

LATEINAMERIKA – Hintergrundberichte und Analysen

LÄNDERNACHRICHTEN – Informationen über Ereignisse der letzten Zeit

SOLIDARITÄTSBEWEGUNG – Nachrichten aus den Gruppen, über Aktionen und Kampagnen, Diskussionen in der Solidaritätsbewegung

Einzelpreis 2,50 DM; Jahresabonnement:

DM 20, für Schüler, Studenten, Azubis, Arbeitslose

DM 25, als normales Abonnement

DM 30, für Institutionen

DM 35, als Förderabonnement

günstige Wiederverkäuferbedingungen auf Anfrage

Bitte fordern Sie ein kostenloses Probeheft an

Komerstr. 88, 5300 Bonn 1. Tel.: 0228/65 86 13



Spendenaufwurf des Akafrik

Der Arbeitskreis Afrika (Akafrik) Münster konzentriert sich dieses Jahr auf die Unterstützung azanischer (südafrikanischer) Flüchtlinge. Dazu wollen wir einen Beitrag leisten zum Aufbau eines Mehrzweckzentrums in Pongwe in Tansania; einem Projekt des Pan Africanist Congress (PAC), einer der von der UNO anerkannten Befreiungsbewegungen aus Azania (Südafrika). Um das Transportproblem zu beheben, wollen wir dringend benötigte Fahrzeuge, 2 Toyotas neu und einen Unimog, hier besorgen und selbst überführen. Zusätzlich versuchen wir verschiedenste Materialien z.B. Bauwerkzeuge, Garten- und Landwirtschaftsgeräte, Ersatzteile, med. Geräte u.a. zu besorgen und mitzunehmen, bzw. über das Flüchtlingskommissariat der UNO nach Tansania verschicken zu lassen. Das Projekt wird durch Zuschüsse entwicklungspolitisch arbeitender Organisationen, Erträge von Solidaritätsveranstaltungen, Material- und Geldspenden finanziert werden. Wesentlicher Unterstützer ist die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt Weltfriedensdienst (ASW/WFD) in Berlin. Weitere Spenden sind noch dringend notwendig, um das Projekt zu sichern. Spendenquittungen können ausgestellt werden, da gemeinnützig.

Kontakt: AKAFRIK, An den Mühlen 25, 4400 Münster Kto.-Nr. 8090460 Postcheckamt Dortmund (BLZ 440 10046)

Referendum in Südafrika

Am 2. November können die 2,7 Millionen weißen Stimmberechtigten in Südafrika darüber abstimmen, ob den 2,6 Millionen Mischlingen und 800 000 Indern etwas mehr politische Rechte eingeräumt werden sollen. Die über 16 Millionen Schwarzen werden nicht befragt, für sie ist in den „Reform“plänen der Rassisten nichts vorgesehen. Die Verbände der Kapitalisten haben sich schon hinter Bothas Pläne gestellt und so dürfte der Erfolg des Referendums kaum noch anzuzweifeln sein. Beweggründe für die Reform sind wohl die politische Stabilisierung der Herrschaft der Weißen durch politische Isolierung der schwarzen Mehrheit wie auch Befürchtungen über einen Vertrauensschwund überseeischer Handels- und Kapitalpartner. Die Reform ist nicht nur deshalb eine Farce, weil die Schwarzen vollkommen ausgeschlossen sind. Kernpunkt der Reform: Mischlinge und Asiaten (vor allem Inder) sollen in einem neuen

Parlament vertreten sein. Diesem Parlament wird aber ein weißer Staatspräsident vorgesetzt, der dem Parlament weder rechen-schaftspflichtig noch verantwortlich sein wird. Befugnisse und Zuständigkeiten des Parlaments in „nationalen Belangen“ werden zusätzlich beschnitten.

Erfolgreicher Streik in Belgien

Wie eine christdemokratisch-liberale Regierung zu beeindrucken ist, haben in den letzten Wochen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Belgien vorgemacht. Aus Protest gegen die Sparpolitik der seit 2 Jahren im Amt befindlichen Regierung Martens kam es zunächst zu spontanen Streiks, die sich zu einem großen Streik bei Eisenbahn, Post, Verwaltung und öffentlichen Medien ausweiteten, vor allem auch deshalb, weil die sozialistische Gewerkschaft FGFB und die christdemokratische Gewerkschaft CSC zu einer gemeinsamen Front gedrängt werden konnten. Die Regierung hatte Einsparungen von 8,3 Mrd. Francs bei den 900 000 Beschäftigten geplant. Von den Plänen mußte sie schließlich erheblich abrücken. Weder die Pensionen noch die Zulagen werden angetastet. Ein Sturz der Regierung konnte nur durch das Einlenken der christlichen Gewerkschaften verhindert werden, wodurch die Regierung immerhin Kürzungen beim Urlaubsgeld und eine Verschiebung der Gehaltsauszahlungen vom Monatsanfang auf das Monatsende bei gewissen Ausgleichen vornehmen kann. Das Durchsetzungsvermögen der Regierung ist für die Zukunft geschwächt, und kleinlaut mußte der zuständige Minister erklären, die Regierung habe verschiedene Maßnahmen nicht genau durchdacht und Mißverständnisse verursacht.

Selbstamnestie

Am 30. Oktober soll das neue argentinische Parlament gewählt und damit der erste reale Schritt zur Entmachtung der Militärs gemacht werden. In weiser Voraussicht anstehender Änderungen in den Machtverhältnissen hat die Militärregierung ein sechzehn Artikel umfassendes Amnestiegesetz erlassen, das sogenannte Befriedigungsgesetz (Ley de pacificación). Es soll alle Verfolgungen wegen politischem Terrorismus aufheben. Die Zeitspanne bezieht sich auf die Zeit zwischen dem 25. Mai 1973, dem Tag der peronistischen Generalamnestie, und dem 17. Juni

1982, als Galtieri zurücktrat. Der Clou dieses Amnestiegesetzes besteht darin, daß nicht nur Amnestie für Terrorakte linker oder rechter Organisationen gewährt wird, sondern auch für den Terror staatlicher Organe. Eingeschlossen wären also auch die Verbrechen der Militärjunta im Zusammenhang mit den über 6000 „Verschwundenen“ die dem staatlichen Terror zum Opfer fielen.

Waffenstillstand in Osttimor gebrochen

In der August-Ausgabe der *Kommune* hatten wir über den erfolgreichen Abschluß eines Waffenstillstands der Befreiungskräfte in Osttimor mit den indonesischen Okkupationstruppen berichtet. Mitte September haben nun die indonesischen Militärbehörden erneut den Belagerungszustand über Osttimor verhängt. Der Gouver-

neur Osttimors, Carrascalao, wurde seines Amtes vorübergehend enthoben. Mit 20 Bombern, mit Helikoptern und Kriegsschiffen haben die indonesischen Truppen erneut den Versuch einer militärischen Zerschlagung der Befreiungskräfte begonnen. Die Entlassung des Gouverneurs weist auf die weiterbestehenden Widersprüche zwischen den indonesischen Militärs in Osttimor selber und den Militärs in Djakarta hin.

Massendemonstrationen auf den Philippinen

Nach der Ermordung Aquinos sieht sich das Marcos-Regime einer Flut von Massendemonstrationen gegenüber. Am 16. September marschierten 7000 Angestellte in Manila für den Rücktritt des Diktators. Am Tag zuvor hatten 7000 Studenten demonstriert, in einer Stadt 700 Kilometer südlich von Manila versammelten sich über 30000. Einige Tage später kam es erneut zu einer Demonstration von 6000 bis 7000 Studenten und zu einem Debakel für die Regierung im Finanzzentrum Manilas, Makati. Eine Sympathieumgebung durch das Viertel, an der zunächst 2000 teilnahmen, wurde zu einer Gegenkundgebung umfunktioniert und

mit Steinen angegriffen. Die *Evening-Post*, eine pro-Marcos-Zeitung, schrieb: „Die Tragödie ist, daß viele der Steinwerfer wohlhabende Angestellte und leitende Funktionäre der in Makati angesiedelten Firmen waren.“ Am nächsten Tag forderten 200 000 den Rücktritt von Marcos, die größte Demonstration seit 10 Jahren. Als 15 000 meist Jugendliche versuchten, zum Regierungspalast vorzudringen, eröffnete die Armee das Feuer. Es gab auf beiden Seiten insgesamt 11 Tote und 200 Verletzte. Marcos drohte daraufhin mit der Wiedereinführung des Kriegsrechtes, das schon einmal neun Jahre lang bis 1981 verhängt war. Reagan überlegt sich jetzt, ob er die für November geplante Reise auf die Philippinen lieber lassen soll.



Im Juliheft hatten wir den größeren Teil eines Gesprächs mit Rudolf Bahro abgedruckt, das wir Ende Juni geführt hatten. In diesem zweiten Teil geht es weniger um politische Fragen im engeren Sinn, sondern um Bahros Vorstellungen einer zukünftigen Gesellschaft. Das Gespräch gibt auch Aufschluß darüber, warum sich Bahro für den »östlichen Weg«, einschließlich Baghwanesen interessiert. Wir haben an dem Gespräch nichts gekürzt und auch nicht viel rumredigiert und den Plauderton bewußt dringelassen.

Im Nachhinein und bei erneuter Lektüre der Niederschrift des Gesprächs fällt mir auf, daß Bahro und ich in diesem Gespräch doch ziemlich unterschiedliche Gesichtspunkte verfolgten, ohne daß es mir jedenfalls während des Gesprächs richtig klar geworden ist. Rudi Bahro scheint sich zu fragen, was für äußere Bedingungen für den Weg nach innen existieren sollten und wie dann die Spiritualität dieser »Kommunen«, die Denk- und Lebensweise der ganzen Gesellschaft beeinflussen könnte, wobei eine duale Wirtschaftsstruktur wohl weiterexistieren würde. Mir ging es eher um die Möglichkeiten einer genossenschaftlich-kommunalen Umwälzung der Produktionsweise, deren Voraussetzungen und Möglichkeiten. Zunächst hatte ich Bahro gefragt, ob die berühmte-berühmte 3000 Seelen-Gemeinden immer noch das Modell seiner kommunitären Perspektive abgeben sollen. (js)



Ein gemütliches Bild – die alte städtische Gemeinde

»Wir brauchen jetzt verdammt viel freien Raum im Kopf und in den Gefühlen«

Gespräch mit Rudolf Bahro

Bahro: Die 3000-Seelen-Gemeinde hab ich abgeschrieben von irgendeinem Plakat, auf dem eine solche Hopi-Siedlung abgebildet war und auf dem stand, daß die Hopis der Meinung sind, 3000 ist die Obergrenze, damit's noch menschlich ist. Darum hab ich das so genannt. Was ich damit meinte, war zumindest soviel: Die Erfahrungen, soweit ich sie mir eingezogen habe, zeigen, daß auf der Ebene der Kleingruppe die Sache zu gründen, da passiert bloß die normale Gruppendynamik, die Wohngemeinschaften, die wieder zerfallen. Es scheint auch empirische Untersuchungen darüber zu geben, daß du unter hundert Leuten viel eher die Kommunikation findest, die dir entspricht, als unter fünfzehn. Da ist der Raum offenbar zu eng, und du hast noch keine Alternativen, wenn eine Beziehung schief geht und so. Daß man jedenfalls schon aus psychologischen Gründen größere Gemeinschaften braucht als diejenigen, die wieder um für eine Diskussionsveranstaltung für drei Stunden die besten sind.

Also Du brauchst einen größeren sozialen Rahmen, dann können sich die Leute auch ausweichen, und das ist ja auch ganz wichtig. Wenn man jetzt auch noch an Ra-

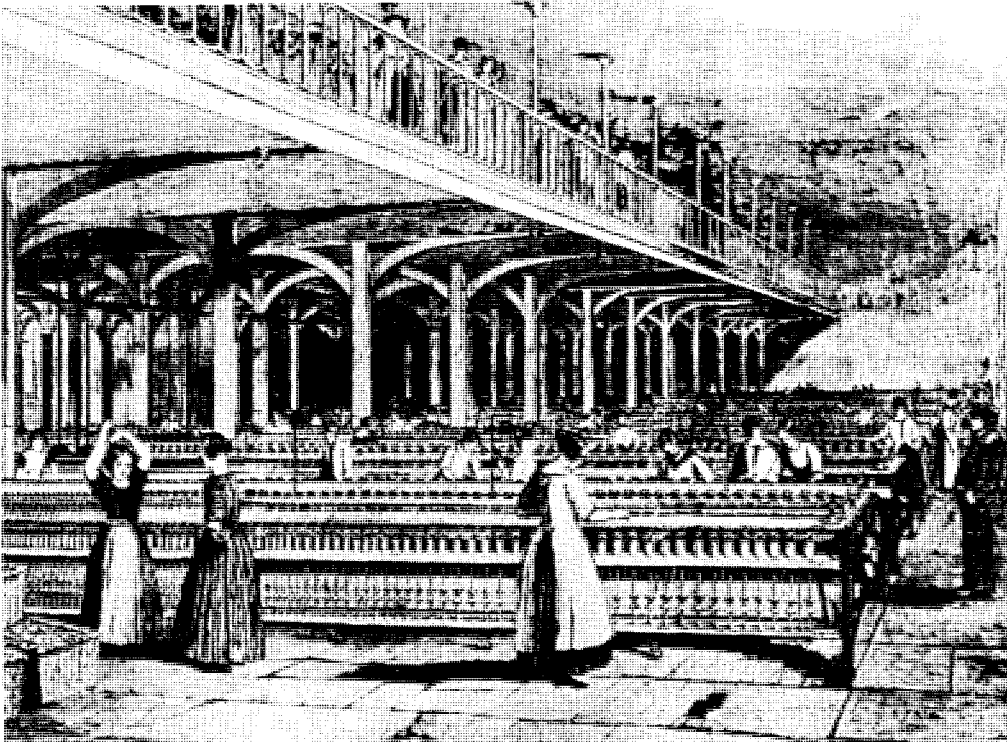
tionalität der Reproduktion denkt Ich meine, so eine Mönchskommune damals, das waren ja lauter mindestens 18jährige Männer unter sich, da ist natürlich das Reproduktionsproblem wesentlich einfacher zu lösen, selbst wenn die niemanden ausbeuten im Idealfalle mal, als wenn man eine volle Gesellschaft mit Kindern, Alten usw hat und die ganze Aufzucht mit ins ökonomische Kalkül eingeht. So bin ich durchaus für Rationalität, für Rationalisierungen in dem Sinne, daß man nicht die Arbeit abschafft, also die Tätigkeit abschafft, ich würde also nicht sagen, daß das Problem im Mikrochip als solchem liegt. Obwohl es das Problem gibt, wieweit zentralisiert müssen die Grundbausteine dann gefertigt werden. Aber die Gesellschaft mit kommunitär-kommunalem Schwerpunkt wird sich sicher einige Infrastruktur leisten. Das muß sich aus dem Gemeinwesen ergeben, was die nötig haben. Aber ich meine, man wird da nicht auf die Null-Arbeitsteilung zurückgehen, es wird eine menschlich überschaubare Arbeitsteilung geben, um sich Nahrung, Kleidung usw zu verschaffen. Diese Volkskommune-Idee war doch nicht schlecht.

Kommune: Und vielleicht wird's dann auch

größer sein, gut, mir kommt's ein bißchen arg klein vor, aber jetzt was andres. Die Vorstellung, die Du damals vorgetragen hast, ist ja: Da sind also ausgestiegene Gemeinden, die sich parallel zu der bestehenden Struktur entwickeln und die dann ihrerseits ihre Zusammenhänge wieder aufbauen. Die Frage ist, ob das nicht vielmehr innerhalb der jetzigen Strukturen stattfindet und auch stattfinden muß, damit es überhaupt zu einer Perspektive für die Massen werden kann und daß dann überhaupt erst in einem längeren Umbauprozess so eine, wie ich sage, genossenschaftlich-kommunale Produktionsweise entsteht, wie Du sagst, so eine kommunitär-kommunale Lebensform.

Bahro: Das Problem ist doch eigentlich, daß ein Großteil der Infrastrukturen, mit denen wir jetzt umgehen, und der Produktionen, mit denen wir umgehen, eigentlich nicht verdienten, ersetzt zu werden. Weißt Du, daß die Amortisation hier eigentlich nicht stattfinden sollte, sondern – das meine ich ja mit Rausverteilen – daß man also die Autobahnen zerfallen lassen soll, sukzessive.

Kommune: Na ja, da kann man sicher ein paar verfallen lassen.



Keineswegs ein heimgeliebtes Fabrikbild. Da müssen die Frauen die Spinnmaschinen bedienen und die männlichen Arbeiter machen offensichtlich in Aufsicht.

Bahro: Manchmal wird die Frage so gestellt: Du willst also, daß von den 60 Millionen dann 30 Millionen verhungern gleich morgen früh, weil sie mit Pol-Pot-Methoden in die Landschaft gesteckt werden, was in Deutschland ja unvorstellbar ist. Ich denke, daß diese kommunitären Dinge sozusagen die Keimzellen einer neuen Gesellschaft sind, ob das dann wirklich wie im Mittelalter, wie ich da in dem einen Ding geschrieben habe, sein wird, daß die 30 Prozent des ökonomischen Reproduktionsprozesses irgendwie berührt; sie haben dennoch die Gesamtformation wesentlich bestimmt – wer wollte sagen, wie sich das im einzelnen ausregelt, wer wollte vor allem die Durchsatzrelationen wissen zwischen dem, was nun wirklich als einfache Reproduktion am Ort vor sich geht, und was auf höheren Levels. Vielleicht überschätze ich da die Reduktionsmöglichkeiten. Es geht ja nur um das Prinzip erstmal: Die einfache Reproduktion zu installieren und zu prüfen, was von einer solchen Gesellschaft aus an zentralen Strukturen nötig ist. Ich könnte mir vorstellen, daß sich das sehr anders darstellt als heute, daß sich vor allem diese ganze Transportkommunikation sehr reduzieren läßt und vielleicht auf ideelle Kommunikation zurückgeht. Also jetzt ist doch die Tendenz, daß jeder Bürger dieser Erde so einmal in allen 171 Ländern der UNO gelandet sein sollte, so ungefähr, so sieht es aus der Sicht der Metropolen, des römischen Bürgers von heute aus. Und das geht einfach nicht, also auch in der Hinsicht Kontraktion.

Ich denke mir schon, daß, um diese Grundlagen des Friedens zu schaffen, si-

cher Generationen, zwei oder so, vergehen werden. Wenn ich sage zwei oder nur zwei, dann weil das das Minimum ist, auch nach den Forschungen, die es über kulturelle Assimilation bei Auswanderern gibt. Wenn ich dies Minimum ansetze, dann, weil eben der Zeitdruck aus der Dynamik der Kapitalakkumulation groß ist, was die ökologische Krise und das alles betrifft, so daß es ziemlich wahrscheinlich ist, daß das eher an der Untergrenze als an der Obergrenze von solchen historischen Wandlungsprozessen und dem, was da nötig ist, abläuft.

Kommune: Du hast vorher gesagt, es gehe darum, den Fortschritt zum freien Lohnarbeiter rückgängig zu machen. Nun ist ja eine Seite dieses Fortschritts, daß der freie Lohnarbeiter in ziemlich viel Lebenssphären aufgeteilt ist, zersplittert ist, aber, doch auch, daß er sehr viele Beziehungen entwickelt, daß er, wenngleich meist getrieben durch den Kapitalismus, eine erhebliche Mobilität entwickelt, auch Bedürfnisse entwickelt, wenngleich das natürlich wie immer mit Zwängen verbunden ist. Und von da kann ich mir einfach von der Entwicklung der Individuen und ihrer Bedürfnisse her schwer vorstellen, daß so eine genossenschaftlich-kommunale Produktionsweise sich in einem so engen Rahmen wie mir das in den Gemeinden dort gedacht zu sein scheint, entwickeln kann. Und daß sämtliche Lebenssphären dort organisiert werden. Als Analogie nimmst Du dann manchmal das Benediktinerkloster. Das aber scheint mir ganz unangemessen zu sein, nach dem, wie sich die Individuen entwickelt haben, und wo eben auch Fortschritte in dieser Entwicklung liegen.

Bahro: Die Benediktinerregel hat einen Abschnitt über Brüder auf Reisen. Ich will zwei Dinge dazu sagen. Das eine ist, zur Korrektur: Ich habe das ein bißchen eingegrenzt nachher auf die Frage, wie den Fortschritt des freien Lohnarbeiters rückgängig machen, aber mein allgemeinerer Rahmen war wirklich die Wiedervereinigung von Mensch und Reproduktionsbedingungen, und Marx hat doch gezeigt, daß die ganze Wirtschaftsgeschichte eigentlich die Geschichte dieser Trennung ist, und auch das ist von der Denkweise her durchaus in Marxs Rückkehrschema enthalten, also diese Trennung wieder aufzuheben, und im übrigen: das ist jetzt ein Akzent, habe ich Sympathien für dieses Modell des Laotse, das nun überkontraktiv formuliert ist, daß sich die nächsten Nachbarn zwar noch hören können, aber nicht mehr besuchen ihr Leben lang, Schiffe und Wagen, man besteige sie nicht. Das ist ein Gegenbild, da geht es nicht um Realisierung, sondern um den rationalen Kern daran, um den Hinweis, der in der Sache enthalten ist. Bei 3000 ist auch jeder einzelne in diesem konkreten Gemeinwesen abkömmlich, das heißt, die Leute können sich austauschen, und es wird ja dann auch keine Vorschrift geben, es haben 3000 zu sein, und wehe mehr. Es geht ja eigentlich um Basisstrukturen.

Kommune: Aber wie das mit dem Ausstieg aus dem Industriesystem verbinden? Das müßten wir sowieso vielleicht mal ein bißchen genauer klären, was Industriesystem eigentlich genau heißt, ob das die Technik ist

Bahro: Ich meine damit das gewachsene Ganze, wie es jetzt ist. Die Computerstruktur setzt eben die ganzen vier Kondratieff-Wellen voraus, und so wird es auch in der übrigen Welt laufen, die werden doch die Autokultur nachziehen, während wir hier in welche materialsparende Geschichte auch immer uns begeben. Ich meine, das ist ein Ganzes, was uns mitreißt, was ich mit Industriesystem meine, und wo ich nicht die Hoffnung habe, wenn das Ganze sozusagen bleibt, daß der Mikrochip dann jemals zuerst irgendwelchen kommunitären Sachen zugute kommt, sondern der dient dem großen Bruder. Aber wenn es gelingt, die Gesellschaft neu zu gründen, die Individuen vergessen ja nicht plötzlich all ihr Wissen, das sie jemals hatten, sondern dann wird für das Wissen, das *nur* dazu gut ist, eine Atombombe zu bauen, keine Anwendung mehr da sein, das kann verstauben, niemand braucht das, und es wird sich dann eine Selektion vollziehen, welches Wissen, welches technologische Verfahren einfach vom Standpunkt eines Gemeinwesens, das sich gar nicht mehr definiert über Produktion, sinnvoll ist, damit man sich die Produktion so menschenwürdig wie möglich einrichtet. Vielleicht stellt sich raus, daß der Mensch im Durchschnitt zwei Stunden körperliche Arbeit ziemlich nötig hat. Man muß das so regulieren, daß die Rationalisierung, daß alles abhängig wird

von der Hauptfrage, wie sind denn die besten Bedingungen dafür daß der Mensch so glücklich wie möglich werden kann.

Kommune: Dir wird ja oft vorgeworfen, Du wolltest zurück zum Mittelalter usw. Wenn man das jetzt ernst nehmen würde, die Rückkehr zum Mittelalter, auch in bezug auf die Technik, Produktivkraft usw., dann wäre die Gefahr, daß diese 3000-Seelen-Gemeinden, was ich jetzt auch bloß als Zeichen verwende, geradezu aufgefressen werden von Arbeit. Auf was ich rauswill, ist, daß eine weitere Entwicklung der Produktivkraft und der Früchte der Arbeit gerade die Voraussetzung sein wird, daß unter den heutigen Bevölkerungsstrukturen, die durch die Industriegesellschaft hervor gebracht worden sind, dezentrale Produktions- und Lebensstrukturen überhaupt wie der möglich werden. Das müßte man auch für die Dritte Welt genauer besprechen, weil in der Dritten Welt gerade eine Bevölkerungsentwicklung mit der Industriegesellschaft Hand in Hand geht, ohne daß diese Industriegesellschaft selber entwickelt ist. Das scheint mir dort ein spezifisches Problem zu sein, so daß auch keine Rückkehr mehr möglich ist zu den früheren Reproduktionsmöglichkeiten, weil das tatsächlich voraussetzen würde

Bahro: Weil wir es abgeschnitten haben

Kommune: Aber auch, weil jetzt die Bevölkerungsstruktur gar nicht mehr so ist. Man kann nicht einfach sagen, daß sie zurück kehren zu ihren früheren Reproduktionsmethoden, und man kann auch nicht sagen, daß sie einfach unsern Weg nachholen sollen. Aber es ist doch eine beträchtliche Steigerung der Produktivkraft der Arbeit nötig, damit diese Bevölkerung, und das gilt dann auch für hier, einerseits leben kann und andererseits nicht aufgesogen wird durch Arbeit.

Bahro: Das halt' ich nicht für richtig. Diese Gesamtbetrachtung hat irgendwo noch den produktivistischen Fehler

Kommune: Na gut, kann sein.

Bahro: Weißt Du, es gibt so Sachen über stone-age economics. Da die Menschheit noch existiert, kann man schlußfolgern, daß das gegangen ist, wenn die nur vier

Stunden gearbeitet haben oder wenn die teilweise überhaupt nicht gearbeitet haben in dem Sinne, daß das Mühe und Schweiß gekostet hat, was als negativ empfunden wurde. Also, daß das eine Lebenstätigkeit im weitesten Sinne war. Der Weg ist dann eigentlich immer gewesen, daß wir, je tiefer wir in die Zivilisation reingingen, um so mehr gearbeitet haben.

Wenn Du bedenkst, was im Laufe der letzten hundert Jahre vor sich gegangen ist, welche Multiplikation der Produktivität und welche geringe Reduktion der Arbeitszeit. Wir laufen uns doch in den Superstrukturen, in den ergänzenden Sektoren, im Reparaturbereich, in Staatsmaschine, Bürokratie, Militarismus und so tot, da stecken wir doch so viel Arbeit rein. Wenn wir auch nur das heute mögliche Niveau der Arbeitsproduktivität für kleinere Zusammenhänge verallgemeinern würden und die großen Maschinen, die Kriegsmaschinen nicht mehr bauen würden und alles, was Regierungspaläste angeht, was nur damit zusammenhängt, daß die Struktur so ist, wie sie jetzt ist, dann könnten wir jetzt schon mit erheblich vermindertem materiellem Durchsatz auskommen. Ich glaub' nicht, daß das so ein Problem wäre. Die Bevölkerung Lateinamerikas etwa, in Nordost-Brasilien oder so, 20 oder 30 Millionen wohnen dort in dieser Region, die mit den Mitteln zu versorgen, die ihnen nur weggenommen worden sind, von den Bedingungen her, dort lokal wieder ihre Lebensmittel zu produzieren, ist doch möglich – selbst im Mittelalter: Die konnten Städte bauen, die konnten Kreuzzüge veranstalten, die konnten sich Luxus leisten, die herrschenden Klassen. Und die Bauern im Mittelalter – irgendwo hab ich neulich gelesen, daß ungefähr die Hälfte der Arbeitstage im Jahr Kirchenfeste waren.

Kommune: Klar, der Kapitalismus hat ja angefangen mit einer Ausdehnung der Arbeitszeit.

Bahro: Ich weiß nicht, ob wir da nicht der Logik aufsitzen, die eben mit revidiert werden muß. Weißt Du, Mittelalter, das psychologische Problem ist, daß wir einen Fortschrittsbegriff haben, der an Produktionsumfängen und Technologien orientiert

ist. Und wenn Du das Mittelalter also ansiehst, von welchem Standpunkt aus ist das finster? Wenn Du expansionsorientiert bist – das hab ich bei dem Galtung aufgeschnappt – ist Wachstumsrückgang ein Anlaß zu Pessimismus. Wenn Du kontraktionsorientiert bist, dann ist Wachstum ein Anlaß zu Pessimismus.

Kommune: Da liegt doch jetzt die Schwierigkeit. Sicher ist Wachstum im Sinne von Werten, auch beliebiges Wachstum von Gebrauchswerten überhaupt nicht das Problem. Aber ein Problem ist ja die Frage des Wachstums der Fähigkeiten, den Springquell assoziierter Arbeit sprudeln zu lassen.

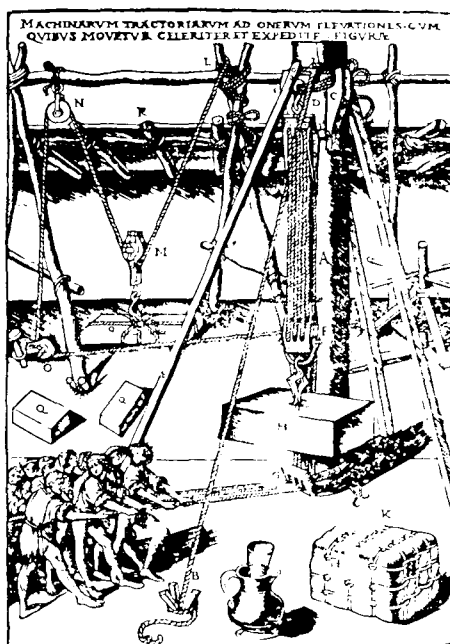
Bahro: Und jetzt ist die Frage, welcher Fähigkeiten. Wenn man die Frühschriften nimmt bei Marx, die ökonomisch-philosophischen Manuskripte, wo das ja konzentriert ist, dann ist der Reichtum der menschlichen Sinnlichkeit das Produkt der Arbeitsteilung, also praktisch des Reichtums an Genüssen, die hergestellt werden. und es war ja zu der Zeit nicht gelöst und ist bis heute nicht gelöst, daß dieser Reichtum sich nun auch für Individuen reproduziert, sondern das ist ja sozusagen gesellschaftlicher Reichtum, der nur durch einige sehr privilegierte Haushalte gefädelt wird, und die englische Aristokratie pflegt dann halt auszureiten im Park. Die Frage ist eigentlich, wenn man nun Buddha nimmt und das Leben von Marx – ich will gar nicht wiegen, welches besser war, das kann man ja lassen, aber zumindest: Ich würde nicht sagen, daß das Leben von Marx dem Leben von Buddha irgendwie vorzuziehen ist im ganzen gesehen. Oder nehmen wir noch besser Engels, der wohl besser zu leben verstand. Ich weiß nicht, ob Du den kennst in Frankfurt, der soeben erst bei den Baghwans ausgestiegen ist, Rahimond Teube oder Rainer Teube vorher. Das muß ein Linker gewesen sein, vordem, ist immer noch marxistisch eigentlich. Der versucht also, diese indische Philosophie aufzubereiten für unser Verständnis hier und zeigt, daß der Kern dieser ganzen Geschichte dort war, daß sie eine Praxis inneren Handelns dominant gegenüber Praxis äußeren Handelns haben – nur die Dominanz ist das Problem, nicht das eine oder das andere.

Es ist einfach, ich hab das mal zitiert in einem Aufsatz, dieses Goethe-Ding da im zweiten Faust, wo dann steht, nach drüben, also oben, ist die Aussicht uns verrannt, ein Tor, wer dorthin, nun, ich weiß nicht mehr genau, wer dorthin seine Energien richtet. Gemeint ist, der Tüchtige, der sehe hier sich um. Die Perspektive ist also, Sümpfe trocken zu legen. Wie erobere ich Räume, viele Millionen und so. Das ist eine Zivilisation.

Gut, ich will die doch gar nicht abschäffen, ich meine einfach, das Problem ist, ob wir nicht viel zu fixiert darauf sind, alles, was auch menschliche Entwicklung ist, über den Weg der Entäußerung zu sehen. Der Mumford zeigt unter anderem in dem Buch „Mythos der Maschine“ – wenn man

Gewichtswebstühle der Griechen. Deutlich sichtbar noch der gemeinschaftliche Arbeitsprozeß. Davon kann allerdings bei der heutigen Textilproduktion nicht mehr die Rede sein.





Hebezug nach Vitruvius (zwischen 31 u. 27 v. Chr.). Holzschnitt, 1521. Genannter Vitruvius über Maschine und Mechanik: „Alle Mechanik aber ist von der Natur der Dinge vorgebildet und von dieser Lehrerin und Meisterin durch die Umdrehung der Welt gelehrt.“

das liest, fragt man sich, ob dieser Aufsatz von Engels so stimmt mit dem Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen. Es scheint, daß dieser Entäußerungszyklus, um Wissen zu produzieren, nicht unbedingt im unmittelbaren Sinne des Zwischenschaltens der Hand und diese Art Praxis erfordert, sondern daß die eine Unmenge Wissen über die Natur hatten, wenn sie sich's damit genug sein ließen, die Beeren zu pflücken und die Pilze zu sammeln und, was weiß ich, 57 Arten grün schon in den Begriffen zu unterscheiden, wo die Unterscheidung nicht im Experiment getroffen wurde. Unser Praxisbegriff ist heute ja der experimentelle. Das ist so relativ. Ich meine, die Gesamtgeschichte wird auf materielle Expansion ferner nicht angelegt sein können, weil die Erde endlich ist.

Kommune: Du hast von den Steinzeit-Ökonomien gesprochen. Wenn man den Begriff Industrie ganz allgemein nimmt, was das eine extrem extraktive Industrie oder eine extrem extraktive Produktionsweise, die praktisch von dem Reichtum der Natur lebt und sich diesen Reichtum der Natur, wie er ist, aneignet, aber die Natur selber halt nicht entwickelt und auch nicht umbaut durch die Produktionsweise.

Bahro: Nein, das ist noch eingeordnet im biologischen Gleichgewicht.

Kommune: Dorthin ist keine Rückkehr möglich. Elemente von dieser Produktionsweise sind sicher wieder aufzunehmen, aber eine Rückkehr zu einer solchen Produktionsweise unter unseren Bedingungen, wobei ich weiß, daß Du das auch nicht willst, wäre ja gar nicht machbar. Das würde ja zu einer völligen Ruinierung der Natur führen.

Bahro: Weißt Du, unser Denkhemmnis, was ich mit produktivistisch in letzter Instanz meine, ist nicht mal so sehr die ausgesprochene Expansionsorientierung, die noch zusätzlich dazu kommt, wenn man etwa gerade die letzten 35 Jahre Kapitalismus hier nimmt, sondern wir sind irgendwo reingefallen auf eine Spezialisierung unserer Evolution, indem wir Gesellschaft über Produktion überhaupt definieren. Indem wir also vor allem fragen, wie sieht denn die nächste Produktionsweise in dem Sinne aus. Da hatte Marx immer recht, wenn er vorsichtig war mit dem Ausmalen, was da denn nun später kommen wird. Zugleich sehe ich schon, man ist doch gezwungen, ein bißchen mitzuspekulieren, weil das auch ein menschliches Bedürfnis ist.

Ich würde da nicht peristich sein, würde aber auch nicht zu viel drauf geben, ob nun die Prognose stimmt, wie die dann produziert werden. Klar ist, daß produziert wird, aber es hat sich irgendwie gewandelt, daß das also eine Bedingung ist, ohne die Gesellschaft nicht geht, zu dem Punkt, daß das eigentlich der Zweck ist, für den Gesellschaft veranstaltet wird. Wir sind immer gleich bei dem Problem, wie wird das also dann technisch gemacht, welches Instrument darfst du vergessen, welches nicht.

eigentlich die ganzen Sachen, an denen wir jetzt rumdenken, als gesellschaftliche Perspektive gar nicht möglich wären.

Bahro: Da bin ich nicht sicher. Also weißt Du, weil also der Selbstlauf der Akkumulationsdynamik doch einfach die Marken dauernd vor uns herschiebt, was jetzt also sozusagen materiell sinnvoll und nötig ist. Ist das nicht doch zum großen Teil auch schlechte Unendlichkeit, in die wir uns da hin bewegen? Also so in der Art wie der Fourier irgendwann mal bemerkt, in welchem Maß denn nun irgendeine Dame des 19. Jahrhunderts glücklicher sei als die Madame de Sévigné, weil die letztere noch von Steinguttellern gegessen hat. Ich weiß nicht, ob nicht viele Dinge in diese Richtung gehen. Da sind doch auch Dinge verloren gegangen, auf diesem Fortschrittsweg. Wenn man von Glücksmöglichkeiten her denkt, dann ist doch das Leiden einerseits und der Gewinn andererseits, wenn man die Gewohnheiten ändert, die eigentliche Sache. Das ist wieder die Frage, ob wir das über diese äußeren Dinge so sehr definieren wollen.

Zum Beispiel indianische Kulturen. Also der Durchschnittsstammesangehörige in bestimmten Ethnien war mehr Mensch als der Durchschnittsarbeiter jetzt ist in dieser Struktur hier. Also ich meine, er war flexibler, stand in komplizierteren Beziehungen unter Umständen. Wenn das hundert Leute waren, die den Stamm oder diese Einheit konstituierten, dann hatte der in diesem Gesamtzusammenhang eine Funktion, wo er irgendwie unersetzlich war. Während sich das heute auf drei Leute reduziert hat, und zwei Arbeitskollegen vielleicht noch. Wo das gesellschaftlich gesehen schon völlig Anomie ist, wie Durkheim das nennt. Was ich da meinte, war – sicher ist das ein bißchen provokativ formuliert – wir sollten bereit sein, den Gedanken zu denken, ob nicht in den letzten zweihundert Jahren die Evolution schief ging. Das heißt nicht, daß nicht auch in diesem Evolutionsprozeß Dinge, die für sich betrachtet als Errungenschaften erscheinen und in irgendwelchen Zusammenhängen auch vielleicht welche bleiben mögen – zustandegebracht worden wären, daß aber die Gesamtentwicklung doch darauf hinausläuft, daß Technikosphäre die Biosphäre erdrücken wird, wenn man der Logik folgt. Es ist so schwierig. Wenn man die Geschichte Israels etwa nimmt, und sie dann unter dem Gesichtspunkt der Zerstörung des Tempels betrachtet, kann man doch auch sagen, daß das was schiefgegangen ist im Ganzen. Und daß in bezug auf all die Strukturen, die zur Zerstörung des Tempels geführt haben, eine Korrektur nötig ist.

Ich wollte damit sagen, der Mensch ist immer noch derselbe wie vor zehntausend Jahren, was also den Genotyp betrifft. Wieso sollen wir ihn im Hinblick auf die letzten zweihundert Jahre so definieren, daß er wie die Ameise von dem Ameisenbau abhängig ist oder wie die Schildkröte

von ihrem Panzer? Wir müssen zumindest bereit sein, uns als unabhängig von dieser ganzen Technosphäre zu denken. Also nicht auf diese Gesamtgestalt angewiesen zu sein. Der Mensch braucht kein Auto, kein Telefon, keine Eisenbahn und alles das

Kommune: aber er hat's jetzt

Bahro: Ja, das heißt ja nicht, dies muß alles abgeschafft werden, weil er's nicht braucht, sondern nur

Kommune: Er darf nicht dadurch definiert werden

Bahro: Sonst haben wir praktisch in unsere Horizonte die Entfremdung schon voreingebaut. Und die Unentrinnbarkeit konstituiert, ehe wir geprüft haben. Also wir brauchen jetzt verdammt viel freien Raum im Kopf und in den Gefühlen. Also dieser Satz, der mich schon fasziniert hat, als ich ihn in der *Alternative* zitiert habe: Jeder überflüssige Besitz ist eine Einschränkung meiner Freiheit. Der hat gattungsmäßige Bedeutung.

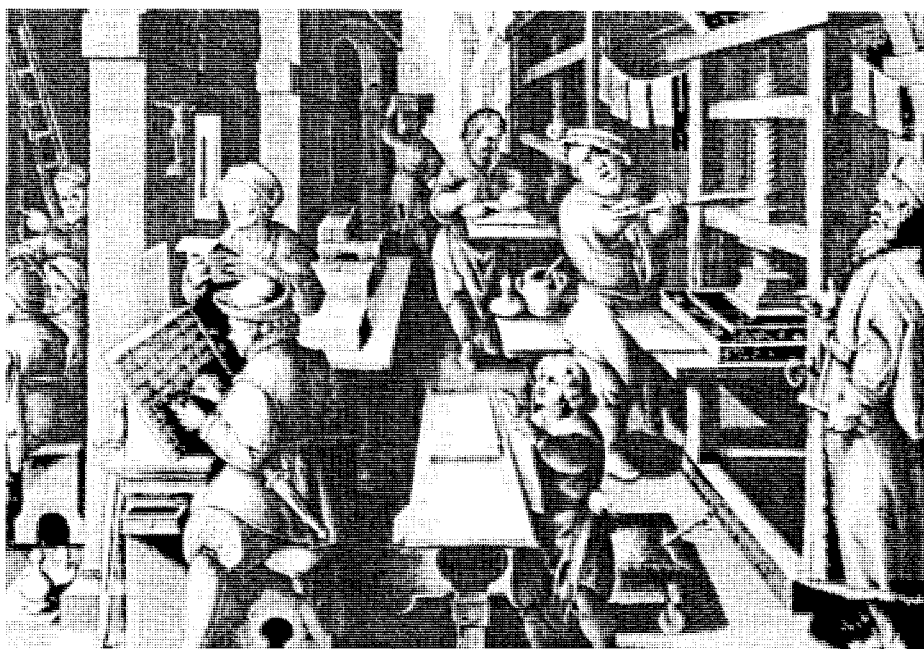
Kommune: Was aber ist überflüssig? Das kann man ja nicht einfach verfügen. Das Problem ist ja, daß jetzt im Massenumfang niemand tauschen will mit dem mittelalterlichen Handwerker zum Beispiel und daß er auch nicht einfach tauschen kann.

Bahro: So steht das Problem ja auch nicht. Es geht ja nicht darum, mit dem mittelalterlichen Handwerker zu tauschen. Wenn sie also berechnet haben, Illich, daß wir uns mit dem Auto in Wirklichkeit nur mit 10 Stundenkilometern bewegen

Kommune: An der Berechnung habe ich Zweifel, ob die stimmt. Sie stimmt nämlich meine ich, nicht.

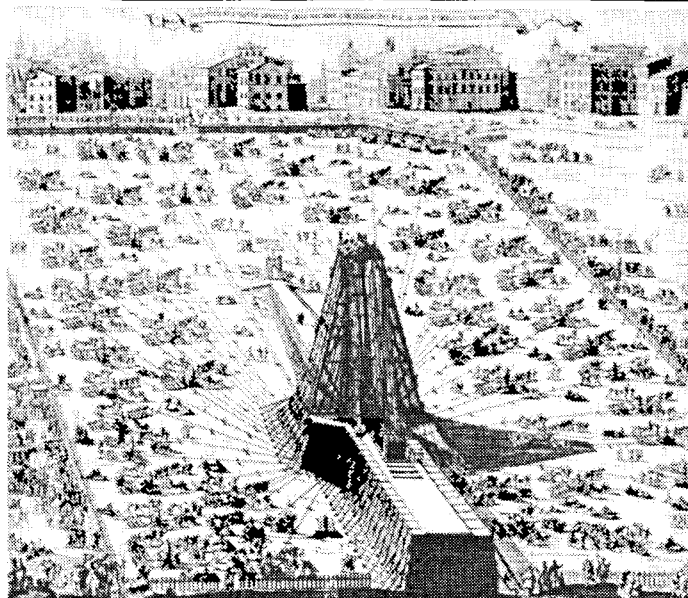
Bahro: Nochmal zum Ansteigen der Arbeitsproduktivität und der geringen Reduktion der Arbeitszeit. In der DDR hab ich mal gesehen, die wollten also die Konsumtion bis 1990 verdoppeln Mitte der 70er Jahre und der Kampf sollte dann darum gehen, daß der Materialverbrauch nicht vierfacht wird für die Verdoppelung, sondern nur verdreifachfünftfach werden sollte, durch spezifische Einsparungen von Material. Und so läuft doch die ganze Karriere. Daß wir uns also mit mehr Arbeit in Wirklichkeit nicht mehr Genüsse verschaffen.

Kommune: Eins der Probleme ist, daß der Kapitalismus die Arbeitszeit sowieso bloß pro Produkt kürzen kann. Ansonsten hat er die Tendenz, die Arbeitszeit sowohl für die ganze Gesellschaft auszudehnen – muß er eigentlich auch, denn wie soll er sonst eine erweiterte Reproduktion von Werten zustandebringen – und er hat auch die Tendenz, die Arbeitszeit für den einzelnen zu verlängern und nicht zu verkürzen. So daß die Verkürzung der Arbeitszeit pro Produkt notwendig verbunden ist mit einer ständigen Ausdehnung der Produktion von Waren, die wohl oder übel auch Ge-

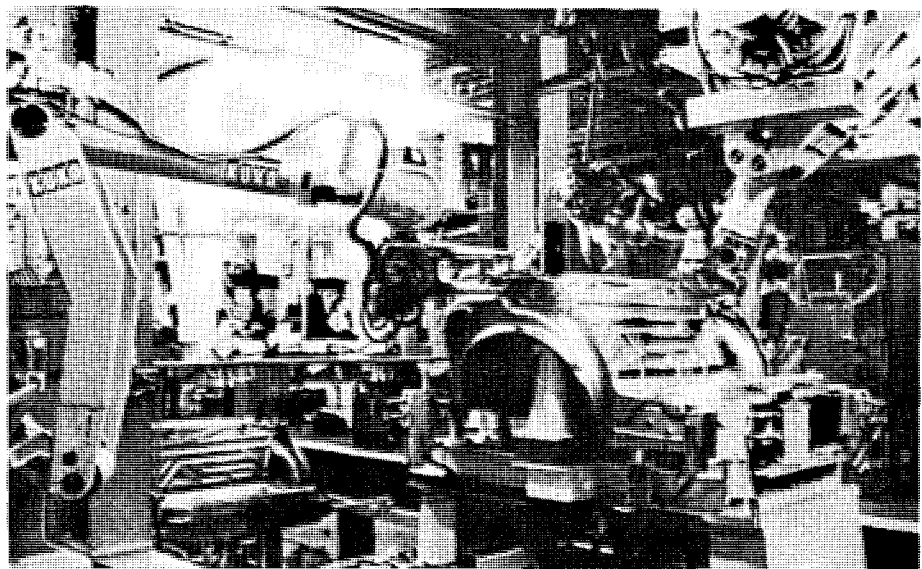


Der Buchdruck. Kupferstich von P. Galle nach Ioannes Stradanus (Jan van der Straet), um 1570. – Hier sind noch alle Vorgänge des heute weit aufgesplitterten Prozesses in der Druckindustrie in einem Raum versammelt.

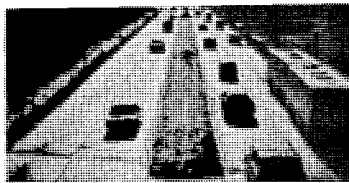
Aufrichtung des
Vatikanischen
Obelisken in Rom.
Anwendung von 40
Göpeln, 140 Pferden
und 800 Arbeitern.
Kupferstich 1694.
Wie wär's mit der
Vorstellung, wir
müßten heute dieses
oder jenes
(nützliche!) Denkmal
entsprechend
aufrichten?!



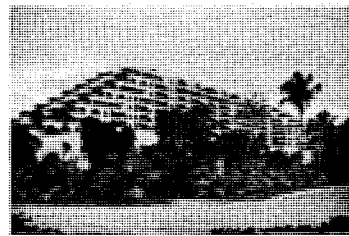
Die menschenleere Fabrik ein Ergebnis kapitalistischer Produktivkraftentwicklung. Fluch oder Segen?! Jedenfalls sind die Arbeitsplätze, die die Roboter „übernommen“ haben, nicht gerade die beliebtesten. Wahr ist, daß das heute auf Kosten der Produzenten geht, aber wäre die vollautomatische Fabrik unter allen Umständen ein Schrecken einer emanzipierten Gesellschaft, wenn in ihr viele eintönigen und sinnentleerten Arbeiten verrichtet werden könnten, ohne daß Menschen in diesen Produktionsprozeß hineingepreßt werden müßten?



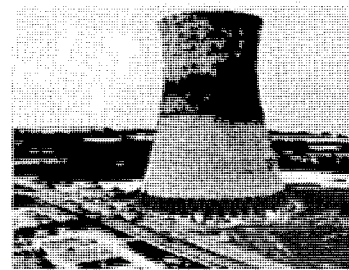
Ausfallstraße
Stellglied, Regler oder Nachschub-
größe?
In welchen Regelkreis greift sie ein?



Bepflanzung
Führt sie eine negative Rückkoppe-
lung ein, oder löst sie eine auf?



Subvention
Erhält sie Arbeitsplätze, oder ver-
richtet sie welche durch Zementie-
ren einer falschen Richtung?



Dadurch, daß ich weiß, daß etwas eine Ausfallstraße ist, eine Bepflanzung,
oder eine Subvention, weiß ich noch lange nicht, welche Rolle sie in dem
System als Komponente einnimmt.

brauchswerte sein müssen in irgendeinem Sinn. Worauf es mir ankommt, ist halt, daß diese völlig einseitige Tendenz, die Produktionszeit pro Produkt zu verkürzen, gleichzeitig eine Bedingung dafür ist, daß die Gesellschaft durch Arbeit nicht aufgefressen werden muß. Der Begriff von Arbeit, wie er sich heute entwickelt hat, und wo Arbeit und andere Tätigkeiten völlig voneinander getrennt sind, existierte in früheren Gesellschaften so vielleicht noch nicht, aber sie sind doch zu einem beträchtlichen Teil in der Reproduktion der Menschen als natürliche Wesen draufgegangen. Die Fähigkeit, die Arbeitszeit pro Produkt zu reduzieren, die der Kapitalismus ganz einseitig hervorgetrieben hat und verbunden mit der Tendenz, die Arbeitszeit für die Gesellschaft wie auch für den einzelnen Arbeiter auszudehnen, ist gleichzeitig eine Bedingung dafür, daß die Arbeitszeit für die Gesellschaft, daß die Arbeitszeit für die Einzelnen verkürzt werden kann und daß überhaupt gesellschaftlich wie vom Einzelnen über seine Zeit potentiell ganz anders verfügt werden kann als vorher.

Bahro: Das scheint doch nur so. In Wirklichkeit ist es doch so, daß die Dimensionen, in denen wir haben müssen, diese Gewinne wieder auffressen.

Kommune: In dieser Struktur, in dieser kapitalistischen Gesellschaft.

Bahro: Nein, ist das nur die kapitalistische Struktur? Ich habe ja vorher angedeutet, daß ich der Meinung bin, daß es bis in den anthropologischen Grund hinein einer Korrektur bedarf. Es gibt da einen Punkt, wo die menschliche Gattungsentwicklung so gelaufen ist, daß das überschüssigste Bewußtsein, dieser Hirnüberschuß, dieser

Vorlauf hier, in die Richtung gegangen ist, also materielle Expansion aus Gründen der Kompensation, jetzt nicht in diesem psychologischen Sinn, sondern von Kompensation von Dingen, die sich sonst als Anpassungsmängel erweisen würden bei der Gattung. Daß es in diese Richtung gegangen ist, daß das die Logik ist, die noch unter der Produktivmusebene liegt, und daß ich mir vorstellen könnte, daß sich der gesamte Schwerpunkt von der Reise nach außen auf die Reise nach innen verschiebt. Daß wir viel mehr mit den inneren Kräften arbeiten. Da sind auch Qualifikationen nötig. Buddha oder später Tagore bis hin zu den heutigen Zen-Leuten, das waren doch überaus reiche Subjektivitäten. Der Westen definiert sich viel mehr übers Äußere, übers Objekt.

Das hat ja auch was gebracht als Ausgleich oder Gegengewicht zu diesem indischen Weg. Aber wenn die Gesamtperspektive der materiellen Expansion endet, dann müssen wir doch bereit sein zu fragen, ob nicht in dieser anderen Dimension Gewinne zu machen sind, von denen wir also grundsätzlich abgehalten werden durch die Art, wie unser Zeitplan strukturiert ist.

Mir fiel das mal auf. Die Baghwanesen hatten mich doch mal eingeladen, da in dem ICC mit ihnen zu diskutieren. Da ging es dann also um die Diskussion „Kopf abschaffen“ Was damit gemeint sein würde. Wenn man sich jetzt diesen Chefkonstrukteur dieses Unternehmens dort vorstellt. Der hat also seine Schuljahre hinter sich, wo er schon präpariert worden ist, dann die Studienjahre, dann die Praxisjahre und dann die Jahre, wo er die Halle da gemacht hat. Also wieviel Leben in diese Abstraktionssache reingeht. So daß also sein ganzes

physiologisches Skelett, also seine Art des Energieverbrauchs doch programmiert ist nichts als der Funktionär zu sein, der der Gesellschaft solche Hallen baut. Das ist doch ziemlich typisch für das, was wir überhaupt hier machen. Ist das also das volle Leben im Vergleich zu dem, was jemand macht, der den Yogaweg geht in Indien, und dort den Schwerpunkt der Realisierung sieht? Man muß es ja nicht abschließend einander gegenüberstellen. Aber wenn gerade in dieser Richtung in Wirklichkeit die Aussicht uns versperrt ist, im Unterschied zu dem, was Goethe vor hundertfünfzig Jahren noch sagen konnte, dann biete sich doch an, diese andere Dimension überhaupt erst mal zu benutzen.

Abbildung aus dem Buch von Frederic Vester

„Ballungsgebiete in der Krise. Vom Verstehen und Planen menschlicher Lebensräume“, München 1983.

Kommune: Die Differenz besteht doch darin, auch die Möglichkeiten zu sehen, die das hervorgebracht hat, was Du als Irrweg bezeichnet hast. Also das, was Marx mit dem vielseitig entwickelten Individuum meinte. Nun wird natürlich durch diese Entwicklung heute das Individuum nicht einfach vielseitig entfaltet, sondern bloß der Möglichkeit nach

Bahro: In der Alternative bin ich dazu ja noch voll positiv. Was also sozusagen die kognitive Orientierung betrifft. Das Problem ist: Der Verstand ist offensichtlich bloß ein Achtel des menschlichen Bewußtseins. Also der Verstand, der in diese Richtung geht. Das hat mir neulich mal jemand erzählt. Ich weiß nicht, wie wissenschaftlich das ist. Das ist eine Hausnummer. Der Verstand ist nur eine der Kräfte, mit denen der Mensch bewußtseinsmäßig umgeht. Und unsere Kultur hat eben ganz diesen Weg genommen und Marx war in der Hinsicht einfach Cartesianscher, zivilisationsgemäß. Das muß vielleicht noch nicht mal niedriger bewertet werden für sich genommen, sondern nur der Stellenwert muß neu bestimmt werden, den das hat. Und es muß allerdings der Anteil im Zeitplan reduziert werden. Wir können uns einfach nicht mehr so viel damit befassen, nur diese eine Dimension, die übers Sachen machen läuft, zu betreiben. Also ich meine, ein Ingenieur, der Schiffbau studiert hat, muß eigentlich sich wünschen, daß ein ganzes Schiff nach seinem Entwurf gebaut wird. Das geht einfach nicht. Das ist nicht multiplizierbar. Ich meine, das macht doch keinen Spaß, immer bloß die Spanten für das Schiff konstruiert zu haben. Irgendwie so die Tendenz, du möchtest der Chefingenieur dieses Schlachtschiffs da am ICC sein. Das ist doch die Tendenz, die darin liegt. Diese Aussicht muß nunmehr frustriert werden. Man muß es sich geradezu wünschen, daß es da nicht mehr weiter geht. Das ist ja das, was ich an Mike Cooley noch kritisiere. Daß er immer noch davon ausgeht, der Arbeiter muß Arbeiter, der Ingenieur muß Ingenieur bleiben. Wir müssen das nur umlenken auf freundlichere Produkte. Das ist mir nicht radikal genug aus dem Zusammenhang, den wir hier diskutieren. □

Marianne Braig und Klaus Voy*

Mit Benedictus vom Wachstumskarussell springen oder den Auszug aus Ägypten wagen

Im Maiheft der *Kommune* (5/1983) hatten wir Rudolf Bahros Artikel „Bedingungen einer sozialistischen Perspektive am Ende des 20. Jahrhunderts“ veröffentlicht. Auf der Bundeskonferenz der Grünen Mitte November sind jetzt die Probleme der Dritten Welt auf die Tagesordnung gesetzt, um dann im nächsten Jahr zu programmatischen Aussagen über das Verhältnis zur Dritten Welt zu kommen. Um so aktueller eine kritische Auseinandersetzung mit Bahros Thesen in dem

genannten Aufsatz. Die *Kommune* hat sich bereits mehrfach mit den Problemen der Dritten Welt auseinandergesetzt, so in ihrem Schwerpunkt im Februarheft (2/1983) und durch den Abdruck von Samir Amins Aufsatz über den „Marxismus in Asien und Afrika“ im Aprilheft (4/1983). Auch Jochen Noths kritische Analyse der Geschichte der Volksrepublik China im Augustheft (8/1983) ist Bestandteil dieser Diskussion, die wir fortsetzen werden.

Bahro will seine Ausführungen (*Kommune* 5/1983) im Zusammenhang einer *prinzipiellen Globalstrategie*, wie sie sich aus dem „Stehenbleiben“ des nördlichen *Industriesystems* als Chance ergibt, sehen. In eben diesem Stehenbleiben sieht er nämlich Lösungsmöglichkeiten sowohl für die Probleme der Ersten wie der Dritten Welt. Dies sind Chancen, die im Gegensatz zu EAP, Richard Löwenthal und GAL-Kreisen nicht in einer Arbeitsgesellschaft gesehen werden können, sondern außerhalb von ihr in Kommunen oder auch in der Chance, daß „wir selbst Dritte Welt werden“

Von all den „linken“ Industrialisierern der Ersten und der Dritten Welt will sich Bahro radikal trennen, und zwar sowohl weil er den Industrialismus verdammt als auch den sowjetischen Weg dahin, den die Länder, die eine nachholende Industrialisierung betreiben wollen, notwendig gehen müßten. „Wer nach den Erfahrungen mit dem sowjetischen Sozialismus, der in Wirklichkeit keiner geworden ist, in einem abhängigen, einem vom Kapitalismus eingegliederten und unterentwickelt gehaltenen Land diejenige Industrialisierung nachholen will, die in den Metropolen abgelaufen ist, der favorisiert, ob er will oder nicht, das sowjetische Modell.“ /53/

Trotz der auch von Bahro konstatierten Tatsache der Unterscheidung zwischen entwickelt und unterentwickelt gehaltener Welt, zwischen ausgeprägtem Industriesystem in den zwei sehr unterschiedlichen Versionen Kapitalismus und „Realsozialismus“ und nachholender Industrialisierung läßt er sich nicht darin stören, die Welt als einheitliche, ihre Probleme als umfassende, ihre sozialen Vertreter und Kontrahenten unterschiedslos zu behandeln.

Denn gleichgültig wo die Menschen auch leben mögen, sie leiden am *Industrialismus*, der die „Grundbedürfnisse des Menschen als

Gesellschaftswesen“ /51/ nicht befriedigen kann und dem gegenüber Bedürfnisse „des Herzens und des Geistes, welche zusammen früher auch Seele genannt wurden“, gestellt werden müssen. Derartige Bedürfnisse sieht Bahro nun nicht bei den traditionellen sozialen und nationalen Bewegungen, sondern in den neuen sozialen Bewegungen der Ersten Welt (Öko-, Frauen- etc.) und der Dritten Welt (Marginalisierte).

Seine Kritik am Industrialismus bleibt also nicht bei den materiellen Auswirkungen stehen, sondern bezieht auch die sozialen Träger derartiger Entwicklungsprozesse mit ein, die sich für industrielle Entwicklung, Einkommensumverteilung, soziale Sicherung etc. eingesetzt haben, wendet sich also gegen die klassische und in Wirklichkeit noch nie wirksam gewordene Bündnisallianz zwischen nationaler Befreiungsbewegung und Arbeiterbewegung. Die Absage Bahros ist eine totale, sie gilt der Charaktermaske Lohnarbeiter, dem Herrschaftscharakter der Großtechnologie, sie gilt in erster Linie aber der damit verbundenen Geistesströmung, der bürgerlichen /industriellen Kultur, Lebensweise, Rationalität, Aufklärung, etc.

Demgegenüber setzt er seine *Globalalternative*, die Bewegung der Herzen, des Aufbruchs, der sozialrevolutionären Erweckungsbewegung, wie sie in der islamischen Revolution, anderen religiösen Bewegungen oder seiner Kommunebewegung zum Ausdruck kommt.

Hierzu aber hat die Linke keinen Zugang, „das liegt uns nicht, weil wir in unserer Tradition eine blinde Stelle haben, von der bürgerlichen Aufklärung geerbt“ /56/ Die fundamentale Krise der industriellen Welt kann von den traditionellen sozialen Kräften nicht gemeistert werden. Bahro sieht in der polnischen Volksbewegung, der Antiatomkraft- und Frauenbewegung, der städtischen Armut, der neuen Spiritualität diejenigen Kräfte, die die Chancen, die sich

* Mitglieder der Gruppe „Alternativer Sozialismus“ (ALSO)

aus dem Stehenbleiben des Wachstumskarussells ergeben, nützen können. Die anderen traditionellen sozialen und nationalen Bewegungen sitzen drauf und müssen runtergeschubst werden.

Ohne Analyse der sozialen Veränderungen (Sozialstruktur und Kräfteverhältnisse) propagiert Bahro, „keine abstrakten Analysen sondern Appelle“

Und inhaltslos propagiert er der ganzen Welt den „Aufbruch zurück aufs Land“, den „Auszug aus Ägypten“ die *Gründung von Kommunen*. Gerade aber aus seiner strikten Abneigung und Absage an Analysen und inhaltliche Alternativen ergibt sich ein Aufpfropfen unserer Bedingungen und Erfahrungen auf die Dritte Welt und umgekehrt. Daran aber mangelt es der Dritten Welt in keinster Weise. Gerade die von Bahro so ins Visier genommenen Kommunisten haben sich in der Übertragung von Strategie und Taktik spezifischer Revolutionen auf den Rest der Welt und auch gerade auf Lateinamerika hervor getan. Eine einfache Übertragung unserer neuen sozialen Bewegungen auf die Sorgen und Nöte der Dritten Welt ist genauso wenig aussichtsreich wie umgekehrt eine Verdritteweltlichung der entwickelten Industrienationen.

Die Einheit des Weltsystems umfaßt differierende gesellschaftliche Verhältnisse

Wachstum und Entwicklung, Wachstum ohne Entwicklung

Die Neuorganisierung der Weltökonomie nach dem II. Weltkrieg fand unter der uneingeschränkten Hegemonie der USA statt und war geprägt durch eine langanhaltende Wachstumsphase der US-amerikanischen Wirtschaft. Aufhebung von Handelshemmnissen, Expansion

des Welthandels, Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung, stabile Währungsverhältnisse, Priorität der wirtschaftlichen Macht, die allerdings immer wieder von militärischer Repression begleitet war prägten das Bild der westlichen Welt und ihrer Peripherie bis zu Beginn der 70er Jahre. Für die Länder Westeuropas und für Japan bedeutete dies gleichfalls eine rasche Ausweitung des nationalen Industriesystems und der internationalen Verflechtungen. Auch für eine große Zahl sogenannter Entwicklungsländer brachte die ungleiche Einbindung in die internationale Arbeitsteilung immer größere Zuwachsraten der Produktion, auch der industriellen mit sich. Die Hoffnung vieler modernisierungsbegehrter Entwicklungsexperten unterschiedlichster politischer Couleur daß mit dem Wachstum auch die industrielle Entwicklung, die Agrarreform, eine gerechtere Einkommensverteilung, der Sozialismus oder sonst was käme, konnte allerdings nicht erfüllt werden. Das Bild, das gerade die Dritte Welt am Ende der sogenannten ersten Entwicklungsdekade (1970) und erst recht am Ende der zweiten (1980) (vgl. Brandt-Bericht) bot, war /ist mehr als deprimierend. Die Wachstumsraten der Produktion und die Industriali-

sierung haben zwar zu einer unterschiedlichen Dynamik in den einzelnen Ländern geführt, Brasilien ist nicht mit Obervolta gleichzusetzen, die Schwellenländer nicht mit den Ärmsten der Armen. So wichtig die unterschiedlichen Entwicklungsetappen und -modelle bzw Nichtentwicklungsmodelle sind, wir werden darauf noch zu sprechen kommen, so gemeinsam ist der Dritten Welt doch ihre Peripherisierung gegenüber der Ersten. Und diese Gemeinsamkeit besteht nun weniger in der Ausbeutung der peripheren Arbeitskraft durch die metropolitane, sondern in der Beschlagnahme der Ressourcen der Dritten Welt für den Industrialisierungsprozeß der Ersten, und dies durchaus in einem umfassenderen Sinne, nämlich der Entwicklung einer spezifischen Lebensweise in den metropolitane kapitalistischen Industrienationen.

Am deutlichsten springt dies sicherlich bei der Motorisierung (Individualverkehr) auf Basis niedriger Benzinpreise in den 50er und 60er Jahren ins Auge, kann aber auf viele Exportprodukte der Dritten Welt bezogen werden.

Die Expansion der Exportwirtschaft der Dritten Welt, in aller Regel mineralische oder agrarische Rohstoffe, bildete die Achse, die einer Reihe von Ländern eine *abhängige Industrialisierung* ermöglichte. Daß diese die sozialen, politischen und kulturellen Probleme nicht löste, sondern im Gegenteil diese brutal verschärfte, wird nicht nur in der islamischen Revolution deutlich, die wir als typische Antwort auf einen derartigen Entwicklungsprozeß sehen. Bis hierher berühren wir uns mit der Krisenbeschreibung von Bahro noch. Die Frage ist nun allerdings: Was geschah, als dieser in sich krisenhafte Wachstumsprozeß in die Stagnation geriet? Die Krise der Industriemächte der westlichen Welt, allen voran der USA, der Zusammenbruch des alten Währungssystems, die verschärfte Konkurrenz der Metropolen und Schwellenländer hat zunächst in eine Bewegung des „Rette-sich-wer-kann“ geführt und nicht zu einer radikalen Neubesinnung. Die Dritte Welt versuchte krampfhaft unter Ausnutzung der Mitte der 70er Jahre günstigen Kredite, durch massive Verschuldung den problematischen Entwicklungsprozeß fortzuführen. Sie versuchte also, in den gegebenen Strukturen soweit als möglich zu überleben.

Nachdem inzwischen auch diese Fortschreibung an Grenzen geraten ist, bzw der IWF brutal die Grenzen aufzeigt, schrumpfen die Anfänge einer Industrialisierung in sich zusammen (vgl. gerade in Lateinamerika, Argentinien u.a.), wachsen die sozialen Probleme weiter und verstärkt sich die Abhängigkeit.

Die Krise hat also bislang noch keine Hoffnung oder Chancen in sich geborgen. Dies gilt übrigens auch für die iranische Revolution. Die Krise der industriellen Produktion in der Ersten Welt und die De-Industrialisierung in vielen Ländern der Dritten, gerade in den Schwellenländern, ist für sich genommen nichts Hoffnungsvolles, sondern hat Millionen von Menschen in ihrer Existenz bedroht.

Die Wachstumskrise der Ersten Welt alleine hat leider so hart dies klingt, den Hunger und das Elend vermehrt.

Wir stehen also vor dem Problem, daß sowohl der Wachstumsprozeß als auch die Stagnation keine Perspektive für die Länder der Dritten Welt gebracht haben.

Ursache dieser Misere ist sicherlich die Einbeziehung der Ressourcen der Dritten Welt in den Reproduktionsprozeß der Ersten.

Dies muß geändert werden. Doch wie, das sagt Bahro nicht. Daß es mit einer einfachen Abkopplung, vor allem dann noch vereinzelter Länder nicht getan ist, lehrt uns zur Zeit Nicaragua. Dieses Land leidet unter dem Wirtschaftsboykott der USA und anderer westlicher Staaten, es ist heute ein Zeichen der Solidarität, den

Kaffee dieses Landes zu konsumieren, auch wenn damit die Abhängigkeit vom Export / Weltmarkt bestehen bleibt. Die Entwicklung langfristiger Alternativen braucht die kurzfristige Unterstützung. Mittel- und langfristig sind sicherlich Wege aus der Abhängigkeit, die die eigene Subsistenz sichern, notwendig.

Die globalistische Sichtweise Bahros versperrt jedoch nicht allein den Blick auf die unterschiedlichen Perspektiven der verschiedenen Länder, seine geradezu bornierte Verteufelung der Industrie überhaupt und der sozialen Forderungen und Entwicklungen ihrer sozialen Träger und Kontrahenten verbarrikadiert ihm die Sicht auf die Differenziertheit dieser Welt und die unterschiedliche Problemlage ihrer einzelnen Teile sowie die verschiedenen nationalen und regionalen Wege aus der Krise. Allein das kapitalistische Weltsystem umfaßt eine Vielzahl unterschiedlicher Gesellschaften und Entwicklungswege.

Dabei ist die *Differenz zwischen entwickelten Metropolen des Kapitals und unterentwickelt gehaltenen Nationen grundlegend*. Eine Fixierung allein jedoch auf diesen Tatbestand, der in der Konstatierung der Ausbeutung der Dritten durch die Erste Welt endet, negiert jedoch die Ausbeutung innerhalb der beiden Welten, die durchaus unterschiedliche soziale Verhältnisse umfaßt.

Die Erste Welt kann nicht global als Aussauger der Dritten Welt gefaßt werden. Sie okkupiert die zentralen Ressourcen der Dritten Welt, die Akkumulation des Kapitals bleibt aber trotz Einbeziehung auch nichtkapitalistischer Produktionsverhältnisse an das Ausbeutungsverhältnis Lohnarbeit / Kapital gebunden; und dies ist für jedes nationale Kapital erst einmal durch die nationalen sozialen Kräfteverhältnisse bestimmt.

Doch auch die Dritte Welt fungiert nicht als unterschiedslose Masse der Ausgepowerten. Neben den nationalen, auch eigenständigen Konflikten zwischen Ländern der Dritten Welt (Iran / Irak), prägen die sozialen Gegensätze innerhalb der einzelnen Länder die gesellschaftlichen Verhältnisse und liefern die nationalen Bedingungen für die Wege in die Abhängigkeit.

Divergierende Sozialstruktur und soziale Bewegungen

Gerade wenn mensch nicht schnöde ökonomistisch sein will, gilt es, die Bedeutung unterschiedlicher sozialer Verhältnisse, ihre Veränderungen sowie politische und kulturelle Entwicklungsformen ernsthaft in die Betrachtung von

Entwicklungsprozessen miteinzubeziehen. Dabei kommen den verschiedenen Agrarverfassungen in den vorbürgerlichen Strukturen und ihrer Umwälzung zentrale Bedeutung zu. Gerade der Charakter der sozialen Revolutionen, der Sozialstruktur, der Klassenbündnisse sowie die Spezifik der verschiedenen Strukturen familiärer, dörflicher und städtischer Beziehungen prägen die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaften in den einzelnen Ländern Europas anders als in den USA oder in Japan. Dabei sind schon die Wege zur bürgerlichen Gesellschaft innerhalb Europas divergierend, obwohl sie alle durch eine kapitalistische Industrialisierung (außer UdSSR) gekennzeichnet sind. Wir müssen also von einer *Pluralität der bürgerlichen Welt* ausgehen. Denn es ist wohl auch für den oberflächlichsten Beobachter, dessen „Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus“ verbunden sind, nicht zu übersehen, daß trotz Industrialismus, ja trotz Lohnarbeit / Kapital als

grundlegendem Verhältnis, der „american way of life“ auf einer viel größeren persönlichen „Eigenverantwortung“ (self made man) beruht, verbunden mit den verheerenden Konsequenzen für die Armen, als die mehr oder weniger ausgeprägten sozialdemokratischen Wege der Industriestaaten West- und Nordeuropas.

Diese betonen eher die Sozialstaatlichkeit denn die Eigenverantwortung. Agnes Heller hat in anschaulicher Weise die Unterschiede und Gemeinsamkeiten des (US-amerikanischen) ökonomischen Wohlfahrtsstaates und des (schwedischen) totalen Wohlfahrtsstaates beschrieben und vor allem auf die Auswirkungen auf die Lebensweise der Menschen hingewiesen sowie ihre Bedeutung für familiäre und individuelle Strukturen aufgezeigt. (vgl. Heller: „Frauen, bürgerliche Gesellschaft und Staat“ in *Sozialismus* 6/1980)

Davon völlig zu unterscheiden ist der japanische Weg zur Industrienation, welcher durch eine gelungene Verbindung japanischer Tradition (Dorf- und Familienstrukturen) und Industrierarchie bestimmt ist.

Allein die Industrienationen der heute als entwickelt geltenden westlichen Welt haben verschiedene Wege durchlaufen, unterschiedliche soziale Bündnisse haben das soziale und politische Klima der Länder geprägt (Faschismus, parlamentarische Demokratie, Keynesianismus), haben verschiedene nationale kulturelle Ausprägung gefunden.

In diesem Zusammenhang kommt den Agrarrevolutionen / reformen / umwälzungen zentrale Bedeutung zu, denn diese sind das Gemeinsame gegenüber den unterentwickelt gehaltenen Ländern. Am Beginn einer bürgerlichen Entwicklung hat eine agrarische Veränderung gestanden. Wie diese aussieht und vor allem welche sozialen Kräfte und Bündnisse sie betrieben, ist entscheidend für den weiteren Gang der bürgerlichen Entwicklung (vgl. B. Moore: Ursprünge von Demokratie und Diktatur). Hinzukommt dann eine zweite Umwälzung, nämlich die Einbeziehung der Arbeiterklasse in die Politik der bürgerlichen Nationen, das Erkämpfen gleicher Bürgerrechte für Arbeiter und Frauen. Die bürgerliche Entwicklung ist also vielfältigen Umwälzungsprozessen unterzogen, welche zwar den Basischarakter des Ausbeutungsverhältnisses nicht ändern, aber zunehmend die subalternen Klassen durch ihre Kämpfe und Bewegungen in die bürgerliche Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Demokratie miteinbeziehen.

Erst vor diesem Hintergrund der relativen Erfolge der verschiedenen sozialen Bewegungen, wie sie sich in einer Erstreichung des allgemeinen Wahlrechts, persönlicher und anderer bürgerlicher Freiheiten, der Etablierung sozialstaatlicher Absicherung und damit der Ermöglichung der Verbreiterung der bürgerlichen Lebensweise und Individualität auf alle sozialen Klassen zeigt, konnte auch eine fundamentale Kritik an den negativen Konsequenzen dieses Entwicklungsmodells aufkommen; dies sowohl was den Raubbau gegenüber den natürlichen Ressourcen als auch was die Borniertheit der Entwicklung bürgerlicher Werte wie Freiheit, Gleichheit und Individualität betrifft.

Lange Zeit und für einen großen Teil der Bevölkerung war / ist die Erkämpfung individueller Aufstiegsmöglichkeiten bzw deren sozialstaatliche Absicherung das Mittel gewesen, persönliches Glück zu suchen. Daß dieser leistungsorientierte Weg, der wie gesagt unterschiedliche Ausprägungen angenommen hat, ein krisenhafter ist, der letztlich sowohl in der Vernichtung der materiellen Errungenschaften als auch in der Despotie enden kann, wurde von den neuen sozialen Bewegungen schon während seines Funktionie-

rens erkannt und bildet in der derzeitigen Krise die zentrale Auseinandersetzung.

Es ist hierbei auch an uns, den grünen, alternativen, linken Kräften, sowohl die Früchte der bürgerlichen Entwicklung (parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, persönliche Freiheiten, nicht zuletzt die Werte der von Bahro so geschmähten Aufklärung) als Teile unserer Tradition zusammen mit den Werten, wie sie die Arbeiterbewegung durchgesetzt hat, der Gleichheit, Brüderlichkeit, Sozialstaatlichkeit gegenüber der Despotie des Kapitals zu verteidigen. Dabei wird es darauf ankommen, die materiellen Grundlagen konstruktiv und produktiv zu nutzen, die Produktivkräfte der menschlichen Arbeit im Einklang mit der Natur und einer wirklichen Freiheit und Gleichheit weiterzuentwickeln. Dies sehen wir nicht durch den Ausstieg einer Minderheit aus dem Industriesystem gegeben, die dann auch noch weiter von diesem alimentiert werden soll (vgl. *Kommune wagen*), sondern nur in einem *radikalen Umbau dieses Systems in den Industrienationen selbst*.

Bei aller notwendigen Skepsis über die kurz- und mittelfristigen Veränderungsmöglichkeiten des kapitalistischen Systems, trotz aller sich rapide beschleunigenden sozialen und ökologischen Krisenprozesse bleibt der Bahrosche „Ausstieg“ im Kern unpolitische Flucht in eine ideologische Traumwelt. Denn wenn es so ist, daß das Industriesystem allmächtig ist, dann wird es keine Alternative neben sich dulden, und wenn es so umfassend ist, dann wird es in seiner Krise auch die Enklaven mitreißen. Aber mehr noch unterstellt die These, daß nur ein Ausstieg möglich wäre, daß sie in den Metropolen vorhandenen, herrschenden Strukturen abgeschottet wären gegen jede Veränderung, was dann aber nur heißt, daß keine Mehrheit für eine Systemveränderung zu bekommen ist. Der Ausstieg ist dann nichts als der freiwillige Abmarsch in eine marginale Abhängigkeit, was in den USA bereits zur Genüge vorgeführt wurde.

Mehrheiten können hier nur anders gewonnen werden. Das ist aber keine Frage der nächsten Zeit, da ist Bahro durchaus zuzustimmen; es ist wenig zu halten von den Hoffnungen, entweder mit der SPD oder mit der konservativen Mehrheit demnächst große Veränderungen bewerkstelligen zu können.

Wir haben einen längeren Prozeß vor uns, in dem die Auseinandersetzung um die Art und Weise der Produktion und der Bedürfnisbefriedigung eine zentrale Rolle spielen werden. Wenn es tatsächlich so wäre, wie von rechts (industrialistisch) und „fundamental“ (anti-industrialistisch) behauptet wird, daß es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Art der materiellen Produktion, dem Energieeinsatz etc. einerseits und der Befriedigung von Bedürfnissen andererseits gäbe (also: für warme Wohnungen wird Atomstrom gebraucht, für Mobilität das Auto, für die Autoproduktion das Fließband etc.), dann wären erstens bestimmte Konflikte hart und unausweichlich (für oder gegen mehr Energie gleich für oder gegen mehr Wohlstand; die Fundamentalen definieren sich nur ihren Wohlstand anders) und zweitens wäre dann auch klar, welche Position hier in der BRD in diesem relativ privilegierten Land, ausgestattet mit reichlichen wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten, die Oberhand gewinnen würde: mehr Wohlstand, defensiv heißt das Sicherung der Arbeitsplätze, egal was das für andere bedeutet.

Vor diesem Hintergrund erscheint der als so radikal dargestellte Ausstieg als der bequemere Weg, der die harte Arbeit der Veränderung der gesellschaftlichen Realität vermeidet und sich statt dessen eine künstliche eigene kleine Realität schaffen will. Dafür muß

man dann nur noch ein paar Dumme finden, die das zu finanzieren bereit sind. Idealisten.

In Wirklichkeit stehen die Alternativen so aber nicht. Nicht die Industrialisierung insgesamt, als materiell-technischer Entwicklungsprozeß steht zur Disposition, sondern dessen spezifische, auch stoffliche Ausgestaltung, die aber nur als Resultat der sozialen Strukturen zu begreifen ist. In demselben Prozeß werden die Naturgrundlagen der menschlichen Existenz untergraben und zugleich die Mittel in Wissenschaft und Technik herausgearbeitet, mit denen überhaupt erstmalig in der zivilisatorischen Entwicklung ein nicht destruktives Verhältnis zur Natur hergestellt werden kann. Wir haben uns nicht die Bedürfnisse nach warmen Wohnungen, Mobilität, sinnvoller Arbeit etc. etc. abzugewöhnen; es wird ein langer Kampf sein, bis die Mehrheit einsieht, daß dazu die ganze Gesellschaft grundlegend umgewälzt werden muß.

Im Unterschied zu Bahro gehen wir nicht davon aus, daß es sich bei den Lohnabhängigen in den Metropolen um sowas wie eine antike Luxusklasse handelt (und bei der Dritten Welt dann wohl umgekehrt um Sklaven), sondern daß bei allen Problemen und Einschränkungen hier das erste Mal in der Menschheitsgeschichte wie unzureichend auch immer soziale Gleichheit, Gerechtigkeit etc. als gesellschaftliche Werte anerkannt wurden. Die Lohnabhängigkeit weist gerade aufgrund ihrer Widersprüchlichkeit Entwicklungsperspektiven auf, Möglichkeiten der sozialen Emanzipation, die in anderen Zuständen noch schwerer sind.

Soziale Kräfte in der Dritten Welt

Ist es schon unzulänglich, die Metropolen des Kapitals ökonomistisch oder auch ökologistisch in einen Topf zu werfen, so wird die Betrachtung noch absurder, will man wieder einmal Brasilien und Obervolta auch noch in den allgemeinen Topf stecken.

Für die Betrachtung der sozialen Verhältnisse in den unterentwickelten gehaltenen Ländern reicht die Feststellung der Abhängigkeit nicht aus.

Bahro geht auch weiter in seiner Absage, indem er die traditionellen sozialen Bewegungen, sozialistische und kommunistische Parteien evtl. auch Teile der nationalen Befreiungsbewegungen, die Kräfte der alten heiligen „Dreierkräfteanalyse“ also mit in die Verurteilung einbezieht. Diesen wirft er zu Recht vor, „daß ihr Konzept der nachholenden Entwicklung die Gefahr der politischen Despotie des sowjetischen Modells in sich trägt“ Nur allzu viele Länder geben für diese Entwicklungsmöglichkeit Zeugnis.

Doch wiederum unsere Frage: Was sind die Ursachen hierfür, liegt es nur am bösen Willen der „Auf-Teufel-komm-raus Industrialisierungswilligen“? Und ist mit den von Bahro hofierten neuen sozialen Kräften, vor allem den städtischen Marginalisierten (die gerade unter ihrer Desintegration ins Industriesystem leiden), das Potential erwachsen, das eine wirkliche Alternative entwickeln kann? Bahro zweifelt wohl daran, denn er fragt sich, „worauf wären sie zu trainieren?“, „Denn es gibt keine Lösung, wenn nicht das Volk der Ranchos an den Stadträndern und das Volk in den Dörfern zum Subjekt organisiert wird.“ Wie seine inhaltliche Alternative auch immer aussehen mag, klar ist, daß von irgend jemandem die Marginalisierten und das Dorf zu organisieren und zu trainieren sind. Doch von Vorhut, Anführern, Avantgarde hat die Dritte

Welt genug und erst recht von selbsternannten Errettern aus der Ersten und Zweiten Welt.

Doch was haben die alten Kräfte falsch gemacht? Gerade in Lateinamerika sind in den 30er Jahren soziale Bündnisse (populistische) entstanden, die eine breite Volksallianz und Industrialisierung auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Nun kann man sicherlich im Einzelfall auch für Lateinamerika darüber streiten, ob eine industrielle Entwicklung überhaupt immer sinnvoll ist. Das wollen wir an dieser Stelle nicht anfangen, sondern auf die sozialen und politischen Bündnisse verweisen, die eine derartige Modernisierungsperspektive durchsetzen wollten. Für Lateinamerika, wie für die meisten Staaten der Dritten Welt gilt, daß die beiden in den Metropolen des Kapitals durchgekämpften Veränderungen im Prozeß der bürgerlichen Entwicklung, nämlich Agrarrevolution und soziale Reformen bzw. Einbeziehung der Mehrheit der Bevölkerung in den Markt und in die Staatsbürgerlichkeit nicht durchgesetzt werden konnten.

Lateinamerika mangelt es an grundlegenden bürgerlichen Umwälzungen; das Kolonialsystem hat die alten Strukturen, wie später auch die Kapitalisierung dieser Länder, nicht grundlegend umgewälzt, sondern verelendet und langsam ruiniert.

Mariategui, der große lateinamerikanische Marxist der 20er und 30er Jahre, sieht den grundlegenden Unterschied zwischen den Unabhängigkeitsrebellionen seines Kontinents und den europäischen bürgerlichen und sozialistischen Revolutionen gerade im Ausschluß der bäuerlichen/indianischen Bevölkerung, also im nicht-agrarischen Charakter und Nichtvorhandensein eines revolutionären nationalen Bürgertums.

Statt zu einer Verbindung bäuerlich und moderner Massen kam es in Lateinamerika immer wieder zur Zusammenarbeit der alten großgrundbesitzenden Klasse und der aufkeimenden Handelsbourgeoisie. Sicherlich, auch in Lateinamerika hat sich das Volk der Dörfer immer wieder zu Wort gemeldet, hat sich organisiert und Vorstellungen von einer Gestaltung der agrarischen Verhältnisse in den sozialen Prozeß eingebracht. Angefangen bei der mexikanischen Revolution 1910 bis 1918 und bislang fortgesetzt, bis zu den blutigen Kämpfen der Landarbeiter und Kleinstbauern in El Salvador. Aber das konnte bislang nirgendwo bestimmend werden. Einen weiteren zentralen Unterschied führt Mariategui an: die Nationalstaaten waren nicht das Resultat des Erstarkens der Bourgeoisie, sondern diese begann sich umgekehrt erst nach der Bildung des Nationalstaates zu formieren. Für Peru formuliert Mariategui: „ die Politik der Auflösung bestehenden ländlichen Eigentums, die zu den politischen Grundlagen der Republik gehörte, griff den Grundbesitz nicht an. Auf diese Weise wurde ein System eingeführt, das ungeachtet seiner Prinzipien die Lage der Indios in gewisser Weise verschlimmerte statt sie zu verbessern. Die Revolution (Unabhängigkeit) hatte nicht wirklich eine neue Klasse an die Macht gebracht.“ (*Lateinamerika* 3, Seite 21)

In den verschiedenen Revolutionen, Rebellionen und Kämpfen haben auch die sozialistischen und kommunistischen Kräfte nicht immer eine edle Rolle gespielt. Mariategui gehört sicherlich zu den ersten Marxisten des Kontinents, welche die Rolle der bäuerlichen Massen für ein wirklich radikales Bündnis, die Agrarreform für einen radikalen Bruch und die indianische Tradition für eine neue nationale Identität nutzen wollten.

Oft kam es zu labilen Bündniskonstellationen, welche entweder in einer populistischen oder auch sozialistischen Einparteienherrschaft oder in einer Militärdiktatur endeten. Wie auch die sozialen

und politischen Bündnisse im einzelnen aussahen, ihre Gemeinsamkeit war bis zur kubanischen Revolution der Ausschluß der ländlichen Bevölkerung bzw. ihr Betrug, sich an den Früchten der Unabhängigkeit oder einer populistischen Entwicklung dauerhaft beteiligen zu können.

Doch auch dies liegt nicht allein im Versagen der Linken begründet. Zentral wurde für den weiteren Gang der Geschichte des Kontinents die nach dem II. Weltkrieg massiv wirksam werdende Expansion der internationalen Arbeitsteilung und die partielle Industrialisierung. Diese ermöglichten es der Landbevölkerung, dem steigenden sozialen Druck auf dem Land entweder durch Landbesetzungen (unter der Kennedy-Führung wurde dann in der Allianz für den Fortschritt versucht, diese in eine kapitalistische Perspektive einzubeziehen) oder durch massive Landflucht zu begegnen.

Das Resultat dieser sozialen Umwälzungen ohne Revolution und neue soziale Bündnisse aber auch ohne nationale Industrialisierung sehen wir kraß in den Millionen unterbeschäftigter, hungriger, kranker Menschen in den Städten, die gleichzeitig an der Industrialisierung und an der Nichtindustrialisierung leiden. Es ist jedoch nicht ein einfacher Mangel an industrieller Entwicklung, ein rein materieller, ökonomischer Mangel. Der Mangel erstreckt sich auf die Ausbildung der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt. Denn eine schwache Arbeiterklasse begrenzt nicht allein den nationalen Markt (das nationale Wachstumskarussell, wie es Bahro nennen würde), nicht nur die Löhne und soziale Sicherung sind minimal, sondern die Spaltung des Arbeitsmarktes, die Spaltung der städtischen Schichten durch die Struktur der Ökonomie ist eingebettet in eine allgemeine Einschränkung/Unterdrückung bürgerlicher Rechte und Freiheiten. Damit ist staatlicher/parteilicher Willkür Tür und Tor geöffnet. Die Politik verkommt zu einem Schurkenstück, welches völlig der Kontrolle und Einflußnahme der verschiedenen sozialen Kräfte entzogen ist. Kleinstaaten sinken zu Privatbesitz einzelner Familien herab, oder die einzelnen Fraktionen des Militärs drücken sich, wie Bolivien zeigt, unterbrochen durch die immer wieder versuchte Wahl demokratischer Vertreter, die Regierungsklinke in die Hand.

Das Leiden der Menschen der Dritten Welt ist mit der Abhängigkeit nicht erledigt. Das Zurück aufs Land, der Auszug aus Ägypten, also die Abkehr von der lumpigen Industrialisierung, von der bunten westlichen Konsumwelt ist nicht die Lösungsstrategie.

Das Leiden der Menschen der Dritten Welt drückt sich auch und gerade in der unterdrückten bzw. verhinderten Entwicklung einer bürgerlichen *sociedad civil* aus.

Sicherlich ist heute eine Bündniskonstellation und eine einfache auf Industrialisierung setzende Modernisierung einbezogen in die internationale Arbeitsteilung, nicht die Alternative. Radikale Lösungen werden von neuen radikalen sozialen Bewegungen gesucht. Sie ahnen, daß die Einbeziehung in unseren Reproduktionsprozeß, der Ausverkauf ihres Reichtums, die Eliquenwirtschaft im eigenen Land überwunden werden müssen.

Für viele Länder der Dritten Welt wird eine industrielle Entwicklung nicht sinnvoll sein, schon aus stofflichen (Natur-) Bedingungen. Doch das gilt nicht für alle bzw. für die gesamte Dritte Welt.

Aus der Polarisierung Erste/Dritte Welt ergeben sich noch keine radikalen Alternativen. Dies zeigt gerade der Iran und der vielschichtige Charakter der islamischen Revolution. Diese war/ist die Absage ans westliche Entwicklungsmodell, das im Iran die große Mehrheit ausgeschlossen hat, nicht aufs Wachstumskarussell ließ. Eine einfache Polarisierung birgt für viele Länder auch die Gefahr

der Etablierung reaktionärer Bewegungen und Bündnisse, die Tradition und Religion nicht zur Findung der neuen nationalen Identität nutzen, sondern zur Ausgrenzung ethnischer Minderheiten, zur Diktatur im Alltag, zum Sektierertum degradieren.

Fluchtpunkt Religiosität

In seiner Zuflucht zum Spiritualistischen begegnet Bahro den „religiösen Bewegungen“, dem „naiven Volksboden, in den der Blitz des Gedankens einschlagen muß, der also politisch und ideologisch beackert werden müßte“ /52/ Ihn interessiert also wieder nicht, was die Beweggründe der neuen Bewegungen sind, sondern er befreit sie als Naivlinge, die es zu beackern gilt, und dann auch noch ideologisch. Weil es ihn in keinsten Weise interessiert, was Religion oder Tradition für die jeweilige soziale Bewegung bedeutet, wirft er auch völlig unterschiedliche soziale Klassen und Bündnisse in einen Topf, da findet sich dann E. Cardinals Evangelium im gleichen Topf wie die islamische Erweckungsbewegung, die Theologie der Befreiung zusammen mit der protestantischen Biblexegese.

Ohne Rückbeziehung der Religion auf die soziale Wirklichkeit läßt sich leider relativ wenig über ihre Bedeutung für soziale Bewegungen sagen. Und diesen Rückbezug macht Bahro nicht, es geht ihm ja auch nicht um Analyse, sondern um Appell. Er stellt nicht einmal die Frage danach, wie religiöse Ideen und soziale Umwälzung zusammenhängen. Dies hätte er allerdings schon tun müssen. Denn seine Schwärmerei für eine protestantische Biblexegese übersieht, daß es gerade die Herausbildung dieser Religion und ihrer abstrakten Theologie war die die Werte der industriellen Revolution propagiert hat. Was nun?

Einen Schlüssel zur Erklärung sozialer Veränderungen liefert Religion nicht.

So haben die mexikanischen Campesinos keine Schwierigkeiten damit gehabt, mit ihrer *Virgen de Guadalupe* die Großgrundbesitzer zu vertreiben und an der Seite der städtischen modernen Klassen zu kämpfen, und dann wenige Jahre später gegen diese wieder um mit ihrer *Virgen* radikal vorzugehen. Und auch bei der nächsten Umwälzung wird sie dabei sein, selbst die hartgesottensten Kommunisten werden sie akzeptieren müssen. Eine Alternative ist sie jedoch nicht.

Und einen weiteren zentralen Punkt nimmt Bahro nicht in seine religiöse Weltanschauung auf. Es gilt nämlich sehr wohl zu unterscheiden zwischen einer auf traditionellen Werten und Beziehungen beruhenden Volksreligion und einer Kritik am abhängigen Kapitalismus, wie sie die Theologie der Befreiung darstellt.

Ganz davon abgesehen, daß die Kirche selbst in Lateinamerika gespalten ist, je nach dem sozialen Standort der Geistlichkeit und der Gemeinden.

Den Latinos ist nicht damit geholfen, „wenn wir helfen, das Evangelium zu verbreiten“ Die Tradition der amerikanischen Völker ist indianisch und modifiziert katholisch (Marienkult), und ihnen ist nicht mit einer völlig anderen gedient. Wir sollten uns auch hüten, unsere (protestantischen) Gedanken zu exportieren.

Die Revolution der Dritten Welt und auch Lateinamerikas werden ihre Tradition aufnehmen, denn die radikalen Revolutionen hatten bislang auch immer einen traditionellen Gehalt. Sie entstehen nicht aus dem Nichts. Sie tragen nicht allein den Traum von einer besseren Zukunft in sich, sondern immer auch die Sehnsucht nach etwas Vergangenen. Revolutionen sind immer auch Verteidigungsbewegungen, die das schon Erreichte bewahren wollen.

„Die Revolution ist in der Tradition schon enthalten. Außerhalb der Tradition gibt es nur Utopie.“ /Mariategui 40/

Doch die Bewegungen suchen und fordern ihre eigene Tradition und neue Identität, nicht die unsere. Genausowenig wie wir indianisch werden können, werden die Indios Protestanten im europäischen Sinn.

Damit aber sind die komplexen Probleme der Bewegungen der Dritten Welt angesprochen. Es kann für sie nicht mehr darum gehen, unsere Werte und Entwicklungsmodelle nachzuahmen. Vor ihrer Suche nach eigener Identität werden wir noch oft verschreckt zurückweichen, die islamische Revolution ist uns nicht allein unverständlich, sondern sie ist für einen bedeutenden Teil der Menschen im Iran (Minderheiten, Frauen, Oppositionelle) unterdrückerisch und tödlich. Die jeglichem sozialen Inhalt entleerten religiösen Umwälzungen, die sich allein auf die Umgestaltung des Alltags beziehen, schrecken uns mit gutem Grund ab. Sowohl die Diktatur über den Alltag im Münster der deutschen Religionskriege als auch die islamische Herrschaft im Iran widersprechen den positiven Werten unserer Entwicklung, wie Demokratie und persönlicher Freiheit.

Auch wenn die Mehrheit der Menschen unter dem derzeitigen Weltsystem leidet; ihre Wege aus der Krise müssen verschieden sein, wenn mensch nicht einseitig ein Primat hochhält.

Gerade hinter der Religion (in nicht-entwickelten Gesellschaften) als zentraler ideologischer Struktur versteckt sich die weitreichende Bedeutung noch vorhandener traditioneller Lebensformen und gesellschaftlicher Verhältnisse. Moderne bürgerliche Verhältnisse sind im größten Teil der Dritten Welt nur oberflächliche Tünche und punktuell in Großstädten, Staatsapparaten, Plantagen und Bergwerken vorhanden.

Der mehr oder zumeist minder weit vorangetriebene Industrialisierungsprozeß kann in der jetzigen Form (Nachahmung der stofflichen und sozialen Entwicklung im Kapitalismus oder Realsozialismus) nicht nur keine Perspektive für den größten Teil der Dritten Welt bieten, sondern wäre umgekehrt die Garantie für eine ruinöse, katastrophale Entwicklung, die sich in Umweltzerstörungen und sozialem Elend ungeheuren Ausmaßes schon bemerkbar macht. Kurz: gäbe es soviele Kraftwerke und Autos pro Kopf wie in den Metropolen in der ganzen Welt, wir würden schlicht und einfach alle an den Abgasen ersticken.

Allein von den stofflichen Grundlagen her ist also für den größten Teil der Dritten Welt eine Nachahmung unserer Entwicklung schlicht ausgeschlossen. Für diese Länder steht daher nicht die Frage: Ausstieg aus der Industrialisierung ja oder nein – denn die meisten sind noch gar nicht in das Karussell eingestiegen; sie steht aber auch nicht: Einstieg oder nicht, sondern es geht darum, eine andere Art von Entwicklung, soziale und stofflich-ökologische, überhaupt erst zu finden (denn das haben die Ideologen bei ihren weitreichenden Entwürfen übersehen, daß der Streit nicht eigentlich darum geht, ob das eine oder das andere zu machen sei, sondern was denn überhaupt zu machen sei) und durchzusetzen.

Ausgangspunkt müssen dabei die vorhandenen traditionellen

Deutsche Fragen.

Frieden mit Rußland? – Versuch einer Annäherung

Je mehr es herbstet, desto dünner wird die politisch-strategische Debatte in der Friedensbewegung. Wir haben keine Lust, uns Heft für Heft was über allerlei Aktionsformen etc., was sie bringen können und was nicht, aus den Fingern zu saugen. Was im „Raketenherbst“ manchem vielleicht als abseitige theoretische Spekulation erscheinen mag, bleibt wichtig, sobald sich herausstellt, daß die Auseinandersetzung nach dem Herbst so oder so weiter gehen wird und daß es im

Kampf gegen die Raketenstationierung immer schon um die Perspektiven einer Friedensordnung geht. Was kann passieren, wenn die Sowjetunion auf die Stationierung der Pershing II mit der Stationierung von SS 22 in der DDR antwortet und die dortige Friedensbewegung direkt mit sowjetischen Aufrüstungsmaßnahmen konfrontiert wird? Mit dieser und anderen „deutschen Fragen“ – nicht mit der „Einheit der Nation“ – befaßt sich Gert Koenen im folgenden Aufsatz.

Die Nachrichten scheinen zuverlässig, wonach die Sowjetunion (wie sie es auch mehrfach selbst angekündigt hat) bereits alle Vorbereitungen getroffen hat, um auf die Aufstellung der neuen US-Raketen in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern so einfach wie wirkungsvoll durch die Aufstellung von SS-22-Raketen in der DDR, eventuell auch noch in Bulgarien oder einem anderen Land des Bündnisses, zu antworten. Diese sind in der Lage, ihrerseits die Pershing- und Cruise-Basen binnen vier bis fünf Minuten auszuschalten. Ob sie den Pershings in der Punktschlagsgenauigkeit auf den Meter pari bieten, ist nach wie vor nicht so wichtig; es wird durch ein paar Megatonnen mehr ausgeglichen (die, laut Wolf Perdelwitz, halt sein *müssen*).*

Egon Bahr hat sich diesen Sachverhalt jüngst von Erich Honecker noch einmal bestätigen lassen, wie vor ihm schon Strauß.

Dabei haben die DDR-Gesprächspartner darauf hingewiesen, daß diese neuen Kurz-Mittelstreckenraketen übrigens auch „schneller“ sein können als die Pershing II. Bahr wie Strauß haben nachgefragt, ob das ja wohl eine Drohung mit Erstschatz sei – die Gesprächspartner haben dies mit Überzeugung zurückgewiesen, unter Verweis auf die entsprechenden Erklärungen der Sowjetunion über den „Nicht-Ersteinsatz“ atomarer Waffen.

Alles ist hier richtig. Erstens, die Waffen sind (falls jemand bei den SS-20 Zweifel hatte) für einen wirkungsvollen Präventivschlag geeignet. Zweitens, die Sowjetunion *kann* dies tun – wer will die Erklärung über „Nicht-Ersteinsatz“ nachher einklagen? Drittens, die Sowjetunion plant den Ersteinsatz nicht, weil dies nicht ihre erste und wichtigste politisch-militärische Option ist. Viertens ist es allerdings für sie sehr günstig, wenn im Westen möglichst über die

Verhältnisse sein, nur durch ihre schrittweise Veränderung kann überhaupt ein autonomes Entwicklungspotential freigesetzt werden; die überlieferten, vielfach schon modifizierten Arbeits- und Lebensformen sind dabei nicht einfach zu zerschlagen oder aufzulösen, sondern sie sind demokratisch und human umzugestalten, was insbesondere bedeutet, daß mit den Eigentumsformen die parasitären Existenzweisen abgeschafft werden.

Sicherlich braucht es zu einer solchen autonomen Entwicklung moderner nationaler Zentren; aber der Kern muß eine Entwicklung auf Grundlage der regional vorhandenen selbstgenutzten natürlichen und menschlichen Ressourcen sein in dezentralen, genossenschaftlich oder ähnlich strukturierten Produktions- und Lebensformen. Nur durch eine breite Entwicklung von Kompetenz, Selbstbestimmung und Demokratie können die Kräfte der Massen für eine beschleunigte Entwicklung in neuer Form mobilisiert werden. Eine solche Entwicklungsstrategie impliziert natürlich eine Abkoppelung vom kapitalistischen Weltmarkt in dem Sinn, daß diese Länder aus der Struktur abhängiger (Nicht)entwicklung nur herauskommen, wenn sie die einseitige Außenverflechtung aufgeben und den Außenhandel allein an ihren nationalen Entwick-

lungserfordernissen orientieren. Das ist freilich die alte Frage, wie nämlich für diese Länder überhaupt eine reale politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit erreicht werden kann. Das ist aber auch, und vielleicht mittelfristig viel mehr die Frage, wie eine autonome Entwicklung sozial und stofflich eigentlich aussehen soll. Die Erfahrungen aller revolutionären Umwälzungen an der Peripherie lassen eher darauf schließen, daß wichtige Anstöße und das Eröffnen von Handlungsspielräumen hier aus den Metropolen kommen müssen.

Damit schließt sich der Kreis. So wichtig und oft unausweichlich die Rebellionen gegen den Imperialismus sind; im Falle des Erfolges handelt es sich um sowas wie einen Ausstieg. Aber gerade an der kapitalistischen oder ehemals kapitalistisch beeinflussten Peripherie zeigt sich ganz deutlich, wie wenig eigentlich auszurichten ist, solange es zu keinen Veränderungen in den Metropolen selbst kommt.

Die Logik des schwächsten Kettengliedes hat den entscheidenden Nachteil, daß das imperialistische System keine Kette ist, sondern ein komplexes Netz, das viele Elemente am Rande verlieren und trotzdem weiter funktionieren kann. □

Gefahr eines sowjetischen Verzweiflungsschlages viel gesprochen wird.

Bahr, der Makler des „vernünftigen Gleichgewichts“, hat es nun mit den Folgen jener kapitalen Eselei von „Doppelbeschuß“ zu tun, der ja ein typisches Produkt Schmidt'scher Entspannungstechnokratie war Gedacht als ein *Angebot* an die Sowjetunion, den nächsten NATO-Rüstungsschritt (der ja *wirklich* mit den SS-20 in überhaupt keinem Zusammenhang stand, sondern seit Jahren unabhängig davon geplant war) *zur Disposition* zu stellen, bei entsprechenden sowjetischen Gegenleistungen natürlich, gab er der Sowjetunion eine wunderbare Gelegenheit, ihre eigenen Rüstungen um so mehr zu forcieren, als sie sich nun in der Weltmeinung als die akut und lebensbedrohlich gefährdete Macht hinstellen konnte. Die Rüstungspläne und scharfen Reden der Reaganiten tun seit 1980 noch ihr übriges dazu. Die Sowjetunion ist damit wieder in ihrer geschichtlich stärksten Rolle: der der unbesiegbaren, aber konkret angegriffenen, jedenfalls bedrohten Großmacht. Die Welt schaut auf sie und fragt sich, „was der Bär tut, ehe oder gar wenn er in der Ecke ist“ (C.F. von Weizsäcker). Der Bär – brummt (zornig? gekränkt?! voller Angst gar?!?), er richtet sich zu voller Höhe auf, er zeigt seine Krallen, mit denen er könnte, wenn er wollte!!! Aber dann bleibt er zur allgemeinen Erleichterung moderat, er will gottlob gar nicht, wie er könnte. Er ist ein kluges, ein friedliches Tier. Deshalb faßt er übrigens auch keine Doppelbeschlüsse, sondern nur einfache Beschlüsse, die er sowieso geheim hält, dafür aber auch ausführt.

Es ist jetzt öfters davon die Rede, daß in der bedrohlichen Weltkrise die beiden deutschen Staaten enger zusammenrücken. Schon daß Schmidt am Werbellin-See am Morgen des 13. Dezember 1981 mit Honecker gemeinsam vor die Fernsehkameras trat und der Weltöffentlichkeit mitteilte, er sei von den Ereignissen in Polen „genauso überrascht und betroffen wie der Herr Generalsekretär“ (!?), galt als bedeutsames Indiz. Inzwischen gehn unter der schwarz-gelben Koalition in Bonn die Geschäfte fast noch besser Ein ungebundener Milliardenkredit, der dem Partner aus der Klemme hilft und ihm sein bißchen Manövrierfreiheit lassen soll; Strauß mit dem bekannten Riecher als der Einfädler und später als der Fährtensucher den Spott nicht fürchtend.

Aber alle diese Politiker sind viel zu sehr Gefangene ihrer Systeme, ihrer Positionen und Positiönchen. Sie sind nicht souverän. Wenn Honecker im Moment ein bißchen Spielraum hat und ein wenig als der gebürtige Saarländer auftreten und sich fühlen darf es ist doch deutlich genug, daß man ihm die Leine durchaus absichtsvoll ein bißchen länger läßt; das entspannt die Situation in der DDR innenpolitisch und weckt Hoffnungen auf Frieden und gute Nachbarschaft mit der BRD Die Leine aber bleibt, und Honeckers Deutschlandpolitik ist ein Stück sowjetischer Außenpolitik, dar über täusche man sich tunlichst nicht. Was die Kohl, Genscher und Strauß angeht, mag's mit der Souveränität nicht ganz so eng sein – weit her ist's aber auch nicht. Diese Politik sonnt sich jetzt im vermeintlich schlaun Überraschungseffekt, den es gemacht hat, daß man in Washington als 150%iger Atlantiker aufgetreten ist und dann in Moskau angedeutet hat, gerade wegen solcher „Festigkeit“ im westlichen Bündnis sei man nun vermehrt verhandlungsfähig nach Osten. Bis jetzt ist das nichts als eine Politik des So-tun-als-ob.

Trotzdem weisen alle diese letzten Ereignisse auf eine untergründig wirksame Tendenz hin, daß die eingefrorenen Verhältnisse zwischen beiden deutschen Staaten in Bewegung kommen. Eine Rake

ten-„Nachrüstung“ der Sowjetunion in der DDR könnte nun bedeuten, daß damit auch die Sowjetunion in die heiße Klimafront eintauchen würde, die durch die politisierte Öffentlichkeit, worin alle Rüstungsfragen gegenwärtig verhandelt werden, gebildet wird. Es wäre ja der erste sowjetische Rüstungsschritt mit einer solchen Öffentlichkeit. Es könnte sich erweisen, daß die Weltfriedensmacht damit ihre Karten überreizt. Denn bisher hatte sie keine solchen Raketen außerhalb ihrer Grenzen stehen. Die NATO-Experten reagieren zwar erstaunlich kühl; sie sind schon bei den Planungen des übernächsten Schrittes; und alles zusammen erhellt ja nur, wie wenig hier die Rüstungsschritte der einen oder der anderen Seite eine „Antwort“ aufeinander sind, vielmehr im Rahmen der jeweiligen Globalaufstellung der militärischen Dispositive autonom geplant werden.

Honeckers
 „deutschlandpolitische“
 Entspannungsübungen
 kontrastieren mit einem
 aggressiven Vorgehen gegen die
 dissidente Öffentlichkeit, die
 sich in vielfältigen Formen legal
 und illegal gebildet hat.

Eine andere Sache ist, daß in der DDR selbst durch eine solche Raketenstationierung der innenpolitische Status quo, der seit 1961 so erstaunlich stabil erschienen ist, schließlich doch ins Rutschen kommen könnte. Denn ein solcher Rüstungsschritt bedeutet noch eindeutiger als bei den neuen US-Raketen in der BRD eine engere *politische* Anbindung an die Vormacht des Bündnisses. Das schlägt sich im innenpolitischen Klima der DDR auch bereits nieder Honeckers „deutschlandpolitische“ Entspannungsübungen kontrastieren ja mit einem aggressiven Vorgehen gegen die dissidente Öffentlichkeit, die sich in den vielfältigsten Formen legal oder halblegal gebildet hat. Der fast schon antiquiert wirkende Militarismus der neu eingeführten „Wehrkunde“; die Art und Weise, wie ein Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ geradezu von der Volkspolizei gejagt wird; wie FDJler losgehetzt werden, um in der unver-

söhnlichsten Weise die christlich-versöhnlichen Pazifisten, sobald sie sich irgendwo an die Öffentlichkeit trauen, niederzuschreien – alles dies sind Zeichen der Nervosität eines Regimes, das die in der Gesellschaft vor sich gehenden Entwicklungen nicht mehr unter Kontrolle hat, zu einem Zeitpunkt, wo es diese Kontrolle nötiger denn je hat. Denn das ist nicht nur eine Friedensbewegung, die sich bildet, sondern eine breit angelegte kulturelle Bewegung, die die ganze Gesellschaftsverfassung der DDR in Frage stellt, allerdings nicht in einem ihr äußerlichen, westlichen Sinne, sondern im Sinne einer von innen und selbständig gewonnenen Kritik. Es ist eine Kritik der DDR auf dem Boden der DDR. Das macht ihre Stärke aus.

Es scheint zu den Bewegungsgesetzen der osteuropäischen Gesellschaften des Staatsmonopols zu gehören, daß lange unter der Decke schwelt, was dann sehr plötzlich und in Formen, die kaum vorhersehbar sind, hervor tritt. Eine gesellschaftliche Bewegung in der DDR, die offen zutage tritt und ihre Ziele formuliert, wird wohl kaum diese seltsam klassische Arbeiterbewegung sein wie in Polen im August 1980, wo die Geschlossenheit des Auftretens sich ja ironischerweise gerade der bruchlosen Ersetzung des alten sozialistischen Ritus durch einen erneuerten katholischen Ritus verdankte. Dem Inhalt nach war das freilich die Ersetzung einer *Klassenbewegung* (wie noch 1970) durch eine *gesellschaftliche* Bewegung, die allerdings (das drückte der katholische Ritus unter anderem aus) mit größerem Recht und Selbstbewußtsein als *Nation* auftreten konnte, als je ein „dritter Stand“ in der Geschichte. In Form der „Solidarität“ formierte sich die Gesellschaft zur „Gewerkschaft“ gegenüber dem Staatsmonopol. Verallgemeinerbar, wie diese Form erscheinen mag, lebte sie möglicherweise doch sehr stark vom Pathos einer *jungen* Arbeiterbewegung der ersten oder zweiten Generation, wie sie das in Polen eben ist. Ich weiß nicht, ob die viel ältere, durch alle Enttäuschungen einer sozialistischen Klassenbewegung hindurchgegangene ostdeutsche Arbeiterschaft noch einen so emphatischen Begriff von sich selbst hat.

Eine Parallele aber würde jede gesellschaftliche Bewegung in der DDR zu der in Polen mit Sicherheit aufweisen: sie müßte sich nämlich wie diese der Frage demokratischer Selbstbestimmung über den eigenen Entwicklungsweg als einer jeder einzelnen übergeordneten Frage stellen. Schaut man unter diesem Gesichtspunkt die Dokumente der Friedensbewegung sowie aller sonstigen oppositionellen Äußerungen der letzten Jahre in der DDR an, dann stellt man sofort fest, daß sich die Forderung nach einem *Friedensvertrag* der beiden deutschen Staaten mit den Siegermächten des zweiten Weltkriegs ganz regelmäßig darin findet (anders als in den Dokumenten der westdeutschen Friedensbewegung, oder auch z.B. im Bundesprogramm der GRÜNEN). Einen Friedensvertrag fordert sowohl das „Berliner Manifest“ wie der von Robert Havemann u.a. 1981 unterzeichnete „Offene Brief an Leonid Breschnew“. Man findet diese Forderung aber z.B. auch im „Manifest des Bundes Demokratischer Kommunisten“ von 1978.¹

In der westdeutschen Friedensbewegung ist der ganze damit zusammenhängende Sachverhalt bisher hauptsächlich unter dem Titel „Die Linke und die nationale Frage“ (durch das gleichnamige Buch von Peter Brandt und Herbert Ammon)² wieder aufgeworfen worden. Die „nationale Frage“ hat gerade bei den Linken dabei Aversionen erzeugt. Dabei lebte die ganze Untersuchung von Brandt/Ammon ja von der völlig unverdächtigen Fragestellung, ob es eine Möglichkeit gebe, dort wieder kritisch anzusetzen, wo die

alte Bewegung gegen Wiederbewaffnung und Atomraketen 1959 aufgehört hatte, die ja zugleich eine Bewegung gegen die Einparteiisierung eines gespaltenen Deutschland und einer in zwei Staatsparteien (SED und SPD) gespaltenen Arbeiterbewegung in die beiden Blocksysteme war. Die Gesichtspunkte „Spaltung Deutschlands – Spaltung der Arbeiterbewegung“ haben sich allerdings als kaum lebenskräftige Bezugspunkte der gegenwärtigen Diskussion herausgestellt. Dabei ist die Diskussion denn auch gar nicht stehen geblieben. Sie hat bereits (z.B. in den Ausarbeitungen der Berlin AG der „Alternativen Liste“ Westberlin) sehr viel genauer und realistischer an die Frage herangeführt, an welchem Punkt die Konfrontation zwischen den Blöcken eigentlich aufgebrochen werden kann. Und genau genommen gibt es ja überhaupt keinen anderen logischen Ansatzpunkt als eben diese beiden deutschen Staaten.

I
n

der DDR wird eine
gesellschaftliche Bewegung kaum
die seltsam klassische
Arbeiterbewegung sein wie in
Polen 1980. Eine Parallele würde
jede gesellschaftliche Bewegung
in der DDR zu der in Polen
annehmen: sie müßte die Frage
demokratischer
Selbstbestimmung über den
eigenen Entwicklungsweg als
übergeordnete Frage stellen.

Und trotzdem ist die „deutsche Frage“ in der westdeutschen Friedensbewegung eine verhältnismäßig tote Sache geblieben. Es scheint, daß das Verfassungsgebot der BRD, für „Deutschland“ als ganzes zu stehen, zu dem paradoxen Resultat geführt hat, daß nun in der Tat *Westdeutschland* sich für das Ganze unter Ausschluß der DDR nimmt. „Die deutsche Mannschaft hat gegen die Mannschaft der DDR gesiegt.“

Nur

von der DDR kann die Frage eines Friedensvertrages erfolgversprechend aufgegriffen werden. Dann aber nicht so sehr als „nationale“ Frage, sondern primär als demokratische Frage der Bevölkerung der DDR, als eine Frage ihrer gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, als eine Frage ihres Ausscherens aus einer aufgezwungenen gesellschaftlichen und militärischen Konfrontation.“

Alle Versuche der DDR-Führung, unter feierlicher Pflege des „nationalen Erbes“ vor allem dem Preußens, etwas Analoges zu vollführen, sind ziemlich vergeblich geblieben. Die DDR ist aus „Deutschland“ ausgeschlossen, aber hat als DDR noch kein eigenes Staatsbewußtsein (außer negativ) gewinnen können. Sie ist in ihrem eigenen Bewußtsein eine reine Schöpfung einer schiefgelaufenen Nachkriegsgeschichte, die nicht von Potsdam nach Berlin geführt hat, nicht zum Abschluß eines Friedensvertrages also der aus der DDR etwas anderes machte als eine halbsouveräne SBZ.

Das ist der Grund, warum es wahrscheinlich ist, daß die Frage eines deutschen Friedensvertrages mit Nachdruck und erfolgversprechend auch *nur von der DDR* aus aufgeworfen werden kann. Aber dann nicht so sehr als eine „nationale Frage“ der Deutschen, sondern primär als eine *demokratische* Frage der Bevölkerung der DDR, als eine Frage ihrer gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, als eine Frage ihres Ausscherens aus einer aufgezwungenen gesellschaftlichen und militärischen Konfrontation.

Natürlich ist diese „deutsche Frage“ mehr als jede andere unmittelbar eine internationale Frage, allein deshalb schon, weil es von ganz entscheidender Bedeutung wäre, *alle* Völker und Staaten, die im Kampf gegen den deutschen Nazifaschismus gestanden haben, daran zu beteiligen, nicht etwa nur die vier Teilungs- und Besatzungsmächte. Es würde sich also um eine internationale Friedenskonferenz im Rahmen der UNO handeln, ihr sachlicher Gegenstand wäre die definitive Festlegung und Garantie der Nachkriegsgrenzen, die Beendigung aller Reste und Überreste des Besatzungs-

statuts, die Ermöglichung einer freien Willensbildung über die Paktfreiheit und über den Abzug aller ausländischen Truppen von deutschem Boden, bei Zusicherungen beider deutscher Staaten über Umfang bzw. defensive Ausrichtung etwaiger eigener Verteidigungspotentiale. Das aber liefe auf ein tiefgreifendes Disengagement beider Militärblöcke hinaus, welches von vornherein ihre Existenz selbst in Frage stellte. Für die USA wäre ihr zusammenhängender Verteidigungsgürtel in Europa gerissen. Die UdSSR sähe sich unmittelbar nach dem Abzug ihrer Truppen aus der DDR verschärft vor die Frage ihrer militärischen Präsenz in Polen gestellt (denn die diesbezüglichen Verträge mit Polen, in der Fassung von 1957, setzen die Präsenz in der DDR voraus, ja sind geradezu damit begründet). Kurzum, es ginge auf dieser Konferenz sowieso um die Überwindung der Teilung *Europas*. Wo das unmittelbare Gegenüber der militärischen Blöcke entfiel, da wäre nicht nur Raum geschaffen, sondern fast der Imperativ gesetzt, zu ganz neuen Beziehungen zwischen West- und Osteuropa zu kommen. Man sieht: Die Frage einer engeren, z.B. konföderativen Verbindung, letztlich vielleicht auch einer Wiedervereinigung beider deutscher Staaten (aber wer sagt denn, daß die überhaupt gewollt wird, warum sollten zwei deutsche Staaten nicht schöner sein als ein großer, allein schon wegen der Sachsenwitze von BILD!) – diese Frage wäre jedenfalls dem beschriebenen Gesamtprozeß gänzlich ein- und untergeordnet.

Eine solche Entwicklung, zu der der Anstoß nur aus der DDR kommen kann, würde die westdeutsche Friedensbewegung sehr schlecht vorbereitet finden. Zwar hat vor allem Rudolf Bahro letztlich mehrfach auf eine mögliche deutsch-deutsche Dynamik der Friedensbewegung aufmerksam gemacht. Aber bisher hat sie vorwiegend nur darin bestanden, daß die bürgerlichen Massenmedien, in geringerem Umfang auch die westdeutsche Friedensbewegung, den einzelnen Initiativen in der DDR eine Publizität verschafft und in die DDR zurückgespiegelt haben, die diese von sich aus ja nicht haben können. Oft ist das aber auch ein echter Bärenienst gewesen. Und vor allem: Die ostdeutschen, wie überhaupt sämtliche osteuropäischen Gedanken und Konzeptionen werden in unserer Friedensbewegung zwar hier und da oberflächlich und verbal („Schwerter zu Pflugscharen“) aufgenommen. In Ost-Berlin oder Prag oder Budapest hat es ein paar demonstrative Solidaritätsaktionen westlicher Friedensprominenz gegeben, auch ein paar persönliche Kontakte. Aber der ganze Gedankenhorizont, die Erfahrungen, die Forderungen dieser osteuropäischen Initiativen werden kaum aufgenommen. Es scheint, daß gerade die manchmal etwas pietistische Ernsthaftigkeit der ostdeutschen Friedensbewegten ihren westdeutschen Brüdern und Schwestern eher fremdartiger ist als die T-Shirt-Guerilla in Nicaragua oder El Salvador

Trotzdem würde eine *offen zutage* tretende Bewegung in der DDR, die Demokratie und Selbstbestimmung und einen Friedensvertrag für beide deutsche Staaten fordert, die westdeutsche Friedensbewegung unmittelbar in einen deutsch-deutschen Zugzwang setzen. Das aber hätte eben wenig mit nationalen Dingen zu tun, sondern viel mehr damit, daß dann (frei nach Adenauer) „die Situation da“ wäre.

Man kommt beim Nachdenken über Auswege aus der Lage, worin wir uns heute befinden, nicht weiter wenn man sich scheut, auch einmal handfest zu spekulieren, ein bestimmtes Szenario durchzuspielen. Spekulieren wir also ein wenig.

Die oben beschriebene Situation wäre denkbar kompliziert, aber auch einzigartig chancenreich. Mit Sicherheit würde die Sowjetunion auf eine solche Bewegung in der DDR zunächst mit äußerster Nervosität reagieren, eben weil ihre Stellung in der DDR der Eckpfeiler ihrer ganzen militärischen und herrschaftlichen Präsenz in Polen, der CSSR, Ungarn, ja für ihr ganzes Imperium ist. Bemühungen zur Unterdrückung der Bewegung in der DDR selbst würden mit Sicherheit von schweren Angriffen gegen die Bundesrepublik begleitet sein, die der Urheberenschaft bezichtigt würde. Dabei wäre nun nichts weniger wahr! Im Gegenteil, die Bundesregierung würde hinter markigen Bekundungen von Solidarität und Mitgefühl ihre ängstliche Verunsicherung über die eingetretene Situation nur schwer verbergen. Und genau dasselbe wäre auf Seiten der Opposition der Fall, einschließlich der Friedensbewegung. Der 13. Dezember 1981 hat ja darauf einen nachhaltig bitteren Vorgeschmack gegeben.

Allerdings, in den Drohungen der sowjetischen Führung wäre möglicherweise auch ein Angebot enthalten (der *Spiegel* würde wahrscheinlich aufhorchen, nachdem Strauß eine erste, etwas mysteriöse Stellungnahme abgegeben hat). Es würde sich herausstellen, daß dies gar kein neues Angebot wäre, sondern ein altes Angebot, das noch immer „steht“. Es würde in diesen Tagen vielleicht eine graue Eminenz der Bonner Szene plötzlich sehr häufig auf den Bildschirmen auftauchen, mit Glatze und klugen Augen, der sowjetische Botschafter Wladimir Semjonow; und, wie die *FAZ* in einem Personenportrait herausstellen würde, in seiner Person wäre das sowjetische Angebot historisch geradezu verkörpert. In einem ungewohnten Anfall von Heftigkeit würde die *FAZ* womöglich eine Polemik gegen die *Welt* führen, in der Mathias Walden gerade eine ziemlich wilde Attacke gegen diesen „Großmeister der sowjetischen diplomatischen Intrige“ losgelassen hätte. Die *FAZ* würde darauf hinweisen, daß man eine den Deutschen gewogenere personelle Konstellation in der sowjetischen Außenpolitik wahrscheinlich nie wieder antreffen werde; die Bundesregierung solle also prüfen. Freilich, wird der *FAZ*-Redakteur schreiben, das sowjetische Angebot erinnere an jene „Angebote“ die der „Pate“ (in dem bekannten Roman) zu machen pflegte. Unter Drohungen könne man keinesfalls verhandeln, usw

Wir haben also hier ein Szenario, worin die Sowjetunion auf Schwierigkeiten mit der DDR (bei schwelendem Untergrund in Polen) mit einer überraschenden, ja kühnen Vorwärtsbewegung reagiert hätte. Nehmen wir in das Bild der Situation mit auf, daß zu diesem Zeitpunkt die Handelskonkurrenz über den Atlantik solche Härte angenommen hätte, daß das Überleben einiger großer westdeutscher Konzerne daran hinge, ob sie sich neue Märkte erschließen können; zumal seit sich abgezeichnet hätte, daß in einigen Schlüsselsektoren (Automobilbau, Computer Industrieroboter) sich amerikanisch-japanische Kooperationen schon weitgehend angebahnt haben, die allen übrigen Wettbewerbern wenig Chancen lassen dürften; und daß die EG unter dem Druck der äußeren Konkurrenz in der Zerreißprobe stünde, oder noch schlimmer ganz einfach an Bedeutung verloren hätte. Dann wären möglicherweise einige Bedingungen gegeben, unter denen ein sowjetisches Angebot zu einer Regierungskrise in Bonn führen könnte und dann zu einem Außenminister Strauß, der in seiner ersten Erklärung vor dem Bundestag nach dem Amtsantritt äußern wird, es sei ja immer seine

große Idee gewesen, mit festem Rückhalt im westlichen Bündnis an die Lösung der großen offenen Frage in Europa zu gehen, und das sei nun mal die deutsche Frage. Immer sei ihm klar gewesen, daß dies nur ein konservativer Politiker könne, so wie nur de Gaulle den Algerien-Krieg habe beenden können, oder nur Begin einem arabischen Staatsmann die Hand habe reichen können. Er halte die Sowjets, das habe er immer gesagt, für große Realisten. Schon bei seinem Besuch im Jahre 1978 habe er dem verstorbenen Generalsekretär Breschnew gesagt: „Wenn Sie sich eines Tages in der Lage

Wenn

Sie sich eines Tages in der Lage
sehen könnten, Deutschland
wieder als Ganzes zu sehen, dann
wäre es Pflicht und Wille der
Deutschen, Ihnen Garantien zu
geben, daß Sie an Ihrer
Westflanke nie mehr Probleme
haben.“
(Franz-Josef Strauß)

sehen könnten, Deutschland wieder als ganzes zu sehen, dann wäre es Pflicht und Wille der Deutschen, Ihnen Garantien zu geben, daß Sie an Ihrer Westflanke nie mehr Probleme haben.“³ Wer auf der Seite der Opposition jetzt Oho rufe, dem müsse er bescheinigen, daß der offenbar auch bei der seinerzeitigen Bundestagsdebatte geschlafen habe. Seine Kritik an der Ostpolitik der damaligen sozial-liberalen Bundesregierung sei es ja immer gewesen, daß sie an die Stelle großer nationaler Ziele kleine Beschwichtigungsgesten gesetzt habe. Er zitiere hier aus seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Mai 1978, im Protokoll der 8. Wahlperiode auf Seite 7093, vielleicht könnten die Damen und Herren der Opposition

jetzt gut zuhören: „Wenn Rußland, gleichgültig unter welchem System und heute unter dem kommunistischen Machtssystem, wenn die Führer des Kreml endlich begreifen, daß eine Änderung ihrer Haltung und Politik zu Deutschland in seiner Gesamtheit eine Wende herbeiführen würde, bei der wir viele Sorgen, aber auch sie viele Sorgen loshätten, wenn sie begreifen würden, daß eine gerecht behandelte, freie deutsche Nation ein dankbarer, gerechter, freundschaftlich verbundener Partner sein wird, dann würden viele andere Sorgen wie Berlin in den Müllkorb der Geschichte gehören. Darauf müssen wir hinarbeiten!“⁴

Bonn wird zweifellos aufregende Tage erleben. Die Reaktion der USA wird überraschend verhalten ausfallen. Das wird dem *Spiegel* Anlaß geben, unter dem Titel „Der falsche Demetrius“ eine von Augstein eigenhändig verfaßte regelrechte Warnung an die Russen abzusetzen, Strauß stehe womöglich mit der Reagan-Administration im Bunde, er versuche wie weiland der „falsche Dimitrij“ sich mit dem Nimbus des Befreiers des Ostens zu umgeben, während hinter ihm eine fremde Armee marschiere, usw. Wladimir Semjonow wird den Reportern, auf diesen Artikel angesprochen, nur listig schmunzelnd sagen: „Aber bitte, wir kennen doch unsere Dimitrijs. Kein Kommentar!“ Um so heftiger werden die Kommentare aus einigen westeuropäischen Hauptstädten sein, speziell aus Frankreich. Aber auch in etlichen osteuropäischen Hauptstädten würde kaum verhüllte Aufregung herrschen. In Warschau würde unter der Hand „Rapallo“ geflüstert werden. Diese Sorge würde

übrigens von der Regierung bis zur „Solidarität“ reichen. Drei lang gesuchte Untergrundführer würden sich stellen und im Fernsehen in einem dramatischen Auftritt erklären, in dieser „Stunde der Gefahr“ einen letzten Versuch nationaler Aussöhnung machen zu wollen. Gemischte Gefühle übrigens auch bei vielen Vertretern der jungen Oppositionsbewegung in der DDR, entgegen Aufwallungen spontaner Begeisterung beim stets zitierten „Mann auf der Straße“ Denn ganz unklar wäre, was diesmal in den strikt geheimen Kreml-Gesprächen ausgehandelt würde. Die ersten Details, die nach außen dringen würden, zusammen mit neuen Gesetzesvorhaben aus dem Hause Zimmermann, würden darauf hinweisen, daß sich eine solche außenpolitische Öffnung möglicherweise mit einer verschärften inneren Formierung durchaus vertrüge. Ja, daß etwas derartiges sogar von *beiden* Seiten in den Verhandlungen als eine *Bedingung* jeder dauerhaften Regelung angesehen würde.

Worum geht's hier eigentlich, wird sich der Leser vielleicht allmählich fragen. Also gut, genug spekuliert, und wahrscheinlich auch vergebens. Das Szenario ist schlimmer als hypothetisch, es ist positiv unwahrscheinlich, weil wir solche konservativen Revolutionäre, solche Reaktionäre von Format wie einen Bismarck oder einen Rathenau wahrscheinlich in dieser westdeutschen Restrepublik nicht haben; keine Leute, die – sei es autoritär von oben her, und mit durchaus üblen Absichten – dennoch die Dinge in eine Richtung in Gang bringen, in der sie sich letztlich auch bewegen müssen; die wenigstens auf *ihre*, reaktionäre Weise eine blockierte Si-

Sozialismus

Die marxistische Zeitschrift Sozialismus erscheint seit 1976 alle 2 Monate, zuletzt mit Heft 5-83. ----->

Im letzten Jahrgang schrieben und diskutierten in der Zeitschrift u.a.:

- D. Burgmann (Grüne), L. Castellina (PdUP), E. Eppler, W.-D. Hasenclever, E.J. Hobsbawm, St. Holland (Labour), P. Ingrao (PCI), O. Kallscheuer, S. Kebir, W. Kindsmüller (Falken), N. Kinnock (Labour), H. Kleinert (Grüne), E. Meinecke (SPD), D. Motchane (PS), P. v.Oertzen, H. Peter (SPD), W. Roth, K. Schacht (DKP), G. Therborn, B. Trentin, (CGIL), K.D. Voigt, K.G. Zimm

Ab 15. Oktober
monatlich 60 Seiten
für nur DM 5,- !

Jahresabonnement: DM 50,- + 5,- Porto
Bestellungen bitte an
VSA, Postfach 501571, 2000 Hamburg 50

C 5100 F

S

Sozialismus
Monatliche Zeitschrift
Heft 5-83 September

Wie weit
reicht die
Friedensutopie?



Aktuelles Interview mit
Erhard Eppler

Kollaps der Weltwirtschaft Epochengemälde: **Kassandra**

Heft 5-83: Interview mit E. Eppler; Chile: Ende der Diktatur ?; Besprechungen: Cassandra/Sloterdijk

tuation auflösten, in der *wir uns* dann endlich auch wieder freier bewegen könnten. Statt dessen: bramarbasierende Westentaschen-Napoleons aus Bayern; Weltgeister aus Hamburg, die nur ihre eigene Bewegungslosigkeit in einer Philosophie des Machbaren verbrämen können; joviale Politikaster aus Oggersheim, mit Saumagen ausgestattet, die gerade durch diejenigen Eigenschaften echte Popularität im deutschen Volke genießen, die jeden Linken vor Lachen oder Entsetzen schütteln machen. Solche Politiker markieren wahrscheinlich genau das Niveau dieser Republik.

Worum es in dem unwahrscheinlichen Szenario vorhin ging, war der aktive Umgang (in der schlechteren Variante, aber immerhin) mit einigen großen geohistorischen Gegebenheiten, zu denen wir im allgemeinen gar kein Verhältnis mehr haben, oder nur ein übertheoretisiertes, oder ein ironisches, jedenfalls kein politisches.

Solche einfachen, eigentlich ganz offen zutageliegenden Tatsachen sind: zum Beispiel, daß jeder von Deutschland aus erklärte Friede in erster Linie ein Frieden mit der Sowjetunion sein muß. Ohne das geht's nicht. Noch immer ist die europäische Szene in ihren großen Zügen wie erkaltete Lava, die erst im Mai 1945 zum Stillstand gekommen ist, als Rotarmisten die Sowjetfahne auf die Trümmer des Reichstags pflanzten und so dem Krieg zwischen Deutschland und Rußland sein symbolkräftiges Ende setzten, dem Krieg, der den Kern dieses Weltkriegs gebildet hatte (neben dem Krieg Japans gegen die USA). Eine andere große Tatsache ist, daß die Teilung Europas allerdings auch wirtschaftlich, gesellschaftlich, kulturell eine ungesunde und kostspielige Realität ist. Man kann das unter ganz gegensätzlichen Gesichtspunkten betrachten, gleichgültig beispielsweise, ob man weltwirtschaftliche Arbeitsteilungen überhaupt für notwendig und sinnvoll oder aber für unnötig und schädlich hält. Von beiden Gesichtspunkten aus wird man zu demselben Resultat kommen: daß es jedenfalls zu aufwendig und stofflich vielfach unbegründet ist, wie die BRD sich als Hochindustrieland in ein geradezu bizarres Netz globaler Verflechtungen einspannt, während viel naheliegendere europäische Möglichkeiten des Austauschs ungenutzt liegen. Denkt man über eine ökologisch bestimmte, auf überschaubare Zusammenhänge zurückgeführte Friedensökonomie nach, ist dies ein starker Gesichtspunkt.

Genau derselbe Gesichtspunkt läßt sich allerdings auch imperial formulieren. War es Hitlers Vision, im Osten die kontinentale Basis, den „Lebensraum“ für Großdeutschland zu gewinnen, von welchem aus es auch den überlegenen atlantischen Mächten hätte gegenüberreten können (ein „Indo-Germanien“, das übrigens auch eine grobschlächtige ökologische Utopie war, was zu seiner Wirksamkeit nicht wenig beigetragen hat) – so ist von dieser Vision für das auf Westdeutschland zurückgestutzte Kapital noch so viel geblieben: daß in Osteuropa und in der Sowjetunion, natürlich nur unter ganz bestimmten politischen Voraussetzungen, noch bedeutende, vielleicht die bedeutendsten Zukunftsmärkte für Exporte von technologischen Gütern liegen und zugleich die vielleicht zuverlässigsten Rohstoffquellen.

Von der Sowjetunion aus gesehen, stellt sich dieser Sachverhalt noch klarer dar: Eine enge Kooperation mit dem deutschen Industriepotential ist die vielleicht einzige Möglichkeit für die Herren dieses Imperiums, ihr eigenes extensives Potential, mitsamt allen ihm annektierten menschlichen und natürlichen Ressourcen, in ei-

 ine

günstige und durchaus auch lose Kräftekombination mit einem neutralisierten und sage konföderierten Restdeutschland könnte es der Sowjetunion erlauben, Europa in verschiedenen graduellen Abstufungen von sich abhängig zu machen. Dann – und erst dann – stünde sie der USA ebenbürtig gegenüber.

nes umzuwandeln, das auch wirtschaftlich der Gegenmacht USA Pari bieten könnte. Überdies aber würde eine solche Kräfteverbindung mit beiden deutschen Staaten ihr nicht nur ermöglichen, ihre prekäre Herrschaft über Osteuropa neu zu konsolidieren; sondern dies würde auch auf das gesamte übrige Europa einen enormen Anpassungsdruck ausüben. Grob vereinfacht gesagt: Eine günstige, durchaus auch lose Kräftekombination mit einem neutralisierten und sage konföderierten Restdeutschland könnte es der Sowjetunion erlauben, ganz Europa (außer Großbritannien wahrscheinlich), in verschiedenen, graduellen Abstufungen von sich abhängig zu machen. Dann – und erst dann! – stünde sie den USA ebenbürtig gegenüber. Das Ganze ist ein so eindeutiger, aber zugleich auch so schwerwiegender Tatbestand, daß es die kluge sowjetische Diplomatie seit langem vorzieht, dieses alte Leitziel ihrer Außenpolitik nur ganz selten überhaupt zu erwähnen, ja auch nur anzudeuten. Zumal es ohnehin kein unmittelbar anzustrebendes Ziel mehr seit dem Beginn der fünfziger Jahre gewesen ist. Es trifft auf viel zu viele Widerstände oder schafft sie erst. Überhastung kann nur schaden. Beharrlichkeit dagegen – kann schließlich noch zum Ziel führen.

Kämen nun durch eine offener auftretende Friedensbewegung in der DDR (hinter der genauso eine umfassende gesellschaftliche Bewegung „lauert“ wie hinter der polnischen Brot-und-Butter-Arbeiterbewegung von 1980) die Dinge in Bewegung, egal wie, dann läge das Element deutsch-deutscher Dynamik, das auf die westdeutsche Friedensbewegung sofort kräftig einwirken würde, insbesondere darin, daß sie sich eben mit den angeführten großen geopolitischen und historischen Tatsachen auseinandersetzen müßte, die hier bei

uns viel stärker verdrängt worden sind. Jede Bewegung in der DDR käme auf dieselben Schlußfolgerungen, auf die die Bewegung in Polen letztlich gekommen ist: nämlich, daß es für sie darauf ankommt, die Hegemonialmacht Sowjetunion zur Einsicht zu zwingen, daß sie auf die bisherige Weise nicht weitermachen kann, daß sie auf die Dauer mehr verliert als gewinnt; aber auch umgekehrt: daß sie durch eine großzügige Neuregelung der zwischenstaatlichen Verhältnisse mehr gewinnen als verlieren kann. Alle diesbezüglichen Versuche und Angebote der „Solidarność“ sind ja vor allem

native zu einem solchen Weg eben nur der antiquiert-heroische Weg des Nationalaufstands wäre oder die Chimäre der allgemeinen osteuropäischen Arbeiterrevolution. Es geht wieder auch um den anderen Gesichtspunkt: daß es für Polen wie für die DDR in der Tat ja eine völlig sinnlose, kostspielige, wahrscheinlich sogar undurchführbare Operation wäre, sich etwa aus dem ganzen sowjetischen Wirtschaftsbereich als solchem herausbrechen und vollständig in einen Weltmarkt integrieren zu wollen, der gerade selbst Zusammenbruchstendenzen zeigt.

Kurzum, jede Bewegung in der DDR würde die westdeutsche Friedensbewegung endlich zwingen, sich mit der Realität Sowjetunion, mit ihrer Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur ihren Stärken und Schwächen, Motivationen und Interessen *positiv* auseinanderzusetzen. Und ebenso mit den übrigen Ländern Osteuropas, mit dem ganzen komplexen Widerspruchsgeflecht dieses Raumes. Die deutsche Teilung und Abtrennung der alten Ostgebiete hat ja in unserem Bewußtsein zum Verlust einer ganzen *Dimension* deutscher Geschichte, ihrer *ostdeutschen* Dimension eben, geführt. „Stalingrad“ und „Auschwitz“ haben als unfaßbare und unverarbeitete Tatsachen unserer Geschichte dazu geführt, daß im Bewußtsein der Westdeutschen ein Vorhang niedergegangen ist, der wahrscheinlich wirksamer war als jeder „eiserne Vorhang“

György Konrad hat kürzlich, nach den Erfahrungen eines längeren Aufenthalts in der BRD und Westberlin, über die Vorstellungswelt der hiesigen Intellektuellen gesagt: „Die Welt ist westlich für sie. Osteuropa ist ein Exotikum. Es gibt eine westliche Zivilisation, die von der Elbe bis San Francisco reicht. Die ist groß und genug. Hinzu kommt noch die Dritte Welt – aber Osteuropa ist schwieriger und weniger reizvoll.“ Und die Osteuropäer beschäftigen sie sich mit dem Westen? „Ja, sehr! Das ist eine einseitige Liebe.“ □

* Stern-Autor Wolf Perdelwitz hat in seinem Buch „Wollen die Russen Krieg?“ die sowjetischen Raketen als erbarmungswürdig unmoderne Megatonnenschleudern vorgestellt, die „zwei Drittel mehr Zerstörungskraft“ haben. „Ein Vorteil ist das allerdings nicht eher ein Zeichen von Schwäche. Denn die sowjetischen Bomben *müssen* so groß sein, weil ihre Raketen so wenig treffsicher sind.“ (S. 271)

- 1 DDR. Das Manifest der Opposition. Eine Dokumentation, München (Goldmann) 1978. Der „Berliner Appell Frieden schaffen ohne Waffen“ war u.a. abgedruckt in der Frankfurter Rundschau vom 13.2.1982. Den „Offenen Brief an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew“ den Robert Havemann verfaßt hat, findet man u.a. in: Befreiung H. 22/23, Oktober 1981
- 2 Peter Brandt, Herbert Ammon (Hrsg.): Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek b. Hamburg (Rowohlt) 1981. Vgl. auch: H. Ammon, P. Brandt: Wege zur Lösung der deutschen Frage, in: Befreiung H. 21, April 1981
- 3 So kolportiert vom „Spiegel“-Redakteur Fritjof Meyer in seiner Polemik „Ein Klassenfeind, wie er gefällt“ Der Spiegel Nr. 33/1983
- 4 Protokolle des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode 90. Sitzung, 11. Mai 1978, S. 7093
- 5 Vgl. die Diskussionen und Beschlüsse des 1. Landesdelegiertenkongresses der „Solidarność“ vom September/Oktober 1981, insbesondere den Text der Programmserklärung, in: SOLIDARNOSC. Die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ in Dokumenten, Diskussion und Beiträgen, Köln (Bund) 1982
- 6 Osteuropa: Terra Incognita? Interview von Frank Herterich mit György Konrad, in: Pflasterstrand Nr. 161, Juli 1983

Die

Welt ist westlich für sie.
Osteuropa ist ein Exotikum
Es gibt eine westliche
Zivilisation, die von der Elbe bis
San Francisco reicht. Die ist
groß und genug. Hinzu kommt
noch die Dritte Welt – aber
Osteuropa ist schwierig und
weniger reizvoll“.
(György Konrad)

auch an der Realität der DDR gescheitert. Solange die Sowjetunion die DDR in der eisernen Weise im Griff halten muß, wie das jetzt der Fall ist, *muß* sie dasselbe auch mit Polen tun. Aber wie lange und für welchen Preis *kann* sie das noch? Im Fall der DDR müßte es sich also um die Einleitung der internationalen Prozeduren eines deutschen Friedensvertrags handeln. *Gegen* die Sowjetunion ist er nicht zu bekommen, nur *mit* ihr. Man muß es ihr also, nun ja, schmackhaft machen.

Seitens einer Bewegung in der DDR wäre das keineswegs bloße Taktik, sowenig wie es das bei der „Solidarität“ war – jedenfalls bei ihren klarsiehenden Köpfen, die aber auch den Kurs und die Programmatik in ihren großen Zügen bestimmt haben.⁵ Es geht nicht nur um die harten Tatsachen der Machtverhältnisse: daß die Alter-

Es handelt sich um einen von drei Aufsätzen, mit denen Gert Koenen ein Buch über die deutsch-russischen Beziehungen einleitet, das zu Beginn des nächsten Jahres im Sandler-Verlag erscheinen soll.

Zu Sauras Carmen-Film
und der Diskussion darum

Von Jürgen Walla

Die Liebe als rebellischer Vogel und unkritischer, unchristlicher Materialist

Eigentlich mag ich keine Kultfilme. Filme, in denen du gewesen sein mußt, weil sie alle toll finden, und weil du sonst nicht mitreden kannst. Filme, in die Leute mehr als einmal gehen, und die permanent ausverkauft sind und in denen am Ende stehend applaudiert wird, wenigstens angeblich.

Trotzdem war ich mehr als einmal in „Carmen“ und finde den Film ausgezeichnet. Ein Film ohne das in so vielen modernen Opussen übliche endlose Geschwätz. Die Handlung wird durch die Bilder deutlich. Diese Bilder sind was fürs Auge: kontrollierte Bewegungen anziehender Menschen. Die Bewegung drückt Leidenschaft aus und ist bewußt leidenschaftslos gesteuert. Oder doch nicht? Im Tanz, in der Kunst wird Liebe und Eifersucht dargestellt, symbolisiert, zelebriert – trotzdem packend, oder deswegen? Ich mag auch das Vieldeutig-Eindeutige, wie über die Wechselbeziehung von Leben und Kunst, Lieben und Arbeiten gehandelt wird, so daß es unerheblich ist, ob zum Schluß ein wirklicher Mord stattfindet oder ein vorgestellter (da Kino, ist es allemal nur Vorstellung der Wirklichkeit.)

Ich hatte nicht das Bedürfnis, während der Veranstaltung auf die Uhr zu sehen, ich war gespannt, interessiert, auch beim zweiten Mal, wo ja die Geschichte bekannt ist, sogar, wie sie dargeboten wird. Nachher war ich angeregt. Es ist für mich ein sinnlicher Film, ein Film für die Sinne. Und es ist ein erotischer Film, er strahlt Lust aus und macht Lust. Ein schöner Film also, der mir gefiel. Damit genug, andere Leute haben einen anderen Geschmack.

Wenns damit genug sein könnte! Aber das geht ja nicht, denn „Carmen“ ist ein Kultfilm. Das bedeutet, die Leute begnügen sich nicht damit hinzugehn aus Interesse

oder weil es ihnen jemand empfohlen hat, sondern mit der Empfehlung wie auch mit den Kritiken werden inzwischen ideologische Schlachten geschlagen.

Zugegeben, „Carmen“ provoziert dazu. Das Sujet der Leidenschaft eignet sich vorzüglich, leidenschaftliche Debatten anzuregen. Etwa darüber, ob es a) diese Leidenschaft überhaupt gibt und was die Rolle der Gefühle sei, und b) ob diese Leidenschaft gut oder schlecht, emanzipatorisch oder Ausdruck von Unterdrückung sei. Von feministischer Seite wird eingewandt, diese Carmen sei einfach ein Weib, wie es sich Männer ausdenken, und alles andere als emanzipiert (eine Frau, nebenbei, sagte mir dazu, dieses Argument käme aus dem Bewußtsein, nicht soviel erotische Wirkung auf Männer auszustrahlen wie Laura del Sol, sei also Eifersucht, womit wir beim Thema des Films wären).

Es gibt zweifellos einen Zusammenhang zwischen einer Renaissance der Gefühle, von der allgemein zutreffend gesprochen wird, und diesem Film bzw. vergleichbaren Filmen (noch zwei Carmen-Projekte laufen ja) bzw. überhaupt der Debatte um den Film und um die Rolle der Gefühle. Die politische Wende findet ihre ideologischen Entsprechungen und hat ihre materiellen Ursachen. Die Anbetung der fünfziger Jahre über „neue deutsche Welle“ und Konsumschick, die Wiederhof-fähigmachung des Sentiments (durch Kohl) und Ressentiments (durch Zimmermann)

von oben paßt gut zum Trommeln und Baghwanreisen, zur Verehrung des Bauches und seiner angeblich gefühlstreibenden Eigenschaften und zu Mythen von der Zukunft als Sache der Weiblichkeit und der Mondin von unten, will sagen: aus der Bewegung. Liebe und Eifersucht sind Geschwister, heißt es in Carmen. Ablehnung des Rationalismus und Anbetung des Irrationalismus sind es jedenfalls auch.

Die Kritik des Rationalismus hat ihre Ursachen in einer Lage, worin sich die angebliche Planbarkeit und Berechenbarkeit der Lebensverhältnisse als Seifenblase erweist. Das ist sozusagen der unmittelbare Anlaß. Darüberhinaus aber liegt dieser Kritik zugrunde: Das handelnde Subjekt, die Menschen, die lieben und sich verwirklichen, wird in solcher Betrachtung ersetzt durch behandelte Objekte, verwaltete, manipulierte, gespeicherte Wesen, 1984 steht vor der Tür Überdies ist die Perspektive einer goldenen Zukunft getrübt, das Ideal größtmöglichen Konsums erscheint als nicht mehr erreichbar, woher gerade die Sympathie für die 50er Jahre rührt, in denen dieses Ideal als real und die Probleme als lösbar erschienen. Sie sind es, aber nicht mit dem herkömmlichen Instrumentarium, insofern ist diese Rückbesinnung auf die Fünfziger wirklich eine Flucht in den Irrationa-

Erbarnten, liebe Frauen!

Die Angst geht um in unserer Männerwelt. Die Angst vor einer neuen Frauenoffensive. Offensive Frauen kommen auf uns zu, männermordend wie Carmen. Belles dames sans merci, femmes fatales.

majas: „stark, kämpferisch, phantasievoll, übermütig, erotisch und entschlossen“, wie „Emma“ die neuen „Amazonen“ und „Tigerfrauen“ gern sieht.

Gedankenblase Sensibelchen legen Rouge auf und die weiten Latzhosen ab. Jetzt heißt's das Mieder wieder enger schnallen! Den Reizen ihrer Körper soll der Mann verfallen. Der Geist hat seine Schuldigkeit getan, der Geist kann gehen.

Am Ende ist es vielleicht besser so, weil's so schon immer war. Und ewig lockt das Weib – das ist eben die Wende.

Wieder beruhigt Titanic

lismus. Aber die Gürtel werden enger geschnallt, es geht „uns“ nicht mehr so gut, nahe liegt, sich Idealen zuzuwenden. Und Gefühlen, zumal die den Vorteil haben, im Gegensatz zu Idealen etwas sehr Handfestes zu sein. Wen sollte daher die aktuelle Begeisterung für Gefühle wundern, geteilt oder nicht geteilt?

Zurück zu Carmen. Das Anheizen der Diskussion um den Film sehe ich auf dem skizzierten Hintergrund. Es gibt aber noch einen andern Grund für die Hitzigkeit der Debatte, schon seit Merimee: das Geschlechterverhältnis.

Grundfrage: Ist Carmen eine emanzipierte Frau oder eine Nutte? Und als solche das (Alp- und Wunsch-)Traumbild eines Mannes, Machos, Chauvis? Antwort: aber sicher

Carmen ist eine reinrassige Macho-Projektion, am deutlichsten vielleicht in der Merimee-Novelle. Dort wird sie geschildert als wild, leidenschaftlich, von befremdender, faszinierender Schönheit und abgründiger Verderbtheit. Merimee schildert eine Gestalt, die ein paar Jahrhunderte vorher ohne große Umstände als Hexe verbrannt worden wäre. Damit er allerdings dieses Ungeheuer ausmalen kann, bedient er sich des Tricks, bewährte Klischees zu verarbeiten, und stellt sie als Zigeunerin dar

Was heißt Ungeheuer? Es heißt schlicht die Frau als Gegensatz zum Mann, der ist tatsächlich ein Ungeheuer. Sie erschüttert sein Leben, sie zertrümmert seine Ordnungsvorstellungen, sie legt seine Welt in Schutt und Asche. Sie ist sein Glück und Unglück. Sie behext und beherrscht ihn. Sie befreit und verdirbt ihn. Denn tatsächlich befreit sie ihren José ja aus der Mittelmäßigkeit einer Polizeikarriere in die Romantik eines gefürchteten und respektierten Banditen. Die Story ist jedoch älter. Wir kennen sie schon aus der Bibel, vom naiven Adam, den seine Eva vermittels eines Apfels aus dem Paradies vertreibt, nicht ohne ihn die Sexualität – und die Arbeit, als Strafe, kennen zu lehren.

Ob man, sagen wir ausnahmsweise mal ruhig: Mann, sich Stucks Frauengemälde ansieht, Munchs „Sünde“ oder Kubins sexuelle Fantasien, ob man Alban Bergs Lulu hört oder Offenbachs Helena – gemeinsam ist ihnen die Vorstellung der Frau als Verführerin-Bedrohung. Männliche Welten und Ordnungen werden attackiert, durch die Frau, das wird in der Kunst schon lange zelebriert, wenigstens in der mitteleuropäischen (ein Blick auf Cranachs Eva sei ein Hinweis; die Verführung ist anziehend geschildert, aber die Tradition spricht vom Sündenfall). Die Frauen sind in diesen Bildern, Stücken, Opern, Romanen attraktiv und lasziv und gefährlich, die Männer erscheinen als mehr oder weniger naive Op-

fer. „Die Frau gab mir den Apfel, ich biß bloß hinein.“

Als soundsovielter Aufguß eines abgedroschenen Themas wäre der Film allenfalls von der formalen Seite her interessant – ist er gut gemacht? Anregend ist hingegen der Gedanke, wieso eigentlich Männer solche Frauenbilder erfinden, die zwischen den Prototypen Heilige, Hure und Hexe schwanken. Darin drückt sich zweifellos eine ganze Menge Furcht aus, eine eroberte, dominierende, unterdrückende Position zu verlieren. Sofern der Film dieses Bild reproduziert, er tut es sicher, ist das ein Chauvi- und Macho-Film. Und zugleich ein Dokument unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, ausgeführt am wenigstens offen patriarchalischen Spanien.

Ist aber Carmen wirklich ein Ungeheuer und ihr „José“ ein Opfer? Bei Merimee ist er Opfer seiner Obsession, seiner Eifer sucht. Er kann nicht aus seinem Besitzanspruch auf Carmen heraus, also bringt er sie um. Wenn ich etwas habe, will es nicht hergeben, kann es aber nicht behalten, bleibt mir als letzte Bestätigung meines Rechts darauf die Möglichkeit, es zu zerstören. Die Frau als Sache. Aber Carmen läßt sich freiwillig umbringen. („Du willst mich töten, das sehe ich gut, sagte sie, sicher, aber du wirst mich nicht zum Nachgeben zwingen.“ – Merimee, Carmen) Zwar in ihren Kodex eingebunden, ist sie frei in ihrer Entscheidung. Zu ihrem Liebhaber sagt sie, die mit vielen Männern schläft, du siehst doch, daß ich dich liebe, da ich kein Geld von dir nehme. Carmen ist unabhängig. Sie hat keinen Zuhälter, als sie ihren Mann nicht liebt, verwindet sie seine Ermordung durch José, als sie José nicht mehr liebt, sagt sie es ihm. Und so zahm Carlos Sauras Carmen im Vergleich dazu

ist, so unabhängig ist auch sie, trotzdem, noch immer. Was tuts, daß sie die Brust rausdrückt und die Hüften schmeißt? Sie drückt darin sich selbst aus – und sie verfolgt ihre Zwecke.

So gesehen ist das ein Film gegen das Chauvi- und Machotum, weist darauf hin, wie lächerlich das ist, und wie unglücklich man sich damit macht. Ist das eine Antizipation einer neuen, freieren Gesellschaft, eines zwangloseren Verhältnisses der Menschen untereinander? Ich kanns nicht sagen. Im kommunistischen Manifest wird bekanntlich sehr abstrakt darüber gesprochen, angesprochen ist es immerhin. Gelöst ist es bisher noch nicht.

Wenn wir auf ideologische Interpretationen verzichten, kann dem Film dennoch zugesprochen werden, daß er realistisch ist. Er zeigt nämlich den Ablauf von Beziehungen in einer Gesellschaft, in der Menschen einander als Sachen behandeln, selbst da, wo sie am menschlichsten sein wollen. Sie behandeln sich als Eigentum bzw. als Rebell gegen solche Eigentumsverhältnisse. Die Liebe, der rebellische Vogel (Bizet, Carmen), widerspricht als Äußerung der Subjektivität jedem solchen Behandeln von Menschen als Sachen, aber nur, indem zugleich von zwei liebenden Menschen einer dem andern Objekt wird.

Die Widersprüche sind da. Die Gefühle auch. Die Liebe ist ein unkritischer, unchristlicher Materialist (so Marx in der Heiligen Familie), und schert sich nicht viel um die Theorie. Wo aber nicht konkret geliebt wird, werden Theorien aufgestellt, um die mit unterschiedlicher Leidenschaftlichkeit gefochten wird. Immerhin wird, wenigstens heutzutage „die Macht der Gefühle“ (auch ein aktueller Kinotitel) anerkannt. Ein Fortschritt an Ehrlichkeit wäre das.

Aufdeckung gesellschaftlicher Ursachen läßt sich von dem Film Carmen nicht erwarten, das verspricht er auch nicht. Unter politischen Kriterien ließen sich dann leicht Verdammungsurteile fällen. Hingegen bedenkend, daß die Beschreibung von Verhältnissen, wie sie sind, die Lösung zwar nicht einschließt, das Nachdenken aber über Lösungen ermöglicht, können wir zu einem andern Urteil über den Film kommen. Das ideologische Feldgeschrei um den Film Carmen ist daher müßig. Er kann als ästhetisches Produkt genossen oder verabscheut werden. Die Unterhaltung über die Sachen, die darin angesprochen sind, über Verhältnisse und Verhaltensweisen, wäre möglich. Soweit der Film sie anregt, hat er seine Verdienste. Soweit sie sich auf den Film beschränkte, wäre das öde.

Carmen als Modell? Sie ist ihren Mackern voraus. Sie bezahlt es mit dem Leben. Was aber kritisiert dies, wenn nicht solche Verhältnisse? □

Zur Behandlung der »Neuen Medien« in der Kommune

Gegenstand meiner Bemerkungen sind die Artikel der *Kommune* zu den neuen Medien und die Linie, die hierin zum Ausdruck kommt. Diese Linie kann man übrigens auch in den Stellungnahmen zur Volkszählung (nach dem Motto „Volkszählung ja – aber nicht so“) finden, aber darauf gehe ich hier nicht ein. In der Nr 3/1983 entwickelte *Gerd Heinemann* grundlegende Thesen zu dem Problem: „Vom Umgang mit den Neuen Medien. Kommunikation statt Distribution“ In der Nr 9/1983 („Die Arbeiterbewegung im Kampf um die Medien“) versucht *Rolf Surmann* zusätzliche Argumente aus der Geschichte des Kampfes um die Medien zu ziehen.

I

Zunächst zum Ausgangspunkt von Gerd: „Das Geschäft mit den Neuen Medien ist mehr noch als das mit den Neuen Technologien ein sehr spekulatives. Bisher hat sich mit den Neuen Medien noch niemand gesundgestoßen.“ (S. 38) Natürlich ist für die einzelnen Kapitale, die in das Kabelgeschäft oder in den Aufbau neuer Sender investieren, dieses Kapital Risikokapital¹ Zu Zeiten der Krise gibt es massenhaft Kapital, das nach produktiver Anlage drängt. Die Computerindustrie ist dabei die einzige Branche mit erheblichen Wachstumsraten, die im Begriff steht, die Autoindustrie in ihrer Bedeutung zu überflügeln. Das Revolutionierende der Neuen Technologien und Medien liegt, wie Gerd auch ausführt, insbesondere im Bereich der geschäftlichen Kommunikation: durch die Zusammenfassung der drei Bereiche Büro-kommunikation, Textverarbeitung und Datenverarbeitung sind irrsinnige Rationalisierungseffekte zu erwarten. Die Verkabelung zielt nun *ökonomisch* darauf ab, einen direkten Draht vom Produzenten zum Konsumenten zu legen² – da ist nicht nur ein weiterer Rationalisierungsschub zu erwarten, sondern erhebliche Kontrollmöglichkeiten, Erstellung von Benutzerdaten etc. fallen gleichsam mit ab. Die Vervielfachung der Bestrahlungsmöglichkeiten durch die Unterhaltungsindustrie, die natürlich ihrerseits nach profitträchtiger Anlage drängt, bildet den *ideologischen* Zweck.

II

Es mag nützlich sein, daran zu erinnern, daß unter den obwaltenden gesellschaftlichen Verhältnissen jede neue Technologie der Machtposition der Herrschenden weitere Absicherung verschafft. Alle Vorteile, die sich Gerd auf S. 39 aufzuzählen bemüht, sind denn auch rein abstrakte, wie es wäre, wenn – ja wenn das Volk die Macht hätte und sinnvoll produzieren würde:

„Wenn die Produktion das Ziel hat, freie Zeit zu produzieren, ist generell die Verwendung weniger gesellschaftlicher Arbeitszeit auf Transport- und Kommunikationsarbeit zu begrüßen, um mehr Zeit für die personale Kommunikation zu finden.“

Hat sie aber nicht. Schätzungen der Zahl der Dauerarbeitslosen, die durch die Neuen Technologien produziert würden, sprechen von fünf bis sechs Millionen. Zeit für die „personale Kommunikation“ wäre dann überreichlich da, nur würde der Irrsinn dieser Produktionsweise sich ungehemmt weiter entfalten.

Es sind ja auch nicht die drohende Vernichtung von Arbeitsplätzen allein oder die verbesserten Zugriffs- und Kontrollmöglichkeiten durch Staatsapparat und Kapital, sondern es werden auch Entleerung der Arbeitsinhalte und Untergrabung der Selbständigkeit im Arbeitsprozeß bewirkt. In einem lesenswerten Vortrag³ führt Ulrich Briefs aus, daß die Umstellung auf EDV gestütztes Arbeiten für einen Angestellten bei einer Versicherung oder in einer Behörde bedeutet, daß ihm die Bearbeitungsweise verbindlicher vorgeschrieben werden kann und er z.B. nicht mehr „Fälle“ betreut, sondern dann nur noch ein enges thematisches Gebiet zu bearbeiten hat.

III

Gerd behauptet dann:

„Die gesellschaftlichen Probleme, die durch die Neuen Technologien und Neuen Medien entstanden sind, können nicht (mehr) durch schlichten Verzicht oder Blockade rückgängig gemacht und gelöst werden.“ (S. 40)

Das läuft darauf hinaus zu sagen: Es ist eh schon da, versuchen wir das Beste draus zu machen. In diesem Zusammenhang entwickelt Gerd seine Thesen zum Aufbau eines lokalen Rundfunks in den Händen der Kommunen.

Nicht nur, daß dazu ein neues Sendernetz geschaffen werden müßte (die Begründung, das sei immer noch billiger als die Vollverkabelung, wird einen Verkabelungsgegner kaum überzeugen!), nein,

„damit wird ein in sich geschlossenes Informations- und Kommunikationsnetz geschaffen“ (S. 44)



Das „Neue Medium“ in den 30er Jahren

Bitte keine Angst, der linke Oberlehrer zu sein ...

Der Autor hat, wie er schreibt, „das zweifelhafte Glück, die Neue Medien-Offensive bei einer nicht unbekanntenen Fabrikantenzeitung aus erster Hand mitzerleben: Diese schickt sich massiv an, den Lokalfunk, wenn er denn endlich errichtet werden darf in privater Regie, am Verlagsort dieser Zeitung zu beherrschen. Die Videowände an markanten öffentlichen Plätzen bilden die Vorstufe; das mit großen Anstrengungen seit 1980 aufgebaute Bildschirmtextangebot liefert die praktischen Erfahrungen. Der „FR“ dürfte, wenn sich allmählich größere Verschiebungen auf dem Werbemarkt hin ins elektronische Medium ergeben, ganz massiv an ihrem ökonomischen Standbein gesägt werden. Ein Lokalfunk kommt da, daß uns die Augen tränen. K.-P. Kroete“

Dies, nachdem Gerd selbst herausgearbeitet hatte, daß die bestehende Struktur des Rundfunks eben nicht erlaubt, den Empfänger auch gleichzeitig zum Sender zu machen⁴ Indes meint er, dieses Problem dadurch lösen zu können, daß ein Lokalfunk von den Massen leichter zu beeinflussen sei. Das mag nun theoretisch so sein, aber aktuell besitzen die Leute ja nicht mal nennenswerten Einfluß auf die Zeitungen! Persönliche Auseinandersetzung, Mega- und Mikrophone, Flugblätter, schließlich Zeitungen: das sind völlig ausreichende Mittel der Kommunikation auf der Ebene des Ortes. Dem politischen Zusammenschluß der Menschen für vernünftige Ziele stehen doch ganz andere ideologische

Hemmnisse entgegen, zu deren Beseitigung ein Lokalfunk nicht der entscheidende Ansatzpunkt sein kann. Passive Kommunikation würde auch dies bedeuten, und zudem nicht zu finanzieren sein.⁵ Konsequenter läßt Gerd dann auch einen Aufruf raus zur Beteiligung an den Kabelpilotprojekten und deren „Offenen Kanälen“

IV

Das soll nun nicht meinen, daß die Auseinandersetzung um den Rundfunk (=Hörfunk + Fernsehen) per se schon unsinnig sei; in Zeiten heftigeren Klassenkampfes zeigt sich rasch, wie wertvoll der Funk ist, wenn etwa bei einem Putsch als erstes die Radiostationen besetzt werden. Der Sender von Solidarność und der tschechoslowakische Widerstandsfunk gegen die sowjetische Okkupation 1968 beweisen ebenfalls, daß auf dieser Ebene das Informationsmonopol der Herrschenden durchbrochen werden muß. Dies ist aber gerade kein (trotz aller angestrebten Vernetzung) selbstgenügsamer Lokalfunk, sondern lebensnotwendig, um eine Nachrichtenlage zu schaffen, in der nicht die Unsicherheit darüber, ob vielleicht nur im eigenen Ort Widerstand geleistet wird, schon einen Aufstand zum Scheitern bringt.⁶ Wenn aber *aktuell* ein Kampf um den Rundfunk geführt werden muß, scheint mir, daß er sich eher auf dessen Qualität und Verfaßtheit richten sollte als darauf, ein neues Sendernetz zu fordern und die Bourgeois im übrigen ihre Privatsenderpläne durchziehen zu lassen.

V

Es entbehrt – für mich jedenfalls – nicht einer gewissen Ironie, wenn Gerd in seiner Nachbemerkung behauptet, die Vernetzung der Rechner „stößt tendenziell an die engen Grenzen und Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise“ – ein Versuch, das Fortschrittliche an den Neuen Medien und Technologien aufzuspüren, führt zu dieser optimistischen Prognose, wo es doch so ist, daß diese alle Zentralisierungstendenzen und die Verfügungsgewalten in den Händen von Staat und Großkapitalien mächtig beflügeln sollen!

Auch in dem Artikel von Surmann findet sich diese Linie wieder. Er fordert, die Neuen Medien unter dem Gesichtspunkt zu beurteilen, was sie an kulturellen Kenntnissen bringen könnten, statt nun aber „nichts!“ zu schlußfolgern, flüchtet er ins Bedeutend-Allgemeine:

„Sind diese Möglichkeiten unter kapitalistischen Verhältnissen so nicht zu realisieren, dann sollte dies nicht zur prinzipiellen Ablehnung der „neuen Medien“ führen, sondern den Blick über die Medien hinauslenken, sollte ihn lenken auf die



Bedingungen von Kommunikation in dieser Gesellschaft, auf ihre ökonomische und politische Bestimmtheit.“ (S. 59)

Er stellt sich vor mittels politischem Kampf die Auseinandersetzung um die Medien und die Forderung nach Basisdemokratie unter einen Hut zu bringen (so sein Ausdruck), befaßt sich aber nicht weiter mit der Frage, die er richtigerweise aufgeworfen hat: welches die Bedingungen von „Kommunikation“ in unserer Gesellschaft sind.

VI

Der zentrale Fehler beider Artikel ist nämlich, daß sie einen Begriff von „Information und Kommunikation“ aufgreifen, wie sie ihn vorfinden: dieser wertfreie Informationsbegriff ist aber pure Ideologie.

Dieser Informationsbegriff als eines reinen Faktes, als einer kleinsten Wissenseinheit (sei dies nun wirtschaftlicher, wissenschaftlich-technischer oder politisch-sozialer Art) ist konsequent für die bürgerlichen Theorien, die Information als vierten Produktionsfaktor behandeln. Der Information, wenn man diese als Verbreitung von Kenntnissen und Wissen definiert, dienen die Medien aber nur insofern sie sie als ihren Zweck vorgeben: soweit nicht ohnehin mit den Medien ökonomischer Profit gemacht wird (Gebühren, Werbung etc.), sorgt der gesamte Zusammenhang, in dem sie die einzelne Information, Nachricht oder Meldung stellen, für deren Isolierung, Verzerrung und Verfälschung; die Interpretation wird gratis mitgeliefert. Nimmt man mal nur die politischen Sendungen und Magazine, so sind diese vom Unterhaltungsprogramm eingekesselt, und eben diese Unterhaltung ist der eigentliche Zweck vor allem des Fernsehens:

„Unterhalten heißt, Stimmungs- und Gefühlschwächen für eine Weile zu kompensieren. Unterhaltung spricht emotionale Defizite an, die jedermann von Zeit zu Zeit hat und sich auszugleichen bemüht. Davon lebt die Unterhaltungsindustrie.“⁷

Und diese Unterhaltung erfolgt eben *passiv*.

GRENADA

Die große Revolution auf einer kleinen Insel

Grenada - Nachrichten Nr. 4 Sondernummer



Neuerscheinung:
GRENADA: DIE GROSSE REVOLUTION AUF EINER KLEINEN INSEL
 Sondernummer der Grenada Nachrichten, herausgegeben vom Karibik Informationszentrum Hamburg

Erstmals in deutscher Sprache eine Einführung in die Geschichte, 6 Beiträge verschiedener Autoren zu Wirtschaft, Sozialwesen und Politik der Karibikinsel.

Inhalt: Geschichte: Grenada im Kolonialsystem, Aufstieg und Fall von Eric Gairy, die Revolution von 1979, Basisdemokratie; Frauen in Grenada; Wirtschaft-Build the Revolution; Bildungswesen — Erziehung ist ein Recht, kein Privileg; Das Gesundheitswesen; Karibische Nachbarn; Annotierte Literaturhinweise; mit zahlreichen Fotos, Abbildungen und Karten.

zu beziehen über:
 Karibik Informationszentrum Hamburg,
 Nernstweg 32 34,
 2000 Hamburg 50
 und einigen Buchläden.
Preis: 3,50 (exklusive Versandkosten)



„Die rasche Folge von fremdbestimmten Abläufen nötigt die durch die Lichtquelle des Bildschirms auf ihre Sitze gebannten Zuschauer in einen physiologischen Erregungszustand. Der ist besonders angenehm, weil das Medium dialogische Antworten ausschließt.“ (S. 415)

Nach dem frustrierenden Arbeits-Alltag wird das Medium zum fiktiven Ersatzleben.

„Denn der Mensch lebt, wie Ernst Cassirer in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts schlüssig nachgewiesen hat, nicht in unmittelbarer Beziehung zur Natur, sondern in einem „symbolischen Universum“, einem Kosmos von Zeichen, die menschlichen Ursprungs sind. Die letzten sechzig Jahre haben dieses „symbolische Universum“ durch Medientechnik mehr verändert als die Jahrtausende zuvor.“ (S. 418)

Im Anschluß an diese Äußerung von Harry Pross ließe sich die Geschichte dieser Epoche geradezu als Epoche der zunehmenden Entfremdung des Menschen von seinen Kommunikationsmitteln beschreiben, die ihm gleichzeitig immer mehr auf den Leib rücken.

VII

Die Überflutung mit Informationen, ihre Zusammenballung auf engstem Raume, die Reduzierung eines einzelnen aber komplizierten Sachverhaltes auf ein meldungswürdiges Zwei-Satz-Konstrukt schafft in den Zeitungen ein Nebelgespinnst „einer unermesslichen Undurchdringlichkeit“, „einer allgemeinen Nährflüssigkeit“. (Musil, S. 8)

Das Radio verstärkt diese Tendenz: ich schwimme jetzt nicht mehr in der Nährflüssigkeit (der Akt des Lesens erfordert dabei immerhin noch eine geistige Leistung), sondern es geht mir unmittelbar ins Ohr, was ich zu wissen und zu meinen habe. Die wahre Revolution erfolgte aber, als die Bilder laufen lernten: im Kino. Die Bilder gehen durch das Auge, ohne unseren Verstand zu berühren, in die Gefühlstiefen und wirken dort. Das Fernsehen verhält sich zum Einzelfilm ähnlich potenzierend wie die Zeitung zur Flugschrift. Reizüberflutung, die größte Anschaulichkeit des Gezeigten, das man für wahr zu halten neigt, weil man es ja selbst sieht, erzwingen dennoch keine



Stellungnahme. Das Kompott von Elend, Tod und Grauen, das einem die *Tagesschau* liebevoll – womöglich noch zum Abendbrot – serviert, müßte einen entweder in den Wahnsinn treiben oder zum Gewehr greifen lassen, wenn man sich menschliche Reaktionen bewahrt hat: zurückgezogen in die Höhlen des Privaten, wird nur Abstumpfung und Distanz erzeugt.

Die Neuen Medien⁹ werden, insofern sie über Satelliten und Privatsender das Fernsehangebot multiplizieren, dieses gleichzeitig weiter vulgarisieren und brutalisieren; die kritische Augenbraue, die Gerd gelegentlich noch in manchen Sendungen ausmachen konnte, wird er dann nicht mehr sehen. Jeder schöne Bürgerkanal und Lokalsender, falls erlaubt, wird dagegen schon an den ökonomischen Schwierigkeiten scheitern.

VIII

Und die Konsequenz? Bitte keine Angst davor, der linke Oberlehrer zu sein: Ablehnung der Verkabelung, Boykott des Bildschirmtextes (das Medium, das die Verkabelung vorbereitet). Auf der Ebene des Be-

- 1 Man vergleiche aber das heftige Interesse der Kapitalisten-Klasse an der Nutzung der Kernenergie ungeachtet allen Abenteueriums vom gesellschaftlichen Standpunkt und des Risikos vom Standpunkt des einzelnen investierenden Kapitals.
- 2 Man vergleiche die Zwänge, die die Umstellung von Lohntüte auf Girokonto mit sich gebracht haben. Diese Entwicklung wird technisch nur verlängert: über einen Bildschirmtextanschluß ist die „Kommunikation“ mit der Bank technisch möglich, und vielleicht können in 15 Jahren Bankfilialen nur noch zu Vertragsabschlüssen aufgesucht werden.
- 3 *Moderne Zeiten* 9/1983, S. 30 bis 35
- 4 bzw. nur zum Absender von elektronischen „Briefen“, wie schon im Bildschirmtext möglich; dies ist aber auch keine „Massenkommunikation“, sondern ein papierloser Postdienst.
- 5 Das italienische Beispiel sollte eigentlich erhellend wirken. Zwar konnten die (fast 500) Sender – die italienische Verfassung kennt kein Monopol für den RAI – auch deswegen entstehen, weil der RAI die Bedürfnisse nach regionaler und lokaler Information vernachlässigt hatte. Inzwischen hat sich aber das große Geld längst durchgesetzt: Drei Netzwerke betreiben faktisch landesweite Programme (ihre Lokalsender senden einfach dieselben Programme zur selben Zeit); sie stellen ihrerseits das Standbein dar für große US-Fernsehgesellschaften, mit denen sie



Radio rabbia alternativa

trieb: „Ganz bestimmte Systeme zulassen, ganz bestimmte Systeme aber bewußt ablehnen.“ (Briefs, S. 31) Aufbau eines linken Zeitungs- und Zeitschriftenwesens als Organe kritischer Information und überlokaler Debatte. Entscheidend bleibt die Aufklärung über soziale Zusammenhänge und die Auseinandersetzung unter den Menschen *darüber* und *über sich* damit.

Wenn die Linken heute vielleicht nicht gut wissen, wie sie ihre Erkenntnisse und Anschauungen mehrheitsfähig machen können, wird ihnen ein „Kampf um die Medien“ jedenfalls nichts nützen. Die Angst, sich gegen den technischen Fortschritt zu stellen, ist auch ein schlechter Ratgeber: die Neuen Medien bereichern den gesellschaftlichen Reichtum in keiner Weise. Sie verhalten sich zu den „alten“ Medien wie ein überzüchtetes Rennauto zu einem alten VW, der noch seine Dienste tut:

„Wenn wir alles machen, was in der Kommunikation technisch machbar ist, werden wir unsere Seelen und unsere Sitten zugrunde richten, noch ehe die ABC-Waffen die leiblichen Hülsen in Staub verwandeln.“ (Pross, S. 422)

So ist es.

- kooperieren. Die KPI mußte ihrerseits einen großen Sender verkaufen; die Mehrzahl der Sender in der Hand der Parteien gehört den Christdemokraten. Der RAI ist gezwungen, seine Unterhaltungssendungen noch auszudehnen; sein stärkstes Argument ist, daß seine Sendungen nicht von Werbung unterbrochen sind. In den Großstädten kann man bis zu 30 Programme empfangen. – Selbst wenn man erreichen könnte, daß die Post ein Sendernetz den Gemeinden zur Verfügung stellt, würden die hohen Kosten für ein eigenständiges Programm die Abhängigkeit von den lokalen Kapitalisten (Werbung) zwingend nach sich ziehen.
- 6 Das deutsche Programm der BBC, das sich im Krieg gerade auch durch Eingeständnis alliierter Niederlagen und wahrhafter Berichterstattung das Vertrauen der deutschen Nichtnazis erwarb, brachte nur einmal bewußt eine Falschmeldung: am 20. Juli wurde der Beginn eines allgemeinen Aufstandes gemeldet, um den deutschen Widerstand dazu zu ermutigen.
- 7 Harry Pross, *Neue Medien – alte Zwänge*, in *Merkur* 4/1983, S. 414–422, hier S. 419
- 8 *Mann ohne Eigenschaften*: Ausgabe in einem Band 1971, S. 217
- 9 Dieser Begriff ist eigentlich falsch, da die „alten“ nur vervielfacht (Kabelfernsehen) bzw. verkoppelt werden (Btx verbindet Fernsehen und Telefon mit einem Rechner).

Konservatismus im Angebot hat das Kursbuch 73 (September 1983) als Thema. Da wird z.B. auszuloten versucht, für was die Thatcher steht und was sie anspricht. Konservativ ist sie jedenfalls nicht nach Meinung von Timothy Gordon Ash. „Margaret Thatcher hat verstanden, daß der traditionelle Konservatismus im England der achtziger Jahre unmöglich geworden ist, weil unsere Gegenwart nicht so beschaffen ist, daß die Mehrheit des britischen Volkes sie zu konservieren wüßte. Unerträglich für das britische Volk ist die Tatsache des Niedergangs der britischen Macht (politisch wie ökonomisch).“ Weil dieser Niedergang die Gegenwart bestimmt, kann Konservatismus nur greifen, wenn er die Vergangenheit in der Gegenwart inszeniert, also reaktionär wird. „Tatsächlich könnte man behaupten, daß der ‚Ablenkungsimperialismus‘ mit dem Falkland-Krieg bis an die äußersten Grenzen seiner Möglichkeiten getrieben worden ist, d.h. ein maximaler innenpolitischer Effekt wurde mit einem Minimum an außenpolitischem Aufwand erzielt (‚bloß‘ ein paar tausend Leben). Dieser eigentlich ins 19. Jahrhundert gehörende außenpolitische Erfolg bietet der breiten Öffentlichkeit in Britannien einen Ausgleich für Margaret Thatchers ins 19. Jahrhundert gehörende Wirtschaftspolitik. Vielleicht ist man stellenlos, aber man ist doch Brite von altem Schrot und Korn.“

Im Unterschied zum deutschen Imperialismus, der zweimal beim Griff nach der Weltmacht nach vernichtender militärischer Niederlage kapitulieren mußte, hatte der britische Imperialismus die Weltmacht tatsächlich erobert – und sie dann ohne militärische Niederlage im Verlauf weniger Jahrzehnte vollständig verloren. „Das Suez-Fiasko 1956 besiegelte dann endgültig die Zweitrangigkeit der britischen Nation. Die folgenden beiden Jahrzehnte brachten den Verfall der britischen Wirtschaftsmacht bis zu dem Punkt, wo das englische Pro-Kopf-Einkommen (den Zahlen der Weltbank zufolge) hinter das der Deutschen Demokratischen Republik zurückfiel.“ Klar daß der Konservatismus in Großbritannien anders daher kommt als hierzulande, wo die Hoffnung auf Großdeutschland auf den Schlachtfeldern zerschlagen wurde (nach dem II. Weltkrieg kam nicht mal mehr eine Dolchstoßlegende auf), dafür aber auf dem Weltmarkt eine

Stellung erobert wurde, wie sie das Deutsche Reich kaum jemals hatte.

„Es gibt kein Wiederaufleben des Konservatismus‘ in der angelsächsischen Welt, weil weder Reagan noch Thatcher Konservative sind. Das Bedrohlichste an diesen Rechts-Regierungen ist gerade ihr Mangel an Konservatismus: ihre Bereitschaft, das Flickwerk der Gegenwart zu zerreißen und durch die phantasierte Vollkommenheit einer mythischen Vergangenheit zu ersetzen; ihre Neigung, zum Ausgleich für innenpolitische Probleme äußere ‚Kriege‘ (ob heiße oder kalte) zu riskieren.“

Sicher ist es bloß die halbe Wahrheit, die englische und die amerikanische Regierung als Regisseure von Weltmachtinszenierungen zu nehmen, in einer Situation, wo diese Weltmacht wie in England bereits Vergangenheit ist oder sich wie in den USA auf dem absteigenden Ast befindet. Unter ganz unterschiedlichen Bedingungen ist es ja



der Zweck beider Regierungen, die Verfettungserscheinungen, die Imperialismus und Weltmachtstellung für den Kapitalismus so mit sich bringen, gründlich zu remedieren, indem sie die Masse der Bürger des Imperiums in jeder Hinsicht wieder auf die Stufe bringen, die sie ökonomisch nie verlassen haben, auf die Stufe von Proletariern. Die „phantasierte Vollkommenheit einer mythischen Vergangenheit“ hat ja den realen Kern einer Erneuerung günstiger Akkumulationsbedingungen des Kapitals. Hier liegt auch die Übereinstimmung mit den Konservativen hiesigen Schlags. Was aber die Bereitschaft betrifft, das „Flickwerk der Gegenwart zu zerreißen“ so ist anzunehmen, daß die angelsächsischen Konservativen in verschärfte Widersprüche zu Kontinentaleuropa, gerade auch zu ihren konservativen Partnern geraten.

Hierzulande gibt es wohl einen Konservatismus, der im

großen und ganzen an der Erhaltung des Status quo interessiert ist und sich über das ganze juste milieu der etablierten Parteien und auch ihrer Wähler erstreckt. Kohl ist einer der denkbaren Kanzler dieses juste milieu, wie Schmidt es war. Die Frage ist, wie lang all das noch hält und es erfaßt einen nicht nur revolutionärer Optimismus, wenn man sich vorstellt, daß es zerbricht. Furcht vor oder Hoffnung auf diesen Bruch des juste milieu sind wohl auch die Motive bei der Auseinandersetzung innerhalb der Grünen, wie man es mit dem Konservatismus halten sollte. Hans-Jürgen Pusch steuert in dem genannten Kursbuch zehn Thesen zum deutschen Konservatismus bei. Seine Hauptthese zeigt schon die Schwierigkeiten auf:

„Konsistenter politischer Konservatismus ist heute in der Bundesrepublik nirgendwo mehr eindeutig lokalisierbar. Er starb, weil

er keinen Gegner mehr hatte. Statt dessen finden wir vermehrt *conservative Elemente* und Versatzstücke in willkürlicher Auswahl und Kombination in Programm und Politik aller Parteien und Interessengruppen und weit darüber hinaus in vielen Äußerungen kollektiven Lebensgefühls, im Kulturbetrieb, in der Mode und in diversen Nostalgiewellen. Die beliebigen Elemente aus dem Arsenal des Konservatismus und konservativer Bezüge sind dabei, unsere Alltagswelt zunehmend zu durchdringen. Vom Programm zum Versatzstück.“

Entweder man begreift den Konservatismus historisch, dann ist er eben eine politische Strömung, die ihre Klassenbasis in einem noch mehr oder weniger feudal geprägten Grundbesitz und dessen Anhang hatte. Dann hat er diese Basis im wesentlichen mit Abspaltung der Ostgebiete verloren. Oder man versteht unter Konservatismus ganz allgemein eine Strömung, die

den Status quo erhalten will und ihn deshalb verteidigt. Nun hat aber dieser Status quo ganz unterschiedliche Aspekte. Das schon macht die Sache diffus. Einer, der gegen den sauren Regen ist, weil der den Boden und die Wälder kaputt macht, ist ja nicht schon deshalb konservativ Bestimmend für den Status quo ist wohl immer noch die Produktionsweise. Der Kapitalismus ist aber alles andere als konservativ. Bezieht sich der „Konservatismus“ auf diese Produktionsweise, ihre Triebkräfte und Werte, dann ist eine Formulierung wie die von Strauß, konservativ sein heiße „an der Spitze des Fortschritts zu marschieren“ zwar widersprüchlich, aber durchaus konsequent. Der Gegenbegriff „Fortschritt“ ist im entwickelten Kapitalismus freilich nicht weniger diffus geworden ist als der des Konservatismus. Wer sich wie Kapitalisten und ihr Anhang einen Dreck darum kümmert, ob über dem Wachstum oder der Aufrechterhaltung ihrer Profite, Menschen und Natur zerstört werden, ist ja nicht gerade ein Fortschrittler zu nennen, auch wenn der Kapitalismus immer noch die Umwälzung der technischen Basis und damit sämtlicher gesellschaftlicher Verhältnisse vorantreibt. Im übrigen erinnert das Straußwort von 1968 an das von Bahro gern zitierte Fürstenwort aus dem „Leopard“ vom Lampedusa: „Es muß alles radikal umgewälzt werden, wenn wir wollen, daß alles so bleibt, wie es ist.“ Aber der alte feudale Aristokrat will sich der bürgerlichen politischen Revolution anpassen, um ihr den gesellschaftlichen Stachel zu ziehen, während Strauß weiß, daß der Kapitalismus nur blüht, solange er seine umwälzende Kraft behält, sich also nur erhalten kann, wenn er nicht stehenbleibt.

Mir scheint es heutzutage so zu sein: solange der status quo entwicklungsfähig bleibt, ist der Konservatismus auf Fortschritt versessen, also nicht konservativ sobald der status quo aber brüchig wird, strebt er nach Reaktion, ist also auch nicht konservativ. Etwas anderes sind die vielfältigen Bedürfnisse der Volksmassen, etwa ein Auskommen zu haben, noch ein bißchen Luft etc. Was aber hat das heute mit politischem Konservatismus zu tun? Im wesentlichen zeigt sich bei Betrachtung des „Konservatismus im Angebot“ daß unter diesem Etikett die strategischen Probleme der Grünen nicht leicht werden geklärt werden können. js

UMBRUCH

Marxistische Zeitschrift für Kultur und Wissenschaft

Dies ist - wie immer - der stärkste UMBRUCH, den es je gab. Mit Bildern von Hanefi Yeter und Gedichten von Nâzım Hikmet und Erich Fried.

Um Bilder geht es auch in den Beiträgen über "Krumme Blicke: Die Linke und die Zentralperspektive" und über

"Frauenfurcht und Fremdenhaß" /

Die Ausstellung "Münster, Wien und die Türken"

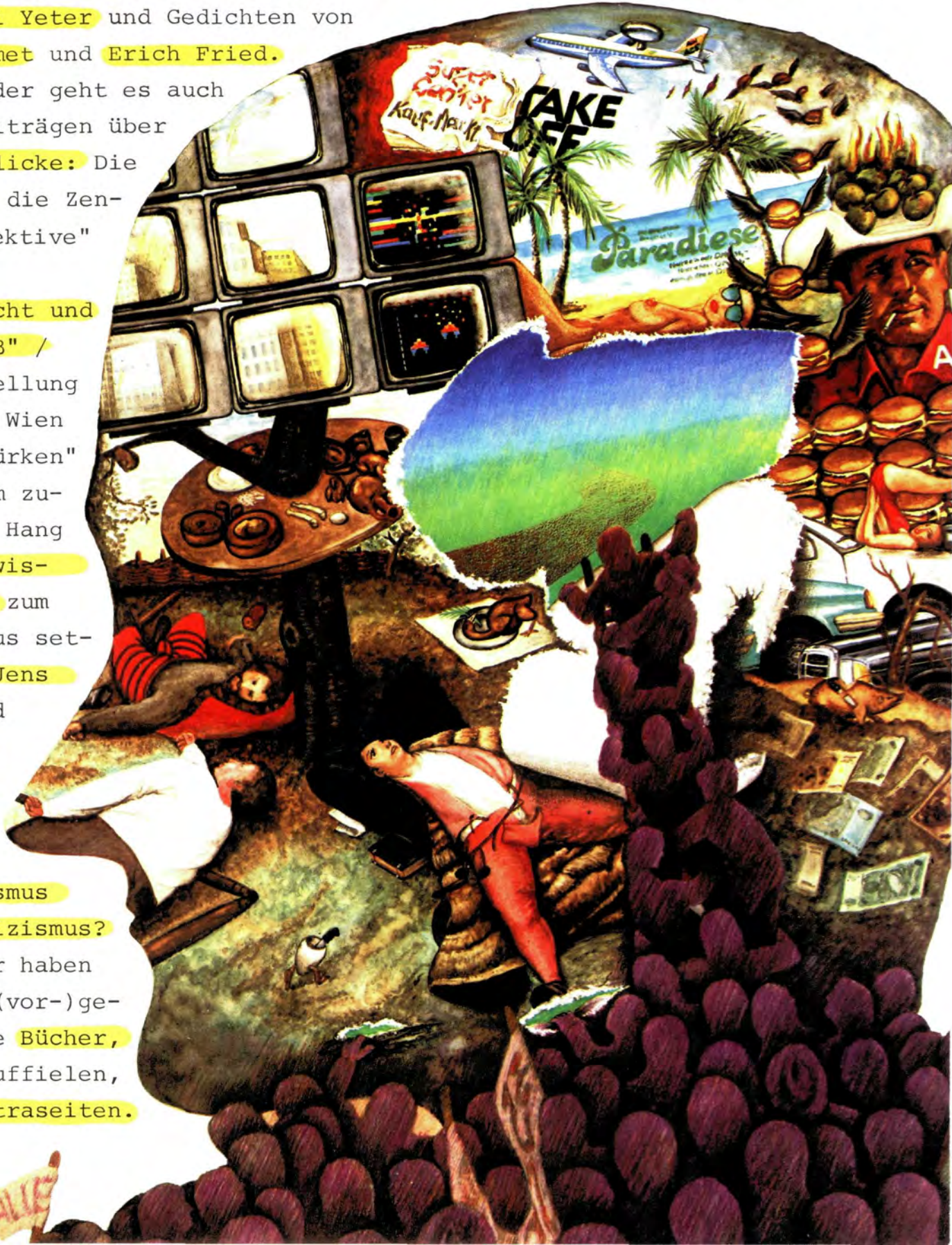
Mit dem zunehmenden Hang der Naturwissenschaft zum Mystizismus setzen sich Jens Scheer und Matthias Tomczak

aus-

einander:

Materialismus oder Mystizismus?

Und wir haben für euch (vor-)gelesen: Neue Bücher, die uns auffielen, auf 16 Extraseiten.



übrigens:
667 Kommune-Insider-
/innen abonnieren, auch
den UMBRUCH.
Was macht eigentlich der Best?



Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. – Karl Marx, *Kapital Bd. I*

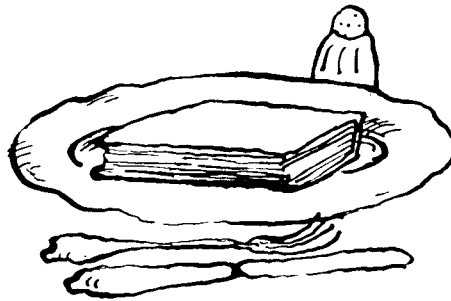
Scheuklappen ablegen — mit geschärftem Blick auf den Osten

Zu einer Reihe von Neuerscheinungen über die Sowjetunion, Polen und den Charakter der osteuropäischen Gesellschaft

Ob links, ob rechts, die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder im sowjetischen Machtbereich bilden einen blinden Fleck im bundesdeutschen politischen Bewußtsein. Das könnte sich zumindest auf der Linken nach und nach ändern. Gab es in den 60er und 70er Jahren noch wirklich wenig Bücher die sich von links kritisch mit der Sowjetunion und ihrem Machtbereich auseinandersetzten, so ist die Lage heute schon ganz anders. Einerseits haben die Vertreibungswellen von linken und oppositionellen Intellektuellen seit der Niederschlagung des Prager Frühlings eine ganze Reihe von kritischen Büchern zur Einschätzung der Sowjetunion hervorgebracht. Andererseits trägt die jahrelange und wenig spektakuläre Beschäftigung einiger westdeutscher und Westberliner Linken mit der Sowjetunion und mit osteuropäischen Problemen so nach und nach seine Früchte. Auch die gesellschaftliche Bewegung in Osteuropa trägt dazu bei, den eisernen Vorhang im Bewußtsein der westdeutschen Linken gegenüber Osteuropa langsam zu durchlöchern.

DDR 1953, Ungarn und Polen 1956, das wurde noch alles ziemlich leicht weggesteckt als die Angelegenheit des anderen Blocks. Bücher von Linken gibt es in Westdeutschland und Westberlin darüber kaum, während die Niederschlagung der ungarischen Revolution anderswo, etwa in Frankreich, zu heftigen Kontroversen innerhalb der linken Intelligenz und der Arbeiterbewegung geführt hatte. Auch die Niederschlagung des Prager Frühlings im

August 1968 durch die sowjetischen und verbündeten Warschauer Pakttruppen wurde nach kurzen und heftigen Kontroversen im allgemeinen linken Bewußtsein schließlich unter den „faits divers“ abgebucht. Aber kann man überhaupt ernsthaft von einer Linken reden, wenn sie einen beträchtlichen Teil des Globus aus ihrem Bewußtsein ausgrenzt und den dortigen gesellschaftlichen und politischen Bewegungen im großen und ganzen die Soli-



darität verweigert? Liegt nicht eine der grundsätzlichen Schwächen der Linken gerade darin, daß sie gegen Kapitalismus und Imperialismus wirksam kämpfen zu können glaubt, ohne kritisch zur Kenntnis zu nehmen, was andernorts als Ergebnis dieser Kämpfe herausgekommen ist? Und wie sollen Vorstellungen über die zukünftige Gesellschaft entwickelt werden, wenn die Kritik auf den entwickelten Kapitalismus und den westlichen Imperialismus eingeschränkt wird und die staatsmonopolistische Komponente einer solchen Kritik, die in der Sowjetunion positiv Gestalt

298000 Bücher werden auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse ausgestellt, darunter 88000 Neuerscheinungen. Niemand kann über diese Bücherschwemme, die immer noch jährlich zunimmt, einen Überblick haben. Auch die Buchmessenbeilagen der großen Zeitungen und Zeitschriften können nur einen kleinen Bruchteil der Neuerscheinungen vorstellen. Wir sind noch bescheidener. Uns geht es in unserem Buchmesse-Sonderteil nicht um eine irgendwie geartete repräsentative Übersicht, die, egal wie dick sie wäre, uns unmöglich erscheint.

Wir haben einige Bücher aus den Vorankündigungen ausgesucht, die uns für die Leserinnen und Leser von *Kommune* und *UMBRUCH* von Interesse erscheinen und stellen sie vor. In zwei Sammelbesprechungen — zur Analyse der Sowjetunion und zur Alternativen Wirtschaftspolitik — haben wir Bücher (die z.T. auch schon vor der Buchmesse erschienen sind) rezensiert, von denen wir denken, daß ihre Klärung für die links-grün-alternative Bewegung von Bedeutung ist.

Bleibt nachzutragen, daß ein Teil der Bücher, die wir gern vorgestellt hätten, noch nicht oder erst zu spät bei uns eingegangen sind, als daß wir sie hätten mit einbeziehen können. Wir werden auf sie und einige andere, nachdem wir uns auf der Messe umgesehen haben, in den Zeitschriften noch einmal zurückkommen.

Kommune UMBRUCH



**WIR BRINGEN
CHINA NÄHER**

Aus unserem Verlagsprogramm:

Der China Reiseführer

Arne J. de Keljzer Fredric M. Kaplan
Übersetzt u. überarbeitet v. Frank H. Meyer
2. aktualisierte Auflage,
6.—11. Tausend 1983

444 Seiten, 24 Karten u. Stadtpläne,
Paperback, DM 38,00

Alles Wissenswerte über Chinas Geschichte, Wirtschaft, Kultur und Politik ★ Gruppenreisen ★ Geschäftsreisen ★ Einzelreisen ★ Wichtige Adressen ★ Preisangaben ★ Wissenswertes von A—Z

Manfred Gerner, Schneeland Tibet

223 Seiten, 60 ganzseitige s/w-Fotos,
Paperback, DM 24,80

Seit Sommer 1980 ist Tibet, das Land auf dem Dach der Welt, heute die autonome Region Tibet der Volksrepublik China, für Reisende geöffnet. Der Autor dieses Buches hat im Juni 1980 mit der ersten deutschen Reisegruppe Tibet besucht. Gestützt auf jahrzehntelange Studien stellt er nicht nur die wechselvolle Geschichte des Schneelandes dar, sondern auch dessen eigenwillige, vom tibetischen Buddhismus geprägte Kultur sowie die jüngsten Wandlungen in dieser Autonomen Region der VR China dar.

**Michael Kahn-Ackermann
China — Drinnen vor der Tür**

4. Aufl. 9 000—10 500, 1983, 170 S.,
Paperback DM 14,80

» es ist eines der anregendsten, leenswertesten Bücher über China, das gegenwärtig erhältlich ist: besonders zu empfehlen für solche, die sich auf eine Reise nach China begeben.« (Börsenblatt 14/1982)

**Karl Grobe,
Chinas Weg nach Westen**

509 Seiten, Paperback, DM 29,80

Das Bündnis mit den USA leitet China aus der außenpolitischen Bedrohung durch die Sowjetunion und den anderen Ländern des »Real Existierenden Sozialismus« ab. Dabei werden wesentliche Bestandteile der Politik Mao Zedongs aufgegeben. Im Weltmaßstab ist China gegenwärtig keine Macht der Revolution mehr. So der Autor Karl Grobe über sein Buch.

**Chang'e steigt zum Mond empor,
Reise durch die chines.**

Märchen- und Sagenwelt

199 Seiten, 59 Illustr., Paperback DM 16,80

Dieser Führer in die chinesische Märchen- und Sagenwelt will in über 60 kurzen Erzählungen den Leser mit der phantastischen Welt und den unglaublichen Abenteuern der alten Helden bekannt machen.

Unsere Zeitschrift: das neue China

**CHINA STUDIEN-
U. VERLAGS-GMBH**

Eschenheimer Anlage 28

6000 Frankfurt/Main 1

Tel. (06 11) 5 97 02 05

angenommen hat und auch in der Sozialdemokratie die Haupttendenz bildet, einfach weiter mitgeschleppt wird? Kann man überhaupt von einer Linken reden und diesen Begriff aus Emanzipationsbedürfnissen und -bestrebungen ableiten, wenn die Nähe zur DKP immer noch größer ist als zu Leuten wie Zdenek Mlynár Agnes Heller oder Adam Michnik?

Heute kann niemand mehr sagen, es gebe keine Informationsmöglichkeiten. Und in Polen hat sich erneut gezeigt, daß im »realen Sozialismus« nichts so real ist wie die Unterdrückung der Arbeiterbewegung. Und an Polen 1980 bis heute ist schon weniger leicht vorbeizusehen.

Mit gleich vier Büchern über osteuropäische Probleme kommt dieses Jahr der gewerkschaftseigene Bund-Verlag heraus; Büchern, die sich sämtlich der Arbeiterbewegung und der demokratischen Opposition verbunden fühlen und nicht dem westlichen Block in seiner Rivalität mit dem östlichen. Das ist bedeutsam und hängt sicher damit zusammen, daß von Teilen der Gewerkschaftsbewegung die unheilige Allianz von staatsgläubigen Sozialdemokraten und nicht weniger staatsfrommen DKP'ern langsam als ungemütlich empfunden wird und ein Bewußtsein erwacht, daß diesem Phänomen nicht mit kaltkriegerischem »Antikommunismus« beizukommen ist, sondern nur durch theoretische und praktische Solidarität mit der osteuropäischen Bewegung und die Auseinandersetzung mit ihren Auffassungen.

Eine Dokumentation über die Entwicklung der »Solidarność« ein Symposium über den »Prager Frühling« das fast alle wichtigen vertriebenen Repräsentanten der exilierten tschechoslowakischen Linken zusammengeführt hat, ein Buch über »Arbeiter gegen den Arbeiterstaat« und Zdenek Mlynárs Analyse der »Krisen und Krisenbewältigung im Sowjetblock« lassen die Umrisse eines publizistischen Programms erkennen, das hoffentlich innerhalb der Gewerkschaften nicht nur die Kenntnisse über die Widersprüche und Auseinandersetzungen in Osteuropa verbessert, sondern auch für die notwendige Debatte einer neuen Strategie der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik Anstöße gibt. Die polnische Solidarność kämpfte ja nicht einfach unter ganz anderen Umständen als die Arbeiterbewegung hierzulande, sondern unter Bedingungen, die hierzulande uns durchaus noch blühen können und zwar auch ohne sowjetische Besetzung oder direkte Abhängigkeit. Im entwickelten Kapitalismus selber gibt es eine Tendenz zum Staatsmonopolismus, die in der Sowjetunion und den ihr unterworfenen Ländern bewußt zum Vorbild erhoben wurde, und der die Arbeiterbewegung im Westen weitgehend unkritisch, ja fördernd gegenübersteht.

Und wie die Gleichung Staatsmonopolismus auf Basis moderner Industrie plus Sowjet/Räten gleich Sozialismus nicht aufging, wird auch die Gleichung Staatsmonopolismus plus parlamentarischer Demokratie gleich demokratischer Sozialis-

mus sich als falsch aufgestellt herausstellen. Der wichtigste Zug an der osteuropäischen Arbeiterbewegung, der gesellschaftlichen Bewegung gegen den Staatsmonopolismus sowjetischen Typs ist gerade, daß sie die gesellschaftliche Selbstverwaltung von vornherein, schon in Ungarn 1956, als Ziel herausstellte und in ihr auch die typische Bewegungsform fand. Gesellschaftliche Selbstverwaltung als grundlegende Bedingung von politischer Demokratie, selbstverwaltete Republik gleich Sozialismus, daß so die Gleichung richtig gestellt werden muß, scheint die Erfahrung des Kampfes gegen den Staatsmonopolismus zu sein, die jede osteuropäische Arbeiterbewegung von mal zu mal auf den Höhepunkten des Kampfes immer bewußter artikuliert. Diese Erfahrung haben wir im Westen mitzuvollziehen, wenn der Kampf zwischen Arbeiterbewegung und Bourgeoisie nicht doch mit dem Untergang beider kämpfender Klassen enden soll, wenn nicht weiterhin versucht werden soll, den Teufel Kapitalismus mit dem Beelzebub Staatsmonopolismus auszutreiben. Man braucht ja nur die Debatten über die Krise in der Werft- und Stahlindustrie innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu verfolgen, um zu erkennen, wie ungebrochen diese Tendenz in der Arbeiterbewegung immer noch ist. Also nicht nur das Gebot der Solidarität verlangt die Verarbeitung der osteuropäischen Erfahrungen. »Tua res agitur« es geht um deine eigenen Angelegenheiten, diese Erkenntnis wäre wünschbar. Das gilt natürlich nicht nur für die gesellschaftspolitische Debatte, sondern auch für die Friedensdebatte, sobald sie zu der Frage vordringt, welche antagonistischen Gesellschaftsformationen eigentlich hinter der Rivalität der beiden Supermächten stecken, statt die Sowjetunion als das passive Opfer dieser Rivalität zu bedauern, weil sie angeblich oder tatsächlich in dieser oder jener wafentechnologischen Entwicklung den USA noch um das eine oder andere Jährchen nachhinkt.

Als allgemeines Ergebnis seiner Untersuchung der Krisen und der Krisenbewältigung im Sowjetblock hält Zdenek Mlynár fest:

»Der Teufelskreis der bisherigen Entwicklung der Systeme sowjetischen Typs ist dadurch verursacht, daß die Reproduktion der vorhandenen (totalitären) Machtstruktur in der Praxis zum Hauptziel des gesamten Prozesses der Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens wird, im Bereich der Wirtschaft, sozialer Beziehungen und Kultur im breitesten Sinne des Wortes. In dem Augenblick, in dem die autonomen Bedürfnisse der Reproduktion ökonomischer sozialer und kultureller Beziehungen in der Gesellschaft sowjetischen Typs die Reproduktion der gegebenen Machtstruktur bedrohen würden, unterdrückt die politische Macht diese autonomen Bedürfnisse der Gesellschaft im Namen der Erhaltung ihrer selbst. Sollte man ein abstraktes Modell des Reproduktionsprozesses in den Sowjetsystemen entsprechend der klassischen Methode von Marx

schaffen, dann käme an die Stelle des Selbstzwecks der Kapitalreproduktion in einem solchen Modell die Selbstreproduktion der totalitären politischen Macht als Selbstzweck und oberstes Ziel.“ (S. 166)

Das schließt eine gewisse Reformfähigkeit und Fähigkeit zur Krisenbewältigung durchaus nicht aus, steckt aber den „technokratisch-bürokratischen“ Rahmen ab, in dem eine solche Reform nur stattfinden kann. Nach Mlynárs Auffassung sind die Möglichkeiten der bisherigen Krisenbewältigung, laufende fühlbare Verbesserung der Versorgung der arbeitenden Massen an eine Grenze gestoßen, weil es der Sowjetunion und den anderen Ländern sowjetischen Typs immer noch nicht gelungen sei, den Übergang von extensiver zu intensiver wirtschaftlicher Expansion zu vollziehen, d.h. an Stelle der versiegenden Quelle einer wachsenden Arbeiterbevölkerung die Quelle wachsender Arbeitsproduktivität anzuzapfen und sprudeln zu lassen.

Wie dies aber ohne Zulassung von Marktformen, insbesondere Formen eines freien Arbeitsmarktes einerseits und andererseits entsprechender demokratischer Formen möglich sein soll, was beides der „Selbstreproduktion der totalitären politischen Macht“ widersprechen würde, ist schwer absehbar. Eine systemimmanente Form der Modernisierung, die den Springquell wachsender Arbeitsproduktivität wenn auch nicht zum Sprudeln, so doch zum Rieseln bringen könnte, scheint die konsequente Entwicklung einer „Dualwirtschaft“ sowjetischen Typs zu sein, worauf Castoriadis im Zusammenhang mit der Rüstungswirtschaft, als allgemeinere Tendenz aber Victor Zaslavski in seinem 1982 im Wagenbach erschienenen Buch „In geschlossener Gesellschaft“ hingewiesen hat.

Den ersten Weg, Zulassung von Marktformen und entsprechenden demokratischen Formen, versuchten seinerzeit die

Reformkommunisten in der CSSR zu gehen. Die Sowjetherrscher wußten, warum sie diesen Weg gewaltsam unterdrückten: nicht etwa wegen angeblicher Tendenzen zur Restauration des Kapitalismus, da doch gar keine sozialen Kräfte vorhanden sind, die diese Tendenzen durchsetzen könnten oder auch nur wollten. Das Problem liegt woanders. Wenn auch durch Reformen von oben eingeleitet, zeigte sich in der CSSR 1968 erneut, daß sobald erst mal ein bißchen Raum geschaffen ist, sich die Tendenz zu gesellschaftlicher Selbstorganisation und Selbstverwaltung in den osteuropäischen Gesellschaften zu einem breiten Strom entwickelt. Dagegen wandte sich die Sowjetunion 1968 durch die Ausschaltung der Reformer und die militärische Besetzung des Landes. Viel mehr als günstigere Bedingungen für die „wissenschaftlich-technische Revolution“ zu schaffen, hatten viele der führenden tschechoslowakischen Reformer zunächst gar nicht im Sinn. Aber sobald sich die osteuropäischen Gesellschaften etwas regen können, bricht sich die gesellschaftliche Selbstbewegung gegenüber der angeschlagenen Selbstreproduktion der totalitären politischen Macht Bahn. In seinen Formen bildet der „Prager Frühling“ dem lange Vorbereitungen des Reformflügels innerhalb der Partei vorausgingen, die Ausnahme von der osteuropäischen Regel, daß lange Perioden scheinbarer Friedhofsruhe durch gesellschaftliche Ausbrüche abgelöst werden. Allerdings zeigt die Entwicklung in Polen hier neue Züge, nur daß der polnische Sommer nicht mehr innerhalb der Partei, sondern durch unabhängige gesellschaftliche Kräfte der Arbeiterbewegung und der Intelligenz vorbereitet wurde.

Der Sammelband über den „Prager Frühling“ ebenfalls von Zdenek Mylnár herausgegeben, befaßt sich in den meisten Beiträgen mit einem Vergleich des Prager Frühlings und der polnischen Be-

wegung von 1980/81. Der Band dokumentiert eine wissenschaftliche Tagung, die im Oktober 1981, also kurz vor dem Militärputsch in Polen, stattfand. Im Zentrum der Debatte stehen drei Referate von Mlynár: „Prager Frühling“ 1968 und die gegenwärtige Krise politischer Systeme sowjetischen Typs“ von Ota Sik „Grundpfeiler eines demokratisch-sozialistischen Wirtschaftssystems“ und von Jiri Pelikan „Internationale Arbeiterbewegung. ‚Prager Frühling‘ und weitere Reformversuche am sowjetischen Gesellschaftsmodell“. Durch den Band zieht sich eine mehr hintergründige Debatte zwischen den Prager Ex-Reformern und den teilnehmenden Exilierten aus Polen und Ungarn. Während die Tschechoslowaken immer noch an einem Modellcharakter ihrer Bewegung festhalten, wird dieser von Leuten wie dem ungarischen Teilnehmer Pierre Kende und Agnes Heller und Wlodzimierz Brus aus Polen rundweg bestritten. Brus insbesondere hebt im Vergleich der Bewegungen in Ungarn und Polen mit der tschechoslowakischen Bewegung hervor:

„Man muß also die enge gegenseitige Abhängigkeit zwischen der Radikalität der Forderungen und dem Grad der führenden Rolle der Arbeiterklasse voll anerkennen. Und man muß aufhören, sie für ein Paradoxon zu halten: es ist durchaus gesetzmäßig, daß die Arbeiter die Avantgarde der antikommunistischen Revolution bilden.“ (S. 73) Und: „unabhängig von den Bezeichnungen muß zugegeben werden, daß die polnische Revolution die Kontinuität mit früheren Bestrebungen, das unter der Bezeichnung ‚realer Sozialismus‘ bekannte System zu verändern, brach. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint der tschechoslowakische Frühling als der bisher hervorragendste Versuch, die Degeneration des sowjetischen Typs im Interesse der Rettung der traditionellen (man möchte sagen orthodoxen) Auffassung des Sozialismus zu beseitigen. Der

Kritisches Wörterbuch des Marxismus

herausgegeben von
Georges Labica
unter Mitarbeit von
Gerard Bensussan
Herausgeber der dtsh. Fassung
Wolfgang Fritz Haug
Titel der Originalausgabe
**Dictionnaire Critique
du Marxisme**
Presses Universitaires de
France, Paris 1982
ISBN 3-88619-033-

Einladung zur Subskription bis zum
30.9.1984

Das **Kritische Wörterbuch des Marxismus** wird in 8-10 Bänden erscheinen mit jeweils ca. 200 Seiten. Band 1 ist lieferbar ab Oktober, die folgenden Bände (Übersetzungen der franz. Originalausgabe) erscheinen in etwa zweimonatigen Abständen bis Ende 1984.

Die 2 bis 3 **Ergänzungsbände zur deutschen Ausgabe des KWM** erscheinen Ende 1984 bzw. 1985.

Bei Abnahme der gesamten Reihe kostet der Band **jeweils DM 19,80** nach Ende der Subskriptionsfrist **DM 24,-**.

» bereichert um ein Betrachtliches die verfügbaren Mittel für eine ernsthafte Kenntnis des Marxismus «

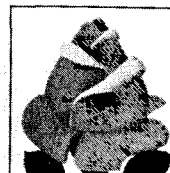
Lucien Sève in Le Monde, 25.11.1982

» ein Bezugspunkt. Es verbannt die russischen und ostdeutschen Handbücher in die Nacht des Obskurantismus «

Les Nouvelles Littéraires, 21.10.1982

**Frankfurter Buchmesse,
Halle 6, Erdgeschoß,
Reihe F, Stand 148**

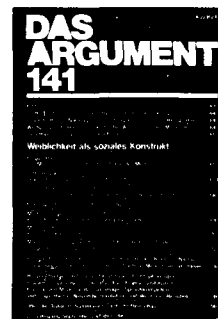
Fordern Sie den ausführlichen
Sonderprospekt zum Kritischen
Wörterbuch Marxismus an.



**FRAUEN-
FORMEN
AS 45**



**FRAUENFORMEN 2
SEXUALISIERUNG**



**Projekte der autonomen
Frauenredaktion im ARGUMENT**

Michèle Barrett
Das unterstellte Geschlecht
Umriss eines materialistischen
Feminismus

240 S., 24, DM, ISBN 3-88619-034-X

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65,
Tel 030/461 90 61

polnische Sommer zielte demgegenüber entschieden weit über diese Auffassung hinaus, nicht nur in seiner Haltung zum Privateigentum oder zu den nationalen und religiösen Werten und Symbolen, sondern ebenso in seiner klaren Entschlossenheit, einen tatsächlichen Einfluß des Volkes auf alle Machtstrukturen einschließlich der Gewerkschaftsorganisationen zu erreichen. Der Nachdruck, den ich auf die wesentlichen Unterschiede legte, hat nichts mit Kategorien wie ‚besser‘ oder ‚schlechter‘ zu tun. Es ging mir nur darum anzudeuten, daß, wenn wir in den Begriffen des ‚Sozialismus von Walesa‘ Betrachtungen anstellen wollen, wir uns der höchst eigenwilligen Form bewußt sein müssen, in die dieser Inhalt floß. Wenn diese Andeutung richtig ist, dann ergibt sich daraus, daß die Unterscheidung zwischen der ‚revisionistischen‘ und der ‚neorevolutionistischen‘ Strategie sich ebenso auf die Wege wie auf die Ziele bezieht.“

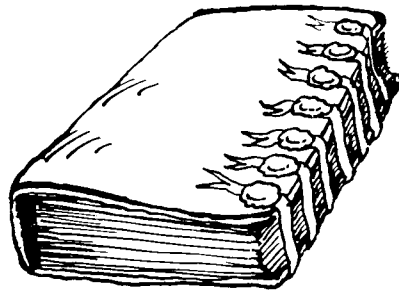
Für die Beschäftigung mit dieser „polnischen Revolution“ legt der genannte Dokumentenband „Solidarność“ eine solide Grundlage. Auf über 400 Seiten stellt er „Die polnische Gewerkschaft ‚Solidarność‘ in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen 1980 bis 1982“ vor. Die einzelnen Kapitel sind mit einleitenden Kommentaren versehen, die einen Leitfadens für die Beschäftigung mit den Dokumenten abgeben. Die Herausgeber/innen Barbara Büscher, Ruth-Ursel Henning, Gerd Koenen, Dorota Leszczyńska, Christian Semler und Reinhold Vetter sind sämtlich in den Komitees ‚Solidarność mit Solidarność‘ tätig und verfolgen die erklärte Absicht, diese Solidarität mit ihrer Dokumentation zu stärken: „Gerade in der Bundesrepublik ist der Kreis derjenigen, die sich mit ‚Solidarność‘ und der polnischen Volksbewegung beschäftigen, von ihr lernen und mit ihr sympathisieren, recht klein. Daß gerade unter den aktiven Gewerkschaftern die Unterstützung für ‚Solidarność‘ im Untergrund weit hinter dem Erforderlichen zurückbleibt, hat — wir haben es gesehen — seine Ursache in der Unterstellung, die polnische Bewegung sei maximalistisch, unfähig zum Kompromiß und gefährde den Frieden. Von den Linken wird hinzugefügt: sie sei klerikal, nationalistisch und verherrliche die USA. Unter der Last dieser Vorurteile kommt es erst gar nicht zur Beschäftigung mit dem, was ‚Solidarność‘ tatsächlich gesagt und getan hat.“ Mit dem vorliegenden Band ist diese Beschäftigung wesentlich erleichtert, weil die zusammengestellten Dokumente, auch soweit sie in deutscher Sprache bereits vorlagen, bisher nur zerstreut und oft nur in Publikationen mit kleinen Auflagen veröffentlicht waren. Im Zentrum des Bandes stehen die programmatischen Dokumente der Solidarność.

Gegenüber den drei genannten Büchern im Bund-Verlag fällt das Buch von Pavel Tigríd, „Arbeiter gegen den Arbeiterstaat“ ab und bringt für Leute, die sich mit der Sowjetunion und Osteuropa schon etwas befaßt haben, weder neue Informationen

noch neue Gesichtspunkte. Als erste Einführung in den „Widerstand in Osteuropa“ mag es jedoch wegen seiner leichten Lesbarkeit und der summarischen Übersicht, die es gibt, hingehen.

Außer auf die jüngst veröffentlichten Bücher in Bund-Verlag habe ich schon auf das Buch von Zaslavsky „In geschlossener Gesellschaft“ hingewiesen. Im Zentrum der Analysen des aus Rußland emigrierten Ingenieurs und Sozialwissenschaftlers stehen die sozialen und ideologischen Mechanismen, die der Sowjetunion bisher eine erstaunliche Stabilität gesichert haben. Den Autor interessiert das Verhältnis von Zwang und Konsens, auf dem das System beruht. Von Interesse sind vor allem seine Untersuchungen über „geschlossene Betriebe“ und „geschlossene Städte“ wobei er zeigt, wie die systematische Einschränkung der Freiheit und Freizügigkeit Hand in Hand geht mit einer Hierarchie von Vorurteilen, wie Unterdrückung und Korruption ein unlösbares Amalgam bei der Sicherung des Systems eingehen.

Die kursorische Übersicht über neue Bücher zum sowjetischen System muß auf jeden Fall noch einen Hinweis auf das Buch von Agnes Heller, Ferenc Fehér und György Markus, „Der sowjetische Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag“ geben, das im VSA-Verlag erschienen ist. Die drei ungarischen Autoren fassen hier ihre Auffassungen zusammen, die sie in jahrzehntelanger Auseinandersetzung mit dem ‚realen Sozialismus‘ entwickelt haben. Das Buch gliedert sich in drei Teile, „Ökonomische und soziale Strukturen der Sowjetgesellschaft“ ver-



faßt von György Markus, „Die politische Struktur der Sowjetgesellschaft und ihre Konsequenzen“ von Agnes Heller und „Das System der Diktatur über die Bedürfnisse: Konflikte und Perspektiven“ den Ferenc Fehér verfaßt hat. Das ganze Buch zeichnet sich durch die enge Verbindung von theoretischer Analyse und persönlicher Erfahrung aus, wie sie eben bei Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Weg nur osteuropäischen Autoren möglich ist. Spannend ist vor allem der erste Teil des Buches, wo Markus zu ganz ähnlichen Ergebnissen wie Mlynár kommt:

„Das Wachstum in der Sowjetgesellschaft hat keine kapitalistische Konfiguration. Es hat weder zum Ziel die Optimie-

rung der Bedürfnisbefriedigung aller Gesellschaftsmitglieder noch die Maximierung von Kapitalerträgen unabhängig von ihrer künftigen Verwendung. Es ist statt dessen auf den konstanten Zuwachs der unter der direkten Verfügungsgewalt des Apparates befindlichen materiellen Mittel und Ressourcen (als Gebrauchswerte) angelegt. D.h. unter Bedingungen einer dynamischen Wirtschaft reproduziert es kontinuierlich die materiellen Grundlagen für das Monopol der Bürokratie über die Errichtung und Lenkung aller Verhältnisse gesamtgesellschaftlicher Interaktion und Kooperation. Das Herrschaftssystem beruht nicht auf der möglichst restlosen Aneignung des gesellschaftlichen Mehrwerts durch eine Klasse, sondern die Mehrwertaneignung stellt nur die materiellen Grundlagen für die Enteignung und prinzipielle Monopolisierung aller Medien und Institutionen der Sozialisation und gesellschaftlichen Organisation durch einen einheitlichen Machtapparat her“ (S. 89)

Da allgemein unbestritten ist, daß die sowjetische Gesellschaftsformation nicht unmittelbares Ergebnis der Oktoberrevolution ist, sondern erst mit der „zweiten Revolution“ Ende der zwanziger und in den dreißiger Jahren ausgebildet wurde, sei hier noch auf einen Sammelband jüngerer westdeutscher Sozialhistoriker verwiesen, die unter vielseitigen Gesichtspunkten den „Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg“ behandeln. Wer sich einen Überblick über den Stand der westdeutschen Debatte der Ausbildung des Staatsmonopolismus verschaffen will, sollte dieses Buch lesen. Meistens stützen sich die Autoren in ihren Beiträgen auf Forschungen, die sie anderweitig in Büchern schon ausführlich vorgelegt hatten. Der Sammelband hat den Vorteil, daß er diese Forschungsergebnisse zusammenfaßt und miteinander konfrontiert.

Bleibt noch zu beklagen, daß alle genannten Bücher sehr teuer sind. Aber es handelt sich bei ihrem Gegenstand halt immer noch nicht um sonderlich marktgängige Themen, die hohe Auflagen und billigere Preise zulassen.

Joscha Schmierer

Zdenek Mlynár: Krisen und Krisenbewältigung im Sowjetblock, Köln (Bund-Verlag) 1983, 213 S., 24,80 DM

Zdenek Mlynár (Hrsg.): Der ‚Prager Frühling‘ Ein wissenschaftliches Symposium, Köln (Bund-Verlag) 1983, 323 S., 32,00 DM

„Solidarność“ Die polnische Gewerkschaft ‚Solidarność‘ in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen 1980 bis 1982, Köln (Bund-Verlag) 1983, 450 Seiten, 28,00 DM

Pavel Tigríd: Arbeiter gegen den Arbeiterstaat. Widerstand in Osteuropa, Köln (Bund-Verlag) 1983, 157 Seiten, 19,80 DM

Victor Zaslavsky: In geschlossener Gesellschaft. Gleichgewicht und Widerspruch im sowjetischen Alltag, Berlin (Wagenbach) 1982, 178 S., 24,80 DM

Agnes Heller, Ferenc Fehér, György Markus: Der sowjetische Weg. Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag, Hamburg (VSA) 1983, 344 S., 48,00 DM

Gernot Erler, Walter Süß (Hrsg.): Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg, Frankfurt/Main, New York (Campus) 1982, 675 Seiten, 88,00 DM

Indios, Kampf ums Land und kapitalistische Entwicklung

José Maria Arguedas »Trink mein Blut, trink meine Tränen«

Von einer lateinamerikanischen Literatur zu sprechen und mehr auszudrücken als eine geographische Zuordnung, ist sinnvoll, da die Literatur in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern sich auf dem Hintergrund einer gemeinsamen geschichtlichen Vergangenheit entwickelt hat und entwickelt: die Unterjochung der indianischen Völker unter die spanischen und portugiesischen Kolonialstiefel; die Herausbildung weißer und gemischtrassiger Bevölkerungsschichten von Kreolen, Mestizen und Mulatten, die sich von den Kolonialreichen unabhängig machten und am Anfang des vergangenen Jahrhunderts unabhängige Nationalstaaten bildeten; die darauffolgende erneute politische und ökonomische Abhängigkeit, diesmal vom englischen, französischen und deutschen Kapital; und schließlich die nahezu vollständige Abhängigkeit vom US-Imperialismus seit Beginn dieses Jahrhunderts. Diese gemeinsame geschichtliche Herkunft und Erfahrung haben bei aller Verschiedenheit der konkreten politischen Entwicklung ansatzweise zur Herausbildung einer lateinamerikanischen Identität geführt, die sich in der Literatur ausdrückt und deren wichtigster identitätsstiftender Faktor in der Kultur und Literatur liegt.

Gleichwohl gibt es neben allen sonstigen Unterschieden und Verschiedenheiten der Richtungen und Etappen lateinamerikanischer Literatur einen wichtigen Unterschied der literarischen Entwicklung einzelner Länder der — im Rahmen der allgemeinen Entwicklung — aus einer „Besonderheit“ der geschichtlichen Entwicklung und dadurch der jetzigen Bevölkerungsstruktur resultiert. In nur vier lateinamerikanischen Ländern gibt es einen Anteil der indianischen Urbevölkerung, der etwa die Hälfte der jeweiligen Bevölkerung ausmacht — in den drei Andenstaaten Peru, Bolivien, Ecuador und in Guatemala. Eine relevante Minderheit bilden die Indios mit einem Bevölkerungsanteil von um die 10% noch in den mittelamerikanischen Staaten Belize, El Salvador, Honduras und Panama.

Eine relevante literarische Strömung des Indigenismus, d.h. der thematischen Einbeziehung der indianischen Urbevölkerung Lateinamerikas, der indigenas, prägt von daher nur die Literatur in wenigen lateinamerikanischen Ländern. Von den ins Deutsche übersetzten Schriftstellern sind

es vor allem der Guatemalteke Miguel Angel Asturias, der 1967 den Literaturnobelpreis erhielt, und von dessen Büchern eine ganze Reihe ins Deutsche übertragen sind; der Ekuadorianer Jorge Icaza, dessen Roman „*Huasipungo*“ von der Vertreibung der indianischen Dorfbevölkerung von ihrem Land durch Großgrundbesitzer und einen US-Konzern handelt; der Bolivianer Augusto Céspedes, der in „*Teufelsmetall*“ die Geschichte der Ausbeutung und Unterdrückung der Indios in den Bergwerken Boliviens erzählt; und die beiden Peruaner Ciro Alegria („*Die hungrigen Hunde*“) und José Maria Arguedas. Von der deutschsprachigen Veröffentlichung des Buches „*Trink mein Blut, trink meine Tränen*“ von Arguedas, die jetzt erschienen ist, soll im folgenden die Rede sein.

„Der Indio ist die Grundlage unserer entstehenden Nationalität. Die Unterdrückung entfremdet den Indio von der menschlichen Gesellschaft und vernachlässigt ihn als Element des Fortschritts. *Diejenigen, die den Indio berauben und unterdrücken, berauben und unterdrücken die Nation.*“ „Die Lösung des Indioproblems muß eine soziale Lösung sein. *Nur die Indios selbst können sie verwirklichen.*“ „Was Peru betrifft, so wissen wir genau, daß sich dieser Entwurf nicht ohne die Indios verwirklichen läßt. *Die inkaische Vergangenheit ist in unsere Geschichte eingetreten, nicht von den Traditionalisten, sondern von den Revolutionären wird sie in Anspruch genommen.*“

Diese drei kurzen Zitate stammen aus Artikeln des peruanischen Marxisten und Gründers der sozialistischen Partei Perus José Carlos Mariátegui (1894—1930). Es ist einer der entscheidenden Fehler linker Politik in den lateinamerikanischen Ländern mit einem hohen Anteil der indianischen Bevölkerung, daß die Analysen Mariáteguis über die Klassenwidersprüche in Peru und die daraus abgeleitete zentrale Bedeutung einer Agrarrevolution, die auch in wesentlichen Teilen auf andere Länder mit vergleichbarer Sozialstruktur übertragbar sind, weitgehend ignoriert und teilweise als populistisch und rassistisch verworfen wurden. In einem Land wie Peru mit dem Anspruch einer emanzipatorischen Politik aufzutreten und dabei die Hälfte der Nation zu ignorieren, wenn nicht gar als dumm, zurückgeblieben und an die Natur gefesselt zu betrachten, geht

an der Wirklichkeit vorbei, die nur zur Hälfte zur Kenntnis genommen wird.

Von einer ganz anderen Art der Wirklichkeit Perus erzählen die Romane von José Maria Arguedas. Eine Wirklichkeit, die sich in vielen Punkten mit den Analysen Mariáteguis trifft, und die für das Verständnis der gesellschaftlichen Probleme Perus nützlicher als viele linken Analysen sind. Von Arguedas sind meines Wissens bisher nur zwei Bücher ins Deutsche übersetzt worden. Der 1958 erschienene Roman „*Die tiefen Flüsse*“ (deutsch: 1965 Klepenheuer & Witsch, Taschenbuchausgabe dtv 1966 und Suhrkamp Taschenbuch 1980) und der jetzt erschienene Roman „*Trink mein Blut, trink meine Tränen*“ („*Todas las sangres*“) von 1964.

José Maria Arguedas wurde 1911 in einer kleinen Stadt in den peruanischen Anden geboren, er wuchs als Weißer unter den Indios auf und lernte die Indiosprache

Frauen und Film



Heft 35
Die Fünfziger Jahre

Bei
Stroemfeld/Roter Stern
Postfach 180 147
6000 Frankfurt a.M.

Carlos Semprun-Maura
Endstation Barcelona
Revolution und Konterrevolution
in Katalonien

Dieses Standardwerk über die soziale Revolution in Spanien, den Kampf um Selbstverwaltung und Bürgerkrieg, die Zerstörung der autonomen Arbeiterbewegung durch die verschiedenen ideologischen Bürokratien, macht das Buch zu einer einzigartigen Quelle des historischen Verständnisses. Zum ersten Mal wird die Rolle der Anarchisten nicht ausgenommen, sondern in die kritische Analyse einbezogen.
Paperback, 300 Seiten, 36, DM

Verlegt von Edition Nautilus
Hassestr 22 2050 Hamburg 80

Quechua als Muttersprache. Er studierte Anthropologie, 1937 war er aus politischen Gründen acht Monate im Gefängnis. Neben seinen Romanen und Erzählungen, die bis auf eine Ausnahme das Leben der Indios zum Mittelpunkt haben, schrieb er eine Reihe anthropologischer Untersuchungen über die Kultur Tradition und Lebensweise der indianischen Bevölkerung. 1969, in schweren Depressionen und mit dem Gefühl, nicht mehr schreiben zu können, beging er Selbstmord.

Während in den „Tiefen Flüssen“ der stark autobiographisch gestaltete Schüler Ernesto die Wirklichkeit in der Konfrontation der Welt der Weißen und Mestizen, verkörpert in der Schule, seinen Mitschülern und Lehrern, mit den indianischen Lebensvorstellungen erfährt, und er zwischen diesen beiden Welten hin und her getrieben wird und zum Schluß flieht, vermittelt der Roman „Trink mein Blut, trink meine Tränen“ eine Gesamtanschauung der vielfältigen Gesellschaftsschichten, der Klassenverhältnisse und unterschiedlichen politischen und ökonomischen Interessen, die die Wirklichkeit Perus bestimmen.

In einem Andendorf treffen diese verschiedenen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Vorstellungen und Interessen aufeinander. Haupthandlungspersonen sind die beiden Brüder Don Bruno und Don Fermin und der Indio Renon Willka.

Don Bruno ist nach dem Tod seines Vaters der größte Grundbesitzer der Gegend. Er ist ein bigotter Querulant, dem nichts an der Ausdehnung oder auch nur dem Erhalt seiner Hazienda liegt. Einen großen Teil seiner Ländereien läßt er brach liegen. „Seine“ Indios achtet er auch schon zu Beginn der Handlung als Menschen, behandelt sie aber als unmündige Kinder die seinem Schutz und auch seiner Strafe bedürfen. Als guter Patron fühlt er sich verantwortlich und will sie vor allem vor dem verderblichen Einfluß der „Zivilisation“ bewahren. Im Lauf des Romans verändert sich seine Einstellung. Er erkennt vor allem am Indio Renon Willka und den freien Indiogemeinschaften die Kraft und die kollektive Identität der Indios, er sieht, daß in dieser Kraft und der gemeinschaftlichen Tradition die Möglichkeit des Widerstandes enthalten ist, der sich gegen die traditionelle patriarchalische Unterdrückung durch die Großgrundbesitzer richtet wie gegen die „modernen Ideen“ nach denen die Indios individualisiert, d.h. erst zu Menschen werden sollen. Er gestattet den Indios seiner Hazienda den freien Handel, wodurch einer der Grundpfeiler des Großgrundbesitzes fällt, und gibt ihnen erst einen Teil, später seine ganze Hazienda zur gemeinschaftlichen Bebauung.

Sein Bruder Fermin repräsentiert den Typ des aufgeklärten nationalen Bourgeois. Er ist Bergwerksbesitzer. Um in seinem Bergwerk fündig zu werden, mußte er sich hoch verschulden, und als die Silberader gefunden ist, geht die Mine an das internationale Konsortium, das alle Banken und großen Geschäfte kontrolliert.

Für alle, die mit den Buendías *Hundert Jahre Einsamkeit* durchlebt haben, ohne sie wegzulegen zu können; die mit den Brüdern Vicario in der *Chronik des angekündigten Todes* gehofft haben, daß jemand sie von ihrer Bluttat abhalten würde; die mit dem Oberst auf einen Brief gewartet haben, der nie geschrieben wurde und wird, für die ist jetzt die deutschsprachige Veröffentlichung eines Buches erschienen, in dem Gabriel García Márquez in Form mehrerer Gespräche Auskunft gibt über seine Familie, seine Bücher die Motive, Traditionen und Art seiner literarischen Arbeit, seine politische Ansicht. Viel Neues muß man nicht ungedingt erwarten, am interessantesten sind die Abschnitte zu den Büchern manchmal plätschern die Gespräche auch etwas selbstgerecht und langweilig dahin. Was in den Gesprächen an wichtigen biographischen Fakten nicht direkt angesprochen wird, hat der Gesprächspartner von García Márquez, sein langjähriger Freund und Kollege Plinio Apuleyo Mendoza in kurzen Einleitungen zu den jeweiligen Themenkomplexen zusammengefaßt. (B.W.)

Gabriel García Márquez: Der Geruch der Guayave. Gespräche mit Plinio Apuleyo Mendoza, Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1983, 174 Seiten, 12,80 DM

Fermin will sich selbst bereichern und das Land modernisieren. In der Rückständigkeit des Großgrundbesitzes sieht er eine Schranke für die Kapitalisierung des Landes, die nach seinem Verständnis allen zugute kommen soll. Die Indios sind für ihn nur eine tumbe, abergläubische Masse, die zwar gut arbeiten können, aber erst zu Menschen werden, wenn sie aus der Gemeinschaft und ihrer Tradition gerissen, individualisiert sind, d.h. freie Lohnarbeiter. Er steht in einem Krieg mit drei Fronten: die traditionellen Großgrundbesitzer das ausländische Kapital des internationalen Konzerns und die Indios, die von seinem Bruder Bruno unterstützt werden. Mit wechselnden Bündnissen sucht er, seine Interessen durchzusetzen.

Renon Willka ist der erste Indio in der Gegend, der eine Schule besucht hat. Dort wurde er von den Weißen gedemütigt und vertrieben, er ging nach Lima, wo er in den Elendsvierteln sich durchschlagen mußte. Nach mehreren Jahren kehrte er in seine indianische Dorfgemeinschaft zurück und arbeitet bei Don Bruno als Verwalter auf der Hazienda. Er wird zum Anführer der Indios auf den Hazienda, den colonos, und der freien Dorfgemeinschaften, den comuneros, die unter seiner Führung sich ihrer kollektiven Kraft be-

wußt werden, sich gegen die Unterdrückung auflehnen und das Land, das ihnen früher geraubt wurde, beanspruchen.

Die vierte handelnde Kraft ist das internationale Konsortium. Ein multinationaler Konzern der „Gringos“ deren Repräsentanten „Technokraten ohne Seele und Vaterland“ sind. Mit ihrem Geld setzen sie in Peru wie in vielen anderen Ländern ihre Interessen durch. Mit Korruption und Bestechung dirigieren sie die politischen Entscheidungen, setzen Enteignungsgesetze zu ihren Gunsten durch, setzen Polizeipräfekten ein, verfügen über den Einsatz des Militärs zur Vertreibung der Leute von ihrem Boden, beeinflussen die Minister, kontrollieren die Finanzgeschäfte, bestechen Richter und Anwälte.

Zwischen diesen beiden Hauptkontrahenten gibt es noch eine Reihe anderer gesellschaftlicher Kräfte: die veciones, Weiße und Mestizen, die als ehemalige Grund- und Minenbesitzer verarmt sind und zwischen Indios und Großgrundbesitzer nationaler Bourgeoisie und ausländischem Kapital zerrieben und von ihrem Land vertrieben werden; die traditionellen Großgrundbesitzer die von der Ausbeutung „ihrer“ Indios leben, sie als Leibeigene behandeln und bis aufs Blut auspresen und quälen; die korrupten Politiker und die brutale Polizei und Armee, die dienstfrige Erfüllungsgehilfen des internationalen Konzerns sind; die politischen Gruppierungen der Linken, Gewerkschaftsführer im Bergwerk und Kommunisten und Apristen in der Stadt, die kaum etwas von den Indios wissen, sie aber trotz vordergründiger Parteiergreifung für ihre Interessen, als Hemmschuh der Revolution begreifen.

Zwischen diesen Kräften findet ein erbarmungsloser Kampf zur Durchsetzung ihrer jeweiligen Interessen statt. Der Konzern nimmt Fermin die Mine weg und vertreibt die veciones mit Gewalt von ihrem Land; Fermin versucht, über die Kapitalisierung der Landwirtschaft und den Aufbau einer Fischindustrie seine Interessen nicht viel weniger skrupellos durchzusetzen; Bruno bekämpft die Vorstellungen seines Bruders mit Gewalt und rächt die Indios, indem er einen der übelsten Großgrundbesitzer erschießt; die Indios der Hazienda, unterstützt von denen der freien Dorfgemeinschaften, erheben sich und vertreiben einen anderen Großgrundbesitzer; die Armee greift ein, um den Aufstand im Blut zu ersticken; im Bergwerk kommt es zum Streik.

Obwohl der ungemein spannende Roman eher in traditioneller Form geschrieben ist, ist er alles andere als platter Realismus, wo, wie manche Kritiker dem Indigenismus vorwerfen, die literarische Form weniger gilt als die politische Aussage. Die Romanhandlung spielt auf der Ebene des konkreten Konfliktes um das Land, andere Wirklichkeitsebenen, wie die Vermischung von Realität und Mythos, Traum und Wirklichkeit, Vergangenheit und Gegenwart, tauchen kaum auf. Trotzdem werden die individuellen Charaktere der einzelnen Personen in ihrer Widersprüch-

lichkeit, die sich nicht auf die ökonomischen Interessen reduzieren lassen, herausgearbeitet. Und vor allem gelingt es Arguedas im Handlungsablauf aufzuzeigen, wie die traditionelle Lebensauffassung der Indios, ihr Naturverständnis und ihr Gemeinschaftsbewußtsein, das im dia-metralen Widerspruch zu den zivilisatorisch aufgeklärten Vorstellungen der nationalen Bourgeoisie und des ausländischen Kapitals steht, zur Grundlage für eine gesellschaftliche Veränderung auf dem Land ohne Ausbeutung und Unterdrückung werden kann. Das Faszinierende an dem Roman ist die Verbindung von spannender Handlung mit der Darstellung unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Traditionen und Interessen und individueller Charaktere, die nicht einfach Charaktermasken sind. Für das Verständnis Perus wie der anderen lateinamerikanischen Länder mit hohem Indioanteil ist Arguedas Roman ein wichtiges und gutes Buch.

Vermißt habe ich leider ein Nachwort mit einigen biographischen Angaben zu Arguedas, seinen sonstigen Romanen und Arbeiten, die Hinweise geben zum Verständnis seiner Bedeutung im Rahmen der peruanischen und der lateinamerikanischen Literatur was eigentlich bei einem bislang weitgehend unbekanntem Autor eine Selbstverständlichkeit sein müßte.

Bernd Wagner

José María Arguedas: Trink mein Blut, trink meine Tränen, Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1983, 595 Seiten, 39,80 DM

Pulverfaß Zentralamerika

Was tun, wenn der 10. Jahrestag des Militärputsches in Chile zu begehen ist, der Kampf des Volkes in Chile aber (im Frühjahr 1983) noch nicht mit den spektakulären Aktionen aufwarten kann, mit der die Zielgruppe der westdeutschen Solidaritätsbewegung zu fesseln wäre? Die Herausgeber versuchen es mit einer doch etwas weit hergeholtten Mischung: „Chile kämpft — Nicaragua lebt“ Die Autoren geben die politische Richtung an. Kreisky Rau, Brusis mit Vorworten, von Oertzen, Grass, Wischnewsky mit Beiträgen bilden das Gerüst.

Das Buch ist so früh herausgekommen, daß aus dem Teil über Chile (ganze drei Artikel auf 18 Buchseiten von 191) nichts über die aktuellere Entwicklung zu erfahren ist. Stattdessen die inzwischen sattsam bekannte These von der Ruinierung der chilenischen Wirtschaft durch die Junta und die Chicago-Boys. Fernando Mires beschreibt die chilenische Oppositionskultur und Herbert Berger schildert die Rolle der Kirche. Für den, der kaum Informationen hat, eine informative Einführung, für den, der sich ein bißchen umhört, zum Beispiel die taz liest, nicht mal eine Ergänzung. Um statistisches Material, eine Kurzbeschreibung der politischen Lage und eine zeitliche Chronologie für die Länder Costa Rica, El Salvador Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama bemühen sich Autoren auf 60 Seiten. In einem

Gespräch zwischen von Oertzen, Rabehl und Fichter geht es um das Scheitern des parlamentarischen Weges zum Sozialismus in Chile. Oertzen: „Hätte die Regierung Allende in vollem Umfang über die erforderliche parlamentarische Legitimation, d.h. also über die 51prozentige Mehrheit der Mandate verfügt, dann hätte“ So habe Allende es aber mit einer parlamentarischen Minderheit versucht, und das sei ein kühnes Unterfangen gewesen und deshalb sei der Fall Chile auch nicht richtungsweisend für die Strategie des parlamentarischen Weges zum Sozialismus. Dann greift Sergio Ramirez die amerikanische Politik der Destabilisierung in Mittelamerika aus der Sicht der Regierungsjunta in Nicaragua an. Ein kleiner Zeitungsartikel von Marquez und ein Reisebericht von Grass rahmen Reportagen aus den umkämpften Gebieten in Nicaragua ein. Geboten werden weiterhin eine Analyse des Miskitoproblems, eine Beschreibung der US-Ausbildungstätigkeit in Panama, und Wischnewski erläutert die Haltung der Sozialistischen Internationalen zu Nicaragua. Insgesamt nichts Neues oder Vertiefendes.

Theo Mehlen

Lutz Kliche, Hermann Schulz (Hrsg.): Pulverfaß Zentralamerika: Daten, Berichte, Dokumente; mit drei Beiträgen zum Thema: 10 Jahre Militärputsch in Chile, Wuppertal (Hammer) 1983, 191 Seiten, 9,80 DM

NEUERSCHEINUNGEN

HERBST 1983

Dialektik heute

Rotterdamer Arbeitspapiere

Heinz Kimmerle (Hrsg.)

141 S., 18,— DM, ISBN 3-88663-503-1

Mit Beiträgen von

Jens Brockmeier (Berlin/West), Guilielmo

Carchedi (Amsterdam), László Erdei

(Budapest) Peter Furth (Berlin/West),

Heinz Kimmerle (Rotterdam), Henk

Manschot (Utrecht)

Entwurf einer

Philosophie des Wir

Schule des alternativen Denkens

Heinz Kimmerle

160 S., 18,— DM, ISBN 3-88663-108-7

Kritik des Einheitsdenkens und des Monotheismus — allgemeine gesellschaftliche Formen des Wir-Seins Institutionen im Wir-Sein: Familie, Arbeit, Staat — Kategorien des alternativen Denkens

... außer: man tut es!

Beiträge zu wirtschaftlichen und sozialen Alternativen

Lothar Bertels

Hans-Gerd Nottenbohm (Hrsg.)

158 S., 15,— DM, ISBN 3-88663-109-5

Geschichte und Aktualität betrieblicher Selbstverwaltung — Finanzierung von Selbsthilfeprojekten — Betriebsübernahme — Gewerkschaften und Alternativbetriebe — alternative Berufsausbildung — Wissenschaftsläden —

Arbeit und Philosophie

Symposium über philosophische Probleme des Arbeitsbegriffs

Peter Damerow

Peter Furth

Wolfgang Lefèvre (Hrsg.)

ca. 260 S., ca. 28,— DM, ISBN 3-88663-504-X

Mit Beiträgen von

Andreas Arndt, Jens Brockmeier Peter

Damerow Peter Furth, Wolfgang Lefèvre,

Wolfgang Maiers, Johannes Rohbeck,

Wilhelm Raimund Beyer Remo Bodei,

Miodrag Cekić, Wim van Dooren, Solange

Mercier-Josa, Horst Müller Wolfgang

Schirmacher u. a.

Mit uns zieht die neue Zeit

Pädagogik und Arbeiterbewegung am

Beispiel der österreichischen Kinderfreunde

Kordula Langhof

ca. 170 S., ca. 20,— DM, ISBN 3-88663-505-8

ein pädagogisches Konzept aus den 20er und 30er Jahren, das zu Unrecht in Vergessenheit geraten ist gleichermaßen beeinflusst durch sozialistische wie psychoanalytische Erziehungsideen

Germinale

Verlagsgesellschaft mbH

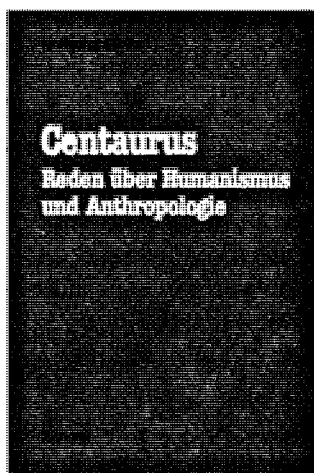
Friederikastr 38 * D-4630 Bochum 1

Tel. 0234/330329

Frauenbewegung, Faschismus, Philosophie und Friedensbewegung – unsere Neuerscheinungen 1983 auf einen Blick.



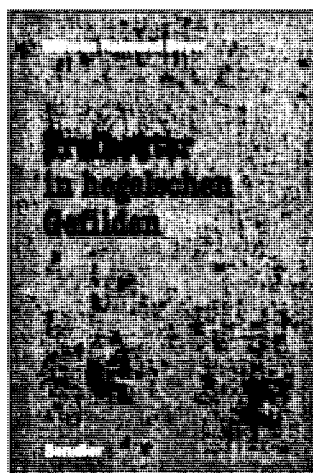
ca. 160 Seiten, DM 18,—
Der französische Sozialwissenschaftler, Gewerkschaftsjournalist und Sozialist Daniel Guérin bereiste im August/September 1932 und im April/Mai 1933 Deutschland. Die Reportagen seiner beiden Reisen erschienen damals vor allem in französischen Gewerkschaftszeitungen. Diese authentischen Berichte über das Alltagsleben der verschiedenen Schichten des deutschen Volkes und die politische Situation »vor« und »nach der Katastrophe« vermitteln ein eindringlicheres Bild über die Lage und Stimmung in Deutschland zu Beginn der Herrschaft des Faschismus, als es viele Analysen geben können. Distanz und Nähe kennzeichnen die Reportagen Guérins: die Distanz eines ausländischen Wissenschaftlers, der die Fehler und die drohenden Ereignisse besser sieht, als viele im Land; die Nähe eines engagierten Gewerkschafters und Sozialisten, der mit den arbeitenden Klassen solidarisch ist gegen die drohende Barbarei.



90 Seiten, DM 15,—
Heutigen Tages schärft sich das Bewußtsein der Doppelnatur des menschlichen Wesens. Der Mensch, durch Arbeit und Tätigkeit unaufhörlich Natur verändernd und umgestaltend, sich als Herrn der Natur und diese als das Andere empfindend, kurz: homo naturans muß erfahren, daß die Resultate seines Forschens, Planens und Handelns dazu führen, seine eigene Existenz zu gefährden. Er entdeckt die Grenzen seiner Tätigkeiten in der Tatsache, daß er selber ein Naturwesen, homo naturatus, ist und bei Strafe seines Untergangs zur Solidarität mit der Natur gezwungen wird.
Von diesem Spannungsverhältnis handeln die Beiträge über Humanismus und Anthropologie, Reden, die vornehmlich auf den Internationalen Hegelkongressen der letzten Jahre gehalten wurden.



339 Seiten, DM 22,—
Christine Wittrock untersucht in ihrer Arbeit die Vorstellungen verschiedener Repräsentantinnen der konservativen Mehrheit und des linken Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung in den 20er und 30er Jahren und analysiert das Frauenbild, wie es sich aus den Texten von führenden Vertreterinnen der faschistischen Frauenorganisationen ergibt.
Neben zum Teil beträchtlichen Differenzen im Frauenbild der faschistischen Frauen sieht sie teilweise erhebliche Übereinstimmungen zwischen den Vorstellungen der Repräsentantinnen der bürgerlichen Frauenbewegung und denen der faschistischen Frauenorganisationen. In einem dritten Teil wird das offiziöse Frauenbild des Faschismus anhand von Inhaltsanalysen von Schulbuchtexten und der inhaltlichen Ausrichtung der weiblichen Erziehungssituationen untersucht.



147 Seiten, DM 20,—
Prof. Dr. Wilhelm Raimund Beyer, Gründer und Ehrevorsitzender der Internationalen Hegel-Gesellschaft, stellt verschiedene großzügige (programmatisch und summarisch verfahrenende) Hegel-Deutungen vor und setzt sich kritisch mit ihnen auseinander. Besonderes Augenmerk bei der Beschäftigung mit den Nachwirkungen Hegelschen Denkens liegt auf einer teilweisen Verballhornung Hegels als »reiner« Gegenstand eines parteipolitischen und von persönlichen Ambitionen geleiteten Philosophiebetriebes.
Hierbei handelt es sich vor allem um eine Auseinandersetzung mit der Vereinnahmung Hegels für die osteuropäische Staatsphilosophie marxistisch/leninistischer Provenienz sowie um eine Kritik an Spenglers Denkanleihen bei Hegel und der austromarxistischen Hegelkritik.

**Auf der Buchmesse
Stand 6E/A127**

VERLAG
Sendler

Auslieferung und Bezug über
BUCHVERTRIEB HAGER
Mainzer Landstr. 147 Postfach 111162
6000 Frankfurt am Main 11
Tel. 06 11/73 0234

Ausstieg, Einstieg, Wachstum hin und her ...

Neue Bücher über Alternative Wirtschaftspolitik

Zum Themenkreis „Alternative Wirtschaftspolitik“ gibt es mittlerweile eine ganze Reihe von Büchern; ganz unterschiedlicher Art sind die drei folgenden.

Um mögliche Realpolitik, die der Utopie näherbringt, geht es Reinhard Pfriem in seinem Buch „*Einstieg in den Ausstieg*“ Pfriem, treibende Kraft im Wirtschaftsbe- reich der AL Berlin und Mitverfasser des Sindelfinger Wirtschaftsprogramms der Grünen, hat das meiste dessen zusammengetragen, was im grün-alternativen Spektrum gegenwärtig Sympathie findet. So bekommen auch diejenigen, die nicht zu den Insidern des Diskussionsprozesses gehören, einen Überblick über Vorstellungen und Beweggründe. Allerdings scheint angesichts der Freude über den endlich gefundenen Einstieg der Blick für die Utopie, ihren Zusammenhang und für die Schwierigkeiten gelitten zu haben. So bleibt vieles unbestimmt, wie es eben der Debatte entspricht.

Ausgangspunkt des Buches ist die Kritik am Wirtschaftswachstum mit seinen sozialen Fragwürdigkeiten und ökologischen Grenzen. Es vermöge seinen Anspruch auf Vollbeschäftigung nicht mehr einzulösen, folge dem zwanghaften Drang zur Produktion destruktiver Güter biete im nationalen wie erst recht im internationalen Maßstab keine soziale Sicherung und schaffe eine Struktur der Bedürfnisbefriedigung, die früher oder später in wachsendem Maße frustriere. Über diesen Kritik- punkten würde aber oft die Veränderung des Einsatzes des menschlichen Arbeits- vermögens vergessen. Angefangen habe alles mit der „Vernichtung ganzheitlicher Arbeitsvorgänge“ mit der Arbeitsteilung und der Loslösung des Arbeitsprozesses von den Fertigkeiten des Arbeiters.

Pfriem plädiert für ein „selektives Wachstum“ (wie Erhard Eppler), für Verlangsamung und Verstetigung des ökonomischen Prozesses — d.h. wohl Einschränkung der materiellen Produktion — sieht darin aber nicht notwendig eine quantitative Senkung des Lebensstandards; überhaupt seien die Verhältnisse vor dem 20. Jahrhundert auch nicht erstrebenswerter

Die Sozialproduktrechnung solle ersetzt werden durch ein volkswirtschaftliches Informationssystem, das über soziale und ökologische Folgen des wirtschaftlichen Wachstums Aufschluß geben soll.

Unklar aber was daraus folgt, denn die „gesamtwirtschaftliche Vernunft“ deren Fehlen als Hauptmangel des industriekapitalistischen Systems beklagt wird, ist damit nicht gefunden. Für sinnvolle Steuerung des Einsatzes gesellschaftlicher Arbeit hätten wir keinen Mechanismus, schreibt Pfriem ganz richtig. Seine Forderung aber dies führe zu einem „Begriff der gesellschaftlich vernünftigen Arbeit“ beschreibt bloß das Problem mit anderen Worten.

„Jenseits von Markt und Staat“ soll der Steuerungsmechanismus liegen, „demokratisch“ sollen die Ziele bestimmt werden, die dann im „direkten Zugriff auf die inhaltlichen Produktionsziele einer Gesellschaft“ ihre Verwirklichung finden sollen. Den kleinen Einheiten bescheinigt Pfriem bessere Planmöglichkeiten, erschwert aber nicht die Parzellierung in kleine Einheiten andererseits die Herausbildung einer „gesamtwirtschaftlichen Vernunft“?

Pfriem will die „Repolitisierung der Ökonomie“: Ökonomie soll durch Ökologie ersetzt werden. Er beschreibt dies mit den „Begriffspaaren“: gebrauchswertorientiert statt tauschwertorientiert; stofflich statt finanzökonomisch; sozial und ökologisch statt ökonomisch. Das alles ist zwar notwendig, das Problem besteht aber darin, daß diese Kennzeichnungen nicht ausreichend sind. Die Vorstellung, der Wertfiktivität des Marktes müsse nur stoffliche und Gebrauchswertorientierung entgegengestellt werden, stand auch am Anfang des Weges, der zur zentralen Planwirtschaft geführt hat. Deshalb reichen die Begriffspaare für eine Zielbeschreibung nicht aus. Und der Begriff von Ökonomie, wie er hierbei unterstellt wird, ist gefährlich, weil die folgende wichtige Fragestellung darüber zu verschwinden droht: Wie sehen die Beziehungen aus, die sich die Gesellschaftsmitglieder künftig schaffen sollen?

Der Mittelteil des Buches behandelt ausführlich die verschiedenen Politikbereiche. Betriebliche Produktionsumstellungen seien praktische Kritik; eine geänderte Sozial- Verkehrs- Energie- usw. -politik müsse die notwendige Nachfrage schaffen. Die Sozialpolitik müsse vom Kausalprinzip zum Finalprinzip kommen; in der Finanz- und Steuerpolitik werden im großen und ganzen die Vorschläge der Memorandum-Gruppe übernommen, auch Arbeitsumverteilung, ökologische und so-

ziale Investitionen, Forschung, Landwirtschaft, Außenwirtschaft usw. werden behandelt. Pfriem wendet sich gegen die Ökonomisierung der Umwelt, spricht sich aber für eine Ressourcensteuer aus. Der informelle Sektor müsse entwickelt werden, der formelle dürfe aber nicht vergessen werden. Gegen Bahro schreibt er der Gedanke der alternativen sozialen Vernetzung sei zu kostbar als daß er borniert werden sollte auf eine gesellschaftliche Minderheit von weniger als 5%. Bezüglich der Beziehungen zur Dritten Welt wendet er sich gegen einseitige Abkoppelung.

Unter dem Titel „politische Wege zur Aufhebung der Ökonomie“ geht es vor allem um die sozialen Träger. Zwar sei die Arbeiterbewegung kein Mythos, wohl aber die revolutionäre Funktion, die der proletarischen Klasse zugeschrieben worden sei. Die Revolutionstheorie sei eine Fortsetzung der Religion mit anderen Mitteln. Das soziale Subjekt, das eine zukunftsorientierte Politik tragen könne, müsse nicht nur erst noch geschaffen werden, es ließe sich auch nicht prognostizieren oder verobjektivieren. Trotzdem, die Gewerkschaften blieben wichtig.

Aus der „neuen Mehrheit“ links von der CDU sei auf die Schnelle nichts geworden, erfolgreicher sei die neue Minderheit in der Opposition, aus der sich Gemeinsamkeiten ergeben könnten. „Ein schnelles Zusammenfinden der wie sie genannt werden, Ökologie- und Arbeiterbewegung kann es nicht geben. Das politische Bündnis, das damit angesprochen wird, ist aber auf längere Sicht unabdingbar“

Im Gegensatz zu Pfriem haben die Autoren des Buches „*Arbeit ohne Umweltzerstörung*“ keinerlei Probleme mit dem Markt, worunter sie eigentlich kapitalistische Warenproduktion verstehen. Vielmehr geht es ihnen um die Frage, wie radikale Forderungen und eine Wachstumsbegrenzung erfüllt werden können, ohne daß es zu einem „Umsturz des Wirtschaftssystems“ kommt. Doch trotz dieses außerwissenschaftlichen Vorbehalts ist die Schrift keineswegs flache Apologetik, sondern hinsichtlich mancher Punkte scharfsinniger und gründlicher als die zuvor besprochene. Relativ stark ist sie überall dort, wo sie die Wachstumspropheten, für die ohne stets steigenden Output kein anderes gesellschaftliches Problem mehr gelöst werden kann, der Kritik unterzieht. Lesenswert ist auch das Kapitel über das Entropiegesetz, wiewohl die Folgerungen für die Ökonomie daraus ziemlich dürftig bleiben. Schwächen stehen ins Auge, wo eine Analyse ökonomischer Strukturen erforderlich wäre; von Ausrutschern wie dem Vorschlag Arbeitsbeschaffung durch Lohnsenkung soll nicht die Rede sein. Das Buch, erschienen als Publikation des „Bundes für Umwelt und Naturschutz“ steht in der Tradition des 1978 veröffentlichten NAWU-Reports; manches ist schon dort ausgeführt, was jetzt vertieft wurde.

Die Autoren sehen unsere Wirtschaft in der Sackgasse, die Wachstumsgesellschaft könne die Beschäftigungs- und Ver-



Peter Bruckner
Freiheit, Gleichheit, Sicherheit
 Von den Widersprüchen
 des Wohlstands

164 S., 19,80 DM

"In der Form der explizit gemachten Herstellung der Verbindung der Programmatik der Französischen Revolution mit der Analyse der heutigen Realität gelingt es P.B. sehr eindrücklich einen Maßstab zu gewinnen, um die Gesellschaft der Bundesrepublik nicht nur als Wohlstandsgesellschaft zu beschreiben, sondern dieses Charakterisierung zugleich als verkehrte Einlösung der Programmatik der Französischen Revolution zu begreifen. Dies wiederum bildet den Rahmen, den P.B. mit der ins einzelne gehenden Kritik der Wohlstandsgesellschaft füllt." (MA 2/83)

Wolfgang Kreutzberger
Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik
 Versuch einer Zwischenbilanz.

96 S. m. 6 Fotos, 11,80 DM

"Ich gehe davon aus, daß die Diskussion der Frage nach den Chancen eines neuen deutschen Faschismus nicht ausweichen kann. Gegenwärtig besteht das Dilemma, daß zwei Interpretationsansätze kaum aufeinander bezogen sind: die Analyse der gesellschaftlichen Herrschaftsformen der Bundesrepublik einerseits und der Binnenstrukturen des Rechtsradikalismus andererseits. Ich begnüge mich damit, in einer Abfolge unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen die innere Gestalt und die politisch-gesellschaftliche Einbettung des Rechtsradikalismus in Erklärungsfragmenten aufeinander zu beziehen." (W.K.)

Materialis Almanach 2

M. Vester: Thesen zur sanften Revolution; B. Svensson, Utopia; L. Wolfstetter & W. Neumann, Freiheit Gleichheit, Sicherheit; F. Schneider Mit Fisch und Buch bei Kerzenlicht. S. Junge-Ibsch, Neun Gedichte / Rezensionen u. Ausstellungsberichte / Autorreferate / Gesamtverzeichnis ca. 80 S., A 5, ca. 1,00 DM
 Gegen Voreinsendung von 1,60 in Briefmarken versenden wir den Almanach auch direkt!

Materialis Verlag, Rendeler
 Str 9 11 D-6000 Frankfurt 60, Tel. 0611 / 45 08 82 & 65 52 65

teilungsprobleme nicht mehr lösen, womit ihre Stabilität bedroht ist. Und diese Wachstumsgesellschaft hat auch die Umwelt krank gemacht. Will die Menschheit überleben, so muß sie Wachstumsgrenzen akzeptieren, wobei es in gewissem Grade ganz richtig sei, sowohl wirtschaftliches Gedeihen wie eine bessere Umwelt zu wollen.

Nichts von diesen Erkenntnissen findet sich in der herrschenden Energie- und Umweltpolitik. Sie sei verhängnisvoll. Im einzelnen wird nachgewiesen, daß die offiziellen Energieprognosen darauf hinauslaufen, daß trotz überhöhter Ansätze für den Kernenergieanteil ein Mehrbedarf an fossilen Energieträgern entsteht. Unter Ablehnung der „Durchbrecherstrategien“ verlangen die Autoren eine erhebliche Reduzierung des Energiedurchflusses, weil sonst Zerstreuung, d.h. Entwertung von Energie und Materie katastrophale Ausmaße annehmen. Einsparungen seien der einzige Weg, der kalkulierbare Spielräume schafft.

Völlig unhaltbar sei die Behauptung, ohne Wirtschaftswachstum fehlten die Mittel für den Umweltschutz. Denn schließlich ziehen auch Umweltschutzmaßnahmen selbst wieder Belastungen der Umwelt nach sich. So muß ein ständig steigender Teil der zusätzlichen Gütermasse für Umweltschutzmaßnahmen verwendet werden, bis schließlich ein Punkt erreicht ist, wo entweder die zu konsumierende Gütermasse eingeschränkt oder zusätzliche Umweltbelastung zugelassen werden muß.

Zusammengefaßt halten die Autoren es nicht für sinnvoll, an einem Wachstum festzuhalten, bei dem eine konstante Beziehung zwischen Wachstumsrate des Sozialprodukts und des Energie- und Rohstoffeinsatzes besteht. Genauso sinnlos sei ein Umweltschutz, der einfach nachträglich an den Produktions- und Konsumtionsprozeß angehängt werde, statt an den Ursachen anzusetzen. Verlangt sei ein Konzept des qualitativen Wachstums.

Der Begriff des Umweltschutzes bliebe oberflächlich, wenn nicht die Diskussion um das Entropie-Gesetz aufgenommen würde. Danach ist alle Produktion stofflich gesehen ein Prozeß der Entwertung von Energie; zwar wird Energie im Produktionsprozeß bloß umgewandelt, aber sie verläßt ihn in einer Form, in der sie schließlich nicht mehr verfügbar ist. Ein begrenzter Ausweg besteht in der Nutzung der von der Sonne herangeführten Energie, außer Kraft gesetzt werden kann das Entropie-Gesetz aber auch dadurch nicht. Zunächst muß daher nach besserer Energie- und Rohstoffnutzung gesucht werden, müssen erneuerbare Energien erschlossen und ressourcenaufwendige Verfahren ersetzt werden.

Zur Erreichung dieser Ziele schlagen die Autoren einen neuen „Wirtschaftsstil“ vor einen Begriff, den sie der „Historischen Schule“ entlehnen und der die Existenz ökonomischer Strukturen leugnet. Zwar wird zugestanden, daß es auch ökonomische Zwänge gebe, Werthaltungen hätten

aber eine wesentliche Rolle. Mit diesen Positionen kann dann einmal mehr jenes wohlfahrtsökonomische Modell hochgehalten werden, dessen mathematische Voraussetzungen zu dem sicheren Ergebnis führen, daß das „scheinbar anarchische Marktgeschehen“ dafür sorgt, daß am Ende alle Marktteilnehmer ihre Erwartungen erfüllt sehen. Der theoretische Trick besteht dabei hauptsächlich darin, daß die Erwartungen der Marktteilnehmer dadurch bestimmt sind, ob sie als Besizende oder als Besitzlose in das Modell eingeführt werden. Die Autoren nehmen diese Kritik zwar zur Kenntnis, nichtsdestoweniger bleibt ihnen die kapitalistische Marktwirtschaft der institutionelle Rahmen, innerhalb dessen der neue Wirtschaftsstil sich entfalten solle.

Allerdings kritisieren sie die Formel, wonach die Beschäftigung von den Investitionen abhängt, weil eben ein Teil der Investitionen Arbeit ersetzt. Der Preismechanismus reiche zur Gewährleistung von Vollbeschäftigung nicht aus; es müßten daher mehr Menschen unter Einkommensverzicht einen größeren Teil ihrer (Arbeits-)zeit im informellen Sektor verausgaben, der von der Industrie subventioniert werden müßte. Die Transfers müßten staatlich vermittelt werden, die so bezuschußten Projekte müßten dann aber auch die entsprechende Kontrolle dulden.

Die Neuverteilung der Arbeit nimmt im Übergang zum qualitativen Wachstum eine wesentliche Stellung ein. Dazu wird auch hier die Ersetzung des Sozialprodukts durch Sozialindikatoren vorgeschlagen, ohne daß überdacht würde, wie diese sich dann auch Geltung verschaffen könnten, außer in einem neuen Wirtschaftsstil.

Eine Art genialer Unsinn scheint mir zu sein, was in dem Buch über Ressourcenökonomie zu lesen ist. Bodenschätze, die ihrem Besitzer Gewinn abwerfen, sind danach Natur-Kapital; je mehr nun Naturbedingungen kapitalisiert werden, um so mehr Ansprüche an das Sozialprodukt würden entstehen, was nicht anders finanziert werden könne als durch höhere Zinsen, wobei Zins und Gewinn identisch sind. Stets steigende Zinsen (= Gewinne) könnten nur verhindert werden, indem alles Natur-Kapital in öffentliches Eigentum überführt würde. Da sich aber die Länder hinsichtlich ihrer Rohstoffe gegeneinander wie Privatbesitzer verhielten, könne dies nur mittels eines „Weltstaates“ geschehen. Den aber gibt es (zum Glück) nicht, so bleibt es bei der relativ dünnen Forderung, Umweltinvestitionen mit niedrigverzinslichen Krediten und Steuervergünstigungen zu fördern.

Weitere konkrete Vorschläge sind die Ausgabe von verkäuflichen Umweltnutzungsrechten, die ihrem Besitzer die Abgabe einer bestimmten Anzahl von „Emissionseinheiten“ in seine Umwelt erlauben, die Finanzierung der Rentenversicherung durch eine Energieabgabe und eine Reform der EG-Agrarpolitik.

In einem dünnen letzten Punkt schließlich gehen die Autoren noch auf eine „Reform der Unternehmensverfassung unter

Einbezug ökologischer Gesichtspunkte“ ein. Erhaltung und Schutz der natürlichen Umwelt müßten zu einem konstituierenden Bestandteil des Eigentums werden, so ähnlich wie die Sozialbindung im Art. 14 GG. Zur institutionellen Absicherung müßten sich Vertreter von Umweltinteressen an der Leitung großer Unternehmen beteiligen.

Hauptsächlich an die Gewerkschaftsbewegung richtet sich ein anderes Buch von Altvater Hübner Stanger mit dem Titel „Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus“ und es wird dort eine heilsame Wirkung haben. Es behandelt nicht so sehr Inhalte und einzelne Politikinstrumente, denn die Bedingungen, denen gewerkschaftliche Politik heute ausgesetzt ist und aus deren Kritik sich erst die Elemente eines Alternativkonzeptes ergeben. Insgesamt plädieren die Autoren dafür die Krise als Knotenpunkt gesellschaftlicher Entwicklung zu begreifen und die darin liegende Chance zu erkennen. Das Wort von der „Wende“ wird zwar nicht aufgenommen — wohl auch, weil das Manuskript bereits im März 1982 abgeschlossen wurde — aber aufgrund ihrer Analyse der ökonomischen Entwicklungen kommen sie zu dem Ergebnis, daß eine „Wende“ so und so sein muß, fragt sich nur in welche Richtung.

Die Einbrüche Mitte der 70er Jahre seien nicht nur eine Wirtschaftskrise gewesen, sondern die Krise eines wirtschaftspolitischen Modells, das in allen westlichen Industrieländern über lange Zeit hinweg angewendet worden war des keynesianischen. Der Begriff des Keynesianismus umschreibe aber zugleich ein Politikmodell, das einen Klassenkompromiß beinhaltet. Es beinhaltet einerseits die prinzipielle Anerkennung der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und erlaubt andererseits staatliche Interventionen als Krisenbekämpfung.

Klassisch zusammengefaßt wird der Kompromiß in Brandts Spruch von 1970: „Ohne wirtschaftliches Wachstum keine inneren Reformen, und andererseits: ohne innere Reformen kein wirtschaftliches Wachstum.“

Voraussetzung dieser Politik war die wirtschaftliche Prosperität und mit ihrem Ende hat auch das Modell seine Grundlage verloren.

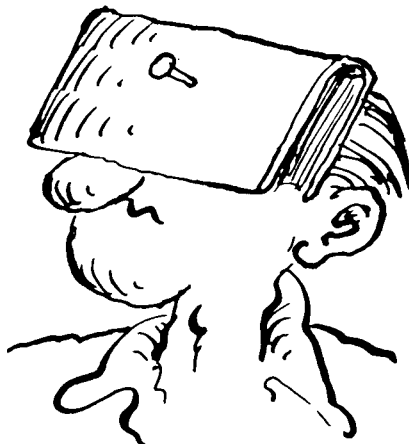
Die Autoren versuchen, diesen Umbruch mit dem Widerspruch zwischen Ökonomie und Politik zu fassen: „Diese Entwicklung läßt sich auch als Sieg des Werts (und des Wertgesetzes) über die politische Kontrolle der Staaten (über den Keynesianismus als politisches Prinzip) interpretieren.“ Folglich gebe es prinzipiell nur zwei Auswege, entweder den neoliberalen, der die Tendenzen von Wert und Verwertung als ökonomische Sachzwänge freisetzt, oder „die Politisierung der Produktionssphäre durch einen Zugriff auf die Produktions- und Investitionsentscheidungen“ In dieser verkürzten Gegenüberstellung ist das freilich nicht ohne Problem, weil es eben auch um eine neue Ökonomie geht.

Das Ende der Prosperität und der neoliberale Rückgriff auf den Vollzug der Marktgesetze geschieht nicht in abgeschotteten Nationalstaaten, sondern im Weltmarktzusammenhang. Und aufgrund von Strukturverschiebungen auf dem Weltmarkt. Eine Analyse des Weltmarkts sei daher umso notwendiger als sich auch alternative Wirtschaftspolitik dem „Diktat der Zahlungsbilanz“ nicht entziehen kann. Die Analyse dieses Zusammenhangs nimmt daher breiten Raum in dem Buch ein.

Die Krise Mitte der 70er Jahre sei ein weltweit verlaufender Strukturbruch, dessen Ursache in den spezifischen Angleichungsprozessen zwischen den USA einerseits, Japan und Westeuropa andererseits gesehen wird. (Altvater Hoffmann und Semmler haben diese Erklärung schon in ihrem Buch „Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise“ gegeben.) Auch im Zusammenhang des Weltmarktes ist die Krise nicht nur ökonomische, vielmehr seien „unmittelbar die politischen Reproduktionsbedingungen von Hegemonie betroffen. Die geschilderte Entwicklung gipfelt in einer Unterhöhung der kunstvoll errichteten Institutionen der politischen Kontrolle der weltwirtschaftlichen Prozesse und mithin einer Freisetzung der Logik privater Kapitalverwertung auf dem Weltmarkt, deren politische Vermittlung durch internationale Institutionen mehr und mehr reduziert worden ist.“ (S. 55)

Im dritten Kapitel beschäftigen sich die Autoren ausführlich mit der ökonomischen Entwicklung und der Wirtschaftspolitik in den 70er Jahren. Der von ihnen so genannte Paradigmenwechsel vom Keynesianismus zum Neoliberalismus / Monetarismus ist ihrer Meinung nach Reflex auf veränderte historische Wachstumsbedingungen. Der Keynesianismus sei wegen seiner Restriktionen und Funktionsdefizite gescheitert, alternative Politik könne auch nicht erneut auf ihn setzen, auch nicht als „Keynes plus“

Auch für die Gewerkschaften sei damit eine neue Lage entstanden. Zwangsläufig seien sie wieder aufs Terrain der Ökonomie gestellt, wo sie sich in Zeiten der Kri-



se in der Defensive befinden. Mit Tarifpolitik allein sei nichts mehr zu holen. Gegenüber dem von den Konservativen geforderten „Primat der Ökonomie“ im Sinne einer Freisetzung von Marktkräften, müßten die Gewerkschaften auf dem „Primat der Politik“ als Voraussetzung der erfolgreichen Vertretung von Lohnarbeiterinteressen bestehen. Mittelfristig müßten sie auf gesellschaftliche Struktur- und Machtveränderungen drängen, um den Produktionsprozeß auf Mikro- und Makroebene einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen.

Die Politik der westeuropäischen Gewerkschaften, die dazu vorgestellt wird, wird dieser Herausforderung noch nicht gerecht. Hauptmangel sei die Abstellung auf die bloß quantitative Seite, die im Grund der Versuch ist, den Keynesianismus fortzusetzen. Selbst dort, wo, wie im wirtschaftspolitischen Programm des

Frauen und Film



Heft 35
Die Fünfziger Jahre

Bei
Stroemfeld/Roter Stern
Postfach 180 147
6000 Frankfurt a.M.

DGB, von qualitativen Gesichtspunkten die Rede ist, stehe allzu deutlich die sozialdemokratische Vorstellung von der „Modernisierung der Volkswirtschaft“ Pate, so daß die qualitative Seite im Ergebnis den Erfordernissen der Konkurrenzfähigkeit geopfert werde. Ließen sich die Gewerkschaften auf solche Strategien ein, so wäre dies verhängnisvoll. Nicht nur würden Spaltungen, Segmentierungen usw. befestigt, sondern die Gewerkschaften würden sich auch selbst bald um ihre Stellung bringen. Unabdingbar daher die Forderung nach neuen Inhalten und neuen Formen ihrer Politik jenseits des „Quantitativismus“ der keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik.

Friedemann Bleicher

Reinhard Pfriem: Einstieg in den Ausstieg. Alternativen zur etablierten Wirtschaftspolitik, Düsseldorf (Econ) 1983, 223 Seiten, 24 DM

H.C. Binswanger, H. Frisch, H.G. Nutzinger, B. Schefold, G. Scherhorn, U.E. Simonis, B. Strümpel: Arbeit ohne Umwelterstörung. Strategien für eine neue Wirtschaftspolitik, Frankfurt (S. Fischer) 1983, 367 Seiten, 29,80 DM

Elmar Altvater, Kurt Hübner, Michael Stanger: Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus. Wirtschaftspolitische Optionen der Gewerkschaften in Westeuropa, Opladen (Westdeutscher Verlag) 1983, 248 Seiten, 29,80 DM

Prozeß ohne Ende — in zweifacher Hinsicht

Albrecht Fölsing »Galileo Galilei — Prozeß ohne Ende«

Am 22. Juni 1633 endete der Inquisitionsprozeß gegen Galileo Galilei. Mithin jährt sich dies nicht nur durch die Geschichte der Naturwissenschaft, sondern auch durch die Literatur so bekannte Ereignis in diesem Jahr 1983 zum 350. Male. Diese Tatsache, wie auch Äußerungen des der zeitigen Papstes gaben manchen Anlaß zur Spekulation, ob der Prozeß gegen Galilei von der Kirche wieder aufgerollt würde und Galilei auch von der Kirche rehabilitiert würde. Das Datum wird auch Anlaß gewesen sein für das Erscheinen des Buches „Galileo Galilei — Prozeß ohne Ende. Eine Biographie“ Autor dieses Buches ist Albrecht Fölsing, Wissenschaftsredakteur des Norddeutschen Rundfunks, Abteilung Fernsehen. Er hat ein wunderschönes, spannend geschriebenes und doch lehrreiches Buch geschrieben.

Fölsing beschreibt die Abstammung Galileis, das Leben seiner Eltern und seine Ausbildung. (Hier wie in allen Abschnitten des Buches mischt er geschickt eine Beschreibung mit Zitaten aus Briefen, aus Notizen seiner Freunde oder Feinde, aus Büchern.) Und es wird in dieser Beschreibung so richtig lebendig, was den Ursprung der modernen Wissenschaft ausmacht, zu deren Begründer Galilei mit Recht gezählt wird: die Verbindung einer auf den Universitäten der damaligen Zeit geschulten Logik, zu der auch, allerdings nur in Grenzen, die Mathematik gehörte; und die praktische und experimentelle Erfahrung und vor allem die Methode der Techniker der damaligen Zeit, die durchaus keinen Zugang zu den Universitäten gehabt hatten. Nicht ohne Grund wird seine Entdeckung der Fallgesetze, jenes eher auf Legende beruhende Experiment am schiefen Turm zu Pisa, viel eher als der Durchbruch seiner neuen wissenschaftlichen Methode gewertet als seine Leistungen in der Begründung des Kopernikanischen Systems, die später zu seiner eigentlichen Berühmtheit beitrugen.

Fölsing beschreibt Galileis Leben in Florenz und Pisa, in Venedig und Padua, wo die einzig wirklich von jedem kirchlichen Einfluß freie Universität der damaligen Zeit stand, an der Galilei seine achtzehn besten und unbeschwertesten Jahre verbrachte. Er zeigt Galilei als Virtuosen der toskanischen und damit der italienischen Sprache, der noch heute als literarisches Vorbild gelten kann. Kurz, Fölsing

zeichnet damit ein durchaus lebendiges Bild der damaligen Geistesgeschichte.

Und schließlich wird die naturwissenschaftliche Erkenntnistheorie, wie sie Galilei geprägt hat, dargestellt: Wie sie sich durchsetzt, wie sie bekämpft wird und wie es eben in der Konfrontation mit der Kirche zu jenem Prozeß kommt. „Vor allem aber war er ein messender und mathematisierender und spekulierender Physiker der sich seine Argumente dort suchte, wo er sie finden konnte, und daraus etwas völlig Neues in Gestalt der exakten Naturwissenschaft schuf. Albert Einstein, der gewiß nicht zu den ‚unphilosophischen Physikern‘ gezählt werden kann, relativiert alle schulphilosophischen Diskussionen durch die Bemerkung, daß es dem Wissenschaftler nicht erlaubt sei, ‚sich bei der Konstruktion seiner Begriffswelt allzusehr durch Festhalten an einem erkenntnistheoretischen System beschränken zu lassen. Er muß dann dem systematischen Erkenntnistheoretiker als eine Art skrupelloser Opportunist erscheinen. Galilei war auch darin der Begründer der Physik, daß er diesem ‚erkenntnistheoretischen Opportunismus‘ gehuldet und ihn in fröhlicher Unbekümmertheit in einer später kaum wieder erreichten Vollkommenheit praktiziert hat.“ So schreibt Fölsing. (S. 180)

Besonders in einem kleinen Kapitel, überschrieben mit „Die Wahrheit der Natur und die Natur der Wahrheit — Ein erkenntnistheoretisches Intermezzo“ führt Fölsing diese Auffassung in der Auseinandersetzung mit der damals gültigen Scholastik noch weiter aus. Galilei, der sich immer als guten Katholiken bezeichnet hat, mußte gegen die Auffassungen der Kirche kämpfen (wobei man auch darauf hinweisen muß, daß es z.B. unter kirchlichen Wissenschaftlern viele Anhänger seiner Auffassungen gab), und er tat dies in erster Linie mit dem Argument, daß die Bibel untauglich sei für eine Erklärung der Natur und dies auch gar nicht ihre Absicht sei. Viel eher sei die Größe Gottes in der wunderbaren Ordnung und der Möglichkeit des Menschen, diese Ordnung zu durchdringen, zu entdecken. Der Bereich der Kirche und der Naturwissenschaft müsse voneinander fein säuberlich getrennt werden. Faßt man diese Auseinandersetzung in erster Linie als eine Ausein-

andersetzung zwischen einem Anspruch der Kirche und einem Anspruch der Naturwissenschaft, so entdecken wir in vielen Fragen noch heute Parallelen zu dieser Auseinandersetzung.

Aber diese Auseinandersetzung hatte auch eine andere Dimension. Und darauf wies der Physiker und Wissenschaftshistoriker Paul Feyerabend in einer Rezension des Buches im *Spiegel* hin: Die Kirche war zur Zeit Galileis nicht nur ein gesellschaftlicher Faktor unter vielen, wie wir sie heute sehen können, sondern sie war die gesellschaftliche Kraft. Und damit ging es bei dieser Auseinandersetzung vor allem auch darum, ob die Wissenschaft unabhängig sein kann von gesellschaftlichen Bedingungen.

Feyerabend schreibt in seiner Kritik: „Aber während Galilei diese Lehre (die kopernikanische, damit auch die Erkenntnistheorie der Physik, d.Verf.) auf alle übrigen Kulturbereiche ausdehnen wollte, bewahrten die besseren Vertreter der Kirche ihren Sinn für Perspektive und sahen ein Problem, das uns auch heute noch plagt, nämlich das Problem der Eingliederung fachwissenschaftlicher Ergebnisse in den weiteren Zusammenhang der Kultur: Sind Physik und Biologie die Maßstäbe dessen, was wir über Welt und Menschen denken sollen, oder wird die Reichweite ihrer Ergebnisse erst durch andere (religiöse, künstlerische, politische) Maßstäbe bestimmt?“ (*Spiegel* 28/1983, S. 141) Auch wenn Feyerabend die heute bestehende Problematik richtig beschreibt, so scheint mir doch der Rückschluß auf die Zeit Galileis nicht korrekt. Denn ging es damals nicht gerade darum, daß sich die Naturwissenschaft ablösen mußte von einer gemessen an den sich entwickelnden Produktionsverhältnissen überholten gesellschaftlichen Kraft (was im übrigen durchaus auch an den von Fölsing beschriebenen dogmatischen Rückentwicklungen innerhalb der Kirche selbst abzulesen ist)?

Das Verdienst an Fölsings Buch ist es, daß es zu solcherlei Gedanken Material und Anregungen gibt, auch wenn Fölsing selbst eher für diese reine Forschung in seinem Buch Sympathie anklängen läßt.

Zum Schluß möchte ich mich dem anschließen, was Fölsing in seinem Vorwort geschrieben hat: „Der Versuch, an Hand der zugänglichen Dokumente den Prozeßverlauf und die Arbeitsweise des gedankenpolizeilichen Inquisitionstribunals zu rekonstruieren, wäre jedoch nur ein Aspekt der Bedeutung Galileis und, wie ich meine, wahrscheinlich nicht der wichtigste. Interessanter und folgenreicher scheint mir die in Galilei personifizierte Entstehung dessen, was wir die moderne Naturwissenschaft nennen — auch dies ein Prozeß ohne Ende, dessen Verlauf und Problematik uns vielleicht durch die Darstellung der Anfänge bei Galilei ein wenig einsichtiger werden können.“

Günther Kruse

Albrecht Fölsing: Galileo Galilei — Prozeß ohne Ende. Eine Biographie, München 1983 (R. Piper), 500 Seiten, 39,80 DM

Die Utopie der Trugbilder

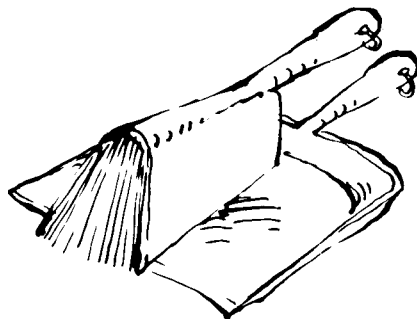
Jean-Paul Sartre »Mallarmés Engagement«

Das Buch ist das Fragment eines um 1952 entstandenen Manuskripts von etwa 2000 Seiten, dessen Hauptteil bei einem Anschlag der OAS auf Sartres Wohnung vernichtet worden ist. Der erhaltene Rest ist so ausgearbeitet wie andere Bücher von Sartre, die nach dem Willen ihres Autors Fragment geblieben sind (Sein und Nichts, Kritik der dialektischen Vernunft und der Flaubert). Sartre hat sich ein paradoxes Projekt vorgenommen, das Engagement eines Dichters an dem einem direkten Engagement denkbar fernsten Esoteriker Mallarmé zu untersuchen, der „Sphinx von Tournon“ Der philosophische Anspruch von Sartre, von einem einzelnen Menschen ausgehend, über verschiedene analytische Stufen den objektiven Geist einer Epoche, ihren Überbau, zu rekonstruieren, manifestiert sich in einer Schreibweise, die verschiedene Wissenschafts- Philosophie- und poetische Sprachen vereint (Psychoanalyse, Existentialphilosophie, Marxismus, Theologisches, Metaphorik der französischen Symbolisten, Hegel, Kant). Resultat ist eine „wilde“ Schreibweise, die dadurch aber ihre analytische Stringenz behält, daß, aus welchen Verzweigungen der Spekulation auch immer sie auf Briefzitate und Verse stößt, in denen diese Sätze konkret faßbar werden. Die Verlockungen der Sprache provozieren die Erkenntnis und machen die Erkenntnis sinnlich.

Um welche Erkenntnisse geht es? Grob gesprochen kennzeichnet der Mallarmétext ein Zwischenstadium zwischen dem ersten philosophischen Hauptwerk von Sartre („Sein und Nichts“) und dem zweiten, der „Kritik der dialektischen Vernunft“: er enthält fast alle Motive für den gewaltigen Flaubertext, d.h. Sartre ist schon auf dem Weg vom Existentialismus zu einem Marxismus, der von sich beansprucht, alle Human- und Gesellschaftswissenschaften als Stufen und analytische Instrumentarien zur Erkenntnis der Totalität zusammenzufassen. Da die Welt nach dem Existentialisten Sartre die Hölle ist, muß Sartre unterwegs zu einem existentialistisch erhellten Marxismus die Frage beantworten, wann die Welt das geworden ist. „1848: Der Sturz der Monarchie raubt dem Bürgertum seinen ‚Deckmantel‘ damit verliert die Poesie ihre beiden traditionellen Themen: Mensch und Gott Europa hatte gerade eine bestürzende Nachricht erfahren: ‚Gott ist tot.

Stop. Kein Testament. Bei Öffnung des Nachlasses entstand Panik.“ (S. 7 f.) Mit dieser Feststellung beginnt der Text über Mallarmé.

Wie stellt sich nun dieses Unternehmen, in den ein Existentialist sich historisiert, indem er die Frage nach seinem Ursprung in der Geschichte stellt, auf der Ebene und Methode im Mallarmé dar Die Geschichte von Mallarmé und seiner Epoche kurz in der Sprache einer existentialistisch gefärbten Poetik: Nach dem Tod Gottes ist die Poesie um ein Sujet (Gegenstand) ärmer Da damit der Mensch seiner transzendenten Sinngebung beraubt ist, wird der Gegenstand der Poesie notwendig die Abwesenheit sein müssen, des verschwundenen Gottes und des seiner Transzendenz und Verklärung beraubten Menschen; die Dichter und gerade die mit totalem Engagement für die Kunst wie Mallarmé sehen sich in einer Hölle „unter leerem Himmel“ gescheitert. „Die Spirale windet sich von neuem um sich selbst: als ein Ohnmächtiger der seine Ohnmacht besingt, verwandelt Mallarmé sein persönliches Scheitern in Unmöglichkeit der Poesie; dann, durch eine neue Umdrehung, verwandelt er das Scheitern der Poesie in Poesie des Scheiterns. Als Gott lebte, hätte niemand daran gedacht, die Literatur als Institution der Vorsehung anzufechten. Sie hatte ihren unwandelbaren Platz wie Monarchie, Armee, Kirche oder Handel in den Hierarchien der Schöpfung. Mallarmé ist der erste, der jene noch aktuelle Frage stellt; ‚Gibt es etwas wie Literatur?‘“ (174) In dieser Situation geht die künstlerische Avantgarde dazu über die Poesie zum Gegenstand der Poesie zu erklären. Da sie aber ihrer traditionellen Themen beraubt ist, bleibt ihr nur das Nichts. „Es ist kein Zufall, daß Mallarmé auf die erste Seite seiner Poésies complètes das Wort Rien



(Nichts) schreibt. Da das Gedicht Selbstmord des Menschen und der Poesie ist, muß sich das Sein schließlich über diesem Tod schließen, muß der Moment der poetischen Fülle dem der Annullierung entsprechen. So ist die *gewordene* Wahrheit dieser Gedichte das Nichts: „Nichts wird stattgefunden haben als die Statt. (Mallarmé)“ (187) Dieses existentialistische Projekt einer Theorie der Moderne ist im Text Sartres Spirale für Spirale an der poetischen Technik Mallarmés entwickelt als Konstruktion, die sich an jeder Stelle auf Details stützt.

Der Existentialismus hat eine Geschichte, die Sartre in einem sozialgeschichtlichen Mittelteil mit den Methoden des Marxismus und der einer existentiellen Psychoanalyse zu entwickeln versucht hat (S. 55—140). Er legt die Verbindungslinien der Dichtung Mallarmés sowohl zu dessen Familiengeschichte als auch zur Geschichte der Klassen frei. Der endgültige Zusammenbruch der feudalen Welt hat negativ den obersten Lehnsherren beseitigt und positiv den Determinismus der Kausalreihen ins Bewußtsein gebracht, den Geist der Analyse, die Ideologie des Szientismus als der des Bürgertums. Wie soll der Mensch sich überschreiten und die Bedingungen seiner Klasse und in die Geschichte eingreifen, wenn er dem leeren Mechanismus der Kausalität unterworfen ist wie alle Materie? Die Praxis wird ein Trugbild der Materie, ein Traum. Das Bürgertum stützt sich auf den mechanischen Materialismus. Alles ist notwendig. Da ein Eingreifen in dieses Räderwerk unmöglich ist, ist alles zufälliges Produkt der aufeinandertreffenden Kausalreihen. Mit dem obersten Lehnsherren scheint gleichzeitig das Subjekt aus der Geschichte verschwunden. „Eine literarische Tradition entsteht um diese Zeit, deren Prinzip es ist: Stark zuzuschlagen, aber daneben

was sind sie (die Dichter) dann anderes als die Opfer einer raffinierten Propaganda. Sie sind keineswegs allein, aber sie machen sich allein, damit ihre Klasse sie als Beispiel für die universelle Einsamkeit nehmen kann.“ (60)

Das Ausgeliefertsein an das Spiel der Materie wird bei Mallarmé überdeterminiert durch den zufälligen Umstand, daß er im Alter von sechs Jahren seine Mutter verliert. die Abwesenheit der *causa prima* wird ergänzt und verstärkt durch eine familiäre Abwesenheit. Das Kind sucht seine Mutter: es kann sie nicht finden, außer vielleicht im vagen Phosphoreszieren der Dinge. Nicht an der Welt interessiert, weil es dort nicht findet, was es sucht, das ist seine Situation. Im Schatten der Dinge „wird die Verschwundene vielleicht Gestalt annehmen an ihm sucht man die spürbare Gegenwart der Toten: „So hell, ihr leichtes Inkarnat, daß es in der Luft flattert, Erschlafft von buschigem Schlummer“ (Mallarmé)“ (119 f.)

Alle Bedingungen, die der Epoche allgemein, der Familie und auch die innerliterarischen wirken darauf hin, daß Mallarmé die von den verschiedenen Abwesenheiten provozierte absolute Negation in seinen zisekrierten Gedichten in Richtung einer konkreten

kultuRRRevolution

zeitschrift für angewandte diskurstheorie

nummer 1
die unteren stufen
der eskalation

nummer 2
ausländer in
deutschland

nummer 3
klassische diskurse
- kulturrevolutionär?

nummer 5 (febr. 84)
wege zum 4. reich?
über subjektive und objektive
voraussetzungen eines
neofaschistischen sozial-
historischen blocks heute

nummer 6 (juni 84)
proletarische
kulturrevolution in
polen. woher und
wohin?

nummer 8 (febr. 85)
feminismus und /oder
sozialismus

kultuRRRevolution
nummer 4 (oktober 1983)
marx 100 jahre - tot?
- ökologie und offizielle philosophie in der
ddr - bahro oder die grenzen des »ökologi-
schen humanismus« - alternatives leben und
klassenlose gesellschaft - über den status
von ökologie und »fortschritt« im materia-
lismus - facetten theoretischer praxis - für
althusser - zum umgang mit marx und
marxismus im geschichtsunterricht - u. a.
mit beiträgen von
helga gallas, urs jaeggi, wilfried korngiebel,
jürgen link, ulla link-heer, gerhard plumpe,
klaus riepe, frieder o. wolf u. a.

kultuRRRevolution erscheint
dreimal jährlich zum
einzelpreis von dm 10,-
aboppreis von dm 27,- pro jahr
bei

Genemal
verlagsgesellschaft mbh
friederikastr. 38
d-4630 bochum 1
tel. 0234/330329

ten Negation überschreitet, d.h. die Nega-
tion „muß in die Zeit eingefügt und auf ei-
nen besonderen Inhalt angewandt werden.“
(178) Das Kunstwerk als Irrealisierungszent-
rum, wie Sartre das später im Flaubert-
buch nennen wird. Hat Mallarmé damit sei-
ne Epoche und seine Klasse überschritten,
ist die Kunst zur Autonomie fähig, gibt es
selbständige Bewegungen im Überbau?
Sartre schlägt eine Reihe von Antworten
vor. Er fragt sich „ob der radikale Nihilis-
mus, zu dem der Dichter sich bekennt, nicht
gerade das Alibi ist, das es dem Leser er-
möglicht, ohne Gewissensbisse alle Kon-
formismen anzunehmen.“ (158) Entschiede-
ner stellt er fest: „Anstatt die Gesellschaft
zu inkriminieren, legen sich diese jungen
Leute lieber mit dem Sein an; es scheint ih-
nen weniger gefährlich, das Universum aus-
zulöschen, als an die etablierte Ordnung zu
rühren.“ (160)

Abgesehen davon, daß hier der ältere
Sartre auch einen Kommentar zum jünge-
ren abgibt, stellt sich die Frage, ob die
Dichter der Avantgarde nicht doch Kompliz-
en der Diktatur Napoleons III. sind. Sar-
tre ist hier nicht ganz entschieden. Er
stellt die Frage, ob „vielleicht, wenn die
Materie die Poesie hervorbringt, das luzzi-
de Denken der Materie dem Determinis-
mus entgeht“ (193) und zitiert eine Bemerkung
Mallarmés zu den Zeichnungen von
Odilon Redon, die Mallarmé gefallen, „weil
er genau weiß, daß seine Kunst ein Betrug
ist. Aber er scheint auch zu sagen: ‚Das
wäre die Wahrheit gewesen‘“ (Mallarmé)
(193) Die Antwort läßt sich auf die Formel
bringen, daß Mallarmé versucht, den De-
terminismus im totalen Engagement für
Trugbilder zu überwinden, die der Wahr-
heit ähnlich sehen. Eine negative Utopie,
bei der Sartre nicht stehengeblieben ist.
ET wird sich die paradoxe Aufgabe, wie
die Praxis in das Sein oder wenn man lie-
ber will, in die Gesellschaft eingeführt
werden kann, in der „Kritik der dialekti-
schen Vernunft“ und im Flaubertbuch neu
stellen. Auf der methodologischen Ebene
hat er im Mallarmétext das Problem vor-
läufig entwickelt: „Es geht darum, wie
man gleichzeitig zwei Methoden (Marxis-
mus und Psychoanalyse) benutzen kann,
die sich auszuschließen behaupten, wie
ein und derselbe Komplex gleichzeitig ein-
em persönlichen und sexuellen Geschick
und einem Moment der Sozialgeschichte
als Emblem dienen kann.“ (108) Das Em-
blem, auf das er sich bezieht, ist die Meta-
pher des Meers in den Gedichten von Mal-
larmé: Das Meer es spiegelt den gottlo-
sen Himmel unter dem Zweiten Kaiser-
reich:

*Das Fleisch ist traurig, ach! und ich las alle
Bücher
Fliehn! dorthin fliehn
Vielleicht gehörr die Masten, Stürme auf sich
ziehend,
Zu denen, die ein Wind über den Schiffbruch
beugt.
Verlorn, kein Mast, kein Mast, keine fruchtbaren
Inseln
(Aus Mallarmé, Brise marine 1865)*

H. Fecher

Jean-Paul Sartre: Mallarmés Engagement, Rein-
bek (Rowohlt) 1983, 224 Seiten, 36,00 DM

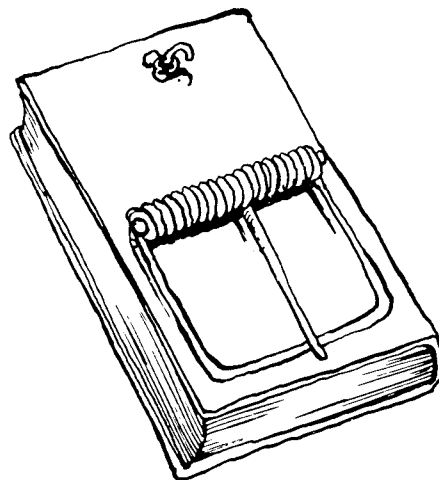
Das Unmögliche in Südafrika

Nadine Gordimer »Anlaß zu lieben«

Die deutsche Übersetzung dieses Romans der südafrikanischen Autorin erscheint erst 20 Jahre nach der englischen Ausgabe. Ihr Thema war auch damals schon die Durchdringung des Privaten mit dem Gift des Rassismus, den auch die gegen das Regime eingestellten Weißen nicht einfach durch ein anderes Verhalten gegenüber den Schwarzen überwinden können: schließlich bleiben sie Weiße und hätten immer auch die Möglichkeit, sich anders zu entscheiden. Die Freiheit ihrer Wahl und eine Teilnahme als wirklicher Partner im Kampf der Unterdrückten können sie nur im individuellen Opfer verwirklichen, wie „*Burgers Tochter*“ (deutsch 1981) zuletzt zeigte — Gordimers Buch über die Tochter eines weißen Kommunisten, die sich von ihrer übermächtigen Vatergestalt emanzipieren muß, nach Europa fährt, später aber nach den Kämpfen von Soweto, im Gefängnis landet wie viele andere. In ihrem bislang letzten Buch „*Julys Leute*“ (1982) gab die Autorin eine Ahnung davon, welchen Schock der endliche Sieg der Revolution auch für die fortschrittlichen Weißen haben wird in diesem Land, in dem auch sie meist „boys“ haben und die Umkehrung der Herr-Knecht-Rolle, den Verlust ihres gesamten Kulturzusammenhangs zu gewärtigen haben. Im „*Anlaß zu lieben*“ thematisiert Gordimer das Scheitern einer Liebe zwischen den Rassen.

In das gastfreundliche Haus des liberalen Historikers Tom Stilwell und seiner 39jährigen Frau Jessie (aus ihrer Perspektive wird überwiegend erzählt) kommen für

kurze Zeit Boaz, der die Musik der Schwarzen erforscht, und seine englische Frau Ann (23), die sich nach kurzer Zeit in den schwarzen Maler und ANC-Aktivisten Shibalo verliebt. Trotz des Plans, gemeinsam ins Ausland zu gehen, scheitert diese Beziehung: Ann kehrt zu ihrem Mann zurück,



der sich um die größte Zurückhaltung bemüht hat, gerade weil Shibalo Schwarzer ist. Der Roman schildert anschaulich, wie die Heimlichkeiten, sich zu treffen, die an beide herangetragenem Erwartungen und Zwänge (bei Autofahrten muß Ann ihren

Geliebten als ihren „boy“ ausgeben) ihre Liebe untergraben: „Es gab keine Daseinsnische, kein so privates Gefühl, daß das weiße Privileg einen nicht heraushob“ (S. 439). Shibalo verfällt am Schluß zwar dem Suff, wird sich aber vermutlich in den politischen Kampf wieder eingliedern, den er aufzugeben bereit war. Die Stilwells indes erkennen, daß ihr Verhaltenskodex ein Schwindel zu werden droht. Ihre Spannung erhält die sehr ruhig vorgetragene, langsam ausgebreitete und mit zahlreichen Autoren-Kommentaren versetzte Erzählung auch durch das Element der unterschweligen Konkurrenz zwischen Jessie, die sich in einer Umbruchphase befindet und trotz ihrer selbstverständlichen Liebe zu Tom um die Freiheit einer individuellen Entscheidung, um die Art, in der sie ihr Leben gestalten will, kämpft — wenn auch sehr verhalten. Deshalb werden ausführliche Szenen ihrer Vergangenheit eingeblendet und ihre Kälte gegenüber ihrem Sohn aus einer früheren Ehe geschildert. Zwischen Jessie also und der spontanen Ann, die nur in der Gegenwart zu leben scheint; sie braucht nicht bewußt die Rassenschränken zu negieren, weil sie für sie gar nicht existieren. Damit aber, und daß sie sich dann letztlich doch für Boaz entscheidet, schadet sie in Toms und Jessies Sicht aber Shibalo. Die Stilwells sind in ihrem Verhalten zutiefst verstört, leben aber zunächst weiter wie bislang. Dennoch: „Tom begann darüber nachzudenken, ob es nicht vernünftiger wäre, ein Kraftwerk in die Luft zu sprengen; aber Jessie würde es wohl sein, die jemandem dabei helfen würde, vielleicht, später.“ (S. 440).

Die distanzierte, weit ausholende Erzählweise Gordimers bewirkt, daß es immer ein bißchen dauert, bis der Funke überspringt und die Erzählung ihren Reiz zu entfalten beginnt. Dann aber gewinnt sie an Eindringlichkeit. Wenn man sich über die Bewußtseinslage der weißen Opposition, der eine Privatheit in unserem Sinne abhandeln gekommen ist, ein Bild machen will, sollte man zu Nadine Gordimers Büchern greifen.

Peter K.

Nadine Gordimer: Anlaß zu lieben, Frankfurt/M. (S. Fischer) 1983, 456 Seiten, 34,00 DM

Hans Jürgen Schulz

Die Geheime Internationale

Die wohl umfassendste und gründlichste Analyse zu „Geschichte und Funktion der Geheimdienste in der bürgerlichen Gesellschaft“ Dabei ist der Begriff „Analyse“ zwar wissenschaftlich voll gerechtfertigt; er vernebelt jedoch, daß der Leser und die Leserin dieses Buch bis zur dreihundertsteibzigsten Seite spannend — und erschreckend — finden werden.

370 Seiten, DM 28,

Wang Fanxi

Erinnerungen eines chinesischen Revolutionärs (1919 - 49)

Wang war in den 20er Jahren in der KP Chinas aktiv, schloß sich 1927 in Moskau der Position Trotzkis an, und blieb bis heute revolutionärer Marxist — sei es in den Kerkern Chiang Kaisheks oder in der politischen Opposition gegenüber der KP Führung unter Mao.

336 Seiten, DM 26,-
Leinenausgabe DM 32,

Josef Lang

Das baskische Labyrinth

Unterdrückung und Widerstand in Euskadi

Seit über 10 Jahren steht das Baskenland im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit. Trotzdem gab es bis jetzt im deutschen Sprachraum keine umfassende Darstellung der Baskenfrage.

„Das baskische Labyrinth“ von Josef Lang versucht diese Lücke zu schließen.

392 Seiten, Preis: DM 28,

isp

internationale
sozialistische
publikationen
postfach: 11 10 17
6000 Frankfurt am Main
Tel.. 0611/736797

Träume hinter ihrem „Heil Hitler“

Daniel Guérin »Die braune Pest«

Um es vorweg zu sagen: Die Flut der Faschismusbücher im „Jubiläumsjahr“ 1983 hat die hiermit vorliegende Veröffentlichung von Guérins Reportagen keineswegs überflüssig gemacht. Es gibt wenig Vergleichbares.

Ein junger französischer Sozialist erfährt — zu Fuß und per Fahrrad 1932 und 1933 in Deutschland unterwegs — den Aufstieg und die Konsolidierung der faschistischen Macht, schreibt diese Erfahrungen in Reportagen für linke französische Zeitungen nieder. Guérin wollte damit keine umfassende Faschismusanalyse vorlegen (er hat 1936 der „Braunen Pest“ noch eine Abhandlung „Fascisme et le Grand Capital“ hinzugefügt), er wollte zeigen, woher der Faschismus seine Massenbasis gewann, warum die antifaschistische Opposition weder den Faschismus verhindern noch ihn stürzen konnte.

Wem die trockenen Statistiken über die soziale Struktur der Hitler-Wähler nicht reichen, sollte bei Guérin nachlesen, welche Hoffnungen und Illusionen in die Zukunft des „Tausendjährigen Reiches“ eingingen. Er zeigt anschaulich die tiefgehende ideologische Krise der Weimarer Republik auf dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, er zeigt sie nicht in der „großen Politik“ sondern bei den „einfachen Leuten“. Guérin spricht mit kommunistischen Arbeitern, er trifft junge Nazis in einer Jugendherberge, daneben liest ein Jugendlicher die „Rote Fahne“ einer erklärt ihm, im Grunde wollten alle das Gleiche: eine neue Welt, ohne Arbeitslosigkeit und Verschwendung, das Problem sei, daß einige die neue Welt von Hitler die anderen von Stalin erwarteten. Guérin beobachtet die unwirklich luxuriöse Ausstattung eines Gewerkschaftshauses, nach der Machtübernahme durch die Faschisten spricht er mit Angestellten der ehemaligen Gewerkschaftszentrale. Er besucht SPD-Parteiversammlungen, nimmt im geliehenen Anzug an einer Reichstags-sitzung teil, schildert sehr persönlich seine Eindrücke von Papen und Göring. Er ist beeindruckt von „Kuhle Wampe“ Zeltlagerplatz von Berliner Arbeitslosen: hell, sauber, in gutem Zustand. Guérin vergleicht die Revolutionäre von „Kuhle Wampe“ mit der „Wild-Clique“ Vorläufer der Stadtindianer.

Wie bei anderen Beobachtungen muß man Guérins Schlußfolgerungen überhaupt nicht teilen, fast immer sind seine

Schilderungen konkret und scharf genug, um manches heute vielleicht besser erklären zu können. „Vergessen wir, wer wir sind. Schleichen wir uns bei den Braunhemden ein, versuchen wir zu erhaschen, was für Träume sich hinter ihrem „Heil Hitler“ verbergen“ Guérin spricht mit einem Friseur und einem Ladenbesitzer über die Juden. Eine gutsituierte jüdische Familie erklärt ihm, daß sie sich ja gern mit dem Regime arrangieren würde, wenn man sie nur in Ruhe lasse. Er beobachtet die großen SA-Aufmärsche und das, was sich an ihrem Rand abspielt. Auf einer faschistischen Propagandaveranstaltung erklärt ein Demagoge die Grundzüge des „Nationalbolschewismus“ er findet Anklang auch bei den Arbeitern. Nicht nur kulturelle Elemente werden der Arbeiterbewegung von den Faschisten geraubt und dann pervertiert. Guérin sieht Studenten bei Bücherverbrennungen zu, schildert anschaulich, wie die Faschisten versuchen, die Möglichkeit auszuschließen, Alternativen zu ihrem System auch nur zu denken.

Seine politische Herkunft und sein Ausländerstatus ermöglichen Guérin auch Einblicke in die Praxis des illegalen Widerstandes gegen die Faschisten, seine Risiken, seine Hoffnungen und Perspektiven. Er spricht mit Leuten, die die ersten Erfahrungen mit den faschistischen Gefängnissen gemacht haben. Er ahnt die schier unüberwindlichen Hindernisse, die einem Sieg des Widerstandes im Weg stehen. Umso wütender seine Kritik an den Führungen der Arbeiterbewegung, die die Einheit verhindern, ohne daß Guérin bei ihnen allein die Schuld suchen würde. Durch seine Berichte zieht sich insgesamt schon eine differenzierte Einsicht in die Dynamik der weltanschaulichen Neuorientierung in der Bevölkerung, zu der die Linke wenig Überzeugendes beizutragen hat. Dies und die Vielfalt und die Genauigkeit seiner Beobachtungen machen die „Braune Pest“ lesenswert; wo man mit der einen oder anderen von Guérins Interpretationen nicht einverstanden ist, sollte man ehrlich prüfen, inwieweit die zahllosen Bücher der letzten 50 Jahre zum Thema wirklich schon restlos überzeugende Antworten auf die Probleme gegeben haben, die diese Reportagen aufwerfen.

Gerhard Gösebrecht

Daniel Guérin, Die braune Pest, Frankfurt (Sandler Verlag) 1983, ca. 170 Seiten, 18 DM

**Aus
aktuellem
Anlaß
wieder
lieferbar:**



Blockfrei!
Auflösung von NATO
und Warschauer Pakt!

Vierfarbplakat,
DIN A 2

Preis:

1 Stück 3 DM
5 Stück 10 DM
10 Stück 15 DM
jeweils plus
1,50 DM
(Versand gefaltet)
bzw. 3 DM (Versand
in Rolle)
für Porto.

Lieferung nur gegen
Vorauszahlung (Scheck
oder Überweisung auf
unser Postscheckkonto
38668-606 Frankfurt)

Bestellungen an:
UMBRUCH
Mainzer
Landstraße 147 ·
6000 Frankfurt/M. 1